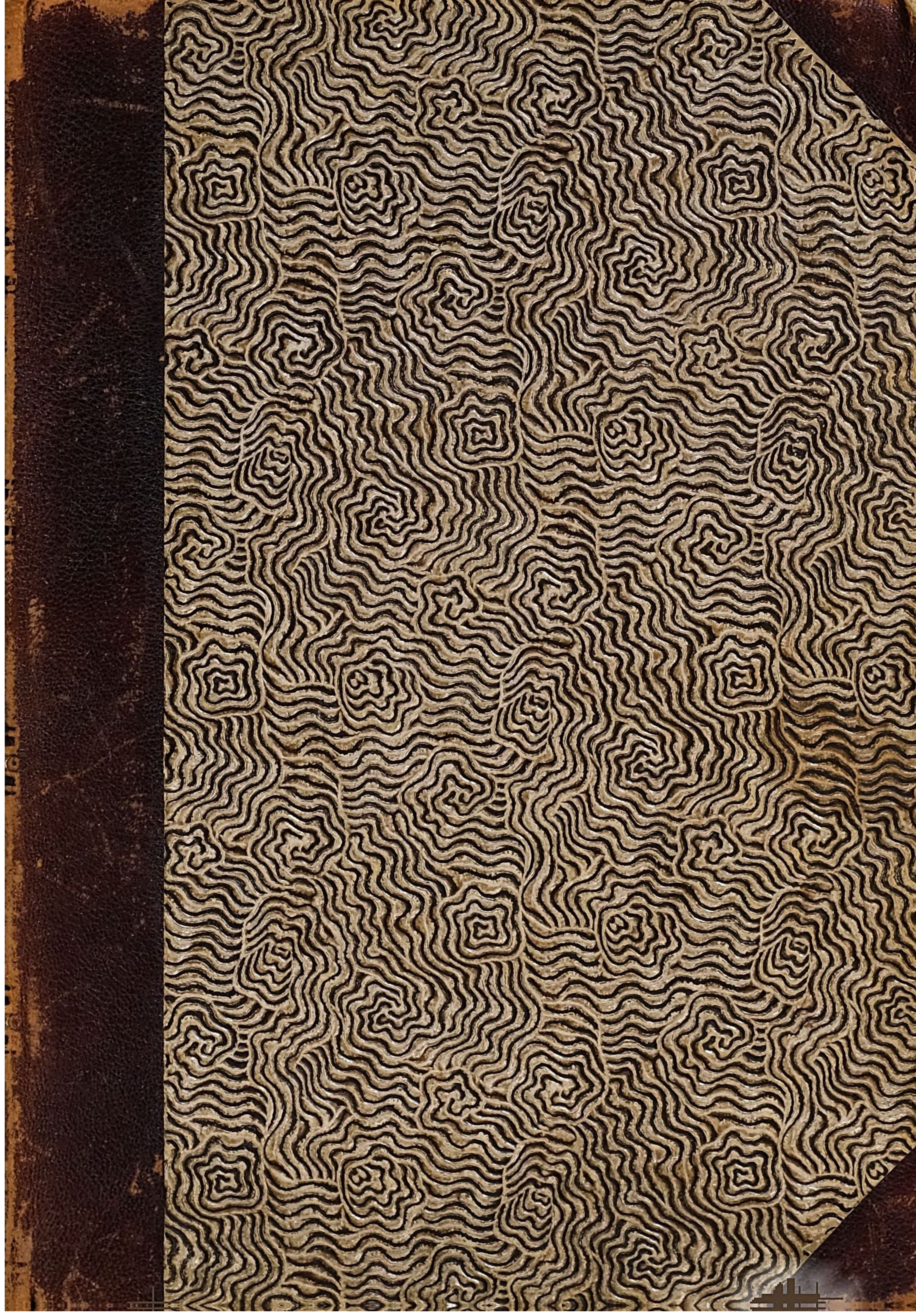
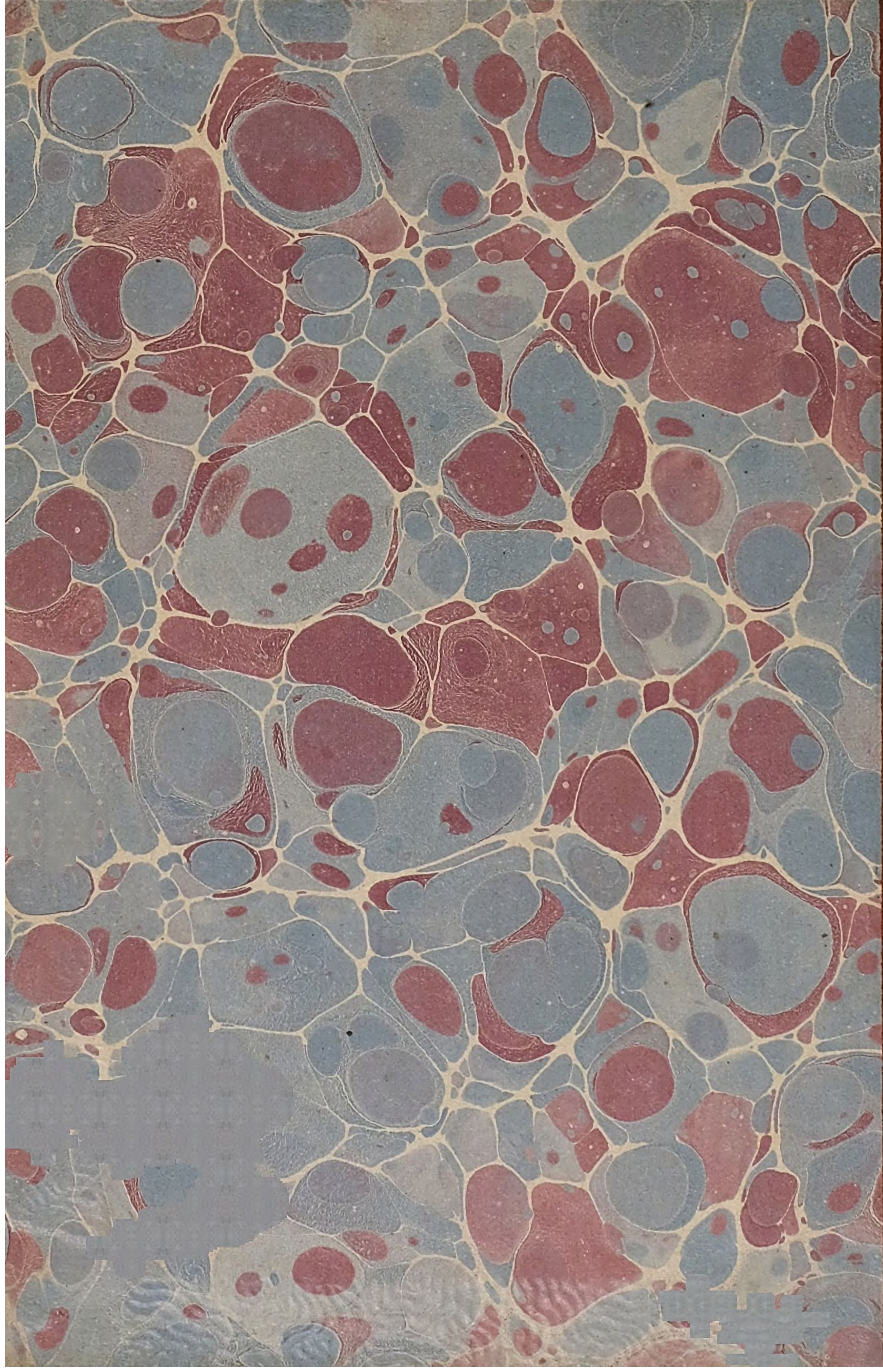
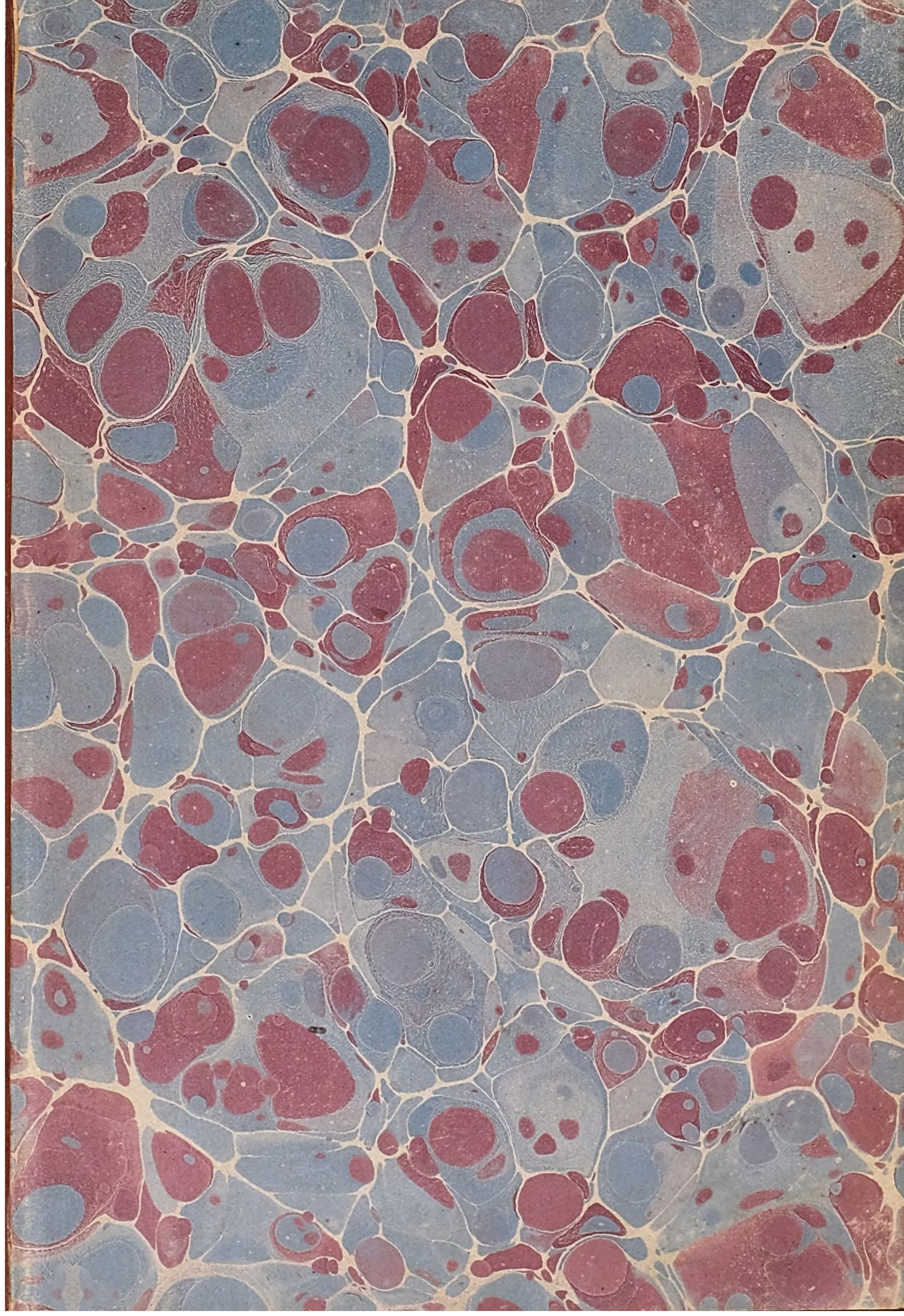








Selbstkopieren nicht erlaubt

LS-Benützung

Paed. 0. 1^a

R. B.

DIE
REFORMEN UND REFORMBESTREBUNGEN

AUF DEM

GEBIETE DER VOLKSSCHULE

IM

EHEMALIGEN HOCHSTIFT BAMBERG

UNTER DEN FÜRSTBISCHÖFEN

ADAM FRIEDRICH VON SEINSHEIM (1757—79)

UND

FRANZ LUDWIG VON ERTHAL (1779—95).

QUELLENMÄSSIG BEARBEITET

VON

G. HÜBSCH,

K. SEMINARLEHRER.

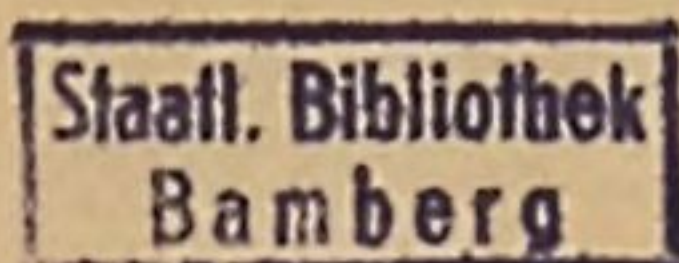
BAMBERG.

C. C. BUCHNERSCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG

GEBRÜDER BUCHNER, KGL. BAYER. HOFBUCHHÄNDLER.

1891.

Alle Rechte vorbehalten.



Druck der Kgl. Universitätsdruckerei von H. Stürtz in Würzburg.

DEM

KGL. SCHULLEHRERSEMINAR BAMBERG

ZUR FEIER SEINES

HUNDERTJÄHRIGEN BESTEHENS

IN VEREHRUNG

ZUGEEIGNET.

Vorwort.

Die Geschichte des Bamberger Volksschulwesens hat bis jetzt von seiten der Bamberger Spezial-Historiographie sich einer eingehenden Würdigung nicht zu erfreuen gehabt. Unter den namhaften lokal-historischen Autoren hat noch N. Haas derselben das meiste Interesse zugewendet; in seiner „Geschichte der Pfarrei St. Martin“ hat er die historischen Verhältnisse der Volksschule (wenigstens der städtischen) mehrfach gestreift, und eine Veröffentlichung aus seiner Feder „im Bamberger Stadt und Landkalender auf das Jahr 1818“ („Zur Geschichte der Volksschulen im Bambergischen“, 12 Seiten 4⁰) ist die einzige uns bekannte Spezialdarstellung auf diesem Gebiete überhaupt, die jedoch keineswegs den Anspruch einer aus den Quellen gearbeiteten Darstellung erhebt. Diese Haas'schen Veröffentlichungen sind nun fast ausschliesslich die Quelle für alle späteren Notizen, die man über das Bamberger Volksschulwesen früherer Zeiten hie und da in einzelnen Aufsätzen, lokalgeschichtlichen Abhandlungen etc. findet, auch für das Manuskript der Spezialschulgeschichte Bambergs, das dem zusammenfassenden Werke über die oberfränkischen Volksschulen von S. Hagen („Das Volksschulwesen in Oberfranken; geschichtliche Darstellung, 1871“) als Baustein diente. —

Unter solchen Umständen erachtete ich es nicht als eine überflüssige Arbeit, mich mit den mir zugänglichen Quellen für die Volksschulgeschichte des ehemaligen Bamberger Hochstifts zu beschäftigen. Durch eine jahrelang fortgesetzte Sammelarbeit gelang es mir auch, ein ganz beträchtliches Material zusammenzubringen,

welches wenigstens für die Zeit des 18. Jahrhunderts hinreichend erschien, zu einer zusammenhängenden Darstellung verarbeitet zu werden. — Der Umstand nun, dass das Königl. Schullehrerseminar zu Bamberg als die zweitälteste Lehrerbildungsanstalt Bayerns in diesem Jahre das Gedächtnis seines 100jährigen Bestehens festlich begeht, lenkt unseren Blick besonders auf jene merkwürdig reg-samen Jahrzehnte am Ausgange des vorigen Jahrhunderts, wo man in den meisten Staaten Deutschlands und darüber hinaus den Erziehungs- und Bildungsfragen erhöhte Aufmerksamkeit zuwendete und das Volksschulwesen nach seinem ganzen Umfange in neue, zeitgemässe Bahnen zu lenken suchte. Dies veranlasste mich, aus meinen schulgeschichtlichen Studien zunächst den Zeitraum zur Bearbeitung herauszugreifen, der auch in dem Gebiete des alten hochfürstlichen Bamberg eine neue Aera für die Entwicklung der Volksschule bedeutet, und so die Zeit der beiden Fürstbischöfe Adam Friedrich von Seinsheim und Franz Ludwig von Erthal in volksschulgeschichtlicher Beziehung zu behandeln. Die den beiden Hauptabschnitten vorausgeschickten älteren Bamberger Schulordnungen (die meines Wissens — mit Ausnahme der von 1491 — noch nirgends veröffentlicht wurden) sollen anstatt weiterer Darlegungen einigermaßen zur Beleuchtung der früheren Schulzustände dienen. —

Vorliegende Arbeit erhebt nun nicht den Anspruch, eine völlig erschöpfende Bamberger Volksschulgeschichte dieses Zeitraumes liefern zu wollen — dazu müssten wohl noch weitere Materialien von auswärts, namentlich auch aus den einzelnen auswärtigen Pfarrregistraturen beigezogen werden —; sie hat sich vielmehr lediglich zur Aufgabe gesetzt, die charakteristischen Momente dieser vorwärtsstrebenden Zeit aus den Quellen darzulegen und einer mehr oder minder eingehenden Würdigung zu unterziehen.

Dabei war ich mir der Schwierigkeiten der Darstellung sehr wohl bewusst. Denn dieselbe soll einerseits den lokalgeschichtlichen Ansprüchen eines engeren Leserkreises wenigstens einigermaßen gerecht werden, andererseits aber auch so viel allgemeinere, päd-

gogisch-historische Gesichtspunkte darbieten, dass auch das fachwissenschaftliche Interesse eines weiteren Kreises nicht ohne jede Befriedigung bleibt. Ob es mir gelungen ist, diese beiden Zwecke der Darstellung zu vereinigen, möge der Leser in Nachsicht selbst entscheiden! —

Für die wohlwollende und freundliche Unterstützung, die ich bei der Sammlung meines Quellenmaterials von verschiedenster Seite gefunden habe, erlaube ich mir an dieser Stelle meinen ergebensten Dank auszusprechen. Insbesondere danke ich Einer Hohen Königlichen Kreisregierung von Oberfranken für die Überlassung reponierten Aktenmaterials, dem vormaligen wie dem gegenwärtigen Vorstande des hiesigen k. Kreisarchivs (Herrn Reichsarchiv-assessor O. Rieder und Herrn Kreisarchivar Dr. Petz), sowie dem Vorstand der hiesigen k. Bibliothek, Herrn Dr. Leitschuh, für ihre mannigfachen Bemühungen, der städtischen Archivverwaltung, sowie den beiden Hochwürr. Herrn Vorständen der Stadtpfarreien St. Martin und Obere Pfarre für die Verabfolgung einschlägigen Materials, endlich dem hochverehrten Forscher und Förderer Bamberger Geschichte, Freiherrn von Marschalk-Ostheim für verschiedene die Arbeit fördernde Winke und Notizen. —

Unsere gegenwärtige Zeit steht unter dem Zeichen der Schulreform, die ihren Blick in die Zukunft richtet nach neuer zeitgemässer Gestaltung pädagogischer Verhältnisse. Vielleicht gewinnt daneben ein Blick in die pädagogische Vergangenheit, in eine Periode früherer Reformarbeit erhöhtes Interesse. Mit dem Wunsche, dass ein solches Interesse auch vorliegender Arbeit wohlwollend entgegenkommen möge, übergebe ich sie der Öffentlichkeit.

Bamberg, den 1. Juli 1891.

G. Hübsch.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
1. Kap. Einleitung	I
I. Aus der Zeit vor den Reformen.	
2. Kap. Die frühesten Bamberger Schulordnungen (1491. 1618. 1658)	9
3. Kap. Die Schulordnungen von 1733 und 1755	19
4. Kap. Lehrergehalts- und Schulhausfrage der Stadt Bamberg um die Mitte des 18. Jahrhunderts	26
II. Die Zeit Adam Friedrichs von Seinsheim 1757—1779.	
5. Kap. Die Anfänge der Schulreform in Würzburg und Bamberg	30
6. Kap. Die Errichtung der Normalschule und Begründung des Normalschulfonds	39
III. Die Zeit Franz Ludwigs von Erthal 1779—1795.	
7. Kap. Allgemeine Würdigung	46
8. Kap. Stand des Volksschulwesens der Stadt Bamberg ums Jahr 1780	54
9. Kap. Änderungen in der Organisation der Schulkommission	65
10. Kap. Die Errichtung von Mädchenschulen (1783)	71
11. Kap. Visitation des Landschulwesens (1783—85)	80
12. Kap. Einführung der Sommerschulen auf dem Lande (1784)	88
13. Kap. Die Fortsetzung des Normalunterrichts bis 1787	95
14. Kap. Gerners Schulbücher	101
15. Kap. Die grosse schulstatistische Erhebung des Jahres 1790	105
16. Kap. Praktische Wirkungen der schulstatistischen Erhebung	112
17. Kap. Die Errichtung des Schullehrerseminars	122
18. Kap. Der I. Seminarkurs und die innere Einrichtung des Schullehrer- seminars (1791)	135
19. Kap. Die weiteren Seminarjahre von 1792—1795 (bezw. bis zur Auflösung des Hochstifts, 1802)	148
20. Kap. Das Industrialschulwesen	154
21. Kap. Verbreitung von Volksschriften und die Bamberger Kalenderreform .	160
22. Kap. Der Normalschulfond unter Franz Ludwig	170
23. Kap. Rückblick und Ergebnisse	173

Anhang: Urkundliche Beilagen.

	Seite
I. Schulbezirke der Stadt Bamberg aus dem Jahre 1755	178
II. Anstellungsdekret für den Volksschuldienst (1768)	180
III. Prüfungsbüchlein für die Prüfungen der weibl. Schulen zu Bamberg (1784)	181
IV. Aus den Landschulvisitations-Protokollen Gerners (1784)	186
V. Beispiel eines Protokolls bei Einführung der Sommerschulen (1784) . . .	190
VI. Ausschreiben an sämtl. Pfarrer des Hochstifts (schulstatistische Erhebung, 1790 betr.)	193
VII. Ausschreiben, Errichtung des Seminars (1791) betr.	198
VIII. 1. Schluss-Censurliste des Seminars Bamberg (1791)	202
IX. Verzeichnis der Kandidaten des Seminars Bamberg von 1791—1802/03 . .	204
X. Aufgaben einer Lehrerannahmeprüfung aus dem Jahre 1795	207

Handschriftliche Quellen:

1. Archivalien des K. Kreisarchivs Bamberg:
 - Vikariats-Akten von 1748 an.
 - Schulkommissions-Akten von 1773—1802 (3 Foliobände).
 - Aktenfascikel: Errichtung von Sommerschulen betr.
 - Hofdiarien von 1780—95.
 - Hochfürstliche Bestallungsdekrete.
 - Weltliche Regierungsakten, Hofratsprotokolle, Bürgermeister- und Ratsakten etc.
2. Normalschulfondsrechnungen (aus dem städtischen Archiv zu Bamberg).
3. Archivalien der K. Bibliothek zu Bamberg (Schulen und Schullehrerseminar betr.).
4. Archivalien des histor. Vereins zu Bamberg (Schulen und Schullehrerseminar betr.).
5. Akten aus der Registratur der Stadtpfarreien St. Martin und obere Pfarre.
6. Akten der Registratur der K. Seminarinspektion Bamberg (Gesch. und Statistik des Seminars betr.).
7. Reponierte Akten der K. Kreisregierung von Oberfranken:
 - Fascikel: Bamberger Schulordnungen.
 - „ Schuldienstbestallungen in der Stadt Bamberg von 1792—1800.

NB. Die gedruckten Quellen und Hilfsmittel sind in den Fussnoten bezeichnet.

1. Kapitel.

Einleitung.

Die schulreformatorischen Bestrebungen, welche in den folgenden Blättern skizziert werden sollen, bilden durchaus nicht eine vereinzelte oder abgesonderte Erscheinung in dem Verlaufe der deutschen Schulgeschichte, sondern stehen im engsten Zusammenhang mit der grossen pädagogischen Bewegung, welche in der letzten Hälfte des 18. Jahrhunderts sich in Deutschland, ja fast in allen Staaten Europas geltend macht und die dem verflossenen Säculum den Namen des „pädagogischen Jahrhunderts“ verschafft hat. Die Impulse dieser Bewegung liegen in der allgemeinen Geistesrichtung jenes Zeitraumes, die gewöhnlich mit dem vieldeutigen Namen „Aufklärung“ bezeichnet wird, und die auf die verschiedensten Gebiete des geistigen Lebens, auf das Gebiet der Philosophie, der Religion, der Politik, der historischen Auffassung der Dinge ihren allgewaltigen Einfluss äusserte. Auf englischem Boden erwachsen und hier vorzugsweise auf philosophisch-theologischem Gebiete sich bewegend, wird sie zunächst nach Frankreich verpflanzt, wo sie ihr geistreiches, oft frivoles Raisonnement auf das politisch-soziale Gebiet ausdehnt und einer blutigen Staatsumwälzung die Wege bereitet, zugleich aber auch das Feld pädagogischer Interessen betritt. Auf diesem Boden erwächst Rousseau's „Emil“ (1762), der wie eine grelle Brandfackel hineinleuchtet in die verrotteten Erziehungszustände der „Gesellschaft“ und durch seine geniale Mischung von Wahrheit und Irrtum die pädagogischen Geister gefangen nimmt. Am ausgeprägtesten erscheint die pädagogische Seite dieser Be-

wegung in Deutschland, wo nicht bloss eine eigene ausgebreitete pädagogische Literatur erwächst, sondern auch in der praktischen Ausgestaltung der neuen pädagogischen Theorien eine merkwürdige Regsamkeit sich entfaltet.

An verschiedenen Orten unseres Vaterlandes sammelt sich diese Bewegung der Geister wie in Brennpunkten und tritt von da aus zu fast gleicher Zeit erleuchtend, zündend und belebend in sichtbare Erscheinung. In Dessau begann 1774 der an Rousseau'sche Ideen anknüpfende deutsche Philanthropismus durch die Eröffnung des Basedow'schen „Philanthropins“ seine von marktschreierischer Reklame begleitete Reformthätigkeit und suchte sowohl die Fürsten wie die mittleren Schichten der Gesellschaft für Erziehungs- und Bildungsfragen zu interessieren; in dem märkischen Dorfe Rekahn veröffentlichte 1772 der edle Gutsherr Freiherr v. Rochow als seine Erstlingsschrift seinen „Versuch eines Schulbuches für Kinder der Landleute“, der als erstes Schullesebuch von massgebender Bedeutung wurde, und errichtete im darauffolgenden Jahre seine zur Musteranstalt erblühende Dorfschule zu Rekahn, wodurch er die philanthropinistischen Bildungsbestrebungen der materiellen und geistigen Hebung des Landvolkes zuzuwenden suchte.

Zu Sagan in Schlesien wirkte in ebenso stiller und bescheidener, als praktisch erfolgreicher Weise der Abt Ignaz von Felbiger, der, angeregt durch Berliner Schuleinrichtungen, durch seine pädagogische Reformthätigkeit bald die allgemeinste Aufmerksamkeit erregte. 1768 erschien seine berühmte Schulschrift: „Eigenschaften, Wissenschaften und Bezeigen rechtschaffener Schulleute“ und im Jahre 1774 erfolgte seine Berufung als Generaldirektor des Schulwesens nach Wien. — Abseits von dem deutschen Staatsgebiet, in der deutschen Schweiz hatte um dieselbe Zeit der grosse Menschenfreund Pestalozzi seine philanthropische Thätigkeit begonnen. 1775 zog er mit seiner Gattin und 50 zerlumpten Bettelkindern auf dem Neuhof unweit der Habsburg ein. Die damals noch wenig beachteten, von Misserfolgen begleiteten Anfänge seiner Thätigkeit bilden die Lehrlingsstufe seiner späteren epochemachenden pädagogischen Wirksamkeit, die die deutsche Volksschule aus dem Zeitalter der Aufklärung in die moderne Zeit hinüberleitete.

Der Geist, der diese einzelnen Schulmänner und Menschenfreunde erfüllte und zum thatkräftigen Schaffen ermunterte, hatte auch die Staatslenker und Staatsvertreter mehr oder weniger erfasst und führte zu einer in den meisten deutschen Staaten sich vollziehenden *gouvernementalen* Schulreform. An der Spitze dieser Bewegung marschierten die beiden Militärstaaten Preussen und Österreich, welche damit den alten Satz, dass unter den Waffen die Musen schweigen, widerlegten. Zur humanitären Tendenz der Aufklärung gesellten sich hier noch national-ökonomische Gesichtspunkte; die Hebung der Erziehung und Verbesserung des Unterrichts sollte nicht bloss die Quelle allgemeinen Wohlergehens und wirklicher Volksbeglückung werden, sondern durch dieselbe sollte zugleich die Leistungsfähigkeit und Steuerkraft des Volkes erhöht und der Einzelne „bürgerlich brauchbar“ gemacht werden¹⁾. In Preussen war durch Friedrich den Grossen der Geist der Aufklärung zur Höhe des Thrones emporgestiegen, um von hier aus für Volksbeglückung und Volkswohlfahrt zu wirken²⁾. Wenn dieser Geist auch in den höhern und höchsten Regionen vielfach eine dem positiven Christentum zuwiderlaufende Richtung einnahm, so sollte doch für die Volksschule der christliche Charakter gewahrt bleiben. Hier waren es die segensreichen Nachwirkungen des im Anfang des Jahrhunderts erwachten Pietismus, die auf Theorie und Praxis der Volksschule noch kräftigen Einfluss hatten. Der dieser Richtung angehörende Konsistorialrat J. Jul. Hecker war der Verfasser des berühmten Generalschulreglements (1763), das der Volksschule Preussens Gestalt und Richtung gab. Das von Hecker 1747 gegründete Schullehrerseminar zu Berlin war bereits 1753 zur ersten staatlichen Lehrerbildungsanstalt geworden. Und wenn auch die Mittel, die zur Förderung des Schulwesens unter Friedrich dem Grossen aufgewandt wurden, bei weitem nicht hinreichend waren, um durchgreifende Reformen zu erzielen, und unter seinem Nachfolger Friedrich Wilhelm II. diese pädagogischen Bestrebungen sogar wieder eine rückläufige Bewegung annahmen, so war doch durch die Wechseldurchdringung des Staats-

1) Vergl. Willmann, Didaktik als Bildungslehre, Braunschweig 1882, I, 372.

2) Vergl. Jürgen Bona Meyer, Friedrichs des Grossen Pädagogische Schriften und Äusserungen, Langensalza 1885. — P. D. Fischer, Friedr. d. Gr. u. die Volkserziehung, Berlin 1877.

gedankens und der Erziehungszwecke der Schule eine gesicherte Basis geschaffen worden, die auch in dem 1794 veröffentlichten „allgemeinen Landrecht“ ihren Ausdruck dadurch erhielt, dass die Schulen, einschliesslich der Volksschule, definiert werden als „Anstalten des Staates, welche den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen und Wissenschaften zur Absicht haben“.

In Österreich¹⁾ fand die Schulreform durch die landesmütterliche Fürsorge Maria Theresias eine eifrige Pflege, wobei das Beispiel Preussens und der norddeutschen Schulmänner nicht ohne Einfluss war. 1769 erschien die Denkschrift des Grafen Firmian, Fürstbischofs von Passau: „Von der Nutzbarkeit guter Schulen für den Staat und die heilige Religion“, welche den unmittelbaren Anstoss zur Schulverbesserung gab; 1771 wurde zu Wien eine Normalschule unter der Leitung Joseph Messner's eröffnet und damit ein wichtiger Schritt zur Hebung des Schulwesens gethan. 1774 erschien die „Allgemeine Schulordnung“ des nach Wien berufenen und zum Generalschuldirektor ernannten Abtes Felbiger; durch den Dechanten Kindermann wurden die Felbiger'schen Reformgedanken mit der eigenartigen Erweiterung durch den Industrieunterricht in Böhmen zur Durchführung gebracht.

In praktischer und massvoller Weise, mit Pietät an Vergangenes anknüpfend, wird so auch hier der bisher sehr vernachlässigte elementare Volksunterricht aus dem ausschliesslichen Machtbereiche der Kirche in die Sphäre des Staates hinübergeführt gemäss dem bekannten Ausspruche der Kaiserin: „Das Schulwesen ist und bleibt allzeit ein politicum.“

Aber auch in den kleineren und kleinsten Staaten des vielteiligen deutschen Reiches war allenthalben reger Eifer für die Verbesserung und Hebung der Volksschule zu finden. Die protestantischen Staaten knüpften hiebei zumeist an den Philanthropinismus und die Reformthätigkeit Rochows an; die katholischen Staaten nahmen mehr oder weniger die Schuleinrichtungen Österreichs in der theresianischen Zeit zum Muster und Vorbild. Doch hiesse es den Geist der damaligen Zeit verkennen, wenn man dabei an eine

1) v. Helfert, Die Gründung der österreichischen Volksschule durch Maria Theresia. Prag 1860.

konfessionelle Ausschliesslichkeit denken wollte. Wie der Saganer Abt Felbiger seine pädagogischen Anregungen hauptsächlich von Berlin empfangen hatte und mit den Trägern der pädagogischen Bewegung in Preussen in steter Verbindung blieb, so lassen sich auch anderwärts die vielfachsten Beziehungen und gegenseitigen Einflüsse nachweisen, die zwischen katholischen und protestantischen Staatsleitern, Pädagogen und Schulmännern stattfanden zur Förderung des für so wichtig erkannten Zweckes der Jugendbildung.

Es liegt nicht in unserer Aufgabe, auf die Reformthätigkeit in den einzelnen deutschen Staaten näher einzugehen und die hieher gehörigen Ereignisse auch nur in gedrängter Übersicht anzuführen, wie sie etwa bei Heppe¹⁾ oder in einzelnen Artikeln von Schmid's²⁾ Encyclopädie, sowie in vielen Einzelschriften nachgelesen werden können, doch dürften einige markante Daten aus der Schulgeschichte einzelner Länder zur Charakterisierung der Allgemeinheit der damaligen Schulbewegung immerhin hier Platz finden.

In Sachsen wurde unter Friedrich August III. 1773 eine neue Schulordnung publiziert, und im Jahre 1785 in Friedrichstadt-Dresden eine Lehrerbildungsanstalt begründet.

In Gotha, wo schon im 17. Jahrhundert durch Herzog Ernst den Frommen die Volksschule eine für lange Zeit mustergültige Organisation erhalten hatte, vollstreckte Herzog Ernst II. 1780 das pädagogische Testament seines grossen Vorfahren durch Errichtung des Gotha'er Schullehrerseminars und führte durch Berufung des Waisenhauspredigers Haun zum Landschuleninspektor das Schulwesen Gothas einer zweiten Blüte entgegen.

In Weimar wurde 1788 unter dem edlen Dichter-Mäcenat Karl August nach Herders Entwurf ein Lehrerseminar eröffnet.

In Braunschweig war bereits 1751 eine Landschulordnung erlassen worden, die für das Schulwesen wichtige Verbesserungen im Gefolge hatte, und ferner für die Ausbildung tüchtiger Volksschullehrer durch die Errichtung der Seminare zu Braunschweig und Wolfenbüttel gesorgt worden.

1) Heppe, Geschichte des deutschen Volksschulwesens, 5 Bände. Gotha 1858—60.

2) K. A. Schmid, Encyclopädie des ges. Erziehungs- und Unterrichtswesens. Gotha 1859—75.

In Kurhessen wurde unter Landgraf Friedrich 1779 das erste Schullehrerseminar als affilierte Anstalt des Kasseler Lyceums begründet, das 1783 den Charakter einer selbständigen Anstalt erhielt.

In Hessendarmstadt wurde 1776 zur Hebung des Volksschulwesens eine besondere Erziehungskommission angeordnet und 1777 durch landesherrliche Verordnungen die bisherige Schulgesetzgebung auf eine sicherere Basis gestellt.

Im Fürstentum Waldeck wurde 1771 durch landesherrliche Verordnung eine bessere Methode empfohlen; 1780 wurden öffentliche Schulprüfungen eingeführt, ebenso 1784 die Bestimmungen über den Schulbesuch verschärft.

In Hannover ermöglichte die Munifizenz des Kaufmanns Ernst Christoph Böttcher der Staatsregierung im Jahre 1751 die Einrichtung eines Schullehrerseminars mit einer Freischule.

In Lippe-Detmold wurde 1781 eine mit dem Waisenhaus zu Detmold verbundene Lehrerbildungsanstalt eröffnet;

in Lippe-Schaumburg erschien unter dem Grafen Wilhelm, dem bekannten Gönner Herders, 1770 eine Schulordnung für Landschulen und unter der besonders bildungsfreundlichen Fürstin Juliane die ausgezeichnete Hauptschulordnung v. J. 1794.

In Württemberg zeigte die durch die segensreiche Thätigkeit J. Fr. Flattichs eingeleitete pietistische Richtung auf Schulunterricht und Schulregierung ihre Fortwirkung; in Baden brachte der Markgraf Karl Friedrich den philanthropinistischen Bestrebungen der Zeit ein klares Verständnis und ein offenes Herz entgegen. Unter ihm erschien 1765 der von Kirchenrat Walz verfasste wichtige Schulschematismus als erste vollständige Schulordnung Badens, und wurde 1768 ein mit dem Gymnasium in Karlsruhe verbundenes Schullehrerseminarium gegründet.

Von den katholischen Staaten Deutschlands erwähnen wir bei dieser Rundschau in erster Linie Bayern, wo unter dem Kurfürsten Max Joseph III. durch den Schulreformer Heinrich Braun eine neue Grundlage für das Volksschulwesen geschaffen wurde. 1770 wurde hier der von Braun ausgearbeitete „Schulplan für die deutschen oder Trivialschulen“ publiziert, worauf 1778 die „Kurfürstliche Schulverordnung für die bürgerliche Erziehung der Stadt- und

Landschulen“ folgte, die die Felbiger'sche Schulreform auch in Bayern zur Einführung brachte.

Im Hochstift Speier wurde unter Fürstbischof August 1785 durch eine neue Schulordnung ein Fortschritt in bezug auf Lehrerbesoldung, Lehrerbildung und Lehrart angebahnt.

Im Kurfürstentum Mainz führte der Kurfürst Emmerich Joseph durch Errichtung einer eigenen Schulkommission und einer Schullehrerakademie (1771) und den Erlass einer Schulordnung (1773) das Volksschulwesen einer höheren Stufe entgegen, während sein Nachfolger Fr. Karl Joseph von Erthal sich vor allem die materielle Besserstellung der Lehrer angelegen sein liess.

Im Hochstift Münster war es der Domherr und Minister Friedrich Wilh. Franz Freiherr von Fürstenberg, welcher, durch den unermüdlichen Eifer des Pfarrers Overberg, des hervorragenden Leiters der 1783 gegründeten Normalschule, unterstützt, dem Volksschulwesen eine aner kennenswerte Fürsorge zuwandte.

Im Fürstentum Paderborn wirkten die Fürstbischöfe Friedrich Wilhelm v. Westphalen und Franz Egon von Fürstenberg für Besserung der Schulzustände, während der ehrwürdige Philanthrop Pfarrer Fechteler die Mildthätigkeit seiner Mitbürger in Anspruch nahm, um eine wohlorganisierte Freischule zu begründen.

Im Bistum Fulda wurde unter dem Bischof Heinrich von Bibra 1774 eine Schulordnung im Sinne der Felbiger'schen Schulreform für das hohe, mittlere und niedere Schulwesen publiziert und 1781 wurden diese zunächst für die Residenz geltenden Bestimmungen durch eigene Verordnung auch auf das Land ausgedehnt.

Wie auch die kleinsten Gebiete des vielgestaltigen Reiches an dieser pädagog. Bewegung teilnahmen, ja oft rüstig voranschritten, zeigt beispielweise die Reichsabtei Neresheim, wo bereits 1769 eine von dem Geiste aufgeklärter Toleranz durchdrungene „Instruktion für den kathol. Schulmeister“ erschien, die sich im Jahre 1790 zu einer für ihre Zeit mustergültigen Schulordnung erweiterte. Aus dem Deutschherrenland in Mergentheim wurden 1783 ein Alumnus des geistl. Seminars sowie ein Schullehrer nach Würzburg geschickt, um die „Normallehrart“ kennen zu lernen, 1785 eine eigene Mädchenschule mit Arbeitsunterricht begründet und 1788 eine eigene Schulordnung veröffentlicht.

Einen durchaus rühmlichen Platz in der Reihe der pädagogisch vorwärts schreitenden Territorien in dieser merkwürdig regsamen Zeit nehmen auch die fränkischen Bistümer Würzburg und Bamberg ein, die, seit 1757 durch Personalunion vereinigt, durch zwei aufeinanderfolgende edle, hochgebildete, für Volkswohl und Volksaufklärung begeisterte Fürstbischöfe, Adam Friedrich von Seinsheim und Franz Ludwig von Erthal, in ihrem Schulwesen eine Zeit bedeutungsvollster Reformen erlebten. Auf die Anfänge der Schulreform in Würzburg werden wir — da dieselbe mit der von Bamberg vielfach in nächster Beziehung steht — in der folgenden Darstellung noch zu sprechen kommen. Wieweit aber die Volksschule des Hochstifts Bamberg in den Kreis dieser reformatorischen Bestrebungen gezogen wurde, — dies zu zeigen, ist die spezielle Aufgabe der nachfolgenden Kapitel.

I. Aus der Zeit vor den Reformen.

2. Kapitel.

Die frühesten Bamberger Schulordnungen.

(1491. 1618. 1658.)

Es ist bezeichnend für Stellung und Charakter der Volksschule im Bamberger Hochstift, dass bis zum Ende des 18. Jahrhunderts allgemeine, auf die Schule des gesamten Territoriums bezügliche und die Aufgabe derselben irgendwie präzisierende „Schulordnungen“ nicht existieren. Die öffentliche Fürsorge der Fürstbischöfe für den Volksunterricht, soweit sie sich aus Verordnungen erkennen lässt, erstreckt sich fast ausschliesslich auf das Gebiet der vom Geistlichen zu pflegenden Katechese und äusserst zahlreich sind die in diesem Betreff erlassenen, für die gesamte Diöcese gültigen Christenlehr-Mandate des 16., 17. und 18. Jahrhunderts, welche den Geistlichen die Erteilung des Religionsunterrichts für Kinder und Erwachsene an Sonn- und Festtagen zur Pflicht machen, den Besuch dieses Unterrichtes in nachdrucksamster Weise anordnen und die Versäumnisse desselben vielfach unter Strafe stellen¹⁾. Ab und zu wird hierbei auch der „Schulmeister“ oder „Schulhalter“ gedacht, soweit sie ihre Schüler zur „Kinderlehre“ halten, bzw. in dieselbe führen sollen. Ferner wird in bischöflichen Instruktionen mitunter den Pfarrern die

¹⁾ Näheres s. Weber, Geschichte des Christenlehr-Unterrichts u. der Katechismen im Bistum Bamberg. 1882. Pustet, Regensburg. — Vergl. auch die gedruckten Kinderlehr-Mandate im k. Kreisarchiv Bamberg.

Obsorge für die „Schule“, die Visitation der bestehenden oder Errichtung von neuen Schulen an's Herz gelegt¹⁾; aber nirgends finden wir eine ausführlichere generelle Verfügung, die wir als eine wirkliche „Volksschulverordnung“ bezeichnen könnten. So zahlreiche Belege wir auch über die Existenz von Schulen an den verschiedensten Pfarrorten des Hochstifts aufzuzählen vermögen, so war die Volksschule dieser Zeit doch ein kümmerliches Pflänzchen, das nur so weit gedeihen konnte, als ihm von massgebenden örtlichen Kräften Licht und Luft gespendet wurde. Als ein „annexum ecclesiae“ ursprünglich völlig kirchlichen Zwecken dienend und in dieser Eigenschaft ausschliesslich dem Pfarrer untergeordnet, gewann nach und nach die Gemeinde, bzw. die Ortsherrschaft durch Beisteuer zum Unterhalt, durch Schulbauten, Schenkungen etc. ein gewisses Mitrecht auf die Schule²⁾, und so blieben Pfarrer und Gemeinde auf lange Zeit einzig und ausschliesslich die bestimmenden Faktoren ihrer Volksschule, ohne dass an allgemeinere, zusammenfassende Normen gedacht wurde.

Dagegen ergibt sich für die verschiedenen Volksschulen der Residenzstadt verhältnismässig frühzeitig das Bedürfnis umfassender allgemeinerer Bestimmungen, und wir besitzen eine Reihe von älteren Volksschulordnungen der Stadt Bamberg, die schulgeschichtlich und zum Teil auch sittengeschichtlich nicht ohne Interesse sind.

Die älteste Verordnung dieser Art stammt aus dem Jahre 1491, gegeben „am Dinstag nach sant Jörgentag“ (25. April) und zwar von dem „erbern vnd vesten Conrad Gross, schultheis“ und den „er-

1) Aus den Kapitel-Visitations-Bescheiden (1613—1616) des Weihbischofs Dr. Fr. Förner: . . . Die vngelehrten schuelmeister seindt abzuschaffen und gelehrte an dero stat anzunehmen vnd vberall die schuelen wo müglich besser zu bestellen Sollen ihre schullen zum öfteren frequentiren, ob die schuelmeister vleissig seindt mit zu sehen, vnd ob die Jugent etwass bey ihnen proficire, examiniren“. —

Instruktion des Bischofs Joh. Georg Fuchs von Dornheim (1623) sub n^o 3: A parochia saepius scholae visitandae, et quis profectus a Ludirectoribus fiat, diligenter examinandum. — 51. Debent, ubi non sunt, erigi scholae, ne iuventus omnino negligatur.

Ferner die Restauratio Capitulum ruralium des Fürstbisch. Marquard Sebast. Schenk v. Stauffenberg (1684): No. 8: Sedulo scholas visitent, et ubi coeptae non sunt, instituant, jubeantque, ut singuli suos liberos (sub multa si nolint), mittant. (Nach Weber, a. a. O.)

2) Vgl. Bavaria, Landes- und Volkskunde des Kgr. Bayern III, S. 489 ff.

samen, weisen burgmeistern vnd rate der stat Bamberg“. Sie findet sich ziemlich häufig abgedruckt¹⁾ und ist dadurch schon genügend bekannt geworden, so dass wir auf eine ausführlichere Wiedergabe an dieser Stelle verzichten.

Die Verordnung zeigt uns das Bamberger Volksschulwesen noch in dem Stadium der mittelalterlichen städtischen „Lese- und Schreibschule“ mit zunftmässiger Verfassung. Das „Schulgewerbe“, in rechtlicher Beziehung von privatem Charakter, wird von Bürgermeister und Rat konzessioniert und gleich einer anderen Zunft beaufsichtigt. —

Sie unterscheidet „teutsche schulmeister vnd schulfrawen“ und enthält für dieselben eine Reihe von äusserlichen, amtlich-disziplinären Bestimmungen, gegen deren Übertretung konsequent „puss vnd straff“ angedroht wird. Sie kennt als pädagogische Obliegenheiten des Schulmeisters oder der Schulfrau nur „lesen, schreiben, zucht und ersamkeit zu leren“ und verlangt von denselben einen „eelichen sitz“ und einen „ersamlich vnd erbarlich handel vnd wandel“, sodann dass sie bei ihren Kindern „selbs sein“, (nicht durch ihre Frauen oder durch Mitschüler unterrichten lassen) und nicht grausam mit ihnen „schrautzen, fluchen oder schelten; sunder mit züchtigen vnterweisslichen wortten vnd geperden, durch die sie an zucht vnd lernung gepessert werden, mit in umbgehen“. — Als Schullohn wird festgesetzt für ein Vierteljahr „ein pfundt Bamberger münz“ und zu Weihnachten „ein ausstreibepfennig“ für jedes Kind und zu Ostern „mag man dem schulmeister eyer geben sovil dann eins ere ist.“

Verboten wird insbesondere das „abspennen, ablocken oder abziehen“ der Kinder durch Unterbietung des Schulgeldes oder durch üble Nachrede gegen den benachbarten Schulmeister; ferner die Verleitung der Kinder zum Naschen und zu unberechtigten Geschenken von allerlei Esswaren an die Schulmeister oder zu un-

¹⁾ S. den vollständigen Abdruck in den „Bayerischen Annalen Nr. 147 vom 9. Dez. 1834“; ferner in: J. Müller, „Vor- und frühreformat. Schulordnungen etc. Zschopau, Raschke“, S. 108 f. — In abgekürzter Form auch in: N. Haas, Gesch. d. Pfarrei St. Martin, S. 75 ff. ferner in: S. Hagen, das Volksschulwesen in Oberfranken, Bayreuth 1871, S. 278; auch in F. Leist, „Aus Frankens Vorzeit“, Würzburg 1881, S. 100 ff.

geeigneten Dienstleistungen für dieselben („holtz zu klauben, eisen oder anderes in den gassen, an den wegen oder in dem wasser zu suchen“ etc.)

Die nächste bekannte Volksschulordnung für die Stadt Bamberg gehört dem Jahre 1618 an, fällt also in die Regierungszeit des energischen und für das geistige Wohl seiner Unterthanen sehr besorgten Joh. Gottfried von Aschhausen (1609—22) und zeigt uns die Volksschule bereits in einem völlig anderen Lichte — nämlich als Institut mit wesentlich kirchlicher Lehraufgabe, und die Lehrer als Diener der Kirche und der durch die Jesuiten erteilten Kinderlehre. Die Verordnung geht vom fürstbischöflichen Vikariate aus und enthält nichts von Lesen und Schreiben, noch sonstige auf die technische Seite des Unterrichts bezügliche Gesichtspunkte, sondern lediglich eine Reihe von moralisch-disziplinären Verhaltensmassregeln für die Schulhalter mit ganz besonderer Betonung ihrer Stellung als kirchenpolizeiliche Organe. — Wir geben sie als älteste von der geistlichen Regierung ausgehende „Schulordnung“ Bambergs im Wortlaute:

„Ordnung der Teütschen Schueln alhier¹⁾).

Demnach Ein geraume Zeit hero in glaubliche erfahrung gebracht, welchermassen die Teutsche Schuelhalter alhier in Bamberg, Sonderlich in Ihrem Beruff vndt Ampt die Kinder in Catechismo vndt beuorab in guter Zucht vndt Sitten vndt in allem deme, so zur Gottesforcht erforderlich vndt dienstlich, Dem Hochwürdigen vnserm Wurdigen fürsten vndt Herren von Bamberg geleiste Pflicht vnndt Aydt sehr wenig in Acht genohmen, dahero dann auss anstiftung des Laydigen Sathans ein solche fahrlässigkeit der Jugent Sonderlich bey der Kinderlehr verspürt wirdt; Also dass seiner Fürstl. Gn. dero Vicario in Spiritualibus vndt Gaistl. Räthen solchem Ubel länger zuzusehen vor Gott ganz vnverantwortlich fallen würde, Alss ist aus gnedigem befelch höchst gedachter Fürstl. Gn. Ihnen diesse Ordnung hinfürder vnverbrüchlich Zu halten vfferlegt worden. Sollen auch darüber alle viertel Jahr umb dass Quatember alle vndt Jede

¹⁾ Reponierte Akten der K. Kreisregierung von Oberfranken (Schulordnungen von Bamberg).

in Sonderheit bey ihren Aydts Pflichten, für sich vndt Andere Examiniret werden, Ob sie oder andere, in einem vnd anderen, wider diesse Ordnung gehandelt vnd da einer oder mehr in einem oder Mehr Puncten dreymahlen, in einem viertel Jahr glaubwürdig besagt vndt erfunden würde, Der soll alsobalden de facto des Schuelhaltens gänzlichen entsetzt vndt beraubt sein. Darnach sie sich entlichen Zurichten haben;

1. Soviel die Kinderlehr betreffen thut, sollen sie die Ihrigen nicht allein in der Schuel Zue fleissiger Lehrnung des Cathechismi anhalten, Sondern auch selbige in die Kirchen belaiten, bey Ihnen verbleiben, biss die Kinderlehr geendet, darunder alles Schreyen, vmbblaffen vnd andere vngebühr wehren, vnd sie nach geendter Kinder Lehr Züchtig, widerumb vnd ohne geschrey zu hauss führen.

2. Ein Jeder Soll seine Kinder mit ernst, in rechter Zucht vnd sonderlich zur Kinder-Lehr halten vnd die so aussbleiben, gebühlichermassen Züchtigen vndt straffen. Denn da einer hierin in der Inquisition saumbseelig erfunden, vndt sich ferner mit der ganz vndüchtigen entschuldigung, wann er wegen der Kinderlehr, den Kindern sich etwas hardt erzeugte, würden Ihm alle seine Kinder entlauffen und sich zu andern in die Schuel begeben, der soll also baldt in continenti des Schuelhaltens ohne einige hoffnung der wider Zulassung entsetzt sein;

3. Welcher sich hienfürdter im wenigsten widern tehte, Die Patres Societatis, So darzue deputirt zue bestimbten Zeiten, in seine Schuel zu admittirn vndt die Kinder in Glaubenssachen oder in der Gottesforcht vnderrichten zue lassen, der auch zur Zeit, da sie in der schuel seint, vndt welche privat Kinderlehr halten, nicht selbsten Persöhnlich beywohnete oder aber wie biss dato Theils Kinder abgehen vndt sich einigerley weiss sich absentirn vnd versteckhen liesse, soll ebenmessig seines Dienstes verfallen seind.

4. Ingleichen soll ein Jeder dasjenige, so den Kindern von den Patribus gesagt vndt vorgehalten worden, mit Ihnen zum wenigsten ein viertel stundt fleissig repetirn vndt wann sie Sontags von der Kinderlehr haimb kommen, ebenmässig Examinirn, ob eines oder dass andere etwass auss der Kinderlehr gemerkt vndt gegen denen, so nichts gemerkt, mit gebührender straff verfahren.

5. Es sollen auch ein jeder seine Kinder des Jahres viermahl als Weyhenachten, Ostern, Pfingsten, unsrer lieben frauen Himmelfart

Zur Beicht führen; diejenige aber, so solchem nit gehorsamb, Straffen und benebens zur Beicht anhalten.

6. Tägliche und unterschiedliche Gebete sollen sie vorgeschriebenermassen vor vndt nach der Schuel fleissig betten; Welche ihnen durch einen darzue qualificirten auss einer an der Wandt hangenden Dafel alle Zeit sollen vorgebettet werden, vndt die andern fleissig nachsprechen.

7. Es soll alles, soviel dass Betten, Singen, Processioniren vnd wahlfarthen gelangen thut, In einer Schuel wie in der andern gehalten werden.

8. Der unverantwortliche missbrauch, dass etliche gewachsene Kinder, Jungen vndt Mägdlein Zur Zeit dess Cathechismi in der Schuel sich mit einander versteckhen, Soll gänzlichen Abgeschafft sein.

9. An der Recreation vndt Spiel-Zeit Sollen sie mit ganzlichem ernst darüber halten, vff dass die Jungen vndt Mägdlein besonders Ihre Recreation vndt abgesöndert haben, viel vnheyl dadurch zu uerhüeten.

10. Sollen auch alle vnd jede Teütsche Schuelhalter, beforab verschaffen, wann ihre Kinder auss der Schuel gehen, Solches mit aller Zucht vndt Erbarkeit, ohne gross geschray, ohne gelächter vndt andere üppigkeit geschehe, welches zu verhüeten erspriesslich sein wirdt, Etliche bestellen, so darauff Achtung geben, vnndt relation thun, damit die vbertretter gestrafft werden.

Ist hierauff des hochwürdigen vnsseres Gnedigen Fürsten vndt Herrn etc. Ernstlich gebot, dass alle verpflichte Teütsche Schuelhalter solche ordnung vff besondere Dafeln Abgeschrieben in Ihren Schuelen ein Jeder täglich vor Augen habe vndt alles ernstes bey vermeydung obgesetzter straff darüber halten vff welches alles, damit allen Punkten genugsamb volg geleistet werde; die Herrn Geistliche Räth embsige Steiffe obacht vndt ernstliches Strenges vffsehen zu haben befehlen wir.

Geben under hochgedachter Ihrer fürstl. Gn. Vicariat-Gerichts-Insiegel den 8. Martij anno 1618“.

Die geistigen und sittlichen Schäden, die der 30jährige Krieg auch für Bamberg in seinem Gefolge hatte, veranlassten den Fürstbischof Philipp Valentin Voit von Rieneck (1653—1672), im

J. 1658 mit einer neuen Schulordnung für die Stadtschulen Bambergs hervorzutreten, welche bei aller sonstigen Gleichförmigkeit des Charakters mit ihrer Vorgängerin doch einige wesentlich neue Punkte enthält, — so die Festsetzung der Zahl der stadtgerichtlichen Schulmeister und die Forderung eines Anstellungsexamens vor dem geistlichen Rate, ferner die Erwähnung des Lesens und Schreibens als Schulgegenstände und die Normierung eines Schulgelds für diese Unterrichtsfächer. Da diese Schulordnung nicht bloss ihrem Inhalte, sondern vielfach auch ihrem ganzen Wortlaute nach grundlegend wurde für die folgenden des 18. Jahrhunderts, so gestatten wir uns gleichfalls ihre wörtliche Wiedergabe¹⁾.

„Wir Philipp Valentin von Gottes gnaden, Bischoff zu Bamberg etc.

Demnach Vns durch Vnsern verordneten Vicarium generalem vnd geistliche Rätthe gehorsamblich vorgetragen worden, das laider über alle angewendte mühe vnd vleiss vnserer P.P. Societatis Jesu mit uisitirung der Teütschen Schulen vnd Haltung der Kinderlehr gleichwoln die iugent, zweifelsohne bej diesen Schweedischen Kriegs-läufften, dan auch weiln forderst die Eltern die schuldige bejsorg nit getragen, ihre kinder vnd Ehehalten zur Christlichen lehr anzuhalten, also Roh- vnd Gottloss worden, das der mehrertheil in den nothwendigsten Vnseres Christlich-Catholischen glaubensarticuln gantz vnerfahren, sogar auch die Eltern vnd gewachsene leuth schlecht vnderwiesen, hingegen aber vnder wehrenter Zeit solcher Christlichen Lehr daheimb vor den Thüren vff öffentlichen gassen sizen, den Kindern allen muthwillen, vmbstreüen, grobe vnzüchtige Reden, fluchen, schweren, spielen, ia wol andere vngebührnussen mehr verstatten, Also das Vns in deme Zeitliches einsehen zu haben, vnd sowohl die Schul alss christliche Lehr in bessere obseruantz Zu bringen bischofflichen Ambts- vnd gewissens-halber obliegen will: Alss haben Wir mit vorwissen des Ehrwürdigen Vnseres Domb-capittuls für ein vnumbgengliche notturfft Ermessen allen und Jeden Schulmeistern nachfolgende Schulordnung vffricht- vnd Ausgehen Zulassen.

1. Sollen die Schulmeister in gewieser Anzahl vnd über Sechs im Stattgericht nit sein, auch hinfürter keiner macht haben, ein Schul

1) Aus den reponierten Akten der K. Kreisregierung von Oberfranken.

vfzurichten, Er habe dan zuuor bey Vnserer geistlichen Rathstuben nach ausgestandenem examen sein iurament würcklich abgelegt.

2. Weiln vil arme kinder sein, welche aus mangel des Schulgelts sonsten die Schul nit besuchen, vnd also aus nothwendiger Verwahrlassung weder lesen noch schreiben lernen können, mit denenselben werden die Schulmeister nach erkandter Armuth ein Einsehens zu haben, vnd etwas geringers Zunehmen wissen, Sonsten Sollen Sie bey den gewöhnlichen salarien verpleiben, als von einem kind so Buchstabirt, drej Patzen, von dem so lesen thut, Vier vnd deme so schreiben lernet fünf Patzen, welche gebühr aber, weiln die Schulmeister grose mühe haben, alsobalden bey Endung eines ieden Quatembers ohne auffzug in nechsten zwej oder drejen tügen von den Eltern ohnfehlbar vnd willig sollen bezalt, im wiedrigen zuclagen nit vrsach gegeben werden.

3. Damit die kinder neben der lehr auch zuforderst die Andacht vnd Gottesforcht lernen, will einem ieden Schulmeister obliegen, seine kinder, wo nit täglich, doch zum wenigsten alle Sonnfest- und feyrtäg in die nechstgelegne kirchen, nit allein zur anhörung der H. Mess, alle Sonntäg in die Christliche Lehr, sondern auch zu gewiesen Zeiten Viermal des iahres Zur H. beicht züchtig, Erbar vnd still zu führen, die ienige auch so zu empfangung des Hochwürdigen Sacraments dauchlich, wenigsten acht tag vor dem Palmsonntag nach vorhergehenter guter vnderweisung vnd beicht dazu anlaiten vnd gewehnen, die aber so sich widerspenstig vnd vgehorsamb bezeigen, nach vorgenommener bestraffung nichts destoweniger darzu anhalten.

4. Gleichwie bisshero die Schulmeister zu anfang vnd End der Schul vnderschiedliche schöne morgen vnd Abentgebet, die vor vnd nach dem Essen gebräuchige vnd Andere sonsten sehr dienstliche gebettlein, laut mit ihren kindern gebettet, Alss wollen Wir solchen nutzlichen gebrauch keineswegs abgethan, sondern hiemit erneüert vnd sowoln wegen des betten, sinngen vnd der ordnung in denen procession- vnd Walltügen in einer Schul gleichwie in der Andern ein gantze gleichförmigkeit gehalten haben.

5. Das vormittägig üppige essen vnd trinken auch andere bisshero in den Creütz- vnd Walltügen bey denen kindern alss andern gewachsenen leüthen vf den Freythöfen vnd Anderen nechst bey

der Kirchen gelegenen plätzen verspürte insolentien vnd muthwillen sollen hinfüro alle vnd iede Schulmeistere den ihrigen alless ernsts inhibiren, die verbrechere mit scharpffer straff Ansehen vnd sollen die an Wall- vnd Creütztägen bissher gehabte nach-mittägige recreation gäntzlich abgeschafft sein, hingegen können ihren kindern vff andere Zeiten an dern statt gewiese Spiltäg zugelassen werden.

6. Es werden sich die Herren PP^{res} Societatis Jesu alle wochen einmal bemühen die Schulen Zu visitirn, vnd ohnschwer obsicht Zu haben, was die Kinder lernen, wie vnd welcher gestalten die Schulmeister sich gegen dieselbe mit der lehr vnd vnderweisung verhalten, zu dem ende dann denen Patribus der freye access bey iedwedene Schul vnuersperrt sein solle.

7. Kein Schulmeister soll dem Andern die kinder Abspannen, noch dieienige, welche von einer schul in die andere lauffen ohne vorzeigung eines schriftlichen testimonij an vnd Aufnehmen,

8. Sondern vleisige achtung geben, damit die knaben vnd maigdlein Zur Zeit des Catechismi, der Schul oder sonsten, sich in heimbliche winckel, wardurch vil übels entspringen kann, nit verbergen. Item wan die kinder wiederumb von der Schul abgehen, damit dasselbe mit aller Zucht vnd Erbarkeit ohne groses geschrey, gelächter, schwätzen, Vppich- vnd Leichtfertigkeit beschehen, zudem ende etliche Auffseher zu bestellen, vff das die übertreter nit vngestraft hingehen mögen.

9. Den bisshero eingeführten gebrauch die kinder alle tag ein stund vf die gassen Zulassen, wollen Wir allerdings Abschaffen vnd anstatt dessen einen tag in der wochen zu ihrer recreation geben vnd verstatten.

10. Weiln an der Christlichen lehr bey der iugent vil gelegen, werden alle vnd iede Schulmeistere die ihrigen nit allein zu fleisiger lernung des Catechismi, kinderspiel, andern schönen gebettlein vnd Gottseeligen gesänglein anhalten, sondern auch dieselbe züchtig in die kirchen beglaiten, vnd bey ihnen biss zum ende der Kinderlehr verpleiben, darunter alles schwätzen, hin- vnd her lauffen vnd andere vngebührnus verwehren vnd dieselbe nach der Kinderlehr hinwieder mit guter Ordnung nach hauss führen, vnd das nachlauffen vnd bilderbettlen nit mehr verstatten.

11. Die Kinder- od. Christliche Lehr soll in den vorigen Dreien hierzu deputirten pfarrkirchen, dan in Nebenstift St. Gangolph also ferner verpleiben vnd Continuirt werden.

12. Kleine Kinder, welche keinen verstand haben vnd noch vnmündig seind, weiln sie mit ihren schreyen vnd weynen Andere in der Kirchen verhindern, ist besser zu Hauss zulassen, hingegen aber alle die ienige, so discretion haben, ob sie schon in die Schul nicht gehen, seind schuldig in die Christliche Lehr vleisig Zu kommen, massen neben den Schulmeistern auch die Eltern, Herren vnd Frawen die Ihrige, welche solcher Lehr bedürfftig, dahin vermögen, in wiedrigen ohne nothwendige Erkändnus vnd wissenschaft Vnserer glaubensarticuln niemand zu geuatterschaft soll zugelassen oder Eingelaitet werden.

13. Es soll auch ein Jeder Schulmeister dasienige, So von dem Patre den kindern vorgehalten vnd gelehrt worden, wan sie Sontags von der Kinderlehr heimkommen, sobalden oder aber folgenten montags früe in der Schul, Zum wenigsten ein Viertelstund mit ihnen vleisig repetirn, ebenmesig auch examinirn, ob Eines oder das Andere etwas aus der Kinderlehr gemerckt vnd behalten habe, gegen den vnvleisigen vnd vnachtsamen mit gebührener straff verfahren. —

Ist demnach Vnser ernstlicher befehl, das alle verpflichte Schulmeister dieser Vnserer ordnung nach, dero innhalt bey vermeidung Vnser höchsten vngnad auch vorbehaltener hoher straff vleisig nachkommen, dieselbe Zu gewiesen Zeiten den kindern vorlesen vnd darob steiff vnd vest halten sollen, Wie dan auch hierüber Vnser in spiritualibus Vicarius generalis vnd Rätthe etc. nit weniger befelcht ein sonderbares wachbares Aug darob zu haben, vnd da ein oder Ander Schulmeister mercklichen vnfleisses überzeügt würde, denselben seines Diensts gar zu entsetzen, vnd an dessen stell einen vleisigen Aufzunehmen. Darnach hat man sich zu richten, vnd ein Jeder vor betrohter straff vnd vngnaden zu hüten. So geben vnder Vnsern hieuetruckten Vicariatgerichtssecret den 22. Monatstag Junij anno 1658.“

3. Kapitel.

Die Schulordnungen von 1733 und 1755.

Wie sehr die Entwicklung des Volksschulwesens unter dem im Kultur- wie im Naturleben sich geltend machenden Beharrungsgesetze stand, zeigt der Umstand, dass die Schulverordnung von 1658 auch für die Verordnungen des 18. Jahrhunderts — nach 75, bzw. nach c. 100 Jahren — inhaltlich wie formell massgebend wurde. Thatsächlich ist die am 10. Dez. 1733 unter Friedrich Karl von Schönborn (1729—46) erlassene Schulordnung für die Residenzstadt Bamberg nichts anders als eine — in vielfach unwesentlichen Dingen erweiterte — Neuauflage der Schulordnung von 1658. Die 13 Punkte der letzteren sind allerdings um einige vermehrt und dadurch auf 21 angewachsen, aber Geist und Charakter, Auffassung des Schulzwecks und der Aufgabe der Lehrer, ja selbst Sprache und Stil der Verordnung sind sich völlig gleich geblieben.

Die Verordnung¹⁾ nimmt in ihrem Eingange selbst auf die von 1658 Bezug und hält es für eine unumgängliche Notwendigkeit, dieselbe „zu aufrechthaltung Christlicher Zucht, Fromb-, Ehrbahr- und Ehrendbietsamkeit unter der zahlreichen ... und mehreren Theils Zaumlosen Jugendt umb so mehrers zu erneüern, Als die Schulmeistern unter sich selbst in Ihrer unterweisung und Schulordnung ganz keine rechte gleichheit pflegen zu halten; ... So haben Wir durch unsere Hochfürstl. Bambergische Geistl. Rathstuben nachfolgende Puncta und Articulos in Conformität der oberwehnten älteren Schulordnung verfassen, und denen Sambtl. Schuelmeistern Zu Ihrer gehorsambsten Nachachtung und schuldigsten Befolgleistung dieselbe zustellen lassen.“

Was nun die Punkte anlangt, in denen sich die Verordnung über ihr älteres Vorbild hinaus erweitert, so ist zu erwähnen:

1. Die festgesetzte Zahl der 6 stadtgerichtlichen Schulmeister wird, „ob zwar Sämtliche Schuelmeister unterthänigst angesuchet, dass wegen des dahier befindlichen Instituti Mariae die Anzahl

1) Reponierte Akten der K. Kreisregierung von Oberfranken.

deren . . . Schulmeistern auf eine geringere Zahl reducirt werden mögte“, beibehalten; es wird jedoch, um Kollisionen zwischen den einzelnen Schulmeistern durch „Abspannen“ von Kindern etc. zu vermeiden, eine angemessene lokale Verteilung der einzelnen Schulen verfügt. Es sollen die 6 stadtgerichtlichen Schulmeister sich „denen Wohnungen halber also und dergestalt theilen, dass deren Einer ohnweith der St. Martins-Kirchen, der Andere ob den Markh, der dritte in der langen Gassen ohnweith der Casserne, der vierte aber in den Steinweg nahe bey den Zuchthaus, dann der 5^{te} ohnweith des inneren Thors beym Sandt und der 6^{te} in Abbtswehrt wohnhafft seyn solle“ (Punkt 1 der Sch.-O.).

2. Die Anforderungen, die an einen Kandidaten des Schulmeisterdienstes zu stellen und in einer Prüfung vor dem geistlichen Rat nachzuweisen sind, werden hier zum erstenmal umschrieben. Es soll nämlich fortan „Kein Anderer von Bürgermeister und Rath praesentirt, oder von Unserem Vicariat an- und zu pflichten genommen werden, welcher nicht in der Rechnungskunst wohl erfahren, dann Einer guten Canzley-Handschrift zugethan, demenebst in recht-Buchstabieren und wohl-Lesen, sonderheitlich aber in Catechesi gründlich informirt seyn mag, damit solches denen Ihnen anzuvertrauen seyenden Kindern in allen diesen Vorgeschiedenen Stückhen desto bessere Instruction und gute Lehr beybringen könne.“ (Punkt 2 der Sch.-O.).

3. Um die willkürlichen Schulversäumnisse und das eigenmächtige Laufen von einer Schule in die andere hintanzuhalten, begnügt man sich mit folgender Bestimmung: „Auch dafern Es sichs allenfalls äussern mögte, das die Scholares auf nur gedachte Weis Eine andere Schul bey anfang Eines quartals frequentiren thäten, darüber aber 2 oder 3 Wochen lang wieder aussetzen und von selbst aus der Schul bleiben wolten; Also wollen Wir Gnädigst hierdurch verordnet haben, das deren Eltern gleich wohl den Schulmeistern das Quartal-geldt vollständig abzuführen schuldig seyn und obrigkeitlich zu zahlen angehalten werden Sollen. Ein gleiches wäre auch zu Verstehen bey denenjenigen Kinderen, so 2 oder 3 Wochen vor Endigung des Quartals die Schul verlassen thäten. (Zu Punkt 9 der Sch.-O.).

Dagegen wird bezüglich der Versäumnisse der christlichen Lehre die „Straff wenigstens eines Groschens oder 3 Kreuzer Geldts für jedes ausbleibende Kind und denen der Christlichen Lehr annoch bedarffenden Dienstbotten, worund sonderheitlich auch die bey denen Handwerkern annoch in Lehr-Jahren stehende Jungen oder in glauben schlecht erfahrene Handwerkhs-Gesellen zu verstehen“, festgesetzt. (Zu Punkt 18 der Sch.-O.).

4. Die Vakanztage der Schule werden dahin geregelt, dass es bei den „in denen Hundstagen sonst gewöhnlich gewesenen 8 Spieltagen Künfftighin sein weitheres und ohnveränderliches Verbleiben haben, diesemnebst die drey Ersten Herbst-Messtag der Schuljugend zu Einer Vacanz und Ergötzlichkeit zugelassen werden sollen. (Punkt 12).

In bezug auf den (in voriger Schulordnung bewilligten) wöchentlichen Spieltag „haben die Sambtl. Schulmeister Eine gleichförmigkeit . . . nachfolgender gestalt zu halten, dass an denen ledigen Wochen, oder woh auch Ein Feyertag an Einem Mond- oder Sambstag einfallet, wenigstens Ein halber Spieltag — in denen Wochen aber da Ein Fest- oder Feyertag an denen übrigen Tagen zu celebriren vorkommt, denen Schulkinderen Kein Spieltag zugelassen, jedoch die Festa chori oder sogenannte halbe Feyertag vor ganzte gehalten, mithin die Jugend an diesen Tagen von Frequentirung der Schulen liberirt werden solle.“ (P. 13).

5. Eine nicht unwichtige Neuerung ist die gesetzliche Anordnung der durch das Bedürfnis in Gebrauch gekommenen Lehrerkonferenzen. „Weil noch fernerhin für gut angesehen wird, dass die Schulmeistere den bis anhero unterhaltenen Gebrauch nach in Schulsachen sich unterreden zu können, für ins Künfftige weithers und darmit solcher gestalten continuiren sollen, dass 14 Täg nach Verfliessung Eines jeden quartals Sie Sämtl. bei den Seniore zusammentretten, daselbst sich in Schulmaterien der gebühr und notthurfft nach unterreden, anförderist aber bey jedesmahliger Zusammenkunfft, als wohvon sich Keiner sine legitima causa unter willkühriger Straff zu absentiren, diese neu verfasste Schulordnung punctatim und wohl vernehmlich ablesen, sofort genau examiniren und nachsehen sollen, ob diese von punct- zu puncten von Jedem

gehorsambst befolget werde oder nicht, Inmassen die darwiederhandelnden sogleich bey Vnserem Hochfürstl. Vicariat a Seniore zu referiren, umb denen befindenden Dingen nach sodann zur empfindlichen Straff und Correction ziehn zu können, und will Es sich vor allen gebühren, dass sich die Schulmeistere darbey ohne alles zankhen, sondern beschaiden und friedlich verhalten undt auch führen mögen.“ (P. 14).

6. Zu der bisherigen Verpflichtung, den kirchlichen Religionsunterricht der Jesuiten durch Repetition, Examination und Bestrafung der Unaufmerksamkeit zu unterstützen, tritt nun die weitere, selbständige Christenlehrstunden zu halten. „Ingleichen hätten Sie Schulmeistere, umb die Kindere in Principiis fidei desto belehrnter zu machen, alle mittwochen und Sambsttäg wenigstens ein Stund lang Christliche Lehr zu halten, und darinnen das im vorhergehenden Sontag explicirte zu repetiren, soforth auch hierüber die Kindere folgendts zu examiniren, als auch das, was in den nachfolgenden Sontag gelehrt werden solle, Ihnen deutlich zum Vorgeschmackh vorzulesen.“ (Zu P. 19).

7. Schliesslich wird auf den „sonst gewöhnlichen“, aber „neuerlich aufgelegten“ Katechismus hingewiesen, und gefordert „dass sich jeder Schulmeister mit demselben versehe und seinen Discipuln auch diesen und Keinen andern sich zu Kauffen und zu verschaffen im Vorschlag bringe.“ (P. 20).

Bereits nach 2 Jahrzehnten, unter dem Fürstbischefe Franz Konrad von Stadion (1753—57) ergibt sich die Notwendigkeit, eine weitere Schulordnung für die Residenzstadt Bamberg zu publizieren unter der einleitenden Motivierung, dass die früheren Schulordnungen „der Gebühr nach nicht befolget, sondern fast gänzlich ausser Acht gesetzt worden, mithin die gute Sitten, christliche Zucht und Ehrbarkeit unter dasiger Jugend in grosen Verfall gerathen, gegenüber aber die Bossheiten, ungezogen- und Ausgelassenheit gleichsam auf das höchste gestiegen seyn.“

Diese unter dem 2. Mai 1755 erlassene Schulordnung¹⁾ schliesst sich wiederum in engster Weise an Inhalt und Form ihrer Vor-

¹⁾ Reponierte Akten der K. Kreisreg. von Oberfr.; — ferner abschriftlich zu finden in der Registratur der Stadtpfarrei St. Martin zu Bamberg.

gängerin an und erhebt sich, abgesehen von einzelnen sprachlichen Änderungen, Erweiterungen und stilistischen Verbesserungen, keineswegs über das pädagogische Niveau der Verordnung von 1733. Sogar die Zahl der 21 Paragraphen ist beibehalten; nur tritt die Tendenz moralischer Belehrung und Ermahnung in noch breiterer Weise als früher hervor.

Zu den wichtigsten Neuerungen sachlicher Natur ist zu zählen, dass hier zur Beseitigung der Unordnung im Schulbesuch zum erstenmale eine Einteilung der gesamten Stadt in feststehende Schulbezirke versucht wird. In einer Beilage zur Verordnung wird das Gebiet der 13 damals bestehenden Stadtschulen nach Gassen bestimmt abgegrenzt;¹⁾ und die Eltern sind durch die Gassenhauptleute „alles Ernstes, auch erfordernten Falles unter Straf anzuhalten, damit diese ihre Jugend in die bestimmte und keine andere Schule abschicken.“

Für die ausserdem vorhandenen 3 „Freischulen“ soll der Besuch nach wie vor freigestellt sein, „dergestalten jedoch, dass solche Kinder nach Maass der Schulordnung sich bey denen zu ihrer Gassen bestimmten Schulmeistern mit einem Attestato von jedem Freyschulhalter zu legitimiren haben, bey dem sie wirklich frequentieren.“ (Punkt 1).

Unter den Lehrgegenständen der Schule wird hier zum erstenmale auch des Rechnens Erwähnung gethan, indem die Schulgeldsätze quartaliter für Lesen und Schreiben in der früheren Höhe, nämlich für „Buchstabieren“ auf 3 Batzen, für „lesenlernen“ auf 4 Batzen, für „schreiben lernen“ auf 5 Batzen festgesetzt werden; von denen, „welche aber auch in der Rechenkunst geübt werden,“ sollen 6 Batzen hezahlt werden. — (P. 4).

Entgegen den früheren Bestimmungen, laut welchen der Besuch der hl. Messe durch die Schule nur für den Sonntag unumgängliche Vorschrift war, wird der tägliche Messbesuch für Schüler und Lehrer strikte vorgeschrieben. (P. 5).

Eine nicht unbedeutsame Änderung tritt bezüglich der Schulaufsicht ein, indem die Visitation der Schulen, früher ausschliesslich von den Jesuiten geübt, nunmehr in erster Linie der Curat-

1) S. diese Einteilung im Anhang, Beilage 1.

und Stiftsgeistlichkeit zur Pflicht gemacht wird¹⁾. „Wir befehlen weiters und 8^{tens} gnädigst, dass künftighin die Schulvisitationes Quartaliter von dem Curatus unserer beyden dahiesigen Hauptpfarreyn ad St. Martinum und ad Beatam Virginem, wie nicht weniger die Visitationes deren Stiftsschulen von jeden Stifts-Scholastico besorglich wahrgenommen, und gute Nachsicht gehalten werden solle, was die Kinder erlernen, wie viel sich darunter befinden, welche ganz arm und einiges Schulgeld zu bezahlen ohnvermögend sind, wie und welcher Gestalten die Schulmeister sich gegen solche samt und sonders, so Reiche als Arme mit der Lehr und Unterweisung, dann Art und Manier der Bestraf- und Züchtigung verhalten, ob und welcherley Fehler, Mängel und Gebrechen oder sonstige Ausschweifungen und Umständ sich äussern möchten, welche auf dem Falle, wo solche auf deren Visitatorum ernsthafte Erinnerungen nicht abgestellt würden, oder wegen ihrer Erheblichkeit und besonderen Umständen werden könnten, von Quartal zu Quartal unserer nachgeordneten geistlichen Regierung schriftlich angezeigt, sofort von daher der Sach erforderliche Mittel und Weg eingeschlagen werden sollen. — Wir versehen uns aber anbey auch gnädig, dass unsere dahier befindliche P. P. Societatis Jesu besagte Schulen, wo nicht wöchentlich, doch monatlich gleicher Absicht zur Erhaltung unseres bezielten Endzwecks und Besten des gemeinen Weesens zu Visitiren, und in nämlicher Maass fürzuschreiten sich werden angelegen seyn lassen.“ —

Von sittengeschichtlichem Interesse und bezeichnend für den Stand der „Sittsamkeit“ der Jugend jener „guten alten Zeit“ ist der in die Schulordnung neuaufgenommene Punkt 11 über das öffentliche Verhalten der Schuljugend bei Kindtaufen und Provisuren. „Eine gemeinkündige Sache ist, was ärgerliche Ausgelassenheiten Tumult und Geschrey, Raufen und Schlagen von dahiesiger zaumloser Jugend bey denen Kindstaufen vor denen Pfarrkirchen, in denen Freyhöfen und öffentlichen Strassen ausgeübt zu werden pflegen, und

1) Eine diesbezügliche Verordnung war bereits am 30. Okt. 1738 an die Stadtpfarreien ergangen, welche den Kaplänen den „nachdrucksamben befehl erteilt, dass dieselbe wenigstens alle 14 Täg die in ihren Pfarreylichen bezirk sich befindenden Schulen mit gewissenhafter und genauer einsicht besuchen“, visitieren und examinieren sollen. (S. Akten der Stadtpfarrei St. Martin).

unter was ohnerträglichen Spott und Schimpfworten diese bösgartete Jugend die Aeltern und Gevaterleute mit grösster Ungestüm anzuschreyen, ja bis in ihre Häuser rottweis zu verfolgen sich in so lang nicht abwehren oder abweissen lassen, bis jene gleichsam zu jedes Genügen Geld ausgeworfen haben, auch wie wenig sich besagte Jugend an die dabey erscheinende sogenannte Bettelscheuen (welche öftermalen ihre eigene Kinder unter den Haufen mit laufen lassen, mithin aus eigenen wiewohl geringen Interesse ihrer Schuldigkeit nicht nachkommen) stöhren oder abhalten lassen, ja solche auf diesen Fall selbst gar öfters mit Schimpfworten und Steinwerfen davonjagen, mithin sich gleichsam in den Besitz ihres strafbaren Muthwillens handhabe; und da nicht minder zeithero wahr zu nehmen gewessen, dass die Jugend in Begleitung deren öffentlichen Provisuren mehrstentheils die dabey dem hochheiligsten Sakrament schuldigste Ehrerbietung nicht bezeige, und weder Ordnung noch Andacht wahrnehmen lasse, also sollen die Schulmeister künftighin ihre untergebene Jugend zur besserer Zucht, Ehrbarkeit und Andacht anzuhalten sich zur sorgsamten Angelegenheit nehmen, ingleichen so viel bey denen Kindtaufen sich äusserende Ausgelassenheit betriefft, haben die gesammte Schulmeister ihrer Jugend solche unter Straf zu verbieten, und mit Ernst bedacht zu seyn, wie die solche Kindtaufen begleitende Gevaterleut und Aeltern oder der etwa dabey erscheinenden Bettelscheuer von derselben nicht wie zeithero geschehen auf denen Kirchhöfen und Strassen also ungestüm anschreyen, verspottet und verfolgt, mithin durch ärgerlicher Tumult, Muthwillen und Ungezogenheiten führohin nicht ausgeübt, sondern die dagegen Handlende zur gemessenen Strafe gezogen werden möchten. Zu welchem Ende Wir dann auch unseren Bürgermeistern und Rath gnädigst aufgetragen haben wollen, durch die Gassenhauptleute, denen Hausvätern und Müttern unter Straf anbefehlen zu lassen, dass sie ihre Kinder sowohl bey solchen Gelegenheiten, als überhaupt in bessern Zaumzucht und Ordnung halten, und nicht gestatten sollen, dass diese öfters den halben Tag bis in die späte Nacht auf denen Strassen müssig herumlaufen, und dabey allerhand Muthwillen, Geschrey, Unruhe und Getös erwecken, mit den beigefügten ernstlichen Erinnern, dass in so ferne dieser unser gnädigst befehlenden Willensmeynung gegen besseres Zutrauen nicht die unter-

thänigste Folg geleistet werden sollte, wir uns alsdenn gemüssiget sehen würden, andere und schärfere Mittel vorzukehren, sofort gestellten Umständen nach mit der Straf des Arbeitshaus fürzugehen, und solche unbändige Kinder auch auf der Stelle dahin bringen zu lassen.“ —

4. Kapitel.

Lehrergehalts- und Schulhausfrage der Stadt Bamberg um die Mitte des 18. Jahrhunderts.

Aus dem Vorausgehenden ist zu entnehmen, wie weit man noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Bamberg von eigentlichen pädagogischen und schulorganisatorischen Massnahmen zu einer wirklichen Hebung der Volksschule entfernt war. Soweit eine Schulfrage existierte, war dieselbe lediglich eine äussere Existenz- und Lohnfrage, welche uns die Schul- und Lehrermisère der Zeit in ihrer leidigsten Gestalt offenbart. Die Schulmeister der Stadt Bamberg, von alters her nur auf ihre Einnahme aus dem ganz geringen, dazu in seinem Betrage von allen Zufälligkeiten abhängigen Schulgelde angewiesen, wandten sich in wiederholten Gesuchen an ihre geistliche Oberbehörde, das fürstbischöfliche Vikariat, um Bewilligung eines Gehaltes. Da Bürgermeister und Rat, dem die Verpflichtung, für den Unterhalt der Petenten Sorge zu tragen, zunächst zugewiesen wurde, nichts in dieser Frage that, griff der Fürstbischof Friedr. Karl v. Schönborn im Jahre 1733 zu dem Auskunftsmittel, den 6 stadtgerichtlichen Schulmeistern aus den milden Stiftungen der Stadt einen „Gnadengehalt“, insgesamt jährl. 192 fl. fk. nebst 36 Simren Korn und 15 Mass Holz, anweisen zu lassen. So anerkennenswert dieser Schritt des Fürstbischofs in Hinsicht auf seine Tendenz ist, so entwürdigend war es für den Stand der Bittsteller, dass denselben zur Rechtfertigung dieser Stiftungsverwendung der Charakter von „Hausarmen“ offiziell beigelegt werden musste. Aus späteren Akten ist die Verteilung von nur 180 fl. fk. ersichtlich, an welcher Summe folgende 8 Stiftungen beteiligt waren:

Die Bergische Stiftung mit	70 fl.
Das St. Katharinenspital mit	30 „
Das St. Antoni Siechhaus mit	12 „
Das St. Marte-Seelhaus mit	8 „
Das St. Marthen-Schwesterhaus mit	10 „
Das reiche Almosenamt mit	24 „
U. l. Fr. Siechhof	12 „
St. Aegidien Spital	14 „

Da bisher die stadtgerichtlichen Schulmeister für die Beschaffung ihrer Schulräume selbst zu sorgen hatten und in dieser Hinsicht auf ihre geringen eigenen oder gemieteten Wohnungen angewiesen waren, so stellten sie im Jahre 1748 an die geistl. Regierung das Gesuch um Herstellung „einiger gemeinen Schulhäuser“ und um freie Wohnungen in denselben, ferner, da damals kurz nach einander 2 Stellen durch Tod sich erledigten, um Reduktion der stadtgerichtlichen Schulstellen von 6 auf 4, wodurch eine Erhöhung des Einkommens der übrigbleibenden erzielt werden sollte. Wiederum erfolgt das alte Spiel behördlichen Verkehrs; das Vikariat erklärt am 22. März an Bürgermeister und Rat sein Einverständnis mit dieser Reduktion der Lehrerzahl, verlangt jedoch von der magistratischen Behörde die Herstellung von Schulhäusern; von Seite der letzteren erfolgt zuerst gar keine Antwort und erst auf erneute wiederholte dringende Rescripte hin erscheint nach Jahren (19. Febr. 1753) die Erklärung des Rates, „dass es dem Stadtbauhofe der vielen Schulden wegen nicht möglich sey, neue Lasten zu übernehmen, es aber auch wegen der wachsenden Kinderzahl nicht räthlich sey, von den 6 stadtgerichtlichen Schulmeistern zwei absterben zu lassen, vielmehr werde vorgeschlagen, nebst den 4 salarirten Schulmeistern die beiden übrigen als Supernumerarii, jedoch ohne Bestallung, beyzubehalten, zumal ein Bewerber um die erledigte Schulmeisterstelle sich erklärt habe, zuerst ohne Bestallung dienen zu wollen (!). Übrigens seien die Schulmeister mit ihrem Gesuche um freye Wohnung, deren Beischaffung ein beträchtliches, auf etliche tausend Gulden sich erstreckendes Kapital erfordern würde, zur Ruhe zu verweisen.“ Und als nun die geistliche Behörde näheren Aufschluss verlangt über das gegenwärtige Einkommen der Lehrer, führt der Rath in

einem Berichte vom 5. April 1753 die obengenannten Rechnisse aus milden Stiftungen ins Feld und erklärt weiter: „Da die Schulmeister noch ihre Quartalgelder von den Schülern, Lichter und andere Accidentien geniessen, so haben sie keine Ursache, an weitere Zulagen zu gedenken, und besonders mit eigenen und zur Schulhalterey inskünftig gewidmet sein sollenden Wohnungen zu belästigen, somit seyen sie mit ihrem so excessiv als vermessenen Gesuche abzuweisen.“

Trotz dieser schroffen, den Wünschen der Lehrer jede Aussicht benehmenden Sprache hatte diese Bewegung doch bereits eine Frucht gezeitigt — um das Jahr 1750 war das erste städtische Schulhaus erbaut worden. Dasselbe wurde auf dem St. Martinskirchhof (gegen die Fleischgasse zu) errichtet, und das Baukapital hiezu von milden Stiftungen aufgenommen¹⁾.

Der Erlass der Schulordnung vom Jahre 1755 brachte die Besoldungs- und Schulhausfrage abermals zur Oberfläche offizieller Diskussion. Erwähnenswert ist, dass hiebei sogar der Vorschlag einer Art allgemeiner Schulumlage auftaucht, indem die geistliche Regierung erklärt, sie sei „ohnzielsetzlichen Dafürhaltens, dass, wenn jede Haushaltung deren Bürgern und Beysassen dahier quartaliter zu abreichung eines geringen beständigen Schulgeltes angehalten würde, alsdann wohl durchgehends freye Schulen, zum besonderen Nutzen des gemeinen Wesens aufgerichtet- und wodurch Verschiedenes ungemach und Klagen verhütet-, folglich auch eine beständige gute Ordnung beybehalten werden könnte“²⁾. Doch kommt die Sache über den Vorschlag nicht hinaus. — Als nun nach Veröffentlichung der Schulordnung im Jahre 1755 sämtliche Stadtschulmeister bei der geistlichen Regierung vorgerufen werden, um ihre etwaigen Wünsche oder Anstände, die sie im Vollzug der neuen

1) Am 13. Dez. 1749 wurde vom Stadtrathe zur Herstellung des Schul-, Kirchner- und Totengräbergebäudes auf dem St. Martinshofe Geld von verschiedenen Stiftungen, nämlich 700 fl. vom St. Aegidius-Spital, 500 fl. vom Ernestinischen Seminarium, 800 fl. vom St. Katharina-Spital, 1052 fl. 12 kr. vom St.-Antoni Siechhof; zusammen 3052 fl. 12 kr. zu 3% entlehnt. Aber bis zum Jahre 1803 waren an das Aegidiusspital keine Zinsen bezahlt worden, so dass die letzteren von 700 fl. Kapital bis dahin 1113 fl. betrugen. (Nach einem Manuscript des histor. Ver.) — Das Gebäude wurde 1804 in Gemeinschaft mit der alten St. Martinskirche wieder abgebrochen.

2) Vikariats-Prot. vom 22. Juni 1754 (Repon. Akten d. K. Kreisregierung).

Ordnung gefunden hätten, bekanntzugeben, stellen sie an die Spitze ihrer Desiderien:¹⁾ „Die Eintheilung deren Gassen und Hauptmannschaften für jede Schule erforderte, dass jedem Schulmeister in dem ihm angewiesenen Distrikt auch eine zum Schulhalten schickliche Wohnung eingeräumt werde, indem die Burgere wegen grosen von denen Kinder zu ertragenden Ungemach sich weigerten, ihren Schulmeistern ein Hauss bestandweiss zu überlassen, deren die wenigsten zum Schulhalten eingerichtet oder mit den erforderlichen Raum und anderen Nothwendigkeiten versehen wären“.

Ferner betonen sie, dass die befohlene Führung der Schulpugend in die hl. Messe, sowie zur christlichen Lehre und zu den Betstunden zur Winterszeit „wegen öfterer Versammlung deren Kinderen, dann mehreren Hin- und Widergehen“ mehr Holz zur Heizung ihrer Schulstuben nötig und daher ihr Holzbezug (jährlich 2¹/₂ Klafter) sowie das geringe Holzgeld unzureichend sei.

Die Bedürfnisfrage wird von Seiten der geistlichen Regierung anerkannt, allein man hält für bedenklich, die milden Stiftungen noch „mit mehreren dergleichen dahin nicht gehörigen Auslagen zu belästigen“, und will die Gewährung dieser und anderer Wünsche so lange ausgesetzt wissen, „biss wann ein fundus zu einiger Zulage ausfindig zu machen sein dörffte“; man weist ferner darauf hin, dass Bürgermeister und Rat erst kürzlich den Befehl erhalten haben, den Wohnungsbeschwerden der Schulmeister abzuhelpfen.

Allein Bürgermeister und Rat hüllten sich in das alte Still-schweigen — und die Schulmeister blieben ohne Zulage und ohne die gewünschten Schulräume.

¹⁾ Vikariats-Prot. vom 7. Juli 1755 (Repon. Akten d. K. Kreisreg.). Als Stadtschulmeister werden in diesem Protokolle namentlich angeführt: 1. Philipp Franz Muss (am Markte) mit 48 Schulkindern. 2. Joh. Biedermann (im Sande) mit 53 Schulkindern. 3. Joh. Thaler (neue Gasse gegen den Zinkenwörth) mit 82 Kindern. 4. Jos. Ignaz Krauss (Steinweg) mit über 100 Kindern. 5. Jos. Link (bei St. Martin) mit 115 K. 6. J. Heinrich Behr (Abtswörth) mit 40 K. 7. Joh. Paul Behr (St. Stephan) mit c. 70 K. 8. Karl Heinrich Renk (St. Gangolph) mit c. 100 K. 9. Burkard Reulling (St. Jakob) mit c. 80 K. 10. Georg Albert (Michelsberg) mit 72 K. 11. J. Peter Klinger (Wunderburg) mit 113 K.

II. Die Zeit Adam Friedrichs von Seinsheim 1757—79.

5. Kapitel.

Die Anfänge der Schulreform in Würzburg und Bamberg.

Am 7. Januar 1755 bestieg Adam Friedrich von Seinsheim den fürstbischöflichen Stuhl in Würzburg und am 21. April 1757 wurde er nach dem Tode Franz Konrads von Stadion auch zum Fürstbischof von Bamberg gewählt. Diese Personalunion der beiden fränkischen Hochstifte, die seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts hiermit bereits zum 5. male eintritt¹⁾ und bis zum Tode Franz Ludwigs von Erthal (1795), also nahezu 4 Jahrzehnte lang andauert, hat eine gewisse Gleichmässigkeit in der inneren Entwicklung der beiden Staaten zur notwendigen Folge, die wohl am auffallendsten auf dem Gebiete der Schule sich zeigt und zwar in der Weise, dass Würzburg als die ältere, durch Rang und geschichtliche Entwicklung vorangehende Schwester auch vielfach tonangebend wird für die Schulverhältnisse in Bamberg. Diese pädagogische Präponderanz Würzburgs, die soweit geht, dass den fürstlichen Schulreformern sogar der Vorwurf „unbegreiflich partiischer Begünstigung Würzburgs“ von Bamberger Seite nicht erspart bleibt²⁾, zeigt sich wenigstens unter der Regierung

1) Schon früher hatte diese Verbindung stattgefunden:

1. unter Joh. Gottfried von Aschhausen, in Bamberg 1609, in Würzburg 1617—22;
2. unter Franz von Hatzfeld, in Würzburg 1631, in Bamberg 1633—42;
3. unter Peter Philipp von Dernbach, in Bamberg 1672, in Würzburg 1675—83;
4. unter Friedrich Karl Graf von Schönborn 1729—46;

2) Vergl. königl. bayer. fränk. Schulmerkur 1806, S. 112, wo der Herausgeber (Graser) diesen Vorwurf erhebt.

Adam Friedrichs in unverkennbarer Weise, unseres Erachtens weit weniger herbeigeführt durch die fürstliche Vorliebe für das heimatliche Würzburg, als vielmehr durch die drängenden und treibenden Kräfte, die gerade in dieser Residenz auf die edel und ideal angelegte, für alles Gute und Schöne empfängliche Natur des Fürsten einwirkten. Hier in Würzburg hatte der Fürstbischof das Glück, einen stattlichen Kreis hochgebildeter, ideenreicher und edelgesinnter Männer um sich geschart zu sehen, welche mit Energie und Beharrlichkeit vorwärts drängten auf neue Bahnen pädagogischer Entwicklung. Männer wie der Weihbischof und Universitätsrektor Freiherr von Gebsattel, der geistliche Rat Dr. Emmert, der Regens des Klerikalseminars Dr. Günther, der Professor der Reichsgeschichte Mich. Ignaz Schmidt, der Professor Dr. Franz Oberthür, der 1. Schulseminardirektor David Götz bildeten die „pädagogische Tafelrunde“ des Fürstbischofs und das in den Waffen des Geistes wohlgeschulte Elitekorps in dem Kampfe, den die Aera neuer, aufgeklärterer Anschauungen gegen die Phalanx altgewurzelter Vorurteile, träger Genügsamkeit und fanatischen Eigensinns zu führen hatte¹⁾. Was speziell die Organisations- und Reformthätigkeit auf dem Gebiete der Volksschule betrifft, so erhielt dieselbe in dieser Zeit ihre erste nachhaltige Anregung durch das hochherzige Legat des fürstlichen Hofkanzlers Joh. Phil. Christoph Reibelt, welcher 1765 ein Kapital von 30000 fl. zur Verbesserung des Schulwesens im Hochstift Würzburg in die Hände seines Bischofs und Landesherrn niederlegte. Die Frage der zweckmässigsten Verwendung dieser edlen Stiftung führte 1766 zur Einsetzung der sogen. „Hofkommission“, deren Thätigkeit sich aber nicht bloss auf die Vorschläge über die Nutzbarmachung des bezeichneten Fonds erstreckte, sondern auch den Entwurf einer neuen Schulmeister-Instruktion und Schulordnung in sich schloss. Um entsprechende und gerechte Massnahmen für die Verwendung des Fonds zu ermöglichen, wurde durch eine Verfügung an die Dechanten des Hochstifts vom 8. April 1768 eine grössere statistische Erhebung über die Schulverhältnisse des Landes eingefordert. Darauf folgte die Errichtung einer aus geist-

1) Vergl. über die Würzburger Volksschulreform dieser Zeit die interessante Schrift: K. Küffner, Beiträge zur Geschichte der Volksschule im Hochstift Würzburg von J. Gottfried von Guttenberg bis zum Tode Adam Friedrichs von Seinsheim. Würzburg 1888.

lichen und weltlichen Räten zusammengesetzten Schulkommission (2. März 1770) und im gleichen Jahre die Eröffnung des Würzburger Schullehrerseminars. 1772 erschien das von dem Direktor des Schullehrerseminars David Götz ausgearbeitete Lesebuch, welches trotz aller anhaftenden Mängel als eine sehr bemerkenswerte Erscheinung in der Schulliteratur der damaligen Zeit dasteht¹⁾. Am 5. Januar 1775 wurde sodann eine im J. 1774 ausgearbeitete vollständige Schulordnung veröffentlicht²⁾ deren auf die Trivialschulen bezüglicher Teil von dem Schulseminariums-Direktor Götz verfasst ist, und welche durch eine präzise Feststellung und Einteilung des Lehrprogramms, durch das festgehaltene Prinzip des Klassen- und Massenunterrichts, durch seine vorzüglichen Bemerkungen über Schulzucht und Methode der einzelnen Schul-Disziplinen der pädagogischen Aera Adam Friedrichs alle Ehre macht, ja ihr gewissermassen die Krone aufsetzt.

Während man so im Würzburgischen schon anfangs der 70er Jahre in Bezug auf Schulorganisation, Verbesserung der Lehrerbildung und Lehrmethode etc. einen bedeutenden Schritt zum Besseren gethan hatte, war es um diese Zeit in Bamberg noch ziemlich stille und bewegte sich der Schulbetrieb noch ganz in den Geleisen des Althergebrachten. Die alte leidige Frage der Lehrergehaltsverbesserung drängt sich allerdings auch in dieser Zeit wiederum in den Vordergrund. Getrieben durch die Not der Teuerjahre 1771—72, liessen die Schulmeister der Stadt abermals ihre Hilferufe laut werden. Abermals lässt das Vikariat seine Weisungen an Bürgermeister und Rat ergehen; — jedoch auch diesmal ist der Erfolg ein völlig negativer³⁾.

Daneben tritt aber auch der Wunsch nach inneren Verbesserungen und organisatorischen Neuerungen auf dem Gebiete der Volksschule allmählich hervor. In einer Verfügung des Fürstbischofs an

1) Küffner, a. a. O. S. 87 u. ff.

2) Vollständig abgedruckt in Ph. Heffner, Sammlung der hochfürstl. Würzburgischen Landesverordnungen III, 71 ff.

3) Die Angabe bei Haas („zur Geschichte der Volksschulen im Bambergischen“, Bamberger Stadt- und Landkalender 1818), dass im Jahre 1767 der Reinertrag der Zahlenlotterie zur Verbesserung des Gehaltes deutscher Schullehrer im Fürstentum Bamberg bestimmt worden sei, habe ich nirgends aktenmässig bestätigt gefunden. — Thatsächlich ist auch den Lehrern niemals eine solche Besoldungsquelle geflossen.

die geistliche Regierung vom 20. Okt. 1771 erklärt derselbe: „Da die Aufstellung tüchtiger Schulmeistere ein so nothwendiges und wohl zu überlegendes Geschäft für die gute Erzieh- und Lehrung der Jugend ist, so wird hierauf eine mehrere Aufmerksamkeit fürhinz zu verwenden, mir dahero gründlich anzuzeigen seyn, was zu einer Verbesseralichen Einrichtung wegen dergleichen Schulmeistern nützlich vorzukehren seyn möge, indem es allerdings rätlich seyn wird, eine Commissionem mixtam von Geist- und weltlicher Regierung anzuordnen, wie solches in anderen Landen mit gutem Nutzen geschiehet, somit auf die Verbesserung des Schulwesens mit Ernst sehen zu lassen.“¹⁾

Obwohl damit schon die erste bestimmte Anregung zu einer Änderung der seitherigen obersten Schulaufsicht gegeben war, so brachte doch erst das Jahr 1773 das Steinchen der Schulreform ins Rollen; und zwar steht diese Wendung im Zusammenhang mit einem Ereignis, das zunächst auf dem Gebiete des gelehrten Schulwesens sich vollzog und hier von weittragendster Bedeutung war — nämlich mit der Aufhebung des Jesuitenordens.

Durch die Bulle des Papstes Clemens XIV.: Dominus ac redemptor noster vom 21. Juli 1773 war die Aufhebung dieses Ordens erfolgt, welcher seit Jahrhunderten in der katholischen Welt das gesamte mittlere und höhere Schulwesen fast ausschliesslich besorgt und geleitet, somit die Geistesrichtung der gebildeten Welt in hervorragender Weise bestimmt hatte. Auch in Bamberg hatte die Gesellschaft Jesu seit 1610 den gesamten Unterricht an der Mittelschule (Gymnasium), wie an der seit 1647 bestehenden Akademie in den Händen. An dem Volksunterricht war sie zunächst nur durch Abhaltung der Katechesen in den verschiedenen Kirchen der Stadt beteiligt; ausserdem war ihr seit 1614 die Überwachung sämtlicher Volksschulen der Stadt (scholae triviales) übergeben, in welcher letzterer Beziehung freilich ihr massgebender Einfluss von 1738 an durch die als Schulinspektoren bestellten Kuratgeistlichen (s. Kap. 3) bereits erheblich beschränkt worden war.

Mit geteilten Empfindungen wurde die zwar von langer Hand vorbereitete, aber für viele Uneingeweihte doch überraschende Mass-

1) Vikariatsakten vom Jahre 1771 (Kreis-Archiv).

regel der Ordensauflösung in der katholischen Welt aufgenommen¹⁾ doch lässt sich wohl behaupten, dass gerade die einflussreichsten Männer der Zeit, und nicht zum wenigsten die theologische Welt selbst, zu den Gegnern der Jesuiten gehörten und vielfach gering-schätzig, ja vernichtende Urteile über die pädagogische Thätigkeit des Ordens fällten. In Würzburg hatten die tonangebenden Geister, wie Ignaz Schmidt und Franz Oberthür u. a. seit Jahren den Kampf gegen das pädagogische Monopol der Jesuiten geführt; im Bamberger Gebiet hatte der Benediktiner Placidus Sprenger, Kanzleidirektor und Oberbibliothekar des damals geistig sehr rührigen Klosters Banz, in Verbindung mit Ig. Schmidt von Würzburg eine Zeitschrift: „die fränkischen Zuschauer“ herausgegeben, deren 1. Stück 1772 erschien, und deren Tendenz u. a. gegen die diktatorische Stellung der Jesuiten im Schulwesen und in der Literatur gerichtet war, so dass sie auch bald mit den Jesuiten in heftige Polemik geriet²⁾. Wie weit der Fürstbischof selbst von einer Anerkennung der jesuitischen Thätigkeit entfernt war, beweist die Aussage Oberthürs, dass Adam Friedrich sich geäußert habe, auch ohne Aufhebung des Ordens hätte er dessen Monopol im Lehramte nicht fortbestehen lassen³⁾. Charakteristisch ist weiter eine eigenhändig geschriebene Verfügung des Fürsten, die auf die Vorschläge der Bamberger Schulkommission betreffs der Neubesetzung der akademischen Lehrstellen erging: ... „Bei der Philosophie überhaupt ist zu bemerken, dass die neuangestellten Professoren einen Plan ihrer Lehrart vorzulegen haben, damit die erbärmliche Jesuiter-Philosophie nicht wieder zum Vorschein kommt“⁴⁾.

Erstreckte sich nun die Umwälzung, welche durch die Aufhebung des Jesuitenordens auf pädagogischem Gebiete hervorgerufen wurde, zunächst nur auf die Verhältnisse des lateinischen Unterrichts, so wurden doch in mittelbarer Weise auch die Inter-

1) Vergl. H. Weber, Geschichte der gelehrten Schulen im Hochstift Bamberg; I, S. 131 (42. Bericht des histor. Vereins Bamberg 1880).

2) J. B. Schwab, Franz Berg an der Universität Würzburg. Ein Beitrag zur Charakteristik des kathol. Deutschlands, zunächst des Fürstentums Würzburg im Zeitalter der Aufklärung. Würzburg 1869, S. 22 ff.

3) J. B. Schwab, a. a. O. S. 23.

4) Verfügung Marquardshof, den 10. Okt. 1773 (Bamberger Schulkommissions-Akten Bd. I.).

essen der Volksschule erheblich berührt. Abgesehen davon, dass durch den Sturz des jesuitischen Unterrichtsmonopols auch in den katholischen Staaten die pädagogische Frage im allgemeinen zu einer besonders brennenden wurde und die neuen treibenden Ideen, die philanthropinistisch-pädagogischen Zeitströmungen, die auf eine Hebung der Volkswohlfaht durch Verallgemeinerung der Volksbildung hindrängten, im Publikum leichteren Eingang fanden: so sahen sich besonders die Regierungen vor die Notwendigkeit gestellt, zur Neuordnung des Schulwesens eigene Organe zu bestellen, welche, erfüllt von bestem Willen und regstem Eifer für die neuen Aufgaben, das Gesamtgebiet der Schule (mit Einschluss der für die gelehrten Schulen vorbereitenden Volksschule) in Angriff zu nehmen suchten.

Das Organ, dessen sich Adam Friedrich bediente, um die Schulreform in Bamberg ins Werk zu setzen, war die im Jahre 1773 „gnädigst angeordnete hochfürstliche Schulkommission“. Sie war zunächst bestimmt, „die Oberaufsicht und Direktion über die Lehrfächer der höheren Wissenschaften und nur jener niederen Schulen zu führen, denen vorhin Jesuiten als ordentliche Lehrer vorgestanden“ und erteilte als eine Art Mittelbehörde die fürstlichen Weisungen an die Universität, zunächst an die theologische und philosophische Fakultät, sowie an das Gymnasium. Das Trivial- oder Volksschulwesen ist ihr also anfänglich noch nicht förmlich unterstellt, wie überhaupt der Umfang ihrer Wirksamkeit und ihrer Kompetenzen noch einer genaueren Umschreibung entbehrt.

Die Kommission bestand bei ihrer Begründung aus 9 Mitgliedern, wovon 6 dem geistlichen und 3 dem weltlichen Stande angehörten. Es gehörten dazu:¹⁾

1. Joh. Jos. Heinrich Ernst von Würzburg, geistl. Ratspräsident und Generalvikar (als Präsident der Kommission).

2. Heinr. Jos. v. Nitschke, Weihbischof, Seminarpräses und Pfarrer zu St. Martin.

3. Jos. K. Gg. v. Hutten, Kapitular.

¹⁾ Nach dem „Fürstl. Hochstifts Bamberg. Hof-, Stands- und Staatskalender von 1774“, wo die Kommission zum erstenmal offiziell aufgeführt wird. — Eine eigentliche Ernennungsurkunde ist in den Akten nicht zu finden.

4. Jos. Franz Schenk Frh. v. Stauffenberg, geh. Rat und Obermarschall.

5. Joh. Ignaz Lorber von Störchen, wirkl. geh. Rat.

6. J. Ad. Behr, geistl. Rat, Fiskal und Kanonikus von St. Stephan.

7. Chr. G. Branca, geistl. Rat und Kanonikus zu St. Jakob.

8. Edmund Brokard, geistl. Rat und Pfarrverweser der oberen Pfarre.

9. Franz Jos. von Heinrichen zu Grasmannsdorf, wirkl. Hof- und Regierungsrat.

Es zeugt von richtiger pädagogischer Einsicht und einem lobenswerten Streben nach Gründlichkeit, wenn die Schulkommission als eine ihrer ersten und notwendigsten Aufgaben erklärte, das Augenmerk auf eine Verbesserung des Elementarschulwesens zu lenken. So wird denn gleich in dem ersten, in der Wohnung des Weihbischofs geführten Protokolle vom 21. September 1773 konstatiert, dass „wiederholt das fürstbischöfliche Reskript vorgelesen, die landesväterliche und fürstmildeste Gesinnung nachdrucksamst zu Gemüthe geführt und sämtliche Mitglieder angeeifert wurden, sich zur Ausführung sothaner zum Besten des Vaterlandes und einer ganzen Nachkommenschaft abzweckenden hochfürstlichen gnädigsten Verordnung aus allen Kräften zu verwenden, und bei diesem entscheidenden Zeitpunkt, wo nicht allein das ganze dahiesige Publikum, sondern auch benachbarte Landschaften ihr Augenmerk auf Kommission richten, nichts zu unterlassen, was nur immer zur vollkommenen Herstellung dieses an sich und in seinen Folgen so wichtigen Geschäftes erspriesslich sein kann.“ Sodann wird sogleich, bevor man noch über den lateinischen Unterricht verhandelt, in Erwägung gezogen „wie die Trivialschulen einzurichten wären, so dass der Plan auf die lateinischen Schulen anpassend und durch sie der bestmögliche Vorschub für die letztere könnte erzielt werden.“ Der Verbesserungsvorschläge tauchten in der Sitzung selbst so viele auf, dass man es für rätlich erachtete, die Frage vorläufig zu vertagen und dem anwesenden Schullehrerseminar-Direktor Götz aus Würzburg, der wie es scheint als technischer Experte des Volksschulwesens zu dieser Sitzung eigens bestellt worden war, anzuweisen, „einen eingehenden Plan über diese

Schulen zu entwerfen“ und ihn später der Kommission vorzulegen. Wenn übrigens die Kommission glaubte, die Sache der Volksschulverbesserung derart beschleunigen zu können „dass bey Anfang des nächstkünftigen Schuljahres eine umständlich von der Commission in allen ihren Theilen reiflich erwogene Schulverordnung an Ort und Stellen ergehen könnte“ so zeigt uns dies doch den Standpunkt der Neulinge auf diesem pädagogisch-reformatorischen Gebiete, der die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, bedeutend unterschätzte. Noch gab es eine ganze Reihe der schwierigsten Vorfragen und Vorarbeiten, die erledigt werden mussten, ehe an die Krönung des Werkes durch eine Schulordnung gedacht werden konnte, und eine allgemeine Bamberger „Schulordnung“ ist, wie wir sehen werden, auch in den nächsten Jahrzehnten des Jahrhunderts nicht zu stande gekommen.

Die Schulkommission war zunächst so sehr durch ihre eigentliche Aufgabe, die Neuordnung der Verhältnisse der lateinischen Schulen, in Anspruch genommen, dass sie erst im Jahre 1776 mit bestimmten Vorschlägen für die Verbesserung des Volksschulwesens hervortrat. Da diese Vorschläge, die wahrscheinlich schon im Jahre 1775 oder wenigstens anfangs 1776¹⁾ abgefasst wurden und deren Verfasser in den Akten ungenannt bleibt, für die Schulentwicklung der nächsten Jahre richtunggebend wurden, so setzen wir sie im Wortlaute hierher:

„Gedanken, wie zur Verbesserung der deutschen Schulen in Bamberg ein Anfang gemacht werden könnte.“

1. „Die Verbesserung der deutschen Schulen hat ihren Bezug theils auf eine bessere Lehrart und Schulordnung, theils auf Anstellung tüchtiger Schulmeister.

2. In dem ersten Betracht wäre vor allen mit Einführung einer verbesserten Lehr-Art, dann dahin zielenden Ordnung und zwar auf solche Art der Grund zu legen, dass

3. Ein oder der andere aus dahiesigen Schulmeistern z. B. der Schulmeister Schäfer bei S. Martin oder der Schulmeister Schönewald im Steinweg, oder auch beide auf einige Zeit nach Würzburg abgeschickt wurden, um bei dasiger Realschule den Unterricht, wo-

1) 1776 wurden sie von der Schulkommission bereits zum zweitenmal dem Fürsten vorgelegt. (cf. Schulkommissionsprotokoll vom 12. Dez.)

von dieselbe bereits einen Vorgeschmack haben, näher wahrzunehmen und sich eigen zu machen.

4. In der Zwischenzeit, wo diese von hier abwesend wären, könnten die Schulen durch andere tüchtige Candidaten einsweilen versehen werden.

5. Von dem oder denen zu Würzburg gestandenen Schulmeistern wäre sofort die erlernte verbesserte Lehr-Art auch denen übrigen Schulmeistern dahier zu solchen Tagen und Stunden, wo es füglich geschehen kann, mitzutheilen, und mit denselben zu wiederholen. Damit aber

6. dieses mit guter Ordnung und gedeihlicher Wirkung geschehe, wäre ein geschickter Clericus auszusehen, welcher sich auf eben diese Lehr-Art zu verwenden, sofort bey dem erwehnten Unterricht und Wiederhohlungen jedesmalen gewärtig zu sein hätte.

7. Nach vorausgehenden solchen Unterricht der hiesigen Schulmeister, damit eine gleiche Lehrart nicht nur dahin fortgesetzt, sondern auch auf dem Land wenigstens nach und nach eingeführet würde, könnten jedem hiesigen Schulmeister einige Schuldiensts-Candidaten auf einige Zeit beygestellt werden, welche nach einigen zuvor empfangenen Unterricht sich in denen Schulen dahier selbst üben, sofort zu seiner Zeit gute Dienste leisten könnten.

8. Hierzu möchte auch weiter beförderlich sein, wenn einige Schulmeister von dem Lande, sonderbar aus denen Municipal-Städten wenigstens nach und nach hieher berufen würden, um gleichen Unterricht oder Anweisung zu erlangen.

9. Zu Einschränkung der Kösten wäre denen Candidaten, welche bemittelt sind, die Besorgung ihres Unterhalts entweder ganz oder zum Theil zu überlassen, den ohnbemittelten aber, welche vorzügliche Fähigkeit zeigen, derselbe zu verschaffen.

10. In Rücksicht aber des zweiten, damit man tüchtigere Schulmeister überkommen mögte, da bekanntermassen der Eyfer solcher Leuthe durch Belohnung ermuntert wird, möchte darauf zu gedenken sein, wie derenselbes geringes Gehalt mit einiger Zulage verbessert, sodurch die gegenstandige Absicht erzielet werden könnte. Auf solche Art wäre zu hoffen, dass die in Würzburg so heilsam angeordnete Schulverbesserung auch in Bamberg, wiewohlen noch zur Zeit nur im kleinen und Anfangsweise eingeführet, mit Hilfe Gottes

aber, und anhoffenden Wachsthume eines hiez zu bestimmten fundi, sonderbar, wenn von dessen jährlichen Abzinnsen ein gewisser Theil innenbehalten und zum Wachsthum angeleget würde, in künftigen Zeiten zu mehrerer Vollkommenheit gebracht werden könnte. Wenn nun gegenwärtig ein grosser Gutthäter sich vorfindet, von denen zu solcher heilsamen Absicht 800 fl. rhein. jährlichen bestimmt werden wollen, so könnte mit obbezielter Verbesserung der teutschen Schulen der Anfang gemacht, und allenfalls die Verwendung deren 800 fl. rh. in der Maasse eingetheilet werden, dass

- a) Ein Theil davon zur Belohnung derjenigen Schulmeister, welche in Würzburg lernen und hernach andere lehren sollen,
- b) Ein anderer Theil für denjenigen Geistlichen, der bey diesem Geschäft zu gebrauchen wäre,
- c) So weiter ein Theil für den Unterhalt ein und anderer in der Lehre und Übung stehenden Schuldiensts-Candidaten,
- d) Endlich der Überrest zur Verbesserung des sehr geringen Gehalts der hiesigen Schulmeister zu bestimmen sein mögte“. —

In diesem dem Fürstbischefe mit einem ausführlichen Kommissionsberichte vorgelegten und von demselben unterm 17. Dez. 1776 genehmigten „Gedanken“ finden wir in kurzen, aber klaren Andeutungen die beiden Kardinalpunkte fixiert, um die sich zunächst die Volksschulreform unter Adam Friedrich bewegt. Sie bestehen 1. in der Errichtung einer Normalschule behufs einer besseren Ausbildung der Lehrer und 2. in der Begründung eines Schulfonds zum Zwecke einer materiellen Sicherung aller Schulverbesserungen.

6. Kapitel.

Die Errichtung der Normalschule und Begründung des Normalschulfonds.

Die Anregung zur Einführung einer „besseren Lehrart“ lag für die reformbeflissene Bamberger Schulwelt durchaus nicht ausser Gesichtswerte. Schon erfüllte seit einer Reihe von Jahren der Ruhm der Schulschrift Felbigers („Eigenschaften, Wissenschaften und Bezeigen

rechtschaffener Schulleute etc.“, 1768) die katholischen pädagogischen Kreise und war bereits tonangebend für die Lehrmethode der Volksschulen geworden, und dieses Buch erschien in erneuter Auflage neben anderen Werken des eifrigen Schulreformators sogar in Bamberg und Würzburg (im Verlag der Göbhardischen Buchhandlung; Bamberg und Würzburg 1772)¹⁾. In Würzburg hatte bereits 1769 der geistvolle Hofmeister des adeligen Seminars und nachmalige Professor M. J. Schmidt — der bis 1767 eine Hofmeisterstelle beim Grafen Rotenhan in Bamberg bekleidet hatte — seinen „methodus catechizandi“ erscheinen lassen — eine Schrift, die Felbiger ein „unvergleichliches Werk“ nennt, und deren Übersetzung vom Lateinischen ins Deutsche in Sagan besorgt und von Felbiger ausführlich bevorwortet wurde²⁾. — Ausserdem lagen die erfolgreichen Anfänge einer wirklichen Lehrerbildung in der Wirksamkeit des Würzburger Schullehrer-Seminars und seines eifrigen Direktors vor den Augen aller, die sich dafür interessierten. Man bedurfte nun auch in Bamberg eines Mannes, der mit dem nötigen wissenschaftlichen Verständnis und praktischen Geschick für diese pädagogische Aufgabe begabt und gestützt auf die in Würzburg gemachten Erfahrungen, die Thätigkeit eines Normallehrers und praktischen Lehrerbildners für Bambergs Schulen zu übernehmen im stande war. Dieser Mann wurde in dem Cleriker Gerner gefunden.

Joh. Gerner war geboren zu Bamberg den 10. November 1748 als der Sohn des Maurers und Steinhauers Konrad Gerner, der von Sümmeisdorf bei Hersbruck nach Bamberg eingewandert war. Auf der philippinischen Schule hierselbst im Lateinischen vorbereitet, besuchte der junge Gerner 1760 das Gymnasium zu Bamberg, sodann die philosophischen Schulen unter den Jesuiten Burkhäuser und Jacobs, widmete

1) Bei derselben Bamberg-Würzburger Verlagsfirma waren von Felbiger ausserdem erschienen:

1. Der katholische Schulkatechismus, zum Gebrauche der schles. und anderen Schulen Deutschlands;
2. christliche Grundsätze und Lebensregeln zum Unterrichte der Jugend 1768;
3. katechetische Betrachtungen (1768);
4. kleine Schulschriften (1772).

2) Deutsch unter dem Titel: „Der Katechist nach seinen Eigenschaften und Pflichten oder die rechte Weise, die ersten Gründe der Religion zu lehren; von Mich. Ignaz Schmidt, aus dem Lateinischen übersetzt durch Benediktum Strauch, Prior zu Sagan. Bamberg und Würzburg, Göbhard 1772“.

sich nach 4jährigem theologischen Studium dem Weltpriesterstande, wurde 1772 zum Priester geweiht, noch in demselben Jahre in das Ernestinische Priesterhaus aufgenommen und im Jahre 1774 zum Kaplane von Stadtsteinach ernannt¹⁾.

Durch Fleiss, Eifer und Begabung hatte er die Aufmerksamkeit seiner Vorgesetzten auf sich gelenkt, so dass, als es sich darum handelte, eine geeignete wissenschaftlich gebildete Persönlichkeit mit einigen Schullehrern der Stadt an das Schullehrerseminar Würzburg zu schicken, um Einsicht und Verständnis für den dortigen Lehrbetrieb zu gewinnen, der Kaplan Gerner zu dieser Mission ausersehen wurde. Am 3. Juni 1776 reiste er mit den beiden Stadtschulmeistern Schäfer bei St. Martin und Schönwald im Steinweg nach Würzburg, und nachdem er dort durch 3-wöchentlichen Aufenthalt die im Schullehrerseminar in Anwendung kommende Methode kennen gelernt hatte und hierauf einstweilen wieder nach Stadtsteinach zurückgekehrt war, wurde er durch Dekret vom 26. Sept. 1776 nach Bamberg als 3. Priester in das Schnappauf'sche Priesterhaus berufen, teils um den Stiftungsvorschriften des Instituts gemäss als Hilfsseelsorger zu wirken, teils um die Volksschulverbesserung des Hochstifts praktisch in die Hand zu nehmen.

Das Schnappauf'sche Priesterhaus²⁾, das fortan in der Geschichte der Bamberger Lehrerbildung eine nicht unwesentliche Rolle spielt, war eine Stiftung der sieben unverheirateten Geschwister v. Schnappauf, welche ihre Häuser (jetzt Karolinenstrasse 9 und Theresienplatz 10, die rückwärts zusammenhängen), sowie ihr Vermögen dazu bestimmten, dass sovielen Priestern Wohnung und Verpflegung gewährt werde, als die Stiftung es zulasse. Die Stiftung war von dem damaligen Fürstbischof Joh. Philipp Anton 1749 genehmigt und von Adam Friedrich 1762 aufs neue bestätigt worden. Den aufgenommenen Priestern, 3—5 an der Zahl, lag die seelsorgerische Mitwirkung an der oberen Pfarre ob.

1) s. Jäck, Pantheon der Litteraten und Künstler Bamberg's 1812, S. 308; bezüglich der Abstammung der Gernerschen Familie: Fränk. Merkur 1814, No. 48 u. 165.

2) Vergl. Gesch. d. Schnappauf'schen Stiftung von Fr. Wunder im 13. Ber. des hist. Ver. zu Bamberg 1849; ferner: Schellenberger, Gesch. der Pfarre zu U. l. Frauen in Bamberg 1787, S. 125. — Dr. Loch, Gesch. der Pfarrei zu U. l. Frauen 1888, S. 81.

In diesem Priesterhause eröffnete Gerner am 12. November 1776 seinen Normalunterricht und zwar zunächst für das Lehrpersonal der Stadt Bamberg. In einem eigens dazu bestimmten, neben dem Wohnraum Gerners gelegenen Zimmer wurden ein Jahr lang, um die regelmässige Schulzeit nicht zu unterbrechen, allwöchentlich zweimal an den sog. „Ausruh- oder Spieltagen“ die elf Schulmeister der Stadt (von denen der jüngste 34, der älteste 60 Jahre alt war) versammelt, um den Unterricht zu empfangen. Der nächste Kursus, der im Jahre 1778 abgehalten wurde, wurde bereits auf 4 Kantoren des Landes ausgedehnt, welche 9 Monate lang täglich vor- und nachmittag Unterricht erhielten.

Auch für die folgenden Kurse wurde in der Regel diese Zeit aufgewendet. Im Jahre 1779 erhielten ein Kandidat der Theologie, ein Stadtschulmeister aus Forchheim und einer von Bamberg, sowie 10 Kantoren vom Lande die normalmässige Unterweisung.

Der Unterricht war ein unentgeltlicher; dagegen mussten die auswärtig berufenen Kandidaten selbst für Wohnung und Verpflegung aufkommen, ein Umstand, der bei der fast durchgängigen Mittellosigkeit der Betreffenden bald recht bitter empfunden wurde.

In den Umfang und die Methode des Unterrichts selbst erhalten wir einen nähern Einblick durch einen bereits im Jahre 1779 von Gerner an den Fürstbischof Franz Ludwig erstatteten Bericht über den bisherigen Stand der Normalschule¹⁾. Aus demselben ist zu ersehen, dass die Unterweisung sowohl auf die Aneignung der „Grundsätze des christlich-katholischen Glaubens, wie der übrigen einem Lehrer nötigen Wissenschaften, als auch auf die Lehrart in diesen Wissenschaften“ gerichtet war, dass der Unterricht also sowohl die allgemeine als auch die speziell pädagogische Seite der Lehrerbildung zu fördern suchte.

a) Was die allgemeine Bildung anlangt, so bewegt sie sich, wie wohl selbstverständlich, in dem bescheidensten Rahmen der Trivialschulkenntnisse.

1. Der in Bamberg und Würzburg eingeführte Katechismus des Canisius wurde „von Frage zu Frage durchgenommen — die theo-

¹⁾ „Idee der bisherigen deutschen Normalschule im Schnappauf'schen Stiftungshause“ (Beilage zum Vikariatsprotokoll vom 14. Oktober 1779).

logischen und abstrakten Begriffe wurden erläutert, die dunklen Stellen und Kunstwörter erklärt und ausgezeichnet — die Ordnung und die Fragen passender auf einander eingerichtet, wo die Sache unvollkommen war, andere eingeschaltet und die zu jeder Frage dienliche Geschichte aus der hl. Schrift beygefüget.“

2. Die biblische Geschichte alten und neuen Testaments aus dem „Kerne der biblischen Geschichten von Felbiger“ wurde erzählt und vorgetragen und von den Candidaten nacherzählt, um sie in der „Erzählungskunst“ zu üben und an eine „gute Mundart“ zu gewöhnen.

3. Die Hauptregeln der deutschen Sprache, sowie die Recht Schreibekunst und deren Anwendung in schriftlichen Aufsätzen praktischer Art, z. B. Briefen, Suppliken, Quittungen etc. wurden gelehrt und geübt.

4. wurde „die leichteste Anweisung zur Kurrent- und Kanzleischrift in Regeln“ gegeben und zwar nach einer von der Schulkommission eigens eingeführten, von dem Buchdrucker Klietsch gestochenen Kurrentschrift, die auch in den Bamberger Stadtschulen eingeführt wurde.

5. wurden die Lehrer auch „in der Rechenkunst gründlich unterwiesen und geübet.“

b) Die pädagogische Seite des Unterrichts erstreckte sich

1. auf eine Anweisung über „die Eigenschaften rechtschaffener Schulmänner und deren Betragen gegen die Kinder.“

2. auf die Methode des Zusammenunterrichts durch alle Klassen der Schulen. Um denselben besonders beim ersten Leseunterricht zu ermöglichen, wurde den Lehrern eine neue methodisch verabfasste „Abc-Tafel“ in die Hand gegeben und dieselbe auch in den Stadtschulen eingeführt.

3. auf die Anleitung zum Katechisieren, wobei Schmidts verdeutsches Werk: „Von der Kunst zu katechisieren“ zu grunde gelegt wurde.

Im übrigen war Felbigers Schulschrift: „Eigenschaften, Wissenschaften und Bezeigen rechtschaffener Schulleute“, das die Stoffauswahl und die Methode bestimmende Lehrbuch und wurde insbesondere die von Felbiger empfohlene Tabellarmethode, d. i. die

Darbietung des Lernstoffes in Tabellenform, — eine damals von vielen Seiten so hochgehaltene Unterrichtsmanier — auch hier durchgehend angewendet. —

Wenn die Ideen der Schulverbesserung aus dem Stadium wohlgemeinter Pläne in das gedeihlicher Wirklichkeit gerückt werden sollten, so waren hiezu vor allem materielle Mittel nötig. Woher aber diese nehmen in einer Zeit, wo der Staat in seinen finanziellen Hilfsquellen auf das Allernötigste beschränkt, bei dem Durchschnitts-Staatsbürger aber das Gefühl einer Verpflichtung, für Bildungszwecke irgendwelches Opfer zu bringen, so gut wie nicht vorhanden war?

Wie in Würzburg sich ein edler Wohlthäter (Reibelt) gefunden hatte, dessen Legat der Schulreform eine greifbare Gestalt verlieh, so musste auch für Bamberg eine besondere Quelle sich öffnen, welche die Mittel darbot zu den absolut notwendigen Ausgaben für die Zwecke der Schulverbesserung. Diese Quelle erschloss sich auch. Wie bereits in den oben mitgetheilten „Gedanken“ zur Schulverbesserung vom Jahre 1776 angedeutet, hatte sich „ein grosser Gutthäter“ gefunden, „von denen zu solcher heilsamen Absicht 800 fl. rh. jährlich bestimmt werden wollen.“ Dieser ungenannte Gutthäter war kein geringerer als der Fürstbischof selbst, der in aller Stille und ohne vorläufig mit seinem Namen hervorzutreten, jährlich die genannte Summe als Zinsen eines bestimmten Fonds zur Verfügung stellte. Erst durch das nach seinem Tode veröffentlichte Testament bekannte sich der edle Geber öffentlich als Begründer des Fonds. § 6 dieses Testaments bestimmte nämlich: „Sechstens vermach ich zum Besten meiner lieben Bambergischen Unterthanen 20 000 fl. rhl., welche zur besseren Einrichtung des Schulwesens in der Stadt und auf dem Lande nach dem Gutbefinden eines zeitlichen Herrn Bischofes und Fürsten zu Bamberg, welchem ich die Einrichtung, Verwendung und Austheilung der Zinsen alleinig und lediglich übergebe, sollen verwendet werden.“

Eine Hälfte der testierten Summe war bereits seit 1776 zu 4⁰/₀ verzinslich bei dem Bischofe zu Fulda, die andere Hälfte beim fränkischen Kreise angelegt. Die Zinserträgnisse hieraus, die nach des Stifters Wunsche vorläufig so verwendet werden sollten, dass

„alljährlich auf einigeerspahrung und andurch zu erzielende Vermehrung des fundi der wohlvorsorgliche Bedacht genommen wird,“ dienten zunächst dem Bedürfnisse der Normalschuleinrichtung, indem daraus die Unkosten für die im Jahre 1776 nach Würzburg beorderten Schulmänner, sodann die Remuneration des Normallehrers Gerner zu jährlich 100 fl. rhl., ferner die Schultensilien und Schulbücher für den Normalunterricht bestritten wurden. Zweitens wurden vom J. 1777 an 7 der städtischen Schulmeister, vom J. 1778 an 9 derselben mit einer jährlichen Zulage von je 20 fl. rhl. = 16 fl. frk. bedacht. Die Gesamteinnahmen aus dieser Stiftung hatten in den ersten 4 Jahren ihres Bestehens 2600 fl. rhl., die Ausgaben aber nur 728 fl. 20 kr. betragen, so dass im Todesjahre des Stifters bereits ein der Vermehrung des Fonds dienender Revers von 1871 fl. 40 kr. vorhanden war. Die Rechnungsführung wurde vom 24. Okt. 1777 an dem zum Schulkommissionsmitglied ernannten geistlichen Rat Schmittlein übertragen, der diese Funktion bis zum J. 1790 fortführte.

Auf die weitere Entwicklung und Wirksamkeit dieses so wichtigen Fonds werden wir bei Betrachtung der Zeit Franz Ludwigs nochmals zu sprechen kommen.

III. Die Zeit Franz Ludwigs von Erthal.

1779—1795.

7. Kapitel.

Allgemeine Würdigung.

Am 18. Februar 1779 beschloss der Tod die Regierungszeit Adam Friedrichs von Seinsheim. Es war namentlich in ihrer zweiten Hälfte eine geistig regsame und bewegte Zeit, voll von weitgehenden Reformentwürfen, von Widerstreit der Meinungen, von Kampf zwischen alten und neuen Anschauungen, eine Zeit jugendlichen Stürmens und Drängens. Immer noch beträchtlich war die Zahl derjenigen, die sich in die neue Zeitrichtung nicht finden wollten und laut erscholl ihr Ruf nach Umkehr; ebenso zahlreich war die Schar der Indolenten und Bequemen, die mit Gleichgültigkeit dem Laufe der Dinge gegenüberstanden.

Es kam viel, ja fast alles darauf an, wie der fürstbischöfliche Nachfolger in den fränkischen Hochstiften sich diesen Zeitströmungen gegenüber verhalten werde, ob er den fortschrittlichen Regungen ein mächtiges Halt gebieten, oder ob er im Sinne eines Weisen den neuen Bedürfnissen der Zeit ein wohlwollendes Verständnis entgegenbringen und den das Zeitalter bewegenden Fragen seine fürstliche Förderung angedeihen lassen werde. Zum Heil und Segen Frankens folgte ein Fürst, der seine hohe Aufgabe voll und ganz im letzteren Sinne erfasste. Es war Franz Ludwig von Erthal — eine der edelsten und ehrwürdigsten Gestalten des Aufklärungszeitalters.

Franz Ludwig¹⁾, einem alten fränkischen Geschlechte entsprossen, wurde am 16. Sept. 1730 als Sohn eines Oberamtmanns zu Lohr, einem damals kurmainzischen, jetzt bayer.-unterfränkischen Städtchen, geboren. Er war der dritte Sohn der Familie; ihm voraus gingen seine Brüder Friedrich Karl Joseph, der später Kurfürst von Mainz wurde, und Lothar Franz Michael, der die Stelle eines kurmainzischen Oberhofmeisters bekleidete. — In seinem 10. Jahre wurde Franz Ludwig unter die Zahl der Domicellaren zu Würzburg aufgenommen und dadurch allein schon wurden dem talentvollen jungen Adelssprossen die hinreichenden Mittel zu einer tüchtigen und standesgemässen Ausbildung in die Hand gegeben. Auf den Universitäten zu Mainz und Würzburg lag er theologischen und juristischen Studien ob und zeichnete sich durch gewissenhaften Fleiss vor allen seinen Standes- und Altersgenossen aus, so dass man ihm schon als Student den ehrenden Beinamen des „Gelehrten“ erteilte und sein Würzburger Kirchenrechtslehrer, Professor Barthel, über ihn äusserte, „zu einem Lehramte im Kirchenrechte wisse er keinen fähigeren, als den Domicellarherrn Franz Ludwig von Erthal, wenn es seine Geburt und Stand erlaubten, vorzuschlagen“²⁾.

Nach vollendeten Studien erhielt Franz Ludwig reichliche und hervorragend günstige Gelegenheit zu einer praktischen staatsmännisch-diplomatischen Ausbildung, zunächst durch seine Praxis bei dem Wiener Reichshofrate, sodann als Regierungspräsident zu Würzburg, als würzburgischer Gesandter am Kaiserhofe zu Wien, als kaiserlicher Kommissär am Reichskammergericht, als kaiserl. Konkommisarius auf dem Reichstage zu Regensburg.

1) Von der ziemlich umfangreichen biographischen (auch hier benützten) Literatur über Fr. L. nennen wir: Biographische Nachrichten von weiland Franz L., Frh. von und zu Erthal. Meersburg 1803. — G. M. Sprenke, Franz L. aus dem freiherrl. Geschlechte von und zu Erthal. Würzburg 1826. — Franz Ludw., Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, von Prof. Dr. Sötl in München (in Pölitz-Bülau, neue Jahrbücher der Gesch. u. Politik. 1. Band. 1843). — Bernhard (Reuchlin), Franz L. von Erthal. Ein Lebensbild aus den letzten Jahrzehnten des deutschen Reiches. Tübingen 1852. — J. C. Rothlauf, Kurze Lebensbeschreibung Frz. Ludwigs von und zu Erthal. 2. Aufl. Bamberg 1865. — Schilling, Kreuz und Schwert oder vor 100 Jahren. Franz L., ein infulirter Wahlfürst etc. (als Manuskript gedruckt 1881).

2) Bönicke, Grundriss einer Geschichte von der Universität zu Würzburg 1782. I., S. 70.

Die auf den 18. März 1779 anberaumte Neuwahl eines Fürstbischofs rief ihn, der in diesen staatlichen Stellungen unterdessen auch zur Pfründe eines Domherrn von Würzburg gelangt war, als wahlberechtigtes Kapitelsmitglied nach der Residenz am Maine, und hier wurde er nun selbst einstimmig zum Fürstbischof von Würzburg erkoren und am 12. April auch zu Bamberg in derselben Weise als Fürstbischof gewählt.

So bestieg den fränkischen Doppelthron ein Mann, der, ausgestattet mit hervorragender wissenschaftlicher Bildung, aufgewachsen in einer vorzüglichen Schule staatsmännischer Praxis, die ihm tiefe Welt- und Menschenkenntnis, Einsicht in das verzweigte Getriebe der Staatsmaschine und ein weitblickendes Auge für die Bedürfnisse der Zeit verlieh, mit Recht als eine Zierde auf den Fürstenthronen der damaligen Zeit bezeichnet werden kann.

In seinem persönlichen Charakterbilde vereinigen sich tiefe Religiosität, eine ernste Lebensanschauung, eine unerbittliche, fast asketisch zu nennende Strenge gegen sich selbst, gepaart mit wohlwollender Milde gegen andere, eine nahezu ängstliche Gewissenhaftigkeit in der Erfüllung seiner Pflicht, eine strenge Gerechtigkeitsliebe, ein aufopfernder Fleiss, eine wohlerwägende Bedachtsamkeit.

Erfüllt von einer festen und geläuterten Auffassung über die Aufgaben, die Pflichten und Rechte eines Regenten, wie er dieselbe später in so klassischer Weise in seinen von ihm eigenhändig verfassten „Regierungsgrundsätzen“ niederschrieb¹⁾, war er jedoch weit davon entfernt, mit stürmischer Hast einzugreifen in die Verbesserung vorhandener Mängel und Gebrechen. „Eile mit Weile“ war der durch sein ganzes Leben hindurch beachtete Grundsatz — ein Grundsatz, der ihn im allgemeinen vielleicht zu weit beherrschte, so dass er oft in schwierigen Fällen den Augenblick des thatkräftigen Entschlusses schwer zu finden wusste²⁾.

Zu seinen ersten Regierungssorgen gehörte die Gewinnung eines tüchtigen, fleissigen und pflichtgetreuen Beamtenstandes. Wachsam gegenüber aller Beamtenthätigkeit, ohne Nachsicht gegen die faulen und talentlosen Inhaber einträglicher Sinekuren, ein Feind

1) Zum erstenmale vollständig abgedruckt in Hormayrs Taschenbuch für die vaterländische Geschichte; 40. Jahrg. 1853, S. 1—58.

2) Vergl. Fr. X. Wegele, die Reform der Universität Würzburg; Festrede etc. Würzburg 1863, S. 11.

der damals allgemein geübten adeligen Bevorzugung, sowie der Erblichkeit und Käuflichkeit der Stellen, unerbittlich streng gegen Unterschleife und Korruption, waren für ihn Talent, Kenntnisse und Charakter allein massgebend bei der Besetzung der Stellen, und unbekümmert um den Missmut der dadurch in ihren vermeintlichen Rechten und Privilegien Geschädigten gieng er in dieser Beziehung von allem Anfang an zielbewusst den Weg, der zu dem Grundsätze führt: Gleichheit aller vor dem Gesetze. Trotz aller autokratischen Grundsätze, die ihn wie alle Fürsten seiner Zeit beherrschten, wusste er ja sehr wohl, dass es nur durch die gewissenhafte Mitarbeit tüchtiger Organe im weltlichen und kirchlichen Dienste möglich sei, die für notwendig erachteten Änderungen und Reformen zur Durchführung zu bringen. Diese erstreckten sich in gleicher Weise auf die materiellen wie geistigen Interessen seiner Unterthanen.

Was die Förderung der ersteren betrifft, so verbieten es uns Raum und Zweck unserer Darstellung, die Verdienste Franz Ludwigs nach dieser Seite gebührend hervorzuheben. Seine Einfachheit und weise Sparsamkeit in allen Zweigen seines fürstlichen Haushaltes, seine Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung und Rechtspflege, seine positiven Bemühungen, den Wohlstand der Bürger zu heben und die wirtschaftlich Schwachen zu unterstützen, seine fürstliche Ob-sorge für Kranke und Leidende (vergl. u. a. die Stiftung des Bamberger Krankenhauses 1789) können hier nicht mehr als flüchtige Erwähnung finden. — Nicht ganz übergehen aber wollen wir insbesondere, als mit den pädagogisch-philanthropinistischen Bestrebungen im innigsten Zusammenhang stehend, seine anerkannt grossen Leistungen auf dem Felde der Armenpflege und Armenpolizei.

Wie es dem edlen Fürsten eine wahre Herzensangelegenheit und Gewissenssache war, gerade auf diesem Gebiete die besten und richtigsten Grundsätze zu finden und in Anwendung zu bringen, zeigt sein Preisausschreiben an die Geistlichkeit und die weltlichen Beamten Bamberg (1787) über die zweckmässigste Einrichtung des Armenwesens, sowie sein höchst interessanter Briefverkehr mit dem märkischen Pädagogen und Armenvater Frh. v. Rochow über diesen Gegenstand¹⁾.

1) Vergl. über diesen Briefwechsel „Bayerische Annalen“ 1832, No 40 ff.

Die Würzburger und Bamberger Armenanstalten und Armen-gesetze erlangten auch einen solchen Grad von Zweckmässigkeit und ein solches Ansehen, dass sie zur Grundlage für die Armen-polizei im ganzen fränkischen Kreise genommen wurden, dass ferner die königlich preussische Regierung des Herzogtums Magdeburg sich an die Bamberger Armenbehörde wandte, um ein Muster für ihre Einrichtung zu erhalten¹⁾. Und wenn ein Schriftsteller jener Tage den geistlichen Staaten zum Vorwurf macht, dass je der 7. Bewohner ein Bettler sei²⁾, so trifft das wenigstens für Würzburg-Bamberg nicht zu. Hier war die Armenangelegenheit so vortrefflich geregelt, dass es völlig glaubwürdig ist, wenn der Göttinger Professor Meiners³⁾, der im Jahre 1792 auf einer Reise das Würzburger Gebiet seiner ganzen Ausdehnung nach durchschnitt, mit Erstaunen und Rühmen hervorhebt, dass er trotz der vorausgegangenen Missjahre von der äussersten Grenze bis Würzburg selbst nicht einen einzigen Bettler gesehen habe.

Noch mehr als auf dem materiellen Gebiete zeigt sich der erleuchtete, auf der Höhe seiner Zeit stehende Geist und der edle Charakter des Fürstbischofs auf dem Gebiete geistiger Interessen. Wie er einerseits die Religion und die auf Religion gebaute Sittlichkeit für die einzig sichere Grundlage des Staates hielt, so wusste er auch, dass ohne gründlichen Unterricht, ohne Bildung des Volkes und ohne zweckmässige Aufklärung wahre Religion und Sittlichkeit nicht bestehen könne. So betrachtete er als eine wesentliche Aufgabe seines fürstlichen und bischöflichen Amtes die Pflege der Jugenderziehung und des -Unterrichtes, der geistigen Entwicklung des Volkes. Auf diesem pädagogischen Gebiete fand er sich so recht eigentlich in seinem Elemente. Der fürstliche Absolutismus seiner Regierung hatte stets etwas Pädagogisches an sich; es entsprach dieser pädagogischen Ader seines Wesens, seinen Erlassen stets mehr eine belehrende oder zurechtweisende als eine streng

1) Schneidawind, Versuch einer statist. Beschreibung des kais. Hochstifts Bamberg 1797, I, 118.

2) Sartori, Über die Mängel in der Regierungsverfassung der geistl. Wahlstaaten etc., 2. Aufl., Augsburg 1788, S. 132.

3) Meiners, Kleinere Länder- u. Reisebeschreibungen, Berlin 1794. 2 Bände.

juristische Form zu geben. Nicht mit Unrecht wird er daher von einzelnen Zeitgenossen als der „alte Fürstpräzeptor“ bezeichnet¹⁾.

Auf diesem pädagogischen Felde zeigte er sich aber auch vor allem als der fürstliche Repräsentant der „Aufklärung“ im besten Sinne des Wortes. „Frei von aller parteilichen Abneigung gegen das Alte und ohne gleich zärtliche Vorliebe für das Neue hab' ich mir“ sagt er selbst²⁾ „bei all meinen Grundsätzen und Massnahmen in allem Dem, was ausser den unveränderlichen Religionswahrheiten einem Wechsel und einer Veränderung unterliegen kann, schon längst die Mittelstrasse gewählt, und bin dieser Wahl so beständig eingedenk, dass wohl die Mühe vergebens sein dürfte, mich durch Überraschung oder sonstige Künsteleien davon verdrängen zu wollen . . . und erkläre ich ferner, dass ich stets ein Beförderer der wahren und zweckmässigen Aufklärung sein und bleiben werde, von deren Wohlthätigkeit, wenn darunter gründlicher Religionsunterricht und steter Betrieb der Sittlichkeit mitverstanden wird, ich vollkommen überzeugt bin.“

Vermöge seiner tiefgehenden Bildung war Franz Ludwig imstande, die geistige Bewegung seiner Zeit zu übersehen und ein gerechtes Urteil über dieselbe zu gewinnen, und es ist im höchsten Grade bezeichnend für seine Stellung zur Wissenschaft seiner Zeit, dass er nicht allein selbst die Schriften Kants eifrig studierte, sondern es auch wagte, der Kantischen Philosophie in seinem Gebiete eine Stätte zu bereiten. Schon als kaiserlicher Kommissarius zu Regensburg hatte er Gelegenheit gehabt, seine Stimme zu erheben für die freie Bewegung der Wissenschaft. Als nämlich, besonders auf das Andringen Hessen-Cassels hin der Reichstag gegen die Philosophie Kants einschreiten wollte, war es Franz Ludwig, der mit aller Entschiedenheit für die Duldung der Kant'schen Lehre und für die Freiheit im Vortrage der Philosophie eintrat³⁾.

Zur Regierung gelangt, zeigte er dann in einer Reihe vorzüglicher Verordnungen, welchen Wert er im akademischen Studium

1) Schwab, Franz Berg etc., S. 110.

2) in einer Resolution an die geistl. Regierung zu Würzburg vom 26. Sept. 1793, aus Anlass einer eingereichten anonymen Denunziationsschrift (nach Schwab, a. a. O. 275—80). — Vergl. ferner: Franz Ludwigs v. Erthal Wirken für Aufklärung. Bamberg 1881.

3) Bernhard, Franz L. v. Erthal. S. 140.

auf eine grundlegende philosophische Bildung legte¹⁾. — Von besonderer Bedeutung aber war es, dass er den Benediktiner Matern Reuss, der von ihm zum Professor der Philosophie an der Universität Würzburg ernannt war, mit einem Reisestipendium nach Königsberg schickte, damit derselbe sich dort in persönlichem Umgang mit dem grossen Denker so gut wie möglich mit dessen System vertraut mache.

So hielt denn der Geist des Kant'schen Kriticismus auch an den katholischen Universitäten Frankens seinen Einzug und wurde in Würzburg insbesondere durch Matern Reuss²⁾, in Bamberg durch die Professoren Daum und Sommer, später durch Gg. Nüsslein³⁾ gepflegt und verbreitet.

Aber nicht bloss in bezug auf die philosophische, sondern auch auf alle übrigen Fakultäten suchte der Fürstbischof die Universität zu einer freien Pflanzstätte regen wissenschaftlichen Geistes zu gestalten und wenn es auch nicht zu einer durchgreifenden Reorganisation kam, wie sie die Zeit und die stillen Absichten Franz Ludwigs verlangten⁴⁾, so war doch ein erheblicher Schritt zum Besseren geschehen. — Das unmittelbare Interesse des Fürstbischofs für die Sache der Hochschule und seine hohe Achtung vor der Wissenschaft erhielten einen äusserlichen, besonders glänzenden Ausdruck durch seine persönliche Anteilnahme an dem 200jährigen Stiftungsfeste der Universität Würzburg im Sommer 1782, das in einer 11tägigen Feier unter den Augen zahlreicher Vertreter auswärtiger Hochschulen und unter Aufgebot aller Ehren, die einer gelehrten Körperschaft erzeugt werden konnten, vor sich ging⁵⁾.

Was speziell die Bamberger Hochschule anlangt⁶⁾ so stand

1) Dr. A. Ruland, Franz Ludws. Verordnungen und Rescripte bezüglich des Studiums der Philos. an der Universität Würzburg. — Würzburg. 1852.

2) Vergl. Schwab, a. a. O., S. 375 ff.

3) Jäck, Pantheon, S. 196 und 830; vergl. ferner: Weber, Gesch. der gelehrten Schulen im Hochst. Bamberg I, 252 ff.

4) Fr. X. Wegele, Reformation der Univers. Würzburg. S. 11.

5) S. Bönicke, Gesch. d. Univers. Würzburg. II, 279 ff.

6) Gestiftet 1647 von Melchior Otto Voit von Salzburg als Ottonianische Akademie für Theologie und Philosophie; 1735 von Friedr. Karl v. Schönborn mit einer öffentlichen Rechtsschule versehen, 1749 mit einem Lehrstuhl für Medizin ausgestattet, 1773 nach der Aufhebung des Jesuitenordens von Adam Friedrich zur Universität erhoben, 1803 infolge der Säkularisation des Hochstifts aufgehoben (vergl. Weber, Gesch. d. gelehrten Schulen etc.).

dieselbe an Bedeutung zwar der von Würzburg nach, fand an Franz Ludwig aber denselben Beschützer und Förderer wie die Würzburger Universität. Durch Errichtung von Lehrstühlen für die Entbindungs- und Wundarzneikunde, durch treffliche Einrichtungen für die Klinik, durch die mit grossem Kostenaufwande hergestellten Säle für ein Naturalienkabinet und für die Bibliothek, durch Gewährung von Reisestipendien, durch Einführung von Preisaufgaben und viele andere Neuerungen suchte er auch in Bamberg den wissenschaftlichen Geist zu beleben und die Erfolge des akademischen Studiums zu steigern. — Auch die mittleren (lateinischen) Schulen in Würzburg und Bamberg waren ein Gegenstand eifriger Fürsorge, um der Erziehung und Bildung des Beamten- und Priesterstandes eine gedeihliche Grundlage zu geben. Das Lehrpersonal wurde vermehrt und die Lehrerbesoldungen wurden verbessert, die Anstaltsfonds erhielten angemessene Erhöhungen, in der Lehrart drang man auf entsprechende Verbesserungen. Der Fürst selbst wohnte den öffentlichen Prüfungen bei, um sein Interesse zu zeigen und Lehrer wie Schüler aufzumuntern. Die Rektoren wurden angewiesen, strenge Aufsicht in den verschiedenen Klassen zu pflegen und Konferenzen und Beratungen mit den Professoren über den Fortgang der Studien, über den Stand der Disziplin und Sittlichkeit der Studierenden abzuhalten. Wie sehr dem Fürsten das erziehliche Moment auch bei den höheren Studien am Herzen lag, und welche Wichtigkeit er der Unterstützung der Schule durch die häusliche Erziehung beilegte, zeigt der vortreffliche Erlass, gegeben zu Bamberg am 26. Febr. 1793: „Landesväterliche Aufforderung und Ermahnung an Ältern und Kostleute in Ansehung ihrer Pflichten gegen die am dahiesigen Gymnasium studierende akademische Jugend ¹⁾“, in welchem er „mehr in der Sprache der Belehrung, als im Tone des Gebieters, mehr um Überzeugung zu bewirken, als Gehorsam zu erzwingen“, die Pflichten der Eltern und Kostgeber inbezug auf die Sittlichkeit, auf das wissenschaftliche Studium, sowie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Studierenden in klaren und eindringlichen Worten darlegt. —

¹⁾ In einem neuen Abdrucke herausgegeben von Dr. Schneidawind, Aschaffenburg 1851.

Doch noch weit mehr als auf dem Gebiete der höheren und mittleren Schulen fand sich Raum für Reform und Entwicklung auf dem Gebiete des Volksschulwesens. Hier galt es vor allem, die dürftigen Anfänge einer Verbesserung weiterzuführen und die Mittel zu nützen, die die Liberalität des fürstlichen Vorfahrs zur Verfügung gestellt. In welcher Weise dies geschah, sollen die folgenden Kapitel zeigen.

8. Kapitel.

Stand des Volksschulwesens der Stadt Bamberg ums Jahr 1780.

Durch das hochherzige Vermächtnis Adam Friedrichs war nicht nur die ununterbrochene Fortführung der Normalschuleinrichtung auch nach dem Tode des Stifters gesichert, sondern es musste auch das Augenmerk des Nachfolgers ohne weiteres auf die Sache der Schulverbesserung hingelenkt werden. Selbst wenn ein neuer Regent mit weniger bildungsfreundlichem Sinne, als er Franz Ludwig eigen war, den fürstbischöflichen Stuhl bestiegen hätte, so hätte doch wohl etwas zur Vollstreckung des Testaments geschehen müssen. Es gehörte nun zu den ersten Aufträgen, die Franz Ludwig an die geistliche Regierung (das hochfürstl. Vikariat) zu Bamberg ergehen liess, dass ein Bericht über die bisherige Verwendung des Schulfonds erstattet werden sollte. Bereits am 14. Okt. 1779 kam das Vikariat dieser Forderung nach und gab in einem ausführlichen Sitzungsprotokolle eine zusammenfassende Übersicht über die bereits gemachten Anfänge der Schulverbesserung. Durch Entschliessung des Fürstbischofs wurden hierauf die bis dahin getroffenen Massregeln gutgeheissen, die bisher aus dem Schulfond gezahlten ständigen Ausgaben weiter bewilligt und die Notwendigkeit betont, den Normalunterricht noch weiter, insbesondere auf die Landschullehrer auszu dehnen.

Um nun aber einen weiteren Einblick in den Stand des Bamberger Volksschulwesens zu gewinnen, erhielt der Normalschul-

direktor Gerner bald darauf den Befehl, einen ausführlichen Bericht über den Fortgang und den Stand der Normalschule und des Bamberger deutschen Schulwesens zu erstatten, welchem Auftrage Gerner in einem umfassenden Elaborate nachkam, das wohl im Jahre 1781 ausgearbeitet wurde¹⁾. Auf grund dieses Schriftstückes (das nur über das städtische Schulwesen ausführlich sich verbreitet, während das Landschulwesen mit wenigen Bemerkungen abgethan wird) sowie auf grund vieler anderer gleichzeitiger Belege und Notizen ergibt sich Folgendes über den damaligen Stand des Volksschulwesens der Stadt Bamberg:

In Bamberg bestanden damals 11 deutsche Schulen, nämlich

- a) 5 Schulen des sogen. stadtgerichtlichen Bezirkes²⁾: 1. bei St. Martin (auf dem St. Martinskirchhofe), 2. auf dem Markte (hinter der Garküche), 3. im Zinkenwörth, 4. im unteren Steinweg, 5. im Sand.
- b) 3 sogen. Immunitätsschulen bei den Stiften 6. St. Stephan, 7. St. Jakob, 8. St. Gangolph.
- c) 3 Schulen der äusseren Stadtteile: 9. auf dem Kaulberg, 10. Michelsberg, 11. in der Wunderburg.

Ausserdem sind noch hieher zu rechnen:

1. die deutsche Abteilung der Domschule, 2. die Schule des englischen Instituts, 3. die mit eigenen Schulen ausgestatteten Anstalten zur Erziehung und Verpflegung der Waisen in dem sogen. Seelhause auf dem Kaulberge und der Armenhauskinder im sogen. Zuchthause (im Sand).

Neben diesen öffentlichen Schulen gab es trotz mehrfacher Beschwerden seitens der öffentlichen Lehrer³⁾ und entsprechender Ver-

1) S. Schulkommiss.-Akten: „Unterthänigster Bericht über den bisherigen Fortgang und den wirklichen Zustand a) der Normalschule im Besonderen b) des verbesserten deutschen Schulwesens überhaupt zu Bamberg v. 1776—1781“ etc. (ohne Datumsangabe).

2) Gerner führt nur 5 stadtgerichtliche Schulen auf, während in den übrigen Akten noch immer die frühere Zahl 6 auftritt; dies kommt daher, dass der Universitätspedell Frz. Phil. Muss (früher Schulm. am Markte) hinsichtlich seiner Rechte und Besoldung noch immer als stadtgerichtlicher Schulmeister figuriert; ob er aber noch Schule gehalten hat, ist nach den vorhandenen Akten zu bezweifeln.

3) So wurde 1748 (lt. Conclusum des Vikariats) von den Stadtschulmeistern die „mehrmalige Beschwerde erhoben, wie eine abermahlige Winkel Schul- und dergl. öffentliche Lehrgeberin in der Person des Eheweibs eines Laqais in dem Sand hervorgetreten

bote von Seite der Regierung eine nicht unbedeutende Zahl von sogen. Winkel- oder Heckenschulen — besonders erwähnt werden jene in der Sutte, am unteren Stephansberge und im Sande — in welchen meist Lehrindividuen von sehr zweifelhafter Qualität einen obrigkeitlich nicht kontrollierten Anfangsunterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen, oft auch in den Anfangsgründen der lateinischen Sprache erteilten.

Für die erstgenannten 11 Schulen waren durch die Verordnung vom Jahre 1755 (s. Kap. 3) zwar bestimmte Schuldistrikte festgesetzt worden, um auf diese Weise Ordnung in den Schulbesuch zu bringen; allein diese Verordnung wurde bis jetzt in keiner Weise beachtet; die Eltern nahmen sich die Freiheit, ihre Kinder in die Schule zu schicken, wohin sie wollten, so dass, wie Gerner bemerkt, es nicht wenige Kinder gab, „die in kurzer Zeit 2—3 Schulen ausgeloffen sind, aus keiner anderen Ursache, als weil die Eltern eine vorhergegangene billige Schulstrafe ihrer Kinder zur gegenseitigen Rache sucht aufbrachte, oder weil sie vorgaben, ihre Kinder lernten in der Schule nichts, und folglich wollten sie durch herumschicken ihre selbstigen Richter seyn; oder weil sie vorsahen, nach vollendetem Vierteljahre einige Groschen auszahlen zu müssen, die sie durch das Ausbleiben kurzum ersparten.“ —

Mit Ausnahme der Domschule, wo bloss Knaben, und des englischen Instituts, wo nur Mädchen unterrichtet wurden, waren in allen Schulen die Kinder beiderlei Geschlechts vereinigt, jedoch, wo es anging, durch besondere Sitzplätze abgesondert.

Die unerfreulichsten Zustände bieten die Schullokale dar. Abgesehen von den 3 „Immunitätsschulen“, welche in den betreffenden Stiftsgebäuden untergebracht waren, hatte keiner der städtischen Lehrer ein freies Schullokal. Auch der Schulmeister auf dem St.

seye.“ — Auch Gerner beklagt sich bitter über die „ganz frey geduldeten Winkelschulen, wo mancher studierte und unstudierte Mensch, ja sogar Bettler sich das Recht geben, eine ganze Gegend Kinder aus mehreren Häusern und von verschiedenen Klassen in Unterricht zu nehmen, mehr um sich dadurch zu nähren, als den Ältern und Kindern zu nützen“.

Im Jahre 1789 beschwert sich der dekretierte Schulhalter auf dem Kaulberge in einer Eingabe an den Fürstbischof über 2 Winkelschulen seines Distrikts, die namentlich „die bemittelte Jugend an sich ziehen, während sie die arme dem öffentlichen Schulhalter überlassen“ (s. Registratur des Stadtpfarramts z. ob. Pfarre).

Martinskirchhof, der in dem einzigen bisher erbauten städtischen Schulgebäude (s. S. 28) wohnte, ebenso der Schulmeister am Markte (hinter der Garküche)¹⁾, der in einem zum Stadt-Bauamt gehörigen Häuschen wohnte und Schule hielt, müssen Miets-Entschädigung bezahlen, alle übrigen Schulen waren private Mietlokale, die vom Lehrer selbst beschafft werden mussten²⁾. Es waren fast durchweg enge, niedrige, dumpfe, durchaus unfreundliche Räume, deren Lage und Beschaffenheit dazu oft noch alle möglichen Störungen für den Unterricht im Gefolge hatte. So bezeichnet Gerner die Schulstube im Sande, die bei einem Metzger gemietet war, „wegen dem Eingange in das Haus, z. B. wegen Metzgerhunden u. s. w. und wegen dem Durchgange der Hausgenossen durch die Schulstube eben nicht bequem“; die Schulstube am Markte hinter der Garküche war im Winter den ganzen Tag finster und im übrigen so eng, dass ein grosser Teil der Kinder im Sommer ausser der Schule im Hausplatz sich lagern musste, damit die übrigen sitzen konnten. Der Schulraum im Zinkenwörth (einem Schneider zugehörig) war von der Wohnstube des Lehrers nur durch einen Verschlag geschieden; zuweilen aber war die finstere Schulstube zugleich der alleinige Wohnraum des Lehrers, wie es z. B. in der Wunderburger Schule der Fall war.

Der Unzulänglichkeit und Unpassenheit der Schullokale entsprach die dürftige Beschaffenheit der Schulgeräte, was um so erklärlicher ist, als dieselben bisher ausschliesslich Privateigentum des Lehrers waren und von jedem neu auftretenden Schulmeister eigens erworben werden mussten. Doch war hierin insofern ein Anfang zum Besseren gemacht, als in den Jahren 1778 und 79 von der hochfürstlichen Schulkommission aus den Mitteln des Schulfonds einzelne Schultensilien angeschafft worden waren, so für sämtliche Schulen (mit Ausnahme der Immunitätsschulen) eine schwarze Vorzeigetafel, in den Stadtschulen bei St. Martin, auf dem Markte und im Zinken-

1) Die Garküche (1865 abgebrochen) stand an der Stelle des jetzigen Eingangs zur Franz-Ludwigstrasse.

2) Auch der Schulmeister im Steinweg wohnte seit Mitte der fünfziger Jahre in einem öffentlichen Gebäude, nämlich in dem abgebrannten und zu Schulzwecken einigermaßen eingerichteten hinteren St. Martha-Seelhausbau (gegen einen jährlich an die Stadt zu zahlenden Hauszins von 10 fl. frk.). Als aber die grosse Wasserflut im Jahre 1784 dieses Gebäude zerstörte, mietete der Lehrer das Schreiner Kober'sche Haus (jetzt Siebenkees'sche Buchdruckerei, Kettenbrücke 1) um jährl. 26 fl. als Schullokal.

wörth alle zugehörigen Tische, Bänke und Schreibzeuge, in der Kaulberger Schule gleichfalls 2 grosse Schreibtische, 4 Bänke und 4 Schreibzeuge. In den übrigen Schulen bestanden die alten Zustände noch fort. Für die ferneren Schulbedürfnisse, wie Schwamm, Kreide, Tinte, Lichter etc. musste der Lehrer gleichfalls selbst sorgen, wenn er nicht vorzog, dieselben nach Bedürfnis durch eine Kollekte unter den Kindern zu decken.

Das Lehrpersonal der Stadt¹⁾, das in den Akten des Vikariats und der Schulkommission bald unter der Bezeichnung Schullehrer, häufiger aber noch unter dem Titel Schulmeister erscheint, war theils aus dem Handwerkerstande, theils aus der Klasse wenig fähiger Studenten hervorgegangen und lebte durchgehends in sehr beschränkten Verhältnissen. Die einzelnen Lehrer hatten zwar alle den „Normalunterricht“ Gerners genossen, jedoch zum Theil mit sehr fraglichem Erfolge. Theils wegen höheren Alters und geschwächter Gesundheit, theils aus Mangel an Geschick und Fleiss, theils auch, weil ihr kümmerliches Einkommen sie auf zeitraubende Nebendienste anwies, waren sie zu meist im Schlendrian ihrer alten mechanischen Schularbeit stecken ge-

1) Um das Jahr 1780 und in den nächsten beiden Jahrzehnten sind folgende Schulmeister in der Stadt thätig:

1. Bei St. Martin: Joh. Schäfer † 1779, Lorenz Schmitt † 1787, von 1795 an: Joh. Ad. Auer.
2. Auf dem Markte hinter der Garküche: Joh. Griebel † 1800, dann Paul Müller.
3. Im Zinkenwörth: Lorenz Schmitt, 1779 nach St. Martin versetzt, dann: Joh. Häfner.
4. Im Steinweg: Joh. Schönwald † 1787; Nikolaus Zufang † 1791, dann: Rudolph Metzner.
5. Im Sand: Lorenz Zufang † 1796, Nachfolger: G. Martin.
6. Bei St. Stephan: J. G. Klebsattel † 1802.
7. Bei St. Jakob: Phil. Hahn (von 1776—1802).
8. St. Gangolph: Kaspar Dorn, 1795 zum Registrator ernannt, dann: Stephan Herd (1804 Chorrektor zu St. Martin).
9. Kaulberg: Ditthorn † 1783, dann: Sebast. Lindner † 1794, Nikol. Kotschenreuther † 1795, Ad. Auer bis 1797, dann: Mich. Dauer.
10. Wunderburg: Joseph Helmrich; von 1788 an: Michael Krüglein.
11. Michelsberg: G. Sieber † 1785; sodann wurde die Schule mit der zu St. Jakob vereinigt.

Im Kaulberger Waisenhaus: Dominik. Delacour bis 1782 († 1793), J. G. Steinmetz (von 1782—96), dann Sebastian Mertel.

Im Armenkinderhaus (Sand): Lor. Brockard; dann: Joseph Lorain (im Jahre 1797 zum Zolleinnehmer ernannt); von 1798 an: J. G. Wimmelbacher.

blieben. Erst eine neue Generation konnte hier völlig Wandel schaffen¹⁾. Das Einkommen war trotz der bereits geschehenen Verbesserungen ein durchaus unzulängliches. Die ursprünglichste Einnahmequelle war das Schulgeld. Es betrug für das Kind pro Quartal 12 kr. frk., wurde aber von den Eltern vielfach nicht pünktlich, häufig auch gar nicht entrichtet. Zu den Nebenabgaben der Kinder gehörten noch „Beicht- und Wallkreuzer, Holzgeld, Besen und Ostereier“. Die erste fixe Besoldungsquote war den Stadtschulmeistern aus den milden Stiftungen der Stadt angewiesen worden (s. Kap. 4). Die laut Dekret vom 17. Sept. 1733 durch den Bischof Karl v. Schönborn bewilligte Summe von 180 fl. frk. war übrigens nur für die 6 stadtgerichtl. Schullehrer bestimmt, so dass auf jeden derselben 30 fl. jährlicher Bezug kamen.

Eine weitere Quelle der Gehaltsverbesserung eröffnete sich durch die Normalschulstiftung Adam Friedrichs, indem daraus vom J. 1777 an jedem der Stadtschulmeister (inkl. des Kaulbergers) eine jährliche Zulage von 16 fl. frk. bewilligt wurde. Schon im nächsten Jahre wurde diese Aufbesserung auch den Immunitätsschulmeistern von St. Stephan und St. Gangolph, sowie dem Schulmeister auf dem Michelsberge zuerkannt. — Schliesslich waren mit allen Schuldiensten — nur der Kaulberger bildete eine Ausnahme — auch Naturalbezüge an Getreide und Holz verbunden. So bezog jeder der sechs stadtgerichtlichen Schulmeister jährlich 4 Simren Korn aus dem hochfürstlichen Kastenboden und 2 Simren aus dem St. Katharinenpitale, ferner 4 Mass Holz von dem städtischen Bauhofe.

Die drei Immunitätsschulen (St. Stephan, St. Jakob und St. Gangolph) waren „Freischulen“; die Lehrer bezogen kein Schulgeld, sondern erhielten teils durch den Scholastikus des Stiftes, teils aus kirchlichen Nebendiensten eine kärgliche Bezahlung. — Die Wunder-

1) Nur ganz vereinzelte werden wegen ihrer amtlichen, oder auch wegen sonstiger Leistungen als hervorragend bezeichnet, so der Lehrer zu St. Martin, Lor. Schmitt, dem wegen seines besonderen Eifers durch die Schulkommission eigens „Felbigers Lehrbuch“ und eine „Bibel“ angeschafft wird. — Zu St. Gangolph ragt Kaspar Dorn als gesuchter Schönschreibmeister Bambergers hervor, der im Verein mit seinem Bruder, dem Maler Jos. Dorn, die verloren gegangene Kunst, in auf Pergament aufgelegtes Gold Buchstaben zu malen, wieder auffand, ferner durch Verfertigung von Fortepianos sich auszeichnete (Schneidawind, statist. Beschreibung des Hochstifts Bamberg I, S. 223).

burger Schule wird nur aus dem Schulgelde und einem Zuschuss der Wunderburger Kapelle erhalten. Alles in allem wird der Gesamtertrag der einzelnen Schulen durch kläglich niedrige Summen repräsentiert. Eine übersichtliche Darstellung desselben giebt uns nebenstehende (s. S. 61) im J. 1781 vom Vikariate an den Fürstbischof eingesandte Tabelle¹⁾.

Die Besetzung der Schulstellen geschah durch Präsentation von Seite der betreffenden „Patrone“, worauf die „Konfirmation“ = Bestätigung durch das hochfürstliche Vikariat erfolgte. Letzterer ging in der Regel eine Prüfung des Kandidaten „in allen Fächern seines Amtes“ voraus, welche gewöhnlich von dem Regens des hochfürstlichen geistlichen Seminars, in der Musik von dem Chorrekter zu St. Martin und dem dortigen Organisten vorgenommen wurde.

Das Präsentationsrecht hatte für die eigentlichen stadtgerichtlichen Schulen, sowie für die Schule auf dem Kaulberg der Bürgermeister und Rat, für die Immunitätsschulen der Scholastikus des betreffenden Stiftes. Der Schulmeister auf dem Michelsberg wurde von der dortigen Kloster-Kanzlei in Vorschlag gebracht; der Schulmeister in der Wunderburg wird von der hochfürstlichen Hofkammer aufgestellt, ohne von der geistlichen Regierung verpflichtet zu werden. —

Es ist eine stehende Klage Gerners und wird von ihm als ein Haupthindernis der Schulverbesserung erklärt, dass die Patrone in der Ausübung ihres Präsentationsrechtes grosse Gleichgültigkeit zeigen, indem sie bei einer Erledigung „den ersten besten Menschen vorschlagen, der ohne Versorgung daherum läuft und gemeiniglich ein Theolog oder sonstiger Student von mittelmässiger und vernachlässigter Fähigkeit war, der ohne Prüfung der nothwendigen Eigenschaften und Vorbereitungen dem Hochfürstlichen Vicariate zur Bestätigung vorgestellt wird.“ Aber auch mit dieser „Bestätigung“ wurde es vielfach recht leicht genommen, indem dieselbe „cum clausula salvatoriali“ erteilt wurde, „dass der Schulcandidat der Normalschule beywohnen und das Nöthige noch erlernen solle“. Allein die Erfahrung lehrte, „dass solche Leute entweder von sich selbst eingenommen oder aus Nachlässigkeit kaum drei oder vier-

1) Beilage zum Vikariats-Conclusum v. 30. Aug. 1781 (Archival. d. k. Bibliothek Bamberg).

Verzeichniss

des Gehaltes, welches die Schulmeister in der Stadt Bamberg sowohl an fixo als accidentien dann Naturalien jährl. zu geniesen haben“.

O r t	an fixo		Von dem milden Vermächtniss Adam Friedr.	Ertrag an Logiegeld	Naturalien	An denen-selben zu Geld angeschlagen		Ertrag an accidentien		in Summa	
	fl.	kr.				fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
Ein jeder der 6 Stadtschulmeister	30	—	16	10	6 Sra. Korn =	12	—	40	—	118	40
	11	—	—	—	4 Mäss Eichenholz =	10	40	—	—	17	—
	24	—	—	—	3 Sra. Korn =	6	—	—	—	38	—
	22	—	16	freye Wohnung	7 Sra. Korn =	14	—	—	—	75	20
zu St. Gangolph	28	—	16	freye Wohnung	4 Sra. Korn =	8	—	24	—	108	—
					2 Klfr. Holz =	5	20	28	—		
{ zu St. Jakob als Kirchner idem als Schulmeister	15	20	—	—	an einem Zehnde mit jährl. c. 11 Sra. Korn =	22	—	—	—	73	—
	32	—	—	freye Wohnung	5 Sra. Gersten =	8	—	9	40	40	—
					10 Sra. Haber =	6	—	8	—		
					24 Sra. Korn =	48	—	—	—		
auf dem Kaulberge auf dem Michelsberg	24	—	16	—	—	—	—	34	—	74	—
	—	—	16	—	3 Sra. Korn =	6	—	37	20	62	56
					2 Mäss Stöck =	1	36	—	—		
					2 Schock Rissig =	2	—	—	—		
idem als St. Aegidii-Kapelle Kirchner	12	—	—	—	4 Sra. Korn =	8	—	—	—	20	—

mal dahin kamen und dennoch die elendeste Hand schrieben, von keinen Regeln der Schön- und Rechtschreibekunst, noch der deutschen Sprache etwas wussten, von der Rechenkunst aber wenig oder gar nichts verstunden, ohne von den vortheilhaften Handgriffen eines Schulmannes etwas innen zu haben“.

Die Schulpflicht der Kinder dauerte vom sechsten bis zum zwölften Jahre; doch war man von einem gesetzlich durchgeführten Schulzwange im modernen Sinne noch weit entfernt, so dass der Schulbesuch zumeist ein sehr mangelhafter und lückenhafter war. Insbesondere war das in den äusseren Stadtteilen der Fall, wo nach Gerners Bericht „die Jugend aus Mangel der genügsamen Aufsicht der Ältern, die immer der Feld- und Tagarbeit obliegen müssen, grösstentheils den ganzen Tag auf den Gassen herumlaufend angetroffen und auch im Schulgehen im Sommer durchgehends vernachlässigt wird“. Im J. 1783 konstatiert ein Bericht des Pfarrverwesers Schellenberger, dass von den 676 Kindern, die den fünf Schulen der oberen Pfarrei zugewiesen sind, nicht mehr als c. 280 in die Schule gehen, „wo sich in den Sommertagen die Zahl der Kinder kaum so hoch beläuft; aus welchem offenbar ist, dass die Anzahl der Kinder, die in keine Schule gehen, jene weit überschreitet, die zum öffentlichen Unterricht in den Schulen angehalten werden“.

Ebensowenig wie einen gesetzlich gehandhabten Schulzwang gab es eine obrigkeitlich geregelte Lehrordnung oder einen streng abgegrenzten Schul-Stundenplan. Dieselben waren teils ein Produkt alter Tradition, teils eine moralische Wirkung des Normalschulunterrichts durch Gerner, welcher die Schulmeister auch mit diesen unterrichtstechnischen Fragen bekannt machte und die Schulordnung denjenigen schriftlich mitteilte, „die sie benutzen wollten.“ Diese „Normalschulordnung“ enthielt folgende allgemeine Punkte:

1. Es soll eine gewisse Zeit zur Fortrückung der Klassen eingehalten und die Aufnahme neu ankommender Kinder darnach reguliert werden.
2. Jeder Lehrer soll eine richtige Namentabelle seiner Kinder führen.
3. Jeden Tag sind vor- und nachmittags je zwei vollkommene Stunden Unterricht zu geben.
4. Es ist ein halber Tag, z. B. der Samstag zur Erklärung der sonntägigen Evangelien zu verwenden.

Im speziellen gestaltete sich der Tagesplan des Unterrichts folgendermassen:

1. Die Kinder gehen vormittags im Sommer um 7 Uhr, im Winter um $\frac{3}{4}$ auf 8 Uhr in die Schule und verbleiben hier bis 8 Uhr, während welcher Zeit Katechismus erklärt oder etwa auch die Verbesserung der Schriften des vorigen Tages vorgenommen wird.
2. Um 8 Uhr werden die Kinder zur heiligen Messe in die Pfarrkirchen (bezw. Stiftskirchen) geführt.
3. Nach geendigter Messe werden „die Klassen“, jede eine halbe Stunde an der schwarzen Tafel gelehrt. (Massgebend für die Einteilung der Klassen war der Grad der Lesefertigkeit, so dass man unterschied 1. die Klasse der „Buchstabensager“, 2. und 3. die zwei Klassen der „Syllabirer“ und 4. die Klasse der „Lesenden.“)

Während des öffentlichen Unterrichts der einen Klasse haben die anderen stille Beschäftigung, z. B. Lesen, Auswendiglernen des Katechismus, Lernen des Einmaleins, Schreiben oder Rechnen.

4. Nachmittags:

A. Für die zwei oberen Klassen:

1. Stunde: a) Erzählung der biblischen Geschichte, b) Verbessern und „Auszeichnen“ der vormittags geschriebenen Schriften, c) Diktieren eines orthographischen oder Rechenexempels.
2. Stunde: Ausarbeitung desselben.

B. Für die zwei unteren Klassen:

1. Stunde: Stille Beschäftigung (Aussuchung der gelernten Buchstaben, eine praktische Syllabierübung aus dem kleinen Katechismus).
2. Stunde: Unterricht im Buchstabieren und Syllabieren. —

Ausser diesen regelmässigen Schulstunden hatten die Schullehrer noch eine sogenannte „Nachschule“ eingeführt, worin sie erwachsene Schüler, die etwa aus Mangel an Befähigung, namentlich aber infolge schlechten Schulbesuchs zurückgeblieben waren, eine halbe oder ganze Stunde nach der Schulzeit gegen besondere Bezahlung unterrichteten. Gerner urteilt mit grossem Recht über diesen Unterricht: „Da nach der neuen Lehrart ein Lehrer zwei Stunden lang die Hände voll zu thun hat und folglich sehr müd wird, so

kann diese Nachschule nicht anderst als ein Unterschleif des öffentlichen Unterrichts angesehen und folglich nie begünstigt werden“.

Auch bezüglich der von den Kindern benützten Schulbücher herrschte weder Ordnung noch Einheitlichkeit.

Für den Anfangsunterricht im Lesen existierte eine alte Lesetafel, die zumeist noch im Gebrauch war, obwohl Gerner sie im Normalunterricht durch eine neue zu ersetzen gesucht hatte. Für den religiösen Unterricht war der kleine Katechismus des Canisius in Gebrauch. Ein eigentliches Lesebuch existierte nicht. Der Lesestoff war durchaus aufs religiöse Gebiet beschränkt, und zwar brachten die Kinder zum Lesen ein ihnen von den Eltern gegebenes beliebiges Buch religiösen Inhalts zur Schule; um jedoch einen Zusammenunterricht wenigstens einigermaßen zu ermöglichen, wurden für den Leseunterricht besonders gebraucht und gefordert: 1. der schon erwähnte kleine, 2. der grosse Katechismus des P. Canisius, 3. das „Evangelienbuch“, 4. „das Büchlein vom weisen Syrach“.

Für den Schönschreibunterricht war von der Schulkommission eine besondere gestochene „Vorschrift“ für Kurrent approbiert worden.

In den Händen der Lehrer befand sich der „Kern der biblischen Geschichte“ von Felbiger, woraus den Kindern täglich vorgelesen oder vorerzählt wurde. Abgesehen von einigen Schriften, welche dem eifrigen Lehrer von St. Martin durch die Schulkommission angeschafft wurden, war sonst nirgends eine Schulbibliothek vorhanden.

Anmerkung. Als mit dem Schulunterricht im engsten Zusammenhang stehend muss hier auch noch die Kinderlehre erwähnt werden, welche, bis zum Jahre 1773 fast gänzlich in den Händen der Jesuiten war, nach der Aufhebung des Ordens aber in die Hände der Kuratgeistlichkeit gelegt und im Dom, in der St. Martinskirche, in der Elisabethen-Spalkirche, in der Kirche der englischen Fräulein, in St. Gangolph, in der Wunderburger Kapelle, in der oberen Pfarre, sowie im Arbeits- und Zuchthause an allen Sonntagen nachmittag abgehalten wurde¹⁾. Unter den Christenlehrbesuchern unterschied man die „kleinen“, d. i. die schulpflichtigen Schüler (vom 7.—12. Jahre) und die Erwachsenen, die entweder gemeinsam oder auch (wie in den beiden Pfarrkirchen seit dem Jahre 1773) der Zeit nach getrennt unterrichtet wurden²⁾. — Auch den Kinderlehrbesuch hatten die Schullehrer zu überwachen; sie hatten die schul-

¹⁾ H. Weber, Geschichte des Christenlehrunterrichts etc.

²⁾ ibidem S. 122.

pflichtigen Kinder in die Kirche zu begleiten, hier zu beaufsichtigen und die Abwesenheitstabelle zu führen. Daher war auch der Besuch dieses Unterrichts von seiten der eigentlichen Volksschüler noch ein ziemlich guter; um so mehr aber sieht sich Gerner veranlasst, die Nachlässigkeit der Jugend, die die 1. hl. Kommunion hinter sich hat, zu beklagen, von welcher „der mehrste Theil weder mehr in die christlichen Lehren, noch in die katechetischen Predigten komme, sondern vielmehr diese Zeit besonders im Sommer mit herumlaufen, schreyen und spielen auf den Gassen verschwende“. Wie sehr aber auch Franz Ludwig in Übereinstimmung mit seinen Vorgängern gerade diese Seite des Unterrichts am Herzen lag, zeigt sowohl sein noch im Jahre seines Regierungsantrittes, am 25. Dez. 1779 erlassener Hirtenbrief an den gesamten Seelsorgs-Klerus, in welchem er mit apostolischem Eifer die Christenlehre anempfiehlt, als auch die unterm 29. März 1785 ergangene Regierungsverordnung, „dass künftig kein Lehrjunge bey irgend einem Handwerk mehr aufgedungen, keiner auch freigesprochen werden soll, es sey denn bei dem Zunfttrichteramt ein Zeugnis des Seelsorgers beygebracht, dass jener im Christenthum, wie auch im Lesen und Schreiben genugsam unterrichtet sey, dieser aber während seiner Lehrjahre die Christenlehre ordentlich besucht habe“.

9. Kapitel.

Anderungen in der Organisation der Schulkommission.

Die im Jahre 1773 angeordnete Schulkommission war ursprünglich, wie schon oben bemerkt, nur für die höheren Schulen eingesetzt worden, zunächst für die lateinische Schule (Gymnasium), sowie für die philosophische und theologische Fakultät der Universität. Durch eine Entschliessung Adam Friedrichs vom 16. Nov. 1773 wurde ihr ferner die Oberaufsicht über die juristische und medizinische Fakultät übertragen. Doch infolge verschiedener Kollisionen mit den beiden letztgenannten „höheren“ Fakultäten, denen eine Unterordnung unter die Kommission widerstrebte, hatte sie in der Folge „die Hände von dem juristischen und medizinischen Fache wieder zurückgezogen.“¹⁾ Die Volksschule war in den Wirkungskreis der Kommission vorerst nicht eingeschlossen; die Oberaufsicht und das Referat über dieselbe stand bei dem fürstbischöflichen Vikariate. Je mehr sich aber das Augenmerk des Regenten gerade der Volksbildung zuwandte und je mehr

¹⁾ Wortlaut des hochfürstl. Reskripts vom 20. Dez. 1791 — vergl. auch Weber Gesch. der gelehrten Schulen I, 169.

die Arbeit sich häufte, welche die Ausführung verschiedener Reformideen mit sich brachte, destomehr wurde das Bedürfnis empfunden, das Vikariat von diesen Arbeiten zu entlasten und dieselben der Schulkommission zu überweisen, welcher übrigens auch bis jetzt schon auf Wunsch des Regenten mehrfache Gelegenheit gegeben war, in wichtigen Volksschulfragen als technische Mittelbehörde zu fungieren. Der erste Versuch, das Volksschulwesen vollständig unter die Schulkommission zu stellen, wurde von Franz Ludwig im Jahre 1783 gemacht durch ein Reskript, d. d. Oberbach den 23. Aug. d. J. an die Schulkommission zu Bamberg, dessen Hauptteil wörtlich lautet:

„Mehrere und bewegende Gründe sind es, aus denen wir das absehen, welches unser Herr Regierungsvorfahrer, christmilder Gedächtniss bey Errichtung der Bamberger Schulencommission vor Augen gehabt, . . . dahin zu erweitern gnädigst für gut befunden haben, dass in Zukunft benannter Commission die Oberaufsicht und Direktion auf gleiche Weise, wie sie in Ansehung der höheren Studien und (beregter) niedern Schulen bis nun ausgeübet worden oder hätte ausgeübet werden können, auch in Hinsicht auf alle Trivialschulen, ohne Unterschied, ob sie teutsche oder lateinische, und ob die Lehrlinge darin männlichen oder weiblichen Geschlechts sind, zukommen soll“.

Es lag in der Konsequenz dieser Verordnung, dass nun auch der eigentlich fachmännische Vertreter des Volksschulwesens in der Schulkommission Sitz und Stimme erhielt. Deshalb wurde weiter bestimmt, „dass der Normalschuldirektor Gerner in allen und jeden Fällen, die das Trivialschulwesen betreffen, der alleinige und beständige Referent bey der Commission sein soll“. Auch dem Oberpfarrverweser Schellenberger¹⁾ sollte in Schulangelegenheiten der-

1) Augustin Andreas Schellenberger, der in der Folge neben Gerner einen hervorragenden Einfluss auf das Bamberger Volksschulwesen gewann, war geb. zu Bamberg am 7. März 1746 als Sohn des Kirchners der Pfarrei St. Martin, studierte auf den Bamberger Schulen und wurde 1772 zum Priester geweiht, sodann Kooperator zu Lichtenfels, 1773 Kaplan an der oberen Pfarre zu Bamberg. 1782 zum Pfarrverweser dortselbst befördert, wusste er bald durch Begabung und Fleiss, sowie durch die Erfolge seiner seelsorgerischen Thätigkeit das grösste Vertrauen des Fürstbischofs zu gewinnen, in dessen Sinn und Geist er eine unermüdliche Wirksamkeit auf dem Gebiet der Armenpflege, sowie fürs allgemeine Krankenhaus, ferner für das Volksschulwesen der Stadt entfaltete. 1791 wurde

jenigen Bezirke, die zur oberen Pfarre gehören, der Beisitz und das Stimmrecht bei der Kommission verstattet sein. —

Diese in so allgemeiner Weise gehaltene, unter Umständen aber immerhin in die Stellung der gesamten Volksschule tief einschneidende Verfügung begegnet in der Schulkommission selbst einigen Bedenken in Hinsicht auf die Ausdehnung der Befugnisse. In einem Conclusum vom 3. Sept. 1783 bittet sie „um nähere gnädigste Bestimmung und Verordnung, welche Befugnisse und Obliegenheiten der Commission zukommen, nämlich ob auch das Personale der Schulrektoren, Schulmeister und Cantoren in Anbetracht ihrer Schulverrichtungen, Prüfung, Aufnahme, Verpflichtung, Klaghandel, und zwar soviel diese betrifft, entweder nur wegen Nachlässigkeit oder Versäumniss ihres Amtes, ihrer Aufführung und ihres sittlichen Betragens oder auch wegen anderen nicht in das Lehramt einschlagenden Fällen, für die Zukunft unter treuehorsaamster Schulkommission stehen und in einer oder der andern Vorkommenheit der Vortrag an Höchstdieselbe unmittelbar geschehen soll, ohne dass auf dem Vikariate dergleichen Sachen mehr behandelt werden, oder ob sie sich nur lediglich mit dem eigentlichen Schulwesen ohne Rücksicht auf das Personale der Lehrer beschäftigen soll?“

Die Kommission hegt nun weiter das Bedenken, dass, falls ihr nur das sachliche Referat über das Volksschulwesen zugestanden werde, während dem Vikariate das Personalreferat verbleibe, dadurch statt einer Erleichterung nur eine Vermehrung der Referatsarbeit geschaffen würde, da in den meisten Fällen ein vorgängiges Benehmen mit dem Vikariate nötig sei; falls aber das gesamte, bisher dem Vikariate zustehende Referat auf die Schulkommission übergehen sollte, so giebt die Kommission insbesondere zu bedenken, „dass die Schuldienere, die meistens und auf dem Lande schier durchgängig auch Kirchendiener seyen, in gewisser Art von dem Vikariate unabhängig würden, wodurch leicht einige Unordnungen verursacht werden dürften“.

er zum geistl. Rat ernannt; hochbetagt und allgemein geehrt starb er am 25. Febr. 1832. Zum Haupterben seines Vermögens hatte er das Krankenspital eingesetzt (vergl. Pfeffer, A. Andr. Schellenbergers Lebensbeschreibung, Bamberg 1832).

Durch die Ausführungen dieses Conclusums war eine wichtige Frage des Schulrechts angeregt und auf deren Schwierigkeit hingewiesen worden. Es entsprach dem bedächtigen Wesen des Fürstbischofs, eine solche Frage vorläufig beruhen zu lassen, um sie erst in einer späteren Zeit wieder aufzunehmen und in seinem Sinn verordnungsgemäss zu erledigen. Die Schulkommission amtierte unterdessen thatsächlich auch auf dem Gebiete der deutschen Trivialschule, Gerner und Schellenberger waren wirklich Mitglieder derselben geworden; aber erst im Jahre 1791 erfolgte eine ins Einzelne gehende Verfügung, welche den Wirkungskreis der Kommission neuerdings regulierte und die Obliegenheiten genauer feststellte. Laut dieser Verordnung vom 20. Dez. 1791 wird zur Leitung der „höheren“ Wissenschaften, unter denen hier die drei Fakultäten der Theologie, Jurisprudenz und Medizin zu verstehen sind, ein eigener Senatus academicus aufgestellt, während der Schulkommission folgender Wirkungskreis zugewiesen wird:

1. die philosophischen Studien;
2. das Gymnasium oder das Studium der Mittelschulen;
3. die lateinischen oder deutschen Stadt- und Landschulen im politischen Territorium;
4. das damals soeben begründete Schulseminarium;
5. die künftigen Industrieschulen;
6. die Verbesserung des Schulwesens in jeder, sowohl sittlicher als wissenschaftlicher Hinsicht, mithin a) die Neueinrichtung von Schulen, männlichen und weiblichen Geschlechts. b) Verbesserung der Schuldienste im Gehalte. c) Auswahl der Schulbücher. d) Einführung einer guten, fasslichen Lehrmethode. e) Gesetze und Instruktionen für Lehrer und Lehrerinnen. f) Prüfung und Annahme derselben. g) Versetzung und Entsetzung.

Es werden demgemäss der Aufsicht der Schulkommission unterstellt:

„1. die Professoren der Philosophie in Anbetracht ihrer unterrichtlichen Thätigkeit und der Disziplin; jedoch mit Ausnahme ihrer der Professoren Personen, in Ansehung welcher sie Mitglieder des Senatus academici sind“;

2. die Professoren der lateinischen Mittelschulen;
3. das Personal des Schullehrerseminariums;

4. die lateinischen und deutschen Trivial-Rektores, Schullehrer und Kantores, „insoweit sie als Schullehrer, die unter unserer Landeshoheit stehen, oder deren Dienste von uns besetzt werden, und nicht etwa als Kirchendiener anzusehen sind, und endlich die Schullehrerinnen ohne Ausnahme, mithin auch die Klosterfrauen des englischen Instituts, von welchen allda Schule gehalten wird.“

Als Mitglieder der Schulkommission werden ernannt, bezw. bestätigt: 1. Der Domkapitular und Generalvikar Freiherr von Würzburg. 2. Der Weihbischof, Domkapitular und Präsident von Hutten. 3. Der Obermarschall von Stauffenberg („so oft und viel derselbe seiner aufhabenden anderen vielen Geschäften halben beywohnen will und kann“). 4. Der Geheimrat Lorber von Störchen. 5.—7. Die geistlichen Räte Schott, Schellenberger und Schubert. 8. u. 9. Die Hof- und Regierungsräte Schubert und Hepp. 10. Ein (damals noch auszuwählender) Hofkammerrat. 11. Der Direktor der philos. u. latein. Mittelschulen. 12. Der Hofkaplan und Kanonikus Gerner. 13. Der (eben neu ernannte) Direktor des Schullehrerseminariums Beez.

Auch die Referenten für die einzelnen Sparten wurden eigens benannt; so sollte das Referat übernehmen a) für das philosoph. Mittel- und latein. Trivialschulwesen der philosophische und Mittelschuldirektor; b) für das Schullehrerseminarium und das deutsche Trivialschulwesen der geistl. Rat Schott und womöglich ein weltlicher Hofrat als Korreferent; c) in Straffällen, bei denen es auf Versetzung oder Absetzung ankommt, ein weltl. Hofrat; d) in Sachen des Industrieschulwesens der Hofkammerrat; e) in Bezug auf die Annahme der Lehrer und Lehrerinnen, sowie in allen laufenden Sachen der Hofkaplan Gerner und der Seminarius-Direktor Betz.

Die Sitzungen der Kommission sollten vorerst von 8 zu 8 Tagen, später, „wenn die Geschäfte nicht mehr so dringend seyn würden“ wenigstens alle 14 Tage, und zwar am Mittwoch Nachmittag oder bei einem anfallenden Festtage am darauffolgenden Tage stattfinden und zwar in einem Zimmer des Universitätshauses, wo auch die Akten aufbewahrt werden sollten. Über alle Fragen von Wichtigkeit ist schriftlicher Vortrag an den Fürstbischof selbst zu erstatten, worauf angemessene Entschliessung erfolgen soll. Dagegen soll der Verkehr mit den lokalen Behörden, wie Vikariat, Regierung

und Hofkammer, wo möglich auf eine mündliche Kommunikation beschränkt werden, indem der bei der Schulkommission sitzende Rat jener Stellen die allenfalls dorthin gehörige Sache übernehmen, dort in Vortrag bringen und das Resultat jener Beratung der Schulkommission wieder vorlegen konnte. —

Die erste Versammlung dieser neu organisierten Kommission fand am 28. Dezember 1791, und zwar, da das hierzu bestimmte Sessionszimmer noch nicht eingerichtet war, in dem Hause des Oberdomkustos und Obereinnahmspräsidenten Frh. v. Hutten statt, welcher die Sitzung mit einer „dem erhabenen Gegenstande anpassenden Rede eröffnete“. In dem Sitzungs-Protokolle wird noch der Wunsch nach einem eigenen Aktuarium ausgedrückt, der das systematische Protokoll zu führen habe; ferner wird das Bedürfnis eines eigenen Siegels konstatiert (während bisher die einzelnen Schriftstücke mit dem Privatsiegel des Präsidenten oder manchmal mit dem kleinen Vikariatssiegel geschlossen wurden). Durch Entschliessung vom 2. Jan. 1792 werden diese Wünsche genehmigt.

Die Verordnung vom 29. Dez. 1791 bezeichnet einen wichtigen Schritt in der äusseren Organisation der Volksschule des Hochstifts. Durch dieselbe war die Leitung der Mittel- und Volksschule einheitlich geregelt und die letztere der rein kirchlichen Jurisdiktion entrückt, indem jetzt eine eigene, aus geistlichen und weltlichen Mitgliedern gemischte Behörde alle Angelegenheiten der Volksschule und ihrer Lehrer, auch Untersuchungs- und Strafsachen, die Civilklagen mit eingeschlossen, zu regeln hatte. Welch' umfassende, vielseitige und eingreifende Thätigkeit die Kommission in den nächsten Jahren gerade auf dem Volksschulgebiete zu bewältigen hatte, und wie rege der Verkehr zwischen dem Fürsten und dieser Schulbehörde sich gestaltete, das bezeugen schon äusserlich die Akten der Schulkommission, die gerade in den Jahren von 1791—1795 zu einem sehr voluminösen Materiale sich anhäufen.

Anmerkung. Bezüglich der eben erwähnten Schulgerichtsbarkeit kam es in der Folgezeit (unter dem Nachfolger Franz Ludwigs) doch zu einzelnen unerquicklichen Kompetenzstreitigkeiten zwischen der Schulkommission und dem Vikariate, die wiederum eine Schmälerung der Machtbefugnisse der Schulkommission herbeiführten. Im Jahre 1798 beschuldigt das Vikariat die Schulkommission eines eigenmächtigen Eingreifens in die Gerichtsbarkeit über die Civilklagen der Schullehrer, die erstere Stelle früher inne gehabt hätte, und ersucht um authentische Interpretation der bestehenden Bestimmungen.

Dieselbe erfolgt am 1. Jan. 1799 in der Weise, dass zwischen „dinglichen und persönlichen“ Klagen gegen die Schulmeister unterschieden wird und die ersteren der Schulkommission, die letzteren aber dem Vikariate zugewiesen werden, mit Ausnahme derjenigen Personalklagen, welche auf das Schulwesen entweder einen direkten oder indirekten Einfluss haben, und welche ebenfalls zur Schulkommission ressortieren. Darauf hin folgt eine Eingabe der Schulkommission vom 15. Januar 1799, welche ausführt, dass die Civilklagen gegen Schullehrer zwar ehemals zum Vikariate als dem ordentlichen Gerichtsstande gehörten, dass sich die Sache aber seit 1791 völlig geändert habe, indem seit dieser Zeit alle Civilklagen über Schullehrer von der Kommission abgehandelt worden seien. Die Kommission habe für ihre Auffassung neben authentischen Interpretationen durch verschiedene hochfürstliche Entschliessungen einen vieljährigen, ununterbrochenen, vom Vikariate selbst anerkannten Besitzstand und bitte den Fürstbischof, sie bei ihrer seitherigen Verfassung und Gerichtsbarkeit gnädigst zu belassen. Der Fürstbischof erklärt unterm 26. Jan. 1799, dass er dem Vikariate die Gerichtsbarkeit nur über jene Schullehrer übertragen wissen will, welche zugleich Kirchendiener sind und innerhalb des Kirchhofs wohnen; in Hinsicht der übrigen sollte es bei der Verordnung von 1791 bleiben. Die Schulkommission muss sich nun mit dieser Schmälerung ihrer bisherigen Rechte zufrieden geben, fragt aber in einem Protokoll vom 15. Febr. 1799 an, wie es mit denjenigen Schullehrern gehalten werden solle, deren Schulhäuser nur zum Teil auf dem Kirchhofe, mit der andern Hälfte hingegen oder gar mit zwei Dritteln oder noch weiter ausserhalb desselben lägen, worauf (21. Febr.) die Entschliessung erfolgt: „Um der Schulkommission jede Ängstlichkeit zu benehmen, bestimme ich anderweit, dass, wenn der grössere Theil des Schulhauses ausserhalb des Kirchhofes gebaut ist, die Gerichtsbarkeit der Schulkommission, im umgewandten Falle aber jene des Vikariats eintreten soll. — Würde aber das Schulgebäude zu gleichen Teilen auf dem Kirchhofe und dem Gemeindeplatz stehen, so soll der Eingang, ob er nämlich auf dieser oder jener Seite geschieht, zur Entscheidung der Gerichtsbarkeit über das ganze Gebäude dienen.“

10. Kapitel.

Die Errichtung von Mädchenschulen (1783).

Die bereits früher erwähnte Bamberger Schulordnung vom 25. April 1491 ist die älteste bekannte Verordnung überhaupt, in welcher nicht bloss von Schulmeistern, sondern auch von „Schulfrauen“, also von weltlichen weiblichen Lehrkräften die Rede ist¹⁾. Es darf wohl als selbstverständlich angenommen werden, dass den letzteren der Unterricht der Mädchen oblag. Späterhin freilich hören wir nichts mehr von einem gesonderten Mädchenschulwesen

1) J. Müller, vor- und frühreformat. Schulordnungen, I. Abteil, S. X.

in der Stadt Bamberg. In Bug bei Bamberg ist im Jahre 1717 einer Lehrerin gedacht, welche „wegen blöder Augen anderer Arbeit nicht vorstehen konnt, aber die Kinder recht gut lehren konnt“; es scheint aber, dass diese Person Kinder beiderlei Geschlechts unterrichtete¹⁾. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bestand als öffentliche Mädchenschule der Stadt nur die Schule der englischen Fräulein, welche im Jahre 1717 in Bamberg eine Niederlassung gegründet hatten²⁾, seit 1726 Unterricht erteilten und sich als Lehrerinnen bald grosser Beliebtheit erfreuten. Ihre Schule war eine Freischule und hinsichtlich der Aufnahme von Schülerinnen nicht an einen bestimmten Stadtbezirk gebunden; sie hatte aber vorzugsweise die Mädchen der inneren Stadt, wodurch sich für die Schulen dieses Stadtteils eine Sonderung der Geschlechter allmählich von selbst ergab, während in den Schulen der äusseren Bezirke Knaben und Mädchen vereinigt waren.

Unter Franz Ludwig wurde in dieser Richtung Wandel geschaffen. Durch Errichtung gesonderter Mädchenschulen auch in den äusseren Stadtteilen sollte einerseits die Zahl der Schulanstalten vermehrt, andererseits aber auch den Unzukömmlichkeiten vorgebeugt werden, die sich aus dem gemeinschaftlichen Schulleben der Knaben und Mädchen naturgemäss ergaben. Um ein geeignetes Lehrerinnenpersonal für die bestehenden und noch zu begründenden Mädchenschulen zu gewinnen, musste Gerner für das Jahr 1783 seinen Normalunterricht in das englische Institut verlegen, wo er 5 englische Fräulein unterrichtete, während im gleichen Zeitraume auch 4 weltliche Kandidatinnen im Schnappaufschen Priesterhause unterrichtet wurden.

Es war nun eine der ersten Aufgaben der im Jahre 1783 neu geordneten Schulkommission (s. o.), Bericht zu erstatten über die Errichtung von Mädchenschulen, die die weibliche Jugend der oberen Pfarre aufnehmen sollten. Neben Gerner tritt hier Schellenberger als besonders eifriger und verdienstvoller Förderer dieser Ange-

1) Loch, Geschichte der Pfarrei unserer l. Frau (50. Bericht des histor. Ver. Bamberg 1888) S. 116.

2) Haas, Geschichte der Pfarrei St. Martin zu Bamberg 1845, S. 181; vergl. auch Stenglein, das englische Fräuleininstitut zu Bamberg und Nürnberg (Extraabdruck aus dem Kalender für katholische Christen 1861).

legenheit hervor. Auf Grund der von beiden Kommissionsmitgliedern schriftlich abgegebenen ausführlichen Gutachten, deren gleichzeitige Vorlegung mit dem Kommissionsprotokoll der Fürst eigens anordnet, erstattet die Kommission in einem Conclusum vom 28. Oktober 1783 ihre Vorschläge, die sich auf folgende Punkte erstreckten:

1. In Bezug auf die Zahl der Mädchenschulen und der anzustellenden Lehrerinnen werden 2 Schulen (eine auf dem Kaulberge und eine im Sande) mit je 2 weiblichen Lehrkräften in Aussicht genommen.

2. Für jede Lehrerin wird ein Gehalt von 150 fl. rhl. nebst freiem Holz und Licht in Vorschlag gebracht.

3. Die Schulmeister sollen für den Entgang ihrer bisherigen weiblichen Schuljugend eine Entschädigung dadurch erhalten, dass ihr bisheriger Bezug aus dem Normalschulfond von 20 auf 30 fl. erhöht wird. Auch wird die Einziehung zweier Schulmeisterstellen, nämlich jener auf dem Michelsberge und in der St. Martinspfarre an der Garküche in Anregung gebracht.

4. Die erheblichste Schwierigkeit bereitet sowohl den beiden Referenten als auch der Kommission die Auffindung der Quellen zur Bestreitung der notwendig werdenden Ausgaben. Die Beratungen hierüber zeigen ebenso sehr den schulfreundlichen Eifer der Referenten, wie die bemitleidenswerte Ärmlichkeit der finanziellen Grundlagen der damaligen Volksschule. Da das anfallende Schulgeld zur Besoldung der Lehrerinnen in keiner Weise ausreichend erscheint, so wird von Gerner neben einem Zuschuss aus der hochfürstlichen Schulkasse eine Naturalleistung von verschiedenen Klöstern, besonders von den hiesigen 2 Frauenklöstern an die aufzustellenden Lehrerinnen (z. B. 6 Simren Korn für eine Lehrerin), ferner ein Beitrag aus der Wochenstubpflege des Stadtrats in Vorschlag gebracht. Ein mit Eifer verfochtener Gedanke der beiden Referenten geht übereinstimmend dahin, dass das Stahlische Schwesterhaus¹⁾ in eine Art „Pflanzschule und Ruheplatz“ für Lehrerinnen umgewandelt werden könnte. Es sollte das freie Wahlrecht der Schwestern bei Be-

¹⁾ Das Stahl'sche Schwesterhaus, gestiftet 1651 von einer Bamberger Witwe Margaretha Stahl und mit dem Tode der Stifterin am 7. Jan. 1666 ins Leben getreten, ist eine Versorgungsanstalt, in welcher dürftige Bamberger Bürgerstöchter Wohnung und Lebensunterhalt haben sollten; ursprünglich Dominikanerstrasse neu No. 7, seit 1865 Eisgrube No. 1456, neu 14. (Vergl. Haas, Geschichte der Pfarrei St. Martin, S. 496 ff., ferner: Dr. V. Loch, Geschichte der Pfarrei uns. l. Fr. zu Bamberg, S. 193 ff.)

setzung der Pfründen derart eingeschränkt werden, dass dieselben in Zukunft solche Personen aufzunehmen hätten, welche zum Lehramt tauglich sind, oder dass sie einer Schullehrerin, die nicht in das Haus eintreten wolle, jährlich 50 fl. rhl. samt freiem Licht und einem entsprechendem Quantum Korn verabreichen müssten. — Zur Verstärkung des für alle sich ergebenden Bedürfnisse unzureichenden Schulfonds schlägt Gerner u. a. vor: die allgemeine Einführung des Stempel-Papiers bei den Gerichtsstellen, die Schaffung eines Schulbücherprivilegiums mit einer entsprechenden Stempeltaxe; eine mässige Abgabe von allen Hochzeiten; die Zuwendung eines Teils „des „Bierpfennigs“ zum Schulfonde etc.

Die Schulkommission nahm den Finanzplänen der beiden Referenten gegenüber eine teilweise ablehnende, teilweise dilatorische Haltung an und auch der Fürstbischof konnte sich wohl den Schwierigkeiten nicht verschliessen, die mit einer zum Teil so tief eingreifenden Regelung der finanziellen Grundlagen der Volksschule verbunden waren.

Er fand es daher wiederum für gut, eine prinzipielle Entscheidung auf die Vikariatsbeschlüsse zu unterlassen und einstweilen, um keine Zeit zu verlieren, eine provisorische Verfügung zu treffen. Durch ein fürstliches Handschreiben an den Pfarrverweser Schellenberger vom 17. Nov. 1783 wurde derselbe aufgefordert, mit Beirat und Zuthun des Schuldirektors Gerner eine Verteilung der weiblichen Schuljugend seiner Pfarrei vorzunehmen, die entsprechenden Klassen anzuordnen und am 19. November die Mädchenschule auf dem Kaulberge, am 20. November die im Sande zu eröffnen.

So fand denn an den bezeichneten Tagen die Eröffnung der beiden neuen Mädchenschulen statt, von denen die eine für den Kaulberg, die Sutte und den Stephansberg, die andere für den Sand, Jakobs- und Michelsberg bestimmt war. Jede Schule zerfiel in zwei Abteilungen, einer unteren („Trivialschule“), bestehend aus den vier jüngsten Klassen und einer oberen („Realschule“) mit zwei Jahrgängen. Dementsprechend wurden auch an jeder Schule zwei Lehrerinnen angestellt¹⁾. Als Schulklokale waren auf dem Kaulberge

¹⁾ Auf dem Kaulberg: Maria Barbara Mahr (obere Abteilung) und Maria Ursula Seiz (untere Abteilung).

Im Sande: obere Abteilung: Gertrud Holzmann; untere Abteilung: Maria Fran-

der mittlere Stock samt dem Hinterhause des der verwitweten Domkapitels-Kastnerin Margaretha Rünagel gehörigen Hauses¹⁾, im Sande das Haus der Assessorswitwe Schreyer²⁾, jedes um 60 fl. rhl. gemietet worden.

Der mildthätige Fürst hatte sich entschlossen, selbst die nötigen finanziellen Opfer zu bringen, um diese seine pädagogischen Lieblingsschöpfungen ins Dasein zu rufen und lebensfähig zu erhalten. Er liess nicht nur die Schulen auf seine eigenen Kosten einrichten, sondern entrichtete auch bis zu seinem Tode den jährlichen Mietzins, leistete ferner einen ansehnlichen Gehaltsbeitrag für die Lehrerinnen aus seiner Privatschatulle und bezahlte ausserdem für jede Schule jährlich 20 fl. rhl. Holzgeld.

Während so im Bezirk der oberen Pfarre das Schulwesen neuen, besseren Verhältnissen entgegengeführt wurde, war auch die Schule der englischen Fräulein durch die Errichtung eines eigenen Schulbaues in ein neues Stadium getreten. Dem englischen Fräuleininstitute war Franz L. mit besonderem Wohlwollen zugehan; hatte er doch seine Schwester Maria Sophia von Erthal, welche des Augenlichts fast gänzlich beraubt war, dem Institute vertrauensvoll zur Pflege übergeben³⁾. Er besuchte die leidende Schwester öfters, überzeugte sich hierbei auch von der segensreichen Wirksamkeit des Instituts für die Jugenderziehung, zugleich aber auch von der dringenden Notwendigkeit besserer Schulräumlichkeiten und traf schon Ende des Jahres 1782 die entsprechenden Anordnungen zur Abhilfe⁴⁾. Diesen zufolge wurde nun im J. 1783 unter der technischen Leitung des Werkmeisters Fink ein neuer dreistöckiger Seitenflügel des Instituts aufgeführt⁵⁾, wozu der Fürst

ziska Herbig bis 1787, dann Margaretha Klemm. — Unter ihnen wirkte am längsten und erfolgreichsten M. U. Seiz († 1835).

1) Alte No. 1233, jetzt unterer Kaulberg No. 26 (Firma Kreppel).

2) Alte Hs.-No. 1702, rechts vom Eingang zum Arbeits- und Zuchthause, gegenüber der Elisabethenkapelle; — jetzt abgebrochen.

3) Dieselbe starb am 16. Juli 1796, 71 Jahre alt und bedachte das Institut mit einem Legate von 10 000 fl. (Stenglein, a. a. O., S. 5).

4) 1782, 2. Dez.: Franz Ludwig fährt zu den engl. Fräulein, die Schwester zu besuchen, „auch das allda übliche Schulwesen einzusehen, umb zur etwa nöthigen Verbesserung die gnädigsten Verordnungen zu ertheilen“. (Hofdiarium No. 26, fol. 176.)

5) Der nördliche Flügel gegen den Graben zu, der noch heute das Wappen des Fürsten trägt.

selbst 2500 fl. beisteuerte. Der Neubau enthielt u. a. vier grosse Zimmer, von denen jedes bequem 200 Kinder fasste. In diesen Räumen wurden zunächst drei gesonderte Mädchenschulen untergebracht, während das vierte Zimmer dem Industrieunterrichte zu dienen hatte¹⁾. — Franz L. interessierte sich selbst aufs lebhafteste für die Einrichtungen der neuen Schullokale und besuchte die Bauten schon während ihrer Entstehung, bezw. Instandsetzung zu wiederholtemmale²⁾.

Im Jahre 1784 wurde auch zur Errichtung eines eigenen Schulhauses in der Wunderburg geschritten, in welchem eine Trennung der Knaben- und Mädchenschule erfolgte³⁾. Die Verhandlungen über diesen Schulbau reichen bis zum Jahre 1780 zurück. Schon in diesem Jahre hatte der Fürst daran gedacht, zur Errichtung der Schule das ansehnliche Vermögen der Wunderburger Marienkapelle heranzuziehen. Die geistliche Regierung, zum Gutachten aufgefordert, trug Bedenken gegen eine solche Verwendung und glaubte, dass es der Stiftung gemässer sei, das entbehrliche Vermögen der Kapelle zur Anschaffung von Paramenten in armen Pfarrkirchen zu verwenden. Der Fürstbischof trat in einer sehr charakteristischen Resolution vom 5. Okt. 1780 dieser Auffassung entgegen, indem er mit Entschiedenheit betont, wie er die Errichtung besagter Schule für einen Gott und seiner seligsten Mutter wohlgefälligeren Dienst halte, als die Anschaffung von Paramenten. . . . „Weil unter anderen Ursachen die Armen lebendige Tempel Gottes sind und die Schulen ausser dem Hauptzwecke, Kinder zu vernünftigen und eifrigen Dienern Gottes und Verehrern Mariens zu bilden, auch dazu dienen sollen, dass das Unanständige und Gefährliche, welches sich in Schulen, wo die Jugend beyderley Geschlechts untereinander ist, bemerken lässt, vermieden werden möge, so muss ich nach dieser Denkungsart die Errichtung der Schulen . . .

1) Dr. Markus, von den Vorteilen der Krankenhäuser; Bamberg 1790, S. 40; ferner: Haas, Zur Geschichte der Volksschule im Bambergischen.

2) 1783, 30. Juni: Spazierfahrt des Fürsten nach Seehof; „bey der Rückkehr nahmen Höchstdieselben den schulbau bei den Englischen Fräulein in höchsten augenschein (Hofdiar. 27, fol. 114).

1783, 5. Nov.: Cels. macht einen Spazierritt; dabei „wird der Neue schulbau bey denen Englischen eingesehen (Hofdiar. 27, fol. 146).

6. Nov.: „Cels. besahen die Neueingerichteten schullen aufm Kaulberg und im sand“ (Hofdiar. 27, fol. 146).

3) Das Gebäude ist Wunderburg, jetzige Haus-No. 2.

der Meynung und Absicht der Gutthäter selbst gemässer halten, als die Anschaffung von Paramenten“¹⁾. . . . Der Fürst besteht daher darauf, „besondere Schulen weiblichen Geschlechts auf Kosten gemeldter Kapelle einzuführen.“ —

So waren denn in kurzer Frist in der Stadt Bamberg acht weibliche Schulen ins Dasein gerufen, bzw. in neuen Lokalen untergebracht worden. Mit welch hohem Interesse der Schöpfer dieser Anstalten auch den Fortgang und die Entwicklung derselben verfolgte, dass zeigten die ehrenvollen, durch ihre fürstliche Repräsentanz gegen die gewohnte Bescheidenheit der Schulverhältnisse eigentümlich kontrastierenden Besuche, die Franz Ludwig diesen Schulen angedeihen liess. Schon im April 1784 erschien der Fürst persönlich mit seinem Hofstabe zur Prüfung in den Schulen des englischen Instituts, auf dem Kaulberge und im Sande, und es ist bezeichnend für Sinn und Charakter des Fürsten in jener Zeit, wo anderwärts prunkender Fürstenstolz die auswärtigen Hofgäste mit rauschenden Festlichkeiten, glänzenden Jagden, Theatern und Ballets vergnügte, dass Franz L. seine zufälligen Besuche, wie den im Jahre 1784 auf drei Tage anwesenden kaiserlichen Gesandten Grafen Trautmannsdorf, oder die im Jahre 1785 auf vier Tage in Bamberg verweilenden Herzoge von Württemberg mit zur Visitation in seine Schulen führte²⁾. — Es ist bemerkenswert, dass anlässlich dieser Prüfungen eigene Büchlein gedruckt wurden, welche die „Prüfungs-

1) Archivalien der K. Bibliothek Bamberg (Schulen u. Schullehrersem. betr.).

2) 1784, 21. April. „Cels. fährt morgens mit dem kaiserl. Gesanden Grafen Trautmannsdorf, dem Grafen Ludolph und den beiden Ministern in die Mädgen-Schule bey denen engl. Fräuleins“. — „Um 4 Uhr begaben sich Cels. abermalen mit dem Herrn Gesanden, dem Grafen Ludolph, dann beiden Herrn Ministern und dem Kämmerer vom Dienst in der nämlichen Art wie heute früh nach denen neu errichteten Schulen auf den Kaulberg. Nach 6 Uhr retournierten Cels. mit dem Herrn Gesanden (Hofdiar. 27, fol. 241). — Hiernach sind auch die Angaben bei Haas (z. Gesch. der Volkssch. etc.) bezüglich dieser fürstlichen Besuche zu berichtigen.

24. April: „Um 9 Uhr fuhren Höchstdieselben mit Herrn Oberstallmeister Graf Rotenhan und dem Herrn Kämmerer nach dem Sand, die alldortige Mädgenschule zu besuchen (Hofdiar. 27, fol. 248).

1785, 9. März. „Nach der Tafel fuhren die hohen Gäste (die Grafen Urach = Herzoge von Württemberg) zu die engl. Fräulein, um die dortigen Schulen zu betrachten, wohin auch der Schuldirektor Gerner . . . bestimmt worden. Graf Rotenhan und Cels. begaben sich auch in die Schulen.

punkte“ enthielten. In denselben ist der Unterrichts- und Prüfungsstoff ziemlich eingehend dargestellt¹⁾, welcher sich erstreckte

a) in den „Trivialschulen“ über: 1. Religionslehre, 2. Religionsgeschichte, 3. Lesen und Schreiben in den vier Klassen, 4. Wohlstandsregeln (Anstandslehre), 5. Handarbeit;

b) in den Realschulen über: 1. Religionslehre, 2. Religionsgeschichte, 3. Lesen, 4. Kalligraphie, 5. Orthographie, 6. deutsche Sprachkunst, 7. Wohlstandsregeln, 8. Rechenkunst, 9. Handarbeit. —

Der Zweck dieser fürstlichen Schulbesuche war nicht bloss, eine persönliche Neigung zu befriedigen und Lehrer und Schulkinder zu Fleiss und Eifer aufzumuntern, sondern insbesondere auch bei der Bürgerschaft jenes teilnehmende Interesse für Schule und Unterricht zu erwecken, ohne welches alle Schulverbesserung des empfänglichen Bodens und der gedeihlichen Grundlage entbehrt. — Soweit man in der steigenden Frequenz der Schulen einen Massstab für die wachsende geistige Empfänglichkeit der Bevölkerung erblicken kann, lässt sich auch behaupten, dass das allgemeine Interesse für Bildung und für die von oben her gepflegten Bildungsbestrebungen auch in Bamberg im Zunehmen begriffen war. Was speziell die Mädchenschulen anlangt, so wurden dieselben von einer sehr zahlreichen Kinderschar besucht. Nach einem Bericht, den Schellenberger am Schluss des ersten Schuljahres an den Fürstbischof erstattete, betrug die Zahl der Schülerinnen pro 1783/84 in der Kaulberger Schule und zwar in der „Realschule“ 40, in der „Trivialschule“ 196 Kinder; im Sande: in der Realschule 33, in der Trivialschule 146 Kinder, im ganzen also 415 Schülerinnen. Schlimmer freilich als mit dem Schulbesuche sah es mit den Erträgnissen des Schulgeldes und somit mit dem Einkommen der Lehrerinnen aus. Da das Schulgeld für das einzelne Kind quartaliter 12 kr. frk. betrug, so hätten an Schulgeld für das Jahr 332 fl. frk. vereinnahmt werden müssen; statt dessen aber hatten die vier Lehrerinnen der

¹⁾ s. den vollständigen Abdruck eines solchen Prüfungsbüchleins in den Beilagen No. 3. Übrigens finden wir die Veröffentlichung dieser „Prüfungspunkte“ auch an anderen Schulen, so z. B. an den verbesserten Schulanstalten zu Mainz (Sammlung von Mainzer Schulschriften, Stockholm 1776) oder bei der Töcherschule der Ursulinerinnen zu Würzburg (vergl. Zerrenners Schulfreund III, 1792, S. 114 ff.).

Pfarrei im ersten Schuljahre zusammen eine Schulgeldeinnahme von nur 36 fl. 6 kr., da die meisten Eltern diese neuerrichteten Schulen als Freischulen betrachteten und demgemäss ihrer Zahlungspflicht gar nicht oder nur sehr mangelhaft nachkamen. Die Privatschatulle des mildthätigen Fürsten musste hier nach wie vor helfend eintreten. Der jährliche Beitrag aus derselben wurde für jede Lehrerin auf 100 fl. frk. festgesetzt, welcher Betrag bis zum Tode Franz Ludwigs ausbezahlt wurde¹⁾.

Pfarrverweser und geistl. Rat Schellenberger, dem die Verwaltung und Aufsicht über die äusseren und inneren Verhältnisse der Kaulberger und Sander Mädchenschule übertragen worden war, sorgte im übrigen wie ein Vater für die unter seiner Mitwirkung begründeten Anstalten und scheute selbst ein Opfer aus eigener Tasche nicht, wo es galt, den Schulen aufzuhelfen und sie in ihrem Bestande zu sichern. So bestritt er die Reparaturen der Schulhäuser grossenteils aus seinen Privatmitteln.

Als ferner im Jahre 1790 die Besitzerin des Mietschulhauses auf dem Kaulberge verstarb und das Haus von den Erben zum Verkaufe bestimmt wurde, ein anderes Schullokal auf dem Kaulberge aber nicht aufzufinden war, sah sich Schellenberger in die Notwendigkeit versetzt, dem Fürstbischefe den Vorschlag zu unterbreiten, dass dieses Haus käuflich erworben werden möge. Der Kaufschilling zu 2000 fl. frk. sollte von den vereinigten Spitälern als unverzinsliches Kapital vorgeschossen und in Teilzahlungen wiederum abgetragen werden. Durch hochfürstl. Entschliessung d. d. Würzburg den 3. Sept. 1790 wurde dieser Vorschlag genehmigt, die vereinigten Spitäler wurden zur Zahlung angewiesen und sodann der Kauf in Richtigkeit gebracht. Da der untere Stock, sowie Keller und Garten anderweitig vermietet werden konnten, so wurde aus diesen Erträgnissen, zu denen noch die bis zum Tode Franz Ludwigs aus der fürstlichen Schatulle fortbezahlte Mietsentschädigung kam, der sparsame Verwalter Schellenberger in den Stand gesetzt, von Zeit zu Zeit Kapitalsabzahlungen zu machen. Doch ging es

¹⁾ Im ganzen hat Franz L. zur Unterhaltung der 4 weiblichen Schulen der oberen Pfarre bis zu seinem Tode nicht weniger als 6000 fl. aus seiner Schatulle bezahlt (G. Fr. Limmer, Trauerrede auf Franz Ludwig 1795, S. 59).

mit denselben so langsam, dass noch im Jahre 1815 eine Abzahlung von 840 fl. frk. zu leisten übrig blieb.

Auch das gemietete Mädchenschulhaus im Sand ging bald darauf in den Besitz des Staates über, indem die Besitzerin, Landgerichtsassessors-Witwe Anna Maria Schreyer, geb. Molitor, dasselbe mit letztwilliger Verfügung vom 31. Dez. 1796 zum besten der Schule schenkte.

Anmerkung. Der Mangel einer finanziellen Fundierung der Mädchenschulen gestaltete sich zu einer Existenzfrage für dieselben, als mit dem Tode Franz Ludwigs (1795) die Zahlungen aus der fürstlichen Privatschatulle ihr Ende erreichten. Der Gehalt der 4 Lehrerinnen des Kaulbergs wurde auf den Schulfond überwiesen. Da man aber den Normalschulfond noch nicht ergiebig genug erachtete, demselben die Unterhaltung der Schulen vollständig zuzumuten, nahm Schellenberger in einem Schulkommissions-Referat seinen früheren Vorschlag wieder auf, das Stahl'sche Schwesterhaus zu einer Pfründeanstalt für weltliche Lehrerinnen umzuwandeln. Durch eine Entschliessung des Nachfolgers Franz Ludwigs (Christoph Franz v. Buseck) vom 19. Juli 1795 wurde nun auch wirklich die Bestimmung getroffen, dass „in das Stahl'sche Schwesterhaus nur solche Pfründnerinnen aufgenommen werden sollen, welche den Willen und die Fähigkeit, dem weiblichen Lehramt vorzustehen, im gleichen Grade besitzen“, und dass die damals eben erledigten zwei Schwesterstellen unbedenklich mit Lehrerinnen zu besetzen seien.

Die Ausführung dieser in die Verhältnisse der genannten Wohlthätigkeitsstiftung so tief einschneidenden Bestimmung beruhte jedoch aus uns unbekannten Gründen noch einige Jahre. Als nun aber die Schulkommission durch ein Conclusum vom 4. Sept. 1800 diesen Vorschlag wiederholte und für den Bischof die Belehrung anfügte, dass er „aus bischöflich-landesherrlicher Gewalt befugt und berechtigt sei, Stiftungen, die schon nach der Meynung der Stifter das Glück und Wohl der Menschheit zum Zweck haben, auf die Abwechslung und Eintretung neuer Bedürfnisse nach den verschiedenen Zeit-, Orts- und Gelegenheits-Umständen zweckmässiger zu machen“, da erboten sich die Schwestern zur Vermeidung dieser radikalen Umänderung ihrer Stiftung und zur Rettung ihres unbeschränkten Wahlrechtes jährlich 250 fl. rhl. an den Schulfond zu zahlen. Dieses Angebot wurde durch Entschliessung vom 13. Sept. 1800 genehmigt. Später wurde diese Leistung auf 125 fl. rhl. ermässigt, welche Summe bis zum J. 1841 fortbezahlt werden musste.

II. Kapitel.

Visitation des Landschulwesens (1783—85).

Die zur Verbesserung des Volksschulwesens seit 1776 in der Residenzstadt Bamberg getroffenen Massnahmen waren von allem Anfang an bestimmt, ihre Wirkung auch auf das Landschulwesen zu äussern. Freilich waren hier der Schwierigkeiten noch viel mehr

zu überwinden als in der Stadt. Der Mangel an gebildeten Schulmeistern und gewissenhaften Schulaufsehern, die Kümmerlichkeit der finanziellen Verhältnisse, altgewohnte Missbräuche und tiefgewurzelte Vorurteile vereinigten sich hier zu einer kaum zu gewinnenden feindlichen Schanze gegen die neuen Reformideen. —

Zum Zwecke näherer Information über den gesamten Stand des Volksschulwesens liess sich Franz Ludwig bereits 1781 ein Verzeichnis aller Schuldienste des Hochstifts mit der Angabe, wer sie zu besetzen habe und wie jeder besoldet sei, vorlegen. Weitere Massnahmen knüpften sich jedoch zunächst nicht an diesen Schritt.

Auch in betreff der Landschul-Verbesserung galt es vor allem, mit der Person des Lehrers den Anfang zu machen und insbesondere der Vorbildung desselben die nötige Aufmerksamkeit zu widmen. Eine Vorbereitung für den Schuldienst fehlte bisher entweder ganz, oder sie wurde durch das Institut der Kantoren ersetzt. Wer sich dem Schulberufe widmete, trat in der Regel zunächst in den Dienst eines wirklichen Schulmeisters, um denselben in seinem Amte zu unterstützen und zugleich durch diese Unterrichtspraxis das unerlässliche Wissen und Können für den Lehrberuf sich anzueignen. Der junge Mann — ein Mittelding zwischen Schullehrling und Schulgehilfe oder eigentlich beides zugleich — führte den Titel Kantor und verblieb so lange in seiner Stellung, bis es ihm glückte, eine wirkliche Schulstelle zu erlangen. Er erhielt für seine Dienste bereits eine Bezahlung, freilich kaum hinreichend, um das Leben zu fristen, noch weniger, um sich irgendwie über die soziale Sphäre eines Dienstboten zu erheben. In seinem obenerwähnten Schulberichte vom Jahre 1781 sagt Gerner inbezug auf das Landschulwesen: „Der Zustand der Kantoren ist für sie und das Land der misslichste; denn sehr wenige sind per decretum zu vergeben, weil wenige von dem Gotteshause und der Pfarrey salarirt werden, sondern der grösste Theil wird von den Schulmeistern freiwillig zu ihrem Dienste angenommen. Daraus ergibt sich, dass, weil die Schuldiensten grösstentheils sehr gering sind, solche Kantoren das Jahr kaum 8 bis 10 fl. Lohn haben, das übrige müssen sie durch Spielen zum Tanze oder durch sonstige niederträchtige Dienste zu erwerben suchen, um sich nur kleiden zu können.“ — Meist erst nach jahrelanger Wartezeit winkte dem schulamtsbeflissenen Kantor

das Glück einer wirklichen Schulstelle durch eine gnädige Präsentation. Hinsichtlich der Präsentationsberechtigung waren die Verhältnisse im Hochstifte sehr verschieden und wurden weniger durch ein strenges Recht, als durch Herkommen und Gebrauch bestimmt. In weitaus den meisten Fällen präsentiert die Gemeinde im Einverständnis mit dem Ortspfarrer; in einzelnen Fällen aber nimmt der Ober- oder Vogteybeamte das Recht der Lehrerannahme in Anspruch. War die Präsentation erfolgt, so hatte der Bewerber die vorschriftsmässige Aufnahmeprüfung zu bestehen, die zuerst durch die geistliche Regierung selbst, später durch die hochfürstliche Schulkommission abgehalten wurde¹⁾. Erst hierauf erhielt er das Dekret eines wirklichen Schullehrers. Doch wurde dieser vorschriftsmässige Modus der Annahme durchaus nicht streng eingehalten. Häufig, ja wie es scheint in den meisten Fällen, begnügte man sich mit der vom Ortspfarrer vorgenommenen Prüfung und einem begutachtenden Berichte, ja nicht allzuselten werden Bewerber ohne jegliche Prüfung von dem einen oder anderen Inhaber des *jus praesentandi* zu einem Schuldienste angenommen.

Auf die unsichere Basis des *docendo discimus* gestellt, war natürlich das Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung der Landschulmeister-Kandidaten das für die Verhältnisse denkbar niedrigste. Um hier mit der Besserung zu beginnen, wurden daher vom Jahre 1779 an neben den durch besondere Citation einberufenen wirklichen Schulmeistern vom Lande auch diejenigen Kantoren zur Normalschule zugelassen, welche sich um die Aufnahme beworben hatten; zugleich erging mittelst Dekrets des hochfürstl. Ordinariats an alle Schulmeister die Weisung, „fürohin keinen Kantor mehr anzunehmen, der nicht zuvor in der Normalschule dahier gestanden ist.“ Wenn auch diese Weisung anfangs noch nicht überall die gewünschte Beachtung fand, ja bei der anfänglich geringen Zahl vorgebildeter Kandidaten nicht einmal finden konnte, wenn ferner den mit der „neuen Lehrart“ vertraut gemachten Kantoren auch der nötige Einfluss nicht zu gebote stand, um das in der Normalschule Gelernte gegen den Willen eines am Alten hängenden Schulmeisters zum besten der Schuljugend verwerten zu können, so war doch damit der Anfang gemacht, das Eis auch auf dem Lande zu

¹⁾ Vergl. hiezu die Aufgaben einer Lehrerannahme-Prüfung in den Beilagen.

brechen und namentlich eine bessere Unterrichtsmethode zu begründen. — Vor allem aber musste die Mitwirkung der berufenen Aufsichtsorgane gewonnen, das Interesse derselben für die Schule geweckt und ihr Pflichtgefühl geschärft werden. Schon in seinem ersten Hirtenbriefe, den Franz L. am 25. Dez. 1779 an den gesamten Kuratklerus des Hochstifts erliess, weist er mit allem Nachdruck auf die Pflicht der Geistlichen hin, sich des Schulwesens anzunehmen. „Vor allem befehlen Wir euch an, die arme verweysste Jugend. Diese fordert von euch die geist- und leibliche Vaterliebe. Entsaget ihnen solche nicht, . . . führet, ja zwinget sie in die Schulen, deren öftere Besuchung und die Mitbeförderung der von Unserem unmittelbaren Herrn Vorfahrer verbesserten Lehrart Wir euch sonderbar empfehlen“¹⁾. Durch eine Verordnung vom Jahre 1782 wurde allen Pfarrern und Kaplänen mit voller Strenge zur Pflicht gemacht, „wöchentlich zwei bis dreimal die Schule zu besuchen und im Falle sich vorfindende Nachlässigkeit in Besuchung der Schulen durch gütliches Ermahnen nicht heben lassen sollte, auf der Stelle die weltliche Gerichtsbarkeit aufzufordern“, welche laut einer späteren Verordnung vom Jahre 1785 „unter Strafe der empfindlichsten Ahndung Eltern und Kinder zur Einhaltung der Gebühr zu zwingen, nicht einen Augenblick zögern solle“²⁾.

Eine bedeutungsvolle Periode der fruchtbarsten Anregungen für die Schulverbesserung auf dem Lande begann mit dem Jahre 1783, als der Fürstbischof es unternahm, durch seine Visitationsreisen auf das Land sich persönliche Kenntniss von den Verhältnissen und Zuständen seines Hochstifts zu verschaffen. Diese Reisen galten in erster Linie der Kirchenvisitation; doch war damit durchweg auch eine Visitation und Prüfung der Schulen, und zwar nicht bloss nach ihren kirchlichen, sondern nach ihren Gesamtleistungen, verbunden. Unter dem ziemlich zahlreichen fürstlichen Reisegefolge befand sich daher als ständiger Begleiter des Visitators der Schuldirektor Gerner, der die Schulprüfungen vorzunehmen und Bericht darüber zu erstatten hatte. Die Visitationen wurden kapitelsweise im Laufe der Jahre

1) Bamberger Verordnungen (in der k. Bibliothek zu Bamberg).

2) Nach B. Pfeufer, Beiträge zu Bamberg's Geschichte S. 235. Die Originalverordnungen liegen mir nicht vor.

1783—85, jedesmal im Frühling oder Herbste vorgenommen, und zwar wurde im Jahre 1783 vom 16. Mai bis 6. Juni und vom 26. Sept. bis 17. Okt. das Hollfelder Landkapitel, im Jahre 1784 vom 27. April bis 11. Mai das Eggolsheimer Kapitel, sodann vom 29. Sept. bis 29. Okt. das Kapitel Kronach, im Jahre 1785 vom 29. April bis 13. Mai Stadt und Kapitel Forchheim, ferner vom 30. Sept. bis 29. Okt. das Stadtsteinacher Kapitel bereist.

Eine unermüdliche und in ihrer Vielseitigkeit bewundernswürdige Thätigkeit entwickelte Franz Ludwig auf diesen seinen Reisen als Bischof und Fürst, als Priester und Visitor. Wo es ihm irgend möglich war, suchte er selbst zu sehen und zu hören, selbst zu prüfen und zu beurteilen. Auch an den Schulprüfungen nahm er, wo er nur konnte, persönlich Anteil und examinierte selbst nicht bloss aus dem Katechismus, sondern auch in anderen Fächern des Unterrichts¹⁾, ermahnte Lehrer und Schüler zu fleissiger Arbeit und liess es auch an äusseren Zeichen der Anerkennung und der Aufmunterung nicht fehlen²⁾. — Die von Schule zu Schule aufgenommenen Visitationsberichte Gerners enthalten mehr oder minder eingehende Angaben über das Personale des Lehrers, über die äusserliche und innerliche Beschaffenheit der einzelnen Schulanstalten, über den Stand der Schuljugend, sowie über den Ertrag der Schulstelle und würden so ein getreues Bild von dem damaligen Stande des Landschulwesens geben, wenn sie vollständig erhalten worden

1) Hier als Belege nur einige wenige von vielen Einträgen des Hofdiariums:

1783, 17. Mai Gössweinstein. . . . „Aus der Kirche verfügten sich Celsissim. in die schul, besahen dieselbe und examinierten selbst die Kinder“. . . .

29. Sept. Pfarrvisitation in Neuhaus . . . „gingen in die Schuhl, wo Schuhl-direktor und Sie Kinder geprüfet haben“.

9. Okt. Pfarrvisitation zu Vilseck . . . dann „Spaziergang zu Fuss in 3 abgesonderte Schulen, wo Sie selbst in der Sprachkunst, Schreiben und Lateinisch Nachfrag gethan, die Kinder hingegen durch den Ortspfarrer aus dem Categismo examinieren liessen“.

14. Okt. Pfarrvisitation in Waischenfeld. . . . „Nach diesem gieng es in die schuhl, wo Sie die Kinder selbst im Christentum examinieret, welche gut bestanden sind“.

1784, 28. April. Pfarrvisitation in Neukirchen. . . . „Nach dem Frühstück giengen Cels. in die Schule und examinierten alda vorerst die Kinder der 2 Filialen, sodann die vom Ort“.

2) 1785, 16. Okt. Pfarrvisitation in Weyssmain. . . . Examination der Schulkinder. „Cels. äusserte hier Ihre höchste Zufriedenheit und beschenkten dem Rektor einen Dukaten“ (Hofdiar. 28, Beilg. XXV).

wären¹⁾. — Aus den vorhandenen Bruchstücken vernehmen wir die häufige Klage des Visitators über die ungenügende Bildung und Vorbildung der Lehrer.

Vom Schulmeister zu Neukenroth lesen wir: „Kann nach gewöhnlicher Art lesen und schreiben, hat aber noch keinen gründlichen Unterricht im Schulhalten jemals empfangen“.

Der Schulmeister in Nordhalben (Joseph Wagner) „hat wenig Fähigkeit und Wissenschaft, gegen seine Schulkinder ungestüm und schmäh süchtig, darin er auch auf Höchsten Befehl von mir (Gerner) zur Besserung angehalten wurde“.

Der Schulmeister zu Birnbaum (Philipp Eberth) ist zwar in der Normalschule zu Bamberg $\frac{3}{4}$ Jahr gestanden“, aber „die Lehrart blieb bisher noch die alte, weil es theils an der Unterstützung des Pfarrers, theils an der Mitwirkung der Leute selbst fehlte, die aus Vorurteil oder etwa gar aus Widerspenstigkeit nicht Hand anlegen wollten“.

Doch hält der Visitator auch gegebenenfalls mit seinem Lobe nicht zurück. So sagt er von dem 65jähr. Schulmeister (J. G. Räbel) in Wallenfels: „Sein Fleiss in diesem Geschäfte ist überhaupt belobet. Die katechet. Prüfung hat es auch zu seiner sowohl, als des in diesem Stücke sehr fleissigen Pfarrers J. Wurzer bekräftiget. Die Schulwissenschaften, als z. B. Schreiben, Lesen und Rechnen, verstehet er sehr wohl. Ungeachtet seines Alters ist er dennoch sehr thätig“.

In den Pfarrdörfern sind fast überall Schulhäuser vorhanden, die entweder von dem Gotteshause oder von der Gemeinde unterhalten werden, und es hatte in dieser Beziehung das platte Land manches vor der Residenzstadt voraus; freilich ergeben sich auch hier schreiende Missstände bezüglich der Unzulänglichkeit und Unpassenheit der Räumlichkeiten. Nicht überall besass der Lehrer eine von der Schulstube gesonderte Wohnstube, zuweilen ist Wohnraum und Schulraum nur durch einen Holzverschlag getrennt. — Von dem Schulhaus in Wallenfels heisst es: „Das Schulhaus ist zwar noch neu, jedoch auf der vorderen Seite baufällig. Die Lage desselben ist wegen der unter der Schulstube durchgehenden Fuhr-

¹⁾ Die Schul-Kommissionsakten enthalten nurmehr wenige Bruchstücke davon. Wir geben im Anhang einige Berichte aus dem Stadtsteinacher Ruralkapitel. (Beilage 4.)

strasse und dem daran befindlichen Wirthshause sehr ungemächlich. Die Schulstube ist, um hundert Kinder zu fassen, sehr eng und so nieder, dass ein stark gewachsener Mann mit Noth aufrecht darin stehen kann. Der Eingang in diese Stube ist so finster, dass man am hellen Tage die Stubenthüre nicht sieht.“

Der in den Landschulen erteilte Unterricht beschränkt sich in vielen Schulen auf Katechismus, Lesen und Schreiben. Das Rechnen erscheint wegen kurz zugemessener Schulzeit, wohl auch infolge mangelnder Kenntnisse des Lehrers vielfach noch ausgeschlossen. In einzelnen Schulen zählt nicht einmal das Schreiben zu den allgemeinen Lehrgegenständen. So berichtet Gerner von der Schule zu Neukenroth: „Das Schreiben ist kein allgemeines Schulgeschäft“.

Die Besoldungsverhältnisse der einzelnen Schulstellen weisen die grössten Verschiedenheiten auf. Das Haupteinkommen stammt in der Regel aus kirchlichen Verrichtungen, aus „Jahrtägen, Messen, Engelämtern etc“. Von der Gemeinde bezieht der Schulmeister entweder eine geringe fixe Besoldung, namentlich dann, wenn er „Freischule“ zu halten hatte, oder das Schulgeld der einzelnen Kinder, das meist als ein sehr geringer Posten in der Einkommensliste figurirt. Höher zu veranschlagen sind die Naturalleistungen der Gemeinde an Getreide und Brotlaiben. Unter den Accidentien spielt eine besondere Rolle der Ertrag des „Umsingens“; schliesslich ist die Nutzniessung von gemeindlichen Grundstücken sowie ein nicht unbeträchtliches Quantum an Brennholz aus den Hochfürstlichen Waldungen (das gewöhnliche Fixum ist 10 Klafter) ein regelmässiger Bestandteil der Schulbesoldung.

Wo namentlich die kirchlichen Quellen reichlicher fliessen, ist die Besoldung des Landschulmeisters in anbetracht des damaligen Geldwertes wenigstens nicht durchaus so hungermässig, als man für gewöhnlich anzunehmen geneigt ist. Wenn die Schulstelle zu Marienweiher mit 205 fl. 44 kr. frk., zu Steinwiesen mit 192 fl. 36 kr., zu Nordhalben mit 192 fl. 38¹/₂ kr., zu Wallenfells mit 166 fl. 14 kr. etc. dotiert erscheint, so bedeuten diese Summen trotz ihrer wirklichen Geringfügigkeit immerhin einen anzuerkennenden Vorsprung gegenüber den almosenmässigen Bezügen der Lehrer in der hochfürstlichen Residenz. Freilich bildeten diese besseren Stellen nur Ausnahmen,

und es lassen sich ebenso gut eine Reihe von Land-Schuldiensten, namentlich in den Filialdörfern, aufzählen, die weit davon entfernt sind, den Inhaber vor bitterster Not zu schützen. So beträgt 1784 die amtlich beglaubigte Fassion des Schuldienstes Schmachtenberg (Oberamts Zeil) 9 fl. frk. in baar nebst zwei Klaftern Holz und einem Schock Reissig, die zu Ziegelanger (Zeil) 10 fl., der Schullehrer zu Höfles bei Kronach hat noch im Jahre 1793 ein jährliches Einkommen von 40 fl., der von Wichsenstein 49 fl., der von Röttenbach 46 fl. etc.

Von den ordnungsgemäss bestellten Schulmeistern sind die sogenannten Winterschulhalter zu unterscheiden, die auf vielen Filialdörfern den Schulunterricht erteilten. Es waren meist Angehörige des Ortes oder der Nachbarschaft, Handwerker, Tagelöhner, Boten etc., welche lediglich von der Gemeinde im Einverständnis mit dem Pfarrer auf die Dauer des Winters „gedungen“ wurden, während sie im Sommer ihrer anderweitigen bürgerlichen Beschäftigung nachgingen. Sie waren hinsichtlich ihres Einkommens entweder lediglich auf ein dürftiges Schulgeld angewiesen und hatten, da ein Schulhaus meist nicht zu gebote stand, „reiheum“ zu unterrichten, zu wohnen und zu essen. So berichtet Gerner u. a. von der Pfarrei Enchenreuth:

„Von den eingepfarrten Dorfschaften hat jedes Ort seinen besonderen Winterschulmeister, die sich kümmerlich ernähren müssen“.

Von der Pfarrei Steinwiesen: „Die Schulen auf den (Filial-)Dörfern sind also beschaffen, dass jedes Haushalten dem Schulmeister eine Woche die Kost und das Quartier nebst 24 kr. geben muss“.

Von der Pfarrei Wartenfels: „Die eingepfarrten Dorfschaften . . . haben einen Schulmeister, der diese Orte circumeundo mit Schulhalten versieht. . . . Die Woche im Winter zahlt jedes vermögliche Kind 1 kr. . . .“

In einem Protokolle des Amtmannes von Herzogenaurach vom 23. Mai 1784 wird konstatiert, „dass die Gemeinden zu Niederndorf und Hammerbach die Winterszeit über, als von Martini bis Walburgi einen die christliche Lehr, das Schreiben und Lesen nach alter Art erfahrenen teutschen Schulmeister sich gedienet, welcher quartalweis von einem Kinde 15 kr. frk. an Geld, die Kost aber

wechselweis von der Lehrlinge Ältern und das Quartier in einem Unterthanshause zum Schulhalten und Liegerstadt angewiesen erhalten hätte“.

12. Kapitel.

Einführung der Sommerschulen auf dem Lande (1784).

Übrigens wurde auch an allen denjenigen Schulen, die mit wirklich dekretierten Schulmeistern besetzt waren, bis jetzt nur Winterschule gehalten. Abgesehen von der Residenzstadt, von den wichtigeren Municipalstädtchen, wie Forchheim, Kronach, Burgkunstadt, Stadtsteinach, Herzogenaurach, Vilseck und von einigen wenigen Marktflecken, wie Neunkirchen am Br. und Oberscheinfeld, auch einigen Pfarrdörfern des Kronacher Amtsbezirkes, wo schon von früherer Zeit her Sommer- wie Winter-Schulen bestanden, wurde sonst an allen Orten vom 1. Mai bis Martini die Schule ausgesetzt. Dass eine derartige sechsmonatliche Schulvakanz die Unterrichtserfolge in hohem Grade beeinträchtigen musste, ist selbstverständlich, und wenn im Jahre 1784 der Amtskastner von Gössweinstein berichtet, „dass man in manchem Dorf öfters nicht einen Mann aufbringen kann, der lesen und schreiben kann und zu einem Schultheissen tauglich ist“, so war das sicherlich nicht eine vereinzelte Erscheinung. Es war daher eine der ersten und zugleich entscheidendsten Massnahmen, die mit der Landschulvisitation in Verbindung gebracht werden muss, dass uunmehr auch auf dem Lande die Sommerschulen allgemein eingeführt wurden. Nachdem schon im Herbst 1783 diesbezügliche Aufmunterungen an einzelne Geistliche ergangen waren, erliess der Fürstbischof im Frühjahr 1784, noch während seiner Visitationsreise im Eggolsheimer Landkapitel, eine allgemeine Verordnung über die Einführung von Sommerschulen. Dieses an sämtliche Vogteiämter des Hochstifts versendete Rescript, datiert theils von Stöckach den 1. Mai, theils von Rothenberg den 3. Mai oder von Schnaittach den 4. Mai 1784, enthält die Anordnung¹⁾, dass künftighin in allen

¹⁾ Ich entnehme den Inhalt der Verordnung aus den auf Grund derselben eingegangenen Vogteiberichten; der Originalwortlaut ist mir trotz vielfacher Suche und Nachfrage nicht zu Gesicht gekommen.

fürstl. Bambergischen Landen im Sommer wie Winter Schule gehalten werden solle, nur mit dem Unterschiede, dass „im Sommer weniger Zeit zum Schulunterricht, nämlich des Tages zwei Stunden angewendet werden sollen“. Weiters wurde bestimmt, dass die Vogtei-beamten mit den ihrem Amte zugehörigen Pfarrern, Ortsschult-heissen und Dorfvorstehern in's Benehmen treten sollten, um die Zeit festzusetzen, in der die Kinder im Sommer nach den jeweiligen Verhältnissen des Ortes ohne besondere Beeinträchtigung der Arbeitshilfe, die sie in dieser Jahreszeit ihren Ältern zu leisten haben, zur Schule geschickt werden können. Behufs strikter Durchführung der Anordnung und Erzielung eines befriedigenden Schulbesuchs sollte auch mit amtlichen Zwangsmassregeln nicht zurückgehalten werden. — Mit unverkennbarem Eifer und aner kennenswerter Raschheit wurden seitens der weltlichen Beamten die fürstlichen Anordnungen in's Werk gesetzt. Schon Ende Mai und Anfangs Juni liefen die Berichte der betreffenden Ämter ein, welche in mehr oder weniger ausführlicher Weise darlegen, wie die sofortige Einrichtung der Sommerschulen bethätigt worden war. Nirgends wird vorläufig von einem erheblichen Widerstand gegen die in den altehrwürdigen Schlendrian so tief eingreifende Massregel gemeldet, wenn auch in einzelnen Berichten die Schwierigkeiten nicht verschwiegen werden, die sich der neuen Schuleinrichtung gegenüberstellten, und die besonders in dem Mangel an tauglichen Lehrern, sowie hie und da in der Armut der Eltern und dem daraus folgenden Mangel an Mitteln für die Aufbringung der Lehrerbesoldung bestanden¹⁾. In den Pfarrdörfern, wo überall dekretmässige Schulmeister angestellt waren, ging die Einrichtung am glattesten vor sich; diejenigen Filialdörfer aber, welche sich bisher mit Winterschulhaltern beholfen hatten, mussten ihre Kinder entweder auf weitere Entfernung hin in die Pfarrschule schicken, oder sie mussten ihre bisherigen Winterschulhalter als ständige Lehrer annehmen, oder, wenn dieses nicht möglich war, sich nach einer

¹⁾ cf. Bericht des Amtsvogtes von Schesslitz. . . . Die Versammelten „haben deren (der Verordnung) besten Anerkenntnuss von sich hervorblicken lassen; nur aber das Einzige wollte ihnen schwer ankommen, wenn sie denen Schulmeistern mehrerer Mühe halber besonders lohnen sollten, woher sie die Kosten zu nehmen im stande wären; dann bei Ihnen Unterthanen will fast durchgehends die Geldklemme so eingerissen seyn, dass sie mit der Zahlung deren jährl. Current-Giebigkeiten angeblich alleins zu thun hätten“. . . .

neuen Lehrkraft umsehen. Nur ausnahmsweise kam es vor, dass mehrere unbemittelte Gemeinden sich zusammenthaten, um einen gemeinsamen Schulmeister aufzustellen, der in der Woche der Reihe nach an verschiedenen Orten die zugehörige Dorfjugend zu unterrichten hatte¹⁾. In denjenigen Orten, wo Freischule bestand, erhielt der Schulmeister meist keine besondere Vergütung für seine neue Sommerarbeit, dagegen wurde da, wo bisher Schulgeld bezahlt wurde, der Lehrer für die Sommerschule in der Regel mit der Hälfte des Winterschulgeldes entlohnt²⁾. Da in der Festsetzung der Tageszeit für den Sommerunterricht den einzelnen Gemeinden freie Hand gelassen wurde, so ist es sehr erklärlich, dass hier nicht pädagogisch-hygienische, sondern lediglich materielle Nützlichkeits-Rücksichten den Ausschlag gaben; am häufigsten werden gerade die heissesten Stunden des Tages von 12—2 Uhr als Schulzeit gewählt, weil in dieser Zeit die Kinder am leichtesten entbehrt werden konnten; aus gleichem Grunde, doch unbewusst auch pädagogischen Forderungen mehr entsprechend, wurden von einer grösseren Minderzahl die frühesten Tagesstunden, die Zeit von 5—7 Uhr oder von 6—8 Uhr bestimmt. Doch figurieren in den verschiedensten Amtsberichten auch alle übrigen Stunden des Vormittags als Schulstunden einzelner Dorfschaften. Nur ganz ausnahmsweise wurde die Schulzeit in eine vor- und nachmittägige geteilt³⁾.

Auch die Dauer der Schulpflicht im allgemeinen, die bislang allüberall auf der Basis rein moralischer Verpflichtung und gewohnheitlicher Praxis stand und eines gesetzlichen Bodens und

1) cf. Bericht des Amtsvogts von Wartenfels: „In denen eingepfarrten Dorfschaften . . . musste sowohl wegen denen geringen Orthschaften und derenselben Entlegenheit, als wegen Ermangelung eines tauglichen Subjekts zum Schulhalten eine Abänderung dahin getroffen werden, dass der bestellte Schulmeister wochentlich 2 Tage in Altenreuth und Reichenbach, 2 Tage in Seubotenreuth, Kunreuth und Braunersreuth, dann 2 Tage in Schwand, Schöndorff und Heckenreuth . . . täglich von 12—2 Uhr bis zur etwann treffen könnenden anderen Einrichtung halten soll“. Ähnliches geschah gemeinschaftlich in den Orten Hoheberg, Neuensorg, Vorder- und Hinter-Reheberg (Amt Marktschorgast).

2) Das Schulgeld in den verschiedenen Landschulen war keineswegs gleichheitlich normiert. Der gebräuchlichste Betrag des Winterschulgeldes ist quartaliter 12 kr., der für die Sommerschule dann 6 kr.

3) cf. Protokoll des Zent- und Stadtrichters von Forchheim (vollständig abgedruckt in den Beilagen No. 5).

einer einheitlichen Regelung entbehrte, wurde durch die lokalen Bestimmungen einzelner Amtsobrigkeiten bei dieser Gelegenheit berührt. In einzelnen Amtsbezirken erscheint der Schulbesuch vom 7.—13. Jahre¹⁾, in andern vom 6. bis zum 14. Jahre²⁾, wieder in anderen vom 6.—13. Jahre³⁾ als ein obligatorischer. Hie und da scheint die Aufnahme der Kinder auch unter 6 Jahren gebräuchlich gewesen zu sein. So bestimmt der Pfarrer zu Lohndorf⁴⁾:
1. „Die Kinder von 14—7 Jahren haben um $\frac{1}{2}$ 6 Uhr frühe in der Schul sich einzufinden und allda den Unterricht abzuwarten. Wo gegenüber 2. die Kinder von 6 bis auf mindere Jahre gegen $\frac{3}{4}$ 7 Uhr sich erst in der Schul einzufinden haben“ etc. Anderswo erscheint die Altersgrenze nach oben nicht fixiert, sondern deren Bestimmung von Fall zu Fall vom Ortspfarrer abhängig. So wird z. B. im Amte Forchheim bestimmt⁵⁾: „Kinder von 6 Jahren haben sowohl die Winter- als Sommerschulen und zwar insolange zu besuchen, als denenselben bey erlangten reiferen Alter von ihrem Hrn. Ortspfarrer die ausdrückliche Erlaubniss künftighin auszubleiben wird erteilet worden seyn, gewisse Jahre hiezu zu bestimmen, will von darumen nicht räthlich seyn, weilen bey manchen schon erwachsenen Kinderen die nöthige Kenntniss des Christenthum sowohl als der Schreib-, Les- und Rechenkunst, wie die Erfahrung öfters gelehret, ermanglet.“

Im Interesse eines wirklichen Erfolges aller dieser zweckdienlichen Anordnungen werden nun in den meisten Amtsdistrikten Zwangsmassregeln angeordnet, um einen regelmässigen Schulbesuch zu erzielen. Allwöchentlich, in einzelnen Bezirken allmonatlich, soll von dem Schulmeister ein „Verzeichnis der aus der Schule gebliebenen Kinder“ an die Amtsstelle eingeliefert werden, um gegen die Eltern der säumigen Kinder mit „Amtszwang“ vorgehen zu können. Hie und da verdichten sich diese amtlichen Zwangsandrohungen zu bestimmt fixierten Schulversäumnisstrafen. So wurde in Marktzeuln⁶⁾ festgesetzt, „dass die aus der Schul und christlichen

1) cf. Bericht von Rothenkirchen.

2) cf. Bericht von Burgkunstadt.

3) cf. Bericht des Kastenamts Weismain.

4) cf. Bericht des Amtsvogtes von Schesslitz.

5) cf. Bericht des Zent- u. Stadtrichter v. Forchheim.

6) cf. Bericht des Amtsvogt v. Burgkunstadt.

Lehre aussenbleibenden Unterthanskinder für das erstemal durch den Amtsknecht ohne Züchtigung in die Schule geführt und die säumige Eltern einen Verweiss erhalten, das zweitemal die erstere mit Ruthenstreichen, letztere mit 5 fl. Straf angesehen und im dritten Fall die Unterthane bei Ihro Hochfürstl. Gnaden ohnmittelbar zur Anzeige gebracht werden sollen“. Im Kronacher Amte wurde bestimmt, „dass von den Schulmeistern alle Samstag ein Verzeichnuss der ohne Ursach und Entschuldigung ausgebliebenen Kindern zu verfertigen und zu Amt einzuliefern, worauf Montags für jeden Fall der Amtsknecht 1 kr. Straff von den Eltern ohnausbleiblich, dann 1 kr. für seinen Gang abfordern, und hierauf $\frac{1}{3}$ ihm Schulmeister als Denuncianten, $\frac{1}{3}$ zur Verrechnung und $\frac{1}{3}$ dem Amt zukommen würde.“ Dagegen wird in Forchheim die Strafe für unentschuldigte Schulversäumnisse auf 1 Rthlr. festgesetzt; dieselbe soll „theils zur Anschaffung deren nothwendigen Schulbüchern für die Armen, theils zur Austheilung deren Preissen bei denen jährlichen Schulprüfungen“ verwendet werden. — Im Amte Weismain sollte „ein jedesmahliges Aussenbleiben“ eines Kindes mit einem Groschen Strafe geahndet werden, „welche zu verlässigerer Erwürckung der benöthigten Anzeige denen Schuldienern zur mehrerer Aneyferung und fleissigerer Verwendung“ ausgeworfen wurde. — Im Amte Zeil wurden als Strafe für das erstmalige Ausbleiben 2 Batzen, für das zweitemal 4, und für das drittemal 6 Batzen festgesetzt, welche Zahlung „stracklich erzwungen“ werden sollte.

Alle diese amtlichen Anordnungen wurden nun den Beteiligten zunächst durch die Bürgermeister und Gemeindevorsteher, in vielen Fällen auch durch Verkündigung auf den Kanzeln oder durch öffentlichen Anschlag bekannt gegeben. Als Beispiel dieser amtlichen Bekanntmachungen folge hier ein Proclama des Weismainer Amtes, welches auf den Kanzeln der Pfarreien Weismain, Altenkunstadt und Modschiedel, dann deren Filialen Maineck und Weiden am Sonntag den 16. Mai 1784 öffentlich verkündet und alsdann „gewöhnlicher Orten affigiert“ wurde¹⁾:

1) cf. Bericht des Vogts von Weismain.

Proclama.

„Nachdem die allgemeine Erfahrung lehret, dass, was die Kinder durch den Winterschuhl-Unterricht lernen, den Sommer über, wo mit dem Schulhalten ausgesetzt wird, meistentheils wieder vergessen, woraus schon, wenn es auch nicht andere erheblichere Gründe gäbe, die Nothwendigkeit oder doch der Vortreffliche Nutzen der Sommerschulen sich satksam erkennen lässt, auch Sr. Hochf. Gnaden durch ein oder den anderen an einigen Orten bereits angestellten Versuch überzeugt worden, dass es Irrwahn und ungegründetes Vorurtheil sey, wenn man sich die Sommerschulen als unthunlich oder wenigstens als nachtheilig für die Ältern in Hinsicht auf die Heu- und Getrayd-Ernde oder das Vieh-Weyden oder sonst einen Zweig der ländlichen Wirthschafft vorstellte, So haben Se. Hochfürstl. Gn. ohnmittelbar den ohnabänderlich gnädigsten Entschluss gefasst, die Sommer-Schuhlen in Ihro fürstl. Bamberg. Landen allgemein einzuführen, Nur im Vergleich mit denen Winterschuhlen mit dem Unterschied: dass im Sommer weniger Zeit zum Schuhlunterricht, nämlich des Tages 2 Stunden angewendet werden sollen.

Da nun um diese Hochfürstl. höchste Entschliessung und zwar in dem diesjähr. Sommer schon in unauthaltlich unterthänigsten Vollzug zu setzen, das Hochfürstl. Ober- und Vogtey-Amt allhier nach höchster Vorschrift mit hiesigen Bürger-Rath, dann diesamtl. Schultheisen und anderen Dorfsvorstehern sich darüber ordentlich benommen, welche Stunden zur Sommer-Schuhl die geschicktesten und zu welchen die Ältern ihre Kinder am bequemsten bey der Arbeit entbehren können; als wurde mit Beyrath und Bewilligung hiesiger hochfürstl. Pfarrey bestimmt und angeordnet, dass hinführo und zwar nächst künftigen Freytag anfangend, täglich von 12 bis 2 Uhr Sommer-Schuhl gehalten werden solle. Es werden also zur zweckmässigen Bezielung dieses hochfürstl. höchsten Auftrages die Ältern nachdrucksamst hierdurch angewiesen, ihre Kinder von 7. bis in das 13. Jahr diese Sommerschuhlen fleissig und um so gewieser besuchen zu lassen, als diejenige, deren Kinder ohne die allein gültige wahrhafte Entschuldigung einer Krankheit wider Vermuthen aus der Schuhl bleiben sollten, für jedesmaliges Aussenbleiben einen Groschen Strafe ohnnachsichtlich zu erlegen haben. Denen

Schuhldienern hingegen dienet nachachtlich, dass diese alle Samstag die Nahmen der aus der Schuhl gebliebenen Kinderen aufgezeichnet bey Hochfürstl. Ober- und Vogtey-Amt übergeben, um sogleich die Ältern zur Erlegung der Strafe mit Amtszwang auf ihre Kösten anhalten zu können, welche eingehende Groschen denen Schuhldienern zu mehrerer Aneyferung und fleissigerer Verwendung ausgeworfen, diejenige Saumselige Schuldner hingegen, die die Verzeichnuss deren ausgebliebenen Kindern wochentlich zu übergeben unterlassen, auf vorgängige Benehmung deren hochfürstl. Pfarreyen mit verdienter Ahndung angesehen werden sollen.

Weissmayn den 12. May 1784

Aus dem Hochfürstl. Ober- u. Vogtey-Amt
allda

Franz Friedrich Günther,
Voigt.“

Dass die praktische Durchführung all der getroffenen Massregeln auf erhebliche Schwierigkeiten stiess und der Erfolg der Sommerschuleinrichtung nicht überall den wohlmeinenden Absichten der Regierung und der ausführenden und beaufsichtigenden Organe entsprach, ist eine sehr erklärliche und durch die Akten der folgenden Jahre vollauf bestätigte Thatsache. Nicht selten begegnen uns die Klagen, dass die Sommerschule trotz aller Anordnung nicht gehalten oder schlecht besucht werde. Schon im September 1784 berichtet der Pfarrer zu Stübig, „dass das ihm anvertraute Pfarrvolk ohne Zwang dahin nicht zu bringen sey, ihre Kinder zur Sommer- und Herbstzeit nur 2 Stunden in die Schule zu schicken“ und bittet um Verhaltensmassregeln. Am häufigsten freilich fehlt es am Interesse und der Energie der Beamten selbst, die angeordneten Massregeln zur Durchführung zu bringen. Insbesondere in denjenigen Orten des Hochstifts, die unter einer fremden Landes- und Vogteiherrschaft standen, auf welche der Fürstbischof keinen unmittelbaren Einfluss hatte, war ein Einvernehmen zwischen Pfarrer und Beamten infolge eines mangelnden Entgegenkommens des letzteren oft sehr erschwert. Es wird daher durch Entschliessung vom 11. Juni 1785 den Pfarrern dieser Ortschaften aufgetragen, mit den fremden Beamten „freundliche Kommunikation“ zu pflegen und erst, wenn

diese zu keinem Resultate führt, diese Beamten zur Anzeige zu bringen, damit das Weitere vermittelt werden könne. — Noch im Jahre 1792 erstattet der Amtmann zu Herzogenaurach Bericht, dass die benachbarten Ortschaften sich weigerten, ihre Kinder zur Sommerzeit auch nur auf eine Stunde nach Herzogenaurach zu senden und unterstützt dieses renitente Verhalten noch durch einige rechtfertigende Gründe, worauf ihm das höchste „Missfallen über seine schwachmütige Eingabe“ zuerkannt und er angewiesen wird, „die Scheinhindernisse bei den ihm anvertrauten Unterthanen durch selbsteigene Hilfsmittel“ etc. zu beseitigen.

Wie hier, so zeigte sich noch an vielen Einzelfällen, wie weit man nicht nur in den breiteren Schichten des Volkes, sondern auch in sogenannten höheren Kreisen noch von einer einsichtsvollen Würdigung pädagogischer Reformideen entfernt war.

13. Kapitel.

Die Fortsetzung des Normalunterrichts bis 1787.

Die unter Ad. Friedrich im J. 1776 begründete Normalschule zur Vorbildung geeigneter Lehrkräfte erscheint auch in der ersten Hälfte der Regierungszeit Franz Ludwigs noch als der Hauptfaktor und geistige Mittelpunkt der Schulverbesserung. Nachdem am 22. Okt. 1779 durch den Fürstbischof verfügt worden war, dass insbesondere auf die Ausdehnung der Normallehrart auf die Landschulmeister Bedacht zu nehmen sei, wurden im Jahre 1780 zehn Kantoren vom Lande im Alter von 25 bis 34 Jahren einberufen, von denen die besser befähigten sogleich nach ihrem Austritte als wirkliche Schulmeister Verwendung fanden.

Im Jahre 1781 wurden elf wirkliche Landschulmeister zu Bamberg unterrichtet und zwar zunächst Persönlichkeiten aus der näheren und weiteren Umgebung Bambergs (Lohndorf, Amlingstadt, Hirschaid, Frensdorf, Aurach, Strullendorf, Bischberg, Memmelsdorf, Litzendorf, Bug, Hallstadt). Sie hatten die Weisung, sich wöchentlich an einigen bestimmten Tagen nach Bamberg zu begeben, „um

von dem Direktor Gerner in den wesentlichen Stücken, die in das Amt eines Schulhalters einschlagen, wohl und gründlich unterrichtet zu werden.“ — Zu der von Gerner erteilten literarisch-metho-
dischen Unterweisung tritt (in diesem Jahre wohl zum erstenmale) auch ein musikalischer Unterricht. In der Normalschulrechnung des Jahres 1780/81 erscheint nämlich ein Ausgabeposten von „5 fl. 35 kr. dem Organisten Klinger für 28 gegebene Klavierlektionen,“ sowie „4 fl. für 20 gegebene Choral-Lektionen dem Chorrekter Scheublein“¹⁾.

Das Jahr 1782 rückte den Normal-Unterricht in eine andere Phase. Um auch den weiter von Bamberg entfernt wohnenden Landschulmeistern eine möglichst wenig kostspielige Gelegenheit zu ihrer methodischen Ausbildung zu geben, machte auf Anregung Gerner unter dem 17. Juni 1782 das hochfürstliche Vikariat den Vorschlag, den Schuldirektor Gerner nach Forchheim zu beordern, um „den dort umliegenden Schulmeistern, deren ihrer beyläufig zwölf, nur ein oder höchstens zwei Stunden von da entfernt, mithin täglich oder die Woche hindurch öfters anheim sich zu begeben und mit häuslicher Kost sich zu versehen im Stande seyen, den ersagten Unterricht zu ertheilen“. Nach Genehmigung dieses Vorschlags begann Gerner am 9. Juli zu Forchheim seinen Unterricht, der sich auf vier Lehrer und einen Schulkandidaten aus Forchheim (selbst der 70jährige Rektor von Forchheim war Teilnehmer dieses Lehrkurses), sowie auf 14 Schulmeister bzw. Kandidaten aus der Umgegend erstreckte und drei Monate lang an wöchentlich drei Tagen erteilt wurde. Die Reise- und sonstigen Unkosten des Direktors zu 35 fl. 51 kr. wurden ihm aus dem Normalschulfond vergütet, während er das Kostgeld als Schnappauf'scher Stiftungspriester aus diesem Stiftungsfond bezog.

Im Winter 1782 auf 83 wurde die Vorbildung weiblicher Lehrkräfte in Angriff genommen. Wie schon in Kap. 10 erwähnt, unterrichtete Gerner höchsten Auftrages zufolge fünf Lehrerinnen des englischen Instituts in wöchentlich dreimaliger Unterweisung. In demselben Zeitraum wurden im Schnappauf'schen Priesterhause die vier weltlichen Kandidatinnen unterwiesen, welche kurz darauf an

1) Beide waren an der St. Martinskirche angestellt, G. J. Klinger, Organist bei St. Martin und bei Hof † 1795, Scheublein † 1804.

den neuerrichteten Mädchenschulen auf dem Kaulberg und im Sande zur Verwendung gelangten, — gleichzeitig mit ihnen ein theologischer Kandidat und Excarmeliter, der sich dem Volksschuldienste widmete. — Durch Verfügung des Fürstbischofs vom 17. Febr. 1783 wurde ferner dem Schuldirektor der Auftrag zu einer zweiten Informations-Reise nach Würzburg. Er sollte dort insbesondere die Einrichtung der deutschen Schulen kennen lernen. Seine Reise erfolgte mittelst Hofkutsche; in der Residenz zu Würzburg wurde er verpflegt und das, was er an Trinkgeldern bei Hof, für den Vorreiter und Kutscher, in den Schulen, im Zuchthause, in der Fabrik und im Juliusspitale verausgabte, mit 18 fl. 5 kr. aus dem Normalschulfond zurückvergütet.

Durch die in die Jahre 1783—85 fallenden Landschulvisitationen (s. Kap. 11) erhielt das Arbeitsfeld des Normalschuldirektors eine bedeutende Erweiterung und die auf seinen Schultern ruhende Arbeitslast eine erhebliche Steigerung. Vielleicht war dieser Umstand mit bestimmend, wenn im Jahre 1784 der Normalunterricht ausgesetzt wurde. Dagegen wurde im Jahre 1785 bereits am 10. Januar ein neuer Kursus zu Bamberg eröffnet, zu dem die stattliche Zahl von 25 Kantoren einberufen worden war. Auf Grund einer Vikariatsaufforderung vom 7. März 1785 hatte Gerner diesmal einen besonderen Bericht über die Fähigkeit und das sittliche Betragen seiner Hörer zu erstatten. Eine Folge dieses Berichtes war, dass fünf Kandidaten aus der Reihe der Schuldienstbewerber ausgeschlossen wurden. In demselben Jahre wurden auch vier Kandidatinnen des Schulfaches in der Normallehre unterrichtet, von welchen eine wegen zu geringer Qualifikation das consilium abeundi erhielt.

Das folgende Jahr (1786) führte Gerner zur Verbreitung der Normallehre nach dem Norden des Fürstbistums. Der Nachdruck, der von höchster Stelle auf den Besuch des Normalunterrichts gelegt wurde, mehrte in begreiflicher Weise die Gesuche um Zulassung zur Normalschule. Am 30. Juni 1786 erstattete das Vikariat Bericht, „dass seit einiger Zeit viele Schulmeister und Kantoren, besonders aus den Distrikten Kronach und Stadtsteinach, bittlich eingekommen seien, dem Normalunterrichte demnächst beywohnen zu dürfen“. Es erfolgt nun der Vorschlag, dass Gerner beauftragt werde, „sich zu gedachtem Zwecke nach Kronach —

und nach vollendetem Unterrichte entweder nach Stadtsteinach, Burgkundstadt oder Weissmain zu begeben, was seiner Einsicht, die er inzwischen gewinnen könne, zu überlassen sey, welcher dieser drei Orte zum vortheilhaftesten Betrieb seines Geschäftes der bequemlichste sey“. Darauf erliess der Fürstbischof am 3. Juli 1786 die charakteristische Entschliessung: „Ich halte zwar nicht viel davon, dass der Normalschuldirektor Gerner auf einige Zeit sich aufs Land begeben und seinen Unterricht den Schulmeistern und Kantoren allda ertheilen will. Denn soll der Aufenthalt lange währen, so wird er zu kostbar fallen, ist er aber zu kurz, so wird er von nur geringem Nutzen sein. Doch will ich es für diesmal geschehen lassen, dass er nach dem Gutachten des Vikariats nach Cronach, und wenn ihm nach daselbst geendigtem Unterrichte Zeit noch übrig bleibt, auch entweder nach Stadtsteinach, Burgkundstadt oder Weissmain in gleicher Absicht eine Reise anstelle. Wie es künftig zu halten, werde ich zu einer anderen Zeit bestimmen.“

So begab sich Gerner zunächst nach Kronach und eröffnete dort den Unterricht, zu welchem 17 bedienstete Schulmeister einberufen und 13 Kantoren und Schulkandidaten zugelassen worden waren. Hierauf verfügte er sich nach Stadtsteinach und unterrichtete dort acht wirkliche Lehrpersonen, (darunter auch die „Lehrmeisterin für die Mägdlein zu Stadtsteinach“) sowie sechs Kantoren und Kandidaten. Die Unkosten der genannten Reise zu 64 fl. 46 kr. wurden auch diesmal aus dem Normalschulfond vergütet.

Im Jahre 1787 wurde der Unterricht wieder nach Bamberg verlegt. Am 9. Juli fanden sich 23 Kantoren und 6 Schulmeister und „sonstige Kandidaten“, darunter auch ein cand. juris, im Schnappauf'schen Hause zusammen, welche den vorschriftsmässigen Unterricht erhielten.

Dieser Kursus war der letzte, der im Rahmen der sog. „Normalschule“ abgehalten wurde. In den Jahren 1788–90 blieb der Unterricht Gerners ausgesetzt¹⁾. Gerner hatte bereits seine Bedenken

¹⁾ Die Angabe bei Haas (zur Gesch. der Volkssch. etc.) sowie bei Jäck (Pantheon S. 312), dass der Unterricht von da an ausgesetzt wurde, „weil der Fürstbischof meistens zweimal im Jahre die Kirchen visitierte und Gerner dabei gegenwärtig sein musste“ beruht auf irrigen Voraussetzungen; damals waren die Kirchenvisitationen bereits abgeschlossen und Gerner konnte durch solche Geschäfte nicht mehr abgehalten werden.

gegen die Weiterführung des Lehrerbildungs-Instituts in der bisherigen Form dem Fürsten unverhohlen ausgesprochen und letzterer war bereits mit den Massnahmen beschäftigt, die nach mehrjährigen Verhandlungen zur Einrichtung eines eigentlichen Schullehrerseminariums führten.

Wenn der Zudrang zu den Kursen des Normalschulunterrichts von Jahr zu Jahr sich steigerte und die Gesuche um Zulassung sich mehrten, so ist dies wohl weniger auf einen reger gewordenen Bildungseifer der Kandidaten, als vielmehr auf die zwingende Haltung des Fürstbischofs zurückzuführen, der ein so grosses Gewicht auf den Besuch dieser Bildungsanstalt und auf die Aneignung der neuen Lehrmethode legte. Am 24. Novbr. 1784 verordnete er in einer Verfügung an das Vikariat, „dass künftighin kein Schulmeister oder Kantor mehr angestellt werden soll, wenn er nicht vorher in der Kunst, nach der neuen Lehrart Unterricht zu geben, genau wird geprüft und dazu tüchtig befunden worden seyn.“ Schon am 6. Dezbr. desselben Jahres erinnerte er anlässlich der Neubesetzung einiger Schulstellen an seine Verfügung: „Ich wiederhole ausserdem, was ich wegen der neuen Lehrart in meiner Resolution vom 24. Nov. schon erklärt habe.“ Mit nachdrucksamster Konsequenz, oft auch in direktem Gegensatze zu der noch immer ziemlich milden und nachsichtigen Praxis der geistl. Regierungsbehörde, hielt er in jedem einzelnen Falle an der getroffenen Bestimmung fest. In betreff einer Neubesetzung der Schulstellen zu Lohndorf und Litzendorf reskribierte er am 2. Mai 1785 auf einen Vorschlag des Vikariats: „Der Vortrag setzt nicht ausser Zweifel, dass R. und Sch. die Geschicklichkeit besitzen, nach der neuen Art Schullehrer abzugeben. Da das Zeugnis, das ihnen in Ansehung dieses Punktes ertheilt wird, nicht ohne Zweydeutigkeit ist und man mit bestem Grunde die Besorgnis zu schöpfen hat, dass, wenn Supplikanten um Schuldienste bloss darum, weil sie als Schulmeister schon angestellt sind, und dem ungeachtet, dass sie in der neuen Lehrart nicht genug erfahren sind, anderen, die sich solche eigen gemacht haben, sollten vorgezogen werden, die schon wirklichen, auch noch so gering besoldeten Schulmeister sich wenig würden angelegen seyn lassen, an die neue Lehrart sich zu gewöhnen, so trage ich Anstand, die Schulmeister R. und Sch. anders als unter der Bedingung: wenn

jeder von beyden nach der neuen Art den Schulunterricht oder wenigstens die Fähigkeit dazu binnen einem halben Jahre sich so gewiss, dass ich im künftigen Jahre, da meine bischöfliche Visitation die Pfarreyen Litzendorf und Lohndorf vermuthlich treffen wird, mich davon Selbst werde überzeugt halten müssen, noch erwerben wird, auf die Schuldienste zu Litzendorf und Lohndorf zu versetzen.“ —

Der vom Vikariat auf die Schulstelle zu Hausen vorgeschlagene Schulmeister K. von Herrnsdorf wird durch fürstbischöfliche Entschliessung vom 26. Jan. 1786 zurückgewiesen, da die Annahmeprüfung ihn in der neuen Lehrart unerfahren befunden hatte. Am Schluss dieser Verfügung bemerkt der Fürst: „Weil Ich aber, was in dem dermaligen Falle geschieht, auch in allen noch künftigen will beobachtet wissen, so ist allen Schulmeistern, um sich darnach richten zu können, mittelst eines Universaldekrets bekannt zu machen, dass keiner, welcher der neuen Lehrart nicht genug kundig, zu einem besseren Schuldienste zu gelangen, sich Hoffnung machen dürfe. Es ist sogar beyzusetzen, dass welcher Schulmeister das fünfzigste Jahr seines Alters zur Zeit noch nicht zurückgelegt habe, und dennoch in der neuen Lehrart sich zu befähigen unterlasse, sich nicht sicher zu halten habe, dass er auf seinem dermaligen Dienste bleiben werde.“

Dieses befohlene Universaldekret erging am 9. Februar 1786 in einer mit dem vorstehenden Signat ganz gleichlautenden Fassung an die fünf Ruraldechante und sämtliche Pfarrer des Hochstifts mit dem Auftrage, dasselbe den untergebenen Schulmeistern zu eröffnen.

So scheute der um das Wohl der Schule besorgte Fürstbischof kein Mittel, auch das des Zwanges nicht, unter dem Lehrpersonal des Hochstifts der allgemeinen Überzeugung Raum zu verschaffen, dass fortan nicht mehr althergebrachter Usus und gnädige Rücksicht und Nachsicht das Scepter führe, sondern dass nur Fähigkeit, Fleiss und Strebsamkeit für das Fortkommen des Einzelnen entscheidend sei.

14. Kapitel.

Gerners Schulbücher.

Neben der Thätigkeit in der Normalschule war Gerners Arbeitskraft in den ersten Jahren seines Wirkens insbesondere auch der Abfassung geeigneter Schulbücher für die Elementarschule gewidmet, in denen er mit grossem Rechte ein erfolgreiches Mittel für die Schulverbesserung erblickte. Als die Frucht dieser Bestrebungen erschienen aus seiner Feder drei Bücher für den Schulgebrauch, auf die wir in aller Kürze zu sprechen kommen.

Zunächst war es ihm darum zu thun, an die Stelle der bisher in den Schulen gebräuchlichen veralteten und dazu inhaltslosen A-B-C-Tafeln ein den Anforderungen der Zeit genügendes Elementarlesebuch als Fibel zu setzen. Bereits am 19. Januar 1778 konnte dem Fürstbischof Adam Friedrich ein Abdruck desselben vorgelegt werden, und schon unterm 22. Jan. dieses Jahres wurde es zur Einführung in den Trivialschulen genehmigt. Erst zwei Jahre darauf gelangte es zur Veröffentlichung unter dem Titel: „Gründliche Anweisung zur Deutschen Sprache für die Schulkinder des Hochfürstlichen Bistums Bamberg. Mit Hochfürstlichem gnädigsten Privilegio. Gedruckt und verlegt von Joh. Gg. Klietsch, Universitäts-Buchdrucker. 1781.“ (8^o, 46 S.)

Es ist ein Büchlein mit allen Vorzügen und Mängeln der damaligen Elementarleseschriften, vollständig auf den dürren, ausgetretenen Pfaden der Buchstabiermethode sich bewegend, und dazu mit dem Beiwerk der Felbiger'schen Tabellen-Manier ausgeputzt. Es beginnt mit einer Darstellung des Alphabets nach seiner gewöhnlichen Reihenfolge in Druck- und Schreibschrift, bringt darauf die deutschen Buchstaben nach ihrer „Herleitung“ (genetischen Aufeinanderfolge), sodann eine Tabelle über die Einteilung der Buchstaben in laute und stumme und jeder dieser Arten wieder in einfache, zusammengesetzte und verdoppelte. Hierauf beginnt die Arbeit des Syllabierens, wobei sechs verschiedene Arten von Silben unterschieden werden. Daran schliesst sich eine theoretische Erklärung der Buchstaben- und Silbentabelle (ganz nach Felbiger), und dann erst folgt das Wörterlesen mit durch den Druck bethätigten Silbentrennungen. Eine Darstellung der

lateinischen Buchstaben nach ihrer Herleitung schliesst den eigentlich „sprachlichen“ Teil des BÜchleins ab. Der weitere Lese- (und wohl auch Lern-) stoff ist ein durchaus religiöser, wobei Felbiger am ausgesprochensten als Gevatter gestanden ist, so namentlich in dem zunächst folgenden „Auszug des christ ka tho lisch en Ka te chis mus für die Kin der der erst en Klasse“, der nichts anderes darstellt, als einen fast wortgetreuen Abdruck von Felbigers „Katechetische Tabelle, welche alle Hauptstücke der christkatholischen Lehre enthält¹⁾“. Mit einem „Anhang der nothwendigsten Gebether“ schliesst das BÜchlein ab, welches als erstes Schulbuch nicht bloss in den Trivialschulen der Stadt Bamberg zur allgemeinen Einführung gelangte, sondern auch in den Landschulen des Hochstifts wohl überall da Verwendung fand, wo in der „Normallehre“ unterrichtete Lehrer amtierten.

An die Fibel sollte sich nach den Intentionen der Schulreform ein entsprechendes Schullesebuch anschliessen. Über die Frage, dass es notwendig sei, durch ein geschickt abgefasstes Schulbuch „die grosse Lücke zwischen Fibel und Bibel auszufüllen“, war sich damals schon die pädagogische Welt einig geworden, und sowohl im protestantischen Norden²⁾ als im katholischen Süden³⁾ Deutschlands lagen die beziehungsweise epochemachenden Vorbilder einer Lesebuchliteratur vor den Augen aller, die sich dafür interessieren wollten.

Insbesondere musste das bereits im Jahre 1772 erschienene, in den „Fränkischen Zuschauern“ in so pomphafter Weise angekündigte Würzburgische Lesebuch⁴⁾ ein Sporn sein, auch in Bamberg an die Einführung eines solchen zu gehen. So berichtet die Universitäts-haus-Kommission am 19. Januar 1778, „dass dem mehrbenannten Gerner der Auftrag gemacht, und von demselben sogleich unterthänigst auch übernommen worden, dass er in balden ein zur christlich und bürgerlichen Erziehung der Jugend diensames Less-Buch nachliefern werde“. Darauf verfügt der Fürstbischof unterm 22. Jan.,

1) s. Felbiger, Eigenschaften, Wissenschaften etc. (I. Tabelle im Anhang).

2) Vergl. Rochows „Kinderfreund; ein Lesebuch zum Gebrauch in Landschulen“ 1776.

3) Vergl. „Lesebuch für Schüler der deutschen Schulen in den k. k. Staaten“ I. Teil, Wien 1774 (II. Teil 1780).

4) Ausführliches darüber s. KÜffner, Beiträge zur Gesch. der Volkssch. S. 87 ff.

dass „von erwähntem Direktor das vorgeschlagene Lesbuch gefertigt und ihm seiner Zeit vorgelegt werden möge“.

Die Vorlage erfolgte durch Gerner selbst im Jahre 1781 an Franz Ludwig, und bereits im nächsten Jahre gelangte es zum Druck unter dem Titel: „Leseübungen für die Landschulen des Hochstifts Bamberg 1782“. (78 S.)

Trotz vielfacher Bemühungen ist es mir nicht gelungen, das Büchlein zu Gesicht zu bekommen. Soviel aus einigen Andeutungen hervorgeht, die Gerner bei der Vorlage des Buches macht, hat es mit allen damals erschienenen Lesebüchern die ausschliesslich religiös-moralische Tendenz gemein. Es besteht aus zwei Teilen. Im ersten Teile benützt der Verfasser, wie es scheint, vielfach den bisher in der Schule üblichen Lesestoff aus dem „weisen Syrach“, indem er, wie er schreibt, „jede Lektion mit kurzen, periodischen Sätzen oder Regeln (Leseregeln) anfang und zuletzt durch passende Schrifttexte aus dem weisen Syrach beschloss“. Im zweiten Teile findet sich u. a. ein kleiner Auszug aus der Naturgeschichte „zum Beweissthum der göttlichen Vollkommenheiten“.

Gegen die Einführung des Buches scheinen sich in der Schulkommission Stimmen geltend gemacht zu haben; man tadelt an demselben seine Weitläufigkeit und hegt wohl auch die Befürchtung, dass es „wegen seiner Kosten bey den Eltern der Kinder Anstoss erregen könne“. Gerner bemerkt in dieser Beziehung bei der Vorlage: „Die von der Hochfürstlichen Schulkommission ausgestellte Weitläufigkeit erkenne ich selbst und bin deswegen bereit, es (ohne seine Ordnung umzuändern) um die Hälfte oder noch mehr abzukürzen, sodass es ebenso wohlfeil, als des Syrachs alte Auflage zu stehen kommt“.

Trotz dieser Bereitwilligkeit Gerners erfahren wir aus den Akten nichts von einer Genehmigung des Elaborats. Das Büchlein erschien 1782 — gelangte aber nicht zum allgemeinen Schulgebrauche. Dies geht unzweifelhaft aus einem Protokoll der Schulkommission vom 9. Mai 1792 hervor, in welchem auf die Bitte des Baunacher Kaplans um unentgeltliche Abgabe von 30 Lesebüchern für die grösseren Schüler von Unterlauter erklärt wird, „dass ein eigentliches Lesebuch in den Bambergischen Schulen noch nicht eingeführt ist, sondern die moralische Erziehung der Jugend lediglich aus der biblischen Ge-

schichte, dem Evangelienbuche und dem Katechismus bisher gegeben wurde, welche drei Bücher die Ältern, gereizt von dem natürlichen Schönen der Sittenlehre, ohne anderweitige Verordnung von selbst als Schul- und Lesebücher anschafften und ihren Kindern in die Hände gaben“.

Somit war die so wichtige Lesebuchfrage für die Bamberger Schulen von seiten der Schulkommission *ad calendas graecas* vertagt worden. —

Ein drittes Schulbuch aus Gerners Feder ist seine „Systematische Anleitung zur Rechenkunst“. Erster und zweiter Teil. — Sie behandelt im ersten Teile die vier Grundrechnungsarten in ganzen unbenannten und benannten Zahlen, ferner die Lehre von den Verhältnissen, Proportionen, der geraden Regel *de tri* in ganzen Zahlen. Im zweiten Teile werden die Brüche gelehrt. — Auch diese Schrift ist mir leider nicht zu Händen gekommen. Es ist kaum anzunehmen, dass sie in den Volksschulen eine allgemeine Verbreitung fand, da es hier zur Erteilung eines Rechenunterrichts in dem angedeuteten Umfang fast an allen Voraussetzungen fehlte. Dagegen wurde sie dem Rechenunterrichte am neubegründeten Schullehrerseminare zu Grunde gelegt, und ebenso gelangte sie in den im Jahre 1793 verbesserten lateinischen Elementar- oder Principistenschulen zur Einführung.

Gerners Verdienste um die Schullitteratur erstrecken sich schliesslich auch auf sprachliche Verbesserung der bisher gebräuchlichen Schulbücher. Da diese religiösen Schriften nach ihrer formellen Seite hin einer sachverständigen Kontrolle bisher nicht unterlagen, sondern die Herausgabe derselben lediglich Sache der Buchdrucker war, so waren sie in Sprache, Ausdruck und Orthographie immer mehr vernachlässigt worden. So klagt Gerner in seinem mehrfach erwähnten Bericht von 1781 über das „Evangelienbuch“: „Dieses so nothwendige Buch für die Schüler ist so fehlerhaft deutsch gegeben, dass man schier keine Lektion oder Epistel ordentlich übersetzt finden kann; die Druckfehler aber, die darin vorkommen, sind abscheulich und ohne Zahl“.

Gerner ging nun selbst daran, nicht bloss das genannte Buch, sondern auch die Neuausgaben des Katechismus und der Felbiger-

schen bibl. Geschichte nach ihrer sprachlichen Seite zu verbessern¹⁾ und so den Schülern einen Lesestoff zu bieten, der, wenn er auch dem pädagogischen Interesse sprachlicher Bildung wenig entsprach, doch den Anforderungen an die formelle Seite der Schullektüre nicht direkt zuwiderlief.

15. Kapitel.

Die grosse schulstatistische Erhebung des Jahres 1790.

Das Mai-Reskript des Jahres 1784 in betreff der Sommerschule war die erste grössere Verordnung gewesen, welche unter der Regierung Franz Ludwigs für das gesamte Landschulwesen des Hochstifts erlassen worden war. Je mehr aber der Fürst und seine berufenen Regierungsorgane dem Gedanken näher traten, das Volksschulwesen des gesamten Hochstifts territoriums nach prinzipiellen Gesichtspunkten zu behandeln, desto mehr musste die Buntheit und Systemlosigkeit der lokalen Verhältnisse des Schulwesens als Hindernis einer fruchtbringenden Reform erkannt werden. Um einen vergleichenden Überblick über diese Verschiedenheit zu gewinnen und mehr Einheit in die Behandlung der Schulfragen zu bringen, musste der massgebenden Behörde vor allem daran gelegen sein, das Schulwesen durch ausführliche amtliche Einzelberichte näher kennen zu lernen. Zwar hatte Gerner auf seinen in Kapitel 11 erwähnten Landvisitationsreisen gewissenhaft Protokoll geführt, allein dasselbe erstreckte sich doch meist nur auf die Pfarrschulstellen und hatte nicht den Zweck, allseitig über die einzelnen Schulverhältnisse zu informieren. Es erschien daher nötig, eine auf alle Volksschulen (auch auf die Filialschulen des Hochstifts) sich erstreckende Erhebung zu pflegen. Dieselbe ging vom Vikariate aus, welches (ob auf direkte Anregung des Fürsten oder ohne dieselbe, ist aus den Akten nicht zu erkennen) am 25. Juni 1790 ein diesbezügliches Generale an die fürstliche Kanzlei gelangen liess. Durch Ent-

¹⁾ Vergl. Topographie der fürstbischöfl. Residenzstadt Bamberg von Probst im „Journal von und für Deutschland“ 1792, S. 245.

schliessung vom 28. Juni wurde der Entwurf dieses Rundschreibens zum Drucke genehmigt mit der ausdrücklichen höchsten Weisung, demselben am Ende beizusetzen, „dass es auf Meinen besonderen Befehl ergehe und dass die Berichte desto genauer nach der Vorschrift zu verfassen wären, weil Ich solche, wenigstens zum Teil, Mir selbst vorlegen lassen und einsehen dürfte“.

Dieses gedruckte und unter dem 30. August 1790 an alle Pfarrstellen des Hochstifts versandte Rundschreiben¹⁾ enthält in acht Paragraphen die eingehendsten Fragen und Unterfragen über die Schulverhältnisse jedes einzelnen Ortes. Es verlangt genaue statistische Angaben über Zahl der Ortsbewohner und der Schulkinder, sowie über die vogteiliche Gerichtsbarkeit, über den Schullehrer und seine amtlichen Verrichtungen, über die Bestallung des Schuldienstes, über Schulbesuch und Sommerschulen, über Schullokaltäten, Schulausstattung und Baulast, über die Filial- und weiteren Nebenorte und ihre Schulzustände, über die Schulverhältnisse in konfessionell gemischten Pfarreien. —

Das Vikariatsreskript fand die vorschriftsmässige Erledigung. Die verlangten Pfarrberichte liefen ein und wurden der Schulkommission übergeben, welche unterdessen durch die obenerwähnte hochfürstliche Verordnung vom Jahre 1791 zur ausschliesslich kompetenten Schulbehörde erklärt worden war²⁾. Vielleicht hängt es mit dieser Wandlung im Schulregiment zusammen, dass erst am 15. Febr. 1792 ein zusammenfassendes Referat über das eingelaufene Material erstattet wurde. In der Schulkommissionssitzung dieses Datums berichtet geistl. Rat Schott in ausführlicher Weise über die Ergebnisse des Ausschreibens und stellt zunächst die allgemeinen Grundsätze fest, die hinsichtlich einer allgemein durchzuführenden Schulverbesserung in Anwendung zu kommen haben.

Wir versuchen dieses Referat in Kürze zu skizzieren:

1. An die Spitze setzt der Referent die Anforderungen, die an den Schullehrer selbst zu stellen sind, nämlich nebst „gründlicher

¹⁾ Vergl. gedruckte Schulverordnungen im K. Kreisarch. Bamberg; auch abgedruckt in Pfeufers Beyträge zu Bamberg's Gesch. etc. S. 533 ff. — (Wir bringen dasselbe im Wortlaut unter Beilage 6.)

²⁾ Leider konnten diese Pfarrberichte, die ein sehr wertvolles schulgeschichtliches Material bieten würden, nirgends aufgefunden werden; sie scheinen der vollständigen Verschleuderung oder Vernichtung anheimgefallen zu sein.

Wissenschaft und Fertigkeit, die Lehrgegenstände fasslich vorzutragen“, ein unbescholtener moralischer Charakter. Deshalb müsse den Lehrern aufs schärfste eingeprägt werden „dass sie ihre Berufsgeschäfte und Pflichten genau erfüllen, einen erbäulichen und friedfertigen Lebenswandel, ein ordentliches und ruhiges Haushalten führen, bey Tänzen nicht aufspielen, die Wirthshäuser im Orte ihrer Wohnung nie, ausser demselben aber nur bei nothwendigen Verrichtungen besuchen, weil die Erfahrung lehre, dass Schullehrer, die die Wirthshäuser besuchen und bey Tänzen aufspielen, ihr Hauswesen bei meistens geringem Gehalte ruinieren, Schulden machen und dem Staate arme Wittwen und Waisen hinterlassen, sich zum Lehramte, indem sie nie recht ausnüchtern und dadurch ihre Leibs- und Seelenkräfte stumpf werden, untüchtig machen; ferner durch den zu vielen Umgang mit den Ortseinwohnern und Gemeinschaft in den Wirthshäusern die dem Amte gebührende Achtung zum merklichen Nachtheile des Schulwesens verlieren“.

2. Macht der Referent auf verschiedene Missstände aufmerksam, deren Abstellung im Interesse einer sozialen Hebung des Amtes und Standes des Lehrers dringend geboten sei. So sei es in einigen Landstädten und Marktflecken hergebracht, „dass die Schullehrer jährlich an einem gewissen Tage mit dem Nachtwächter und Gemeindegirten vor dem Bürgerrathe erscheinen und um die Belassung bey dem Dienste ansuchen müssen“. Ebenso sei es für den Lehrer, „der sich für das Wohl des Staates verwendet, erniedrigend, wenn er an einzelnen Orten durch Cent- und Amtsknechte für Gericht gefordert wird“. Wie nun bezüglich des ersteren Falls auf unbedingte Beseitigung zu dringen sei, so müsse bezüglich des letzteren eine Abänderung dahin getroffen werden, „dass alle Amtsbefehle den Schullehrern in den Städten durch den Rathsdienner, in anderen Orten aber durch den Amtsbothen oder jemanden anderen eingehändigt werden“.

3. Als einer der misslichsten Punkte der Schulfrage erscheint dem Referenten die Unzulänglichkeit des Lehrereinkommens. Er betont, wie notwendig es sei, dass „wenn auf einer Seite Thätigkeit und genaue Pflichterfüllung gefordert werde, man auch Sorge, dass der Mann im Leben seine Auskunft habe und mit der Geistesruhe und getrösteten Zukunft, dass seine Wittwe und Kinder gewiss unter-

stützt werden, sterben könne“. Daher seien a) die Schuldienste zu verbessern und b) für die Versorgung der Witwen und Waisen der Schullehrer Anstalten zu treffen.

ad a) In Bezug auf die Verbesserung der Schuldienste glaubt Referent für Pfarrschulen eine Minimalgehalt von 100 fl., für Filialschulen ein solches von 70 fl. befürworten zu müssen. Als Quellen der Aufbesserung werden zunächst Gemeindemittel oder das Kirchenvermögen bezeichnet. Wo aber diese Quellen gänzlich vermisst werden, „sey nichts übrig, als dass entweder andere benachbarte Kirchen und Stiftungen, die keine besondere Bestimmung haben, zum Beytrage gezogen werden, oder Se. Hochfürstl. Gnaden zur Beförderung des Wohls des Landes aus Höchst Ihren Kammerkünften das abgehende ersetzen zu lassen gnädigst geruhen“. Übrigens glaubt Referent, dass das damals in der Einführung begriffene Industrialschulwesen in der Folge dazu beytragen könne, der Hofkammer wieder zu ersetzen, was sie zum Unterhalt der Schullehrer beitrage.

ad b) Zur Versorgung der Schullehrer-Witwen und Waisen wird der Vorschlag gemacht, nach dem Beispiele des Hochstifts Fulda eine eigene Schullehrer-Witwen- und Waisenkasse zu begründen. Wenn eine derartige Anstalt in dem über die Hälfte kleineren Gebiete von Fulda zu stande gekommen sei, warum solle sie nicht im Fürstentume Bamberg durchgeführt werden können? Referent hat sich zur Erlangung der nötigen Auskünfte bereits nach Fulda gewendet und will dieselben, sobald sie eingetroffen sind, dem für die Schulkommission noch zu ernennenden Hofkammerate aushändigen, „wenn anderst dieser Gedanke höchsten Beyfall finden sollte“.

4. Zu den besonders wichtigen Schulbedürfnissen gehöre ein gut eingerichtetes Schulhaus „in dem die Schulstube von dem Wohnzimmer des Lehrers abgesondert, zur Bequemlichkeit der Jugend und Erhaltung der Gesundheit derselben geräumlich eingerichtet, mit den gehörigen stufenweis erhobenen Bänken und anderen Schulgeräthen versehen, von allem Feder- und anderem Viehe frey sein, auch zu gehöriger Zeit gesäubert und öfters gelüftet werden müsse“.

Diesen Anforderungen gegenüber wird der Zustand der meisten Schulhäuser als „elend“ bezeichnet. „Einige seyen dem Einsturze so nahe, dass Gefahr auf Verzug hafte, der Schulmeister mit seiner Familie und der Schuljugend werde unversehens erschlagen. An einigen sey aller Aufwand für Reparatur unnütze Ausgabe. Mehrere seyen zwar im baulichen Stande gut erhalten, aber auf vorberührte Art nicht eingerichtet. Für die sogenannten Winterschulen hat man gar keine ständige Wohnung des Lehrers und keine gewisse Schulstube, sondern der Lehrer wandert mit seiner Jugend wochenweise abwechselnd von einem Dorfe zum andern und von einem Hause zum andern.“ Selbst in der hiesigen fürstlichen Residenzstadt sei (mit zwei Ausnahmen) für Wohnungen und Schulräume der Stadtschullehrer noch gar nicht gesorgt. Die Ursache all dieser Misslichkeiten liege in dem Mangel an Mitteln, insbesondere in dem Mangel genauerer Bestimmungen über die Baulast. Referent weist auf eine neuerdings erlassene Bestimmung über das *onus fabricae* bei Schulhäusern in den Pfalzbayrischen Landen hin, welche die Baulast zwischen Kirche und Gemeinde regelt und die sogenannten fliegenden Schulen gänzlich abzuschaffen sucht¹⁾, und erachtet es für notwendig, „dass eine landesfürstliche Verordnung erlassen werde, wie es für künftig mit der Baulast über die Schulhäuser in Orten, wo besondere Recesse nichts bestimmen, gehalten werden soll“.

5. Im Interesse einer Gleichförmigkeit der Lehrmethode sei es nötig, von allen Schullehrern die Kenntnis der Normallehre zu fordern; den der Normallehre unkundigen aber sei aufzugeben, sich aus eigenen Mitteln einen in der Normallehre unterrichteten Kantor zu halten.

Ferner sei es für die einheitliche Behandlung der Schulsachen im gesamten Umfange des Hochstifts wichtig, dass auch an diejenigen Pfarrer, die zwar zum diesseitigen politischen Territorium, aber zur Würzburger oder Regensburger Diöcese gehören²⁾, in An-

1) Diese pfalzbayerische Verordnung von 1789 bestimmt, dass für die Baulast entscheidend sei, ob der Schullehrer zugleich Kirchendiener sei oder nicht. Im ersten Fall habe die Kirche die eine und die Gemeinde die andere Hälfte der Baulast zu tragen; andernfalls müsse die Gemeinde die ganze Baulast bestreiten und auch für Herstellung der Schulhäuser in jenen Orten sorgen, wo nur Winterschulen gehalten werden.

2) Die wohl dem politischen Territorium des Bamberger Hochstifts, aber der geistlichen Gerichtsbarkeit benachbarter Diöcesen angehörigen Pfarreien waren: a) der

gelegenheiten der Schule Weisungen ergehen könnten. Deshalb wird empfohlen, dass die jüngst erlassene Verordnung über den Wirkungskreis der Schulkommission allen Pfarrern und Beamten durch den Druck bekannt gemacht werde und dieselben angewiesen werden, „fürohin Befehle in Schulsachen von daher anzunehmen und Bericht hierauf entweder gemeinschaftlich, wenn es verlangt wird, oder wo nicht, resp. einseitig zu erstatten“.

6. Um die Schulkommission bezüglich des Zustandes des Landschulwesens stets auf dem Laufenden zu erhalten, sei den Landdechanten zur Aufgabe zu machen, bei ihrer jährlichen Visitation ein besonderes Schulvisitationsprotokoll zu führen und dasselbe an die Schulkommission einzusenden. —

Soweit die Vorschläge des Referenten. — Von der Schulkommission gutgeheissen, gelangten sie an die Adresse des Fürstbischofs. Am 18. Mai erfolgte hierauf eine umfangreiche Entschliessung, die den Kommissionsbeschlüssen in fast allen Teilen Genehmigung erteilt und deren wichtigster Inhalt kurz in folgende Punkte zusammenzufassen ist:

1. Der Fürstbischof verlangt eine doppelte Tabelle über sämtliche Lehrer und Schulgebäude in jedem einzelnen Ruralkapitel.

2. Behufs Einschärfung der Pflichten der Lehrer wird der Entwurf einer eigenen Schullehrerinstruktion angeordnet.

3. Zur Hebung des Ansehens der Schullehrer soll jeder die Stellung derselben entwürdigende Gebrauch abgestellt werden. Zu diesen herkömmlichen Missbräuchen seien aber nicht bloss die vom Referenten berührten, sondern auch noch andere zu rechnen, wie die vom Schulmeister von seiten der Landesherrschaft oder einer mittelbaren Herrschaft geforderten Frondienste, ferner die unwürdigen persönlichen Dienstleistungen, die die Geistlichen vielfach von dem Schullehrer forderten. „Nicht zufrieden, dass mancher Pfarrer den Schulmeister bisher wenigstens bei geladenen Gästen als Tisch-

Würzburger Diöcese zugehörig, aber mit Bamberger Patronatsgerechtigkeit: Baunach, Zeuln, Herzogenaurach, Sambach, Wachenrot, Zell, Büchenbach, Graiz, Hannberg, Gremsdorf, Neudorf und Rattelsdorf; b) der Würzburger Diöcese zugehörig (ohne Bamberger Patronat): Oberhaid, Döringstadt, Altenbanz, Kaltenbronn, Kloster Banz, Autenhausen, Oberscheinfeld, Höchstadt, Etzelskirchen, Burgebrach, Schönbrunn, Ampferbach, Zeil und Knetzgau; c) der Regensburger Diöcese angehörig (mit Bamberger Patronat): Vilseck. (Vgl. Roppelt, histor. topogr. Beschreibung des Fürstentums Bamberg 1801 I, S. 26.)

diener behandelte, sich, wenn er in der Nachbarschaft bei einem Gastmahle war, zu Hause begleiten liess, wurden ihm verschiedene Botengänge, auch sogar beschwerliche Handarbeiten hie und da noch aufgebürdet. Auch diesen Unfug hat die Schulkommission durch ein Circular der gesammten Geistlichkeit zu untersagen.“

4. Der vorgeschlagene Massstab in betreff der Schullehrergehalte wird „genehm gehalten“, doch sei es „schwer“, einen Beitrag aus der Hofkammer zu genehmigen, da diese öffentliche Kasse bereits durch andere Zwecke sehr in Anspruch genommen sei. Auch die Versorgung der Witwen und Waisen findet den Beifall des Fürsten; jedoch ist er nicht geneigt, für diese ein besonderes Institut einzuführen; sie sollen vielmehr in die allgemeine Witwenkasse aufgenommen werden. „Auf die glänzende Schilderung, die das Hochstift Fulda von einem ähnlichen Institut macht, ist sich nicht zu verlassen, weil, wie ich aus Erfahrung weiss, die daselbst gemachten Vorschläge entweder nicht ausführbar oder auch grössten Theils nicht ausgeführt worden sind.“

5. Zur Regelung der Schulhausfrage soll sowohl beim Vikariate als bei der weltlichen Regierung Vortrag erstattet werden, „ob kein rechtliches Hinderniss entgegenstehe, eine ähnliche Verordnung wie jene Pfalzbairische vom 1. Okt. 1789 in den Bambergischen Landen einzuführen“, wornach das weitere beschlossen werden soll.

6. Ist der Entwurf einer Verordnung vorzulegen, „nach welcher sämtliche diesseitige Pfarrer und Beamten der Schulkommission in den Lehranstalten untergeordnet und sie angewiesen werden, die Geschäfte desfalls gemeinschaftlich zu bearbeiten und an die Schulkommission zu berichten, aber auch von dorthier Weisungen anzunehmen“. In diese Vorschrift werden auch der Pfarrer von Vilseck (Regensburger Diöcese) sowie die der Würzburger Diöcese angehörigen Pfarrer des Bamberger Territoriums einbezogen.

7. Die Landdechante haben bei ihren Visitationen über den Zustand der Schulen ein gesondertes Protokoll zu führen und zur Kommission einzuschicken, „wornach sie unbedenklich angewiesen werden können“.

16. Kapitel.

Praktische Wirkungen der schulstatistischen Erhebung.

Die in dem Conclusum der Schulkommission vom 15. Februar 1792 nebst der darauf erfolgten höchsten Entschliessung vom 18. Mai niedergelegten Gedanken waren richtunggebend für die Schulverwaltung und Hebung der Schulverhältnisse in den nächsten Jahren. Wie sie aus einem warmen Wohlwollen für die an so vielen Gebrechen krankende Volksschule und ihre Lehrer hervorgegangen waren, so zeigte sich auch nachher, als es darauf ankam, sie zu verwirklichen, viel guter Wille und ehrliches Bestreben, zu helfen und zu bessern; allein wir würden irren, wenn wir annehmen wollten, dass es in Bezug auf alle die beregten Punkte zu durchgreifenden und prinzipiellen Änderungen gekommen wäre. Die verschiedensten Umstände wirkten in ihre Vereinigung lähmend und hindernd auf die guten Ideen: die unruhigen politischen Zeitläufte, wohl auch eine gewisse Abnahme der Initiative infolge ungünstigerer Gesundheitsverhältnisse des Fürsten, am allermeisten aber das schreiende Missverhältnis zwischen dem Wunsche zu bessern und dem permanenten Mangel an genügenden Mittel hierzu; und so kam es, dass die durch die obengenannten Verhandlungen berührten Reformpunkte nur zum geringsten Teile zur Ausführung kamen. Versuchen wir einzelne dieser Punkte herauszugreifen und auf Grund des vorhandenen Aktenmaterials zu beurteilen!

Zunächst die Angelegenheit der Schulmeisterinstruktion. Der durch den Fürstbischof angeordnete Entwurf derselben wurde bereits in der Schulkommissionssitzung vom 30. Mai 1792 in Erwägung gezogen. Allein man war der Anschauung, dass man den Schulmeistern in Bezug auf ihr Verhalten in und ausser dem Berufe nichts Besseres zu sagen wüsste, als was bereits in der Felbigerschen Schulkunde: „Eigenschaften, Wissenschaften und Bezeigen rechtschaffener Schulleute“, das allen Schulmeistern und Kantoren als Handbuch empfohlen und von den meisten auch angeschafft worden war, enthalten sei. Man wollte daher Sr. Hochfürstl. Gn. „anheim geben, ob nicht etwa die Schulmeister und Kantoren unter Beziehung auf

das, was Felbiger lehrt, zu Beobachtung ihrer Pflichten und Führung eines untadelhaften Lebenswandels anzuweisen seyen, zugleich auch denselben das Besuchen der Wirtshäuser, Aufspielen bey Tänzen, unordentliche Betragen in und ausser dem Hause untersagt werden könne“. — Der Fürstbischof reskribiert hierauf unter dem 10. Juni, dass ihm die Idee ganz gut gefalle, dass er daher „in balden einen darnach eingerichteten Entwurf“ erwarte. Ein solcher Entwurf scheint jedoch gänzlich ausgeblieben zu sein; wir begegnen weder in den handschriftlichen Akten noch unter den gedruckten Verordnungen einem derartigen wichtigen Dokumente. Die Idee einer besonderen Schulmeisterinstruktion war damit auf über ein Jahrzehnt hinaus begraben.

Nichtsdestoweniger walteten Fürstbischof und Schulkommission getreu und gewissenhaft ihres Amtes, wenn es galt, Zucht und Sitte im Lehrerstande aufrecht zu erhalten und ihn vor unwürdigen und unsauberen Elementen zu bewahren, bzw. zu befreien. Hier mit Energie vorzugehen, erachtete der Fürst als eine Pflicht der sozialen Förderung des Lehrstandes, auf die er unablässig bedacht war. Schon im Jahre 1784 bzw. 1785 werden die Schulmeister von Hirschaid und von Lohndorf auf Antrag des Vikariats wegen „ärgerlicher Aufführung“ ihres Dienstes entsetzt; auch in den folgenden Jahren weisen die Akten des Vikariats verschiedene Disziplinierungen von Schulmeistern auf; häufiger noch aber wurden die Fälle, nachdem durch den mehrfach erwähnten Erlass von 1791 die Disziplinargewalt über die Schullehrer in die Hände der Schulkommission übergegangen war.

Im Jahre 1793 wird eine längere Untersuchung gegen eine Schullehrerin der Wunderburg geführt, welche beschuldigt wird, „1. das ihr angewiesene Quartier eigenmächtig geändert, 2. das Schulhalten öfters vernachlässigt, 3. verordnungswidrige Schulgebühren erhoben oder sonst widerrechtliche Geschenke herausgelockt etc., schliesslich sich mit einem Musketier in eine Injuriensache verwickelt und den ganzen Verlauf der Sache hindurch auf eine für ihr Lehramt sehr unanständige Art benommen zu haben“. Sie erhält durch Kabinettsverfügung einen scharfen Verweis und wird mit Nachdruck ermahnt „zu einem anständigen bescheidenen Benehmen unter der

einsweiligen Bedrohung, dass sie ansonst eine strenge Ahndung und endlich gar die Dienstentsetzung zu gewarten habe“.

Der Schulmeister W. muss im gleichen Jahre aus disziplinären Gründen von Hirschaid nach Königsfeld versetzt werden, nachdem ihn der Pfarrer wegen „verdächtigen Umgangs“ mit dem andern Geschlecht und wegen „Zechens“ zur Anzeige gebracht hatte. — Der Schulrektor W. zu Gössweinstein wird wegen „lüderlicher Hauswirthschaft und saumseliger Lehre“ in Untersuchung gezogen und demselben laut Entschliessung des Fürsten vom 5. Aug. 1793 bedeutet, dass er „im Wiederbetretungsfalle seines Dienstes, ohne Hoffnung einen andern zu erlangen, unabbittlich entsetzt werden solle“. Die treffenden Untersuchungsakten liefern uns an diesen Beispielen, die wir noch um manches vermehren könnten, traurige Detailbilder von dem sittlichen und wirtschaftlichen Stande, sowie der sozialen Misère einzelner Schulmeister, sodass uns ein energisches Vorgehen mehr als gerechtfertigt erscheint.

Zu den Bestrebungen einer sozialen Hebung des Schulmeisters und seines Amtes gehörte es ferner, wenn der Fürstbischof mit Ernst darauf ausging, die Schule von den mannigfachen Missbräuchen, die ihr aus der Zeit mittelalterlicher „Zunftmässigkeit“ des Schuldienstes noch anklebten, zu befreien und dem Schulmeisterstande seine öffentliche, dem Besten des Staates dienende und in ihren Rechtsgrundlagen vom Staate abhängige Stellung zum Bewusstsein zu bringen. In weiten Kreisen wurde der Schuldienst gewissermassen noch als ein „Warenartikel“ aufgefasst, der durch Vertrag veräussert werden oder durch Erbschaft vom Vater auf den Sohn, von dem verstorbenen Gatten auf die Witwe etc. übergehen könne. Diese Auffassung der Dinge war geeignet, für die Schulverwaltung zu den unangenehmsten Weiterungen zu führen. Als im Jahre 1793 die Schulmeisterswitwe D. zu Wichsenstein gegen ihren eigenen Sohn, dem sie durch Vertrag den Schuldienst abgetreten, Klage erhob und beanspruchte, „dass er sie für das, so er ihr mit Vikariatsgenehmigung vertragsmässig von seinem Dienstertrage seither an Unterstützung zu reichen hatte, nun aber versagte, entschädige, und für künftig sothaner auf ihre Lebenslänge übernommenen Verbindlichkeit nachkomme“, reskribierte der Fürstbischof unterm 16. Mai 1793: „Gleichwie ich Schuldienste so wenig als irgend andere Dienste des

Staates als einen Warenartikel ansehe und von andern dafür angesehen haben will, als begehre ich zugleich ein Gutachten, ob nicht überhaupt durch eine Verordnung derley Vorträge für null und nichtig für künftig zu erklären seyen“.

Auf Grund dieser Anordnung wurde nun unterm 25. Sept. 1793 durch die Schulkommission der Entwurf einer umfangreichen Verordnung eingereicht, in welcher „alle Arten von Verträgen unter den Namen: Mitgenuss, Abtrag, Anwartschaft, Abtretung“ etc. als „zweckwidrige, den guten Erziehungsanstalten nachteilige, dem Staate sowohl als für einzelne in ihren Wirkungen als höchst schädliche Handlungen“ erklärt und die Gründe für deren Abschaffung weitläufig dargelegt werden, worauf die Aufhebung aller Verträge über Schuldienste strikte ausgesprochen wird. „Aus Überzeugung, dass Schuldienstbegebungen gleiche Aufmerksamkeit und Umsicht, wie die übrigen Dienste des Staates erfordern, finden wir uns demnach bewogen, gnädigst zu verordnen, dass alle und jede Verträge zwischen Söhnen und Aeltern wegen Abtretung oder Mitgenuss des Schuldienstes, folglich eine zum Grund genommene Theilung und Absonderung des Ertrages, nicht weniger derley Contrakte über einen bestimmten Abtrag . . . in Zukunft für ungültig angesehen, mithin denselben alle Kraft und Verbindlichkeit benommen seyn sollen. Den kindlichen Pflichten, die sich ohnehin auf solche Contrakte nicht gründen, wollen wir andurch gleichwohl kein Ziel und Mass gesetzt haben, vielmehr wünschen wir, dass diese von Kindern in keinem Falle verkennt und unerfüllt belassen werden“. —

Ob diese Verordnung, welche schon darum interessant ist, weil sie die Stellung des Schulamtes als eines öffentlichen Dienstes des Staates mit aller Schärfe hervorhebt, wirklich das Licht der Öffentlichkeit erblickte? Wir finden keine Entschliessung des Fürstbischofs, welche den Entwurf approbiert hätte und keine weitere Spur, dass dieselbe durch den Druck oder auf andere Weise verbreitet worden wäre. Auch hier mag man wohl vor den Konsequenzen zurückgescheut sein, die in Hinsicht auf die Versorgung oder Unterstützung von dienstunfähigen Lehrern und von Lehrersrelikten für den Staat erwachsen wären, und so blieb denn wohl diese so wichtige Angelegenheit in den Akten begraben. — Zwar wurden unter Franz Ludwig derartige Dienst-Abtretungsverträge

nicht mehr genehmigt; aber die alten Missbräuche waren dadurch nicht ausgerottet; unter der folgenden Regierung griff wieder eine laxere Beurteilung der Sache platz; es mehren sich von neuem die Wünsche bezüglich der Vererbung oder Anheirathung von Schuldienern, die von Seiten der Regierung fast durchgängig gnädigste Berücksichtigung fanden¹⁾. —

Der Mangel durchgreifender Massnahmen und prinzipieller Regelungen zeigt sich auch in der so wichtigen Lehrergehaltsfrage. Generelle Dotationsbestimmungen in Bezug auf die durch die Schulkommission im Jahre 1792 angeregten Minimalgehaltsätze oder auf die Besoldungsquellen der Schule wurden nicht zur Durchführung gebracht. Wohl aber sucht man mit den vorhandenen Mitteln von Fall zu Fall zu helfen und die Notrufe einzelner Lehrer nach Thunlichkeit zu berücksichtigen. Und solche Notrufe erschallen in grosser Zahl und in kläglichster Form zu den Ohren der Schulkommission und des Fürsten. Eine beliebte Form der Einkommensmehrung ist die Natural-Zulage von Holz oder Getreide aus den staatlichen Forst-, bzw. Kastenämtern²⁾. Wo in vereinzelt Fällen Geldaufbesserung gewährt wird, werden kirchliche oder wohlthätige Stiftungen³⁾ zur Leistung herangezogen. — Im übrigen verweisen

1) Am 3. Mai 1795 wird die Stellenabtretung des Schullehrers Punzelt von Zeyern an seinen Sohn Paul Punzelt genehmigt. —

Im Jahre 1797 bittet die verwitwete Schullehrerin Brombach von Herzogenreuth, „den dasigen Schuldienst jenem in Gnaden zu verleihen, den sie zur Verehelichung etwa in Vorschlag bringen möchte“. (Wird genehmigt unter der Voraussetzung, dass der Erwählte die zum Lehramt erforderlichen Eigenschaften besitze.)

1797 bittet die Schullehrerswitwe Franziska Mühlhansin zu Dormitz, „ihrer Tochter den dahiesigen Schuldienst unter der Verbindlichkeit, hierauf ein tüchtiges Subjekt zu heirathen, zu verleihen“. (Genehmigt unterm 18. Dez. 1797.)

1799 bittet die Kantorswitwe Roschka von Gössweinstein um Beibehaltung der Stelle bis zu der Zeit, da des Verlebten 8jähr. Sohn dieselbe zu versehen fähig sei. (Wird natürlich abgewiesen, jedoch der ernannte Nachfolger verpflichtet, auf 6 Jahre jährl. 10 fl. frk. an die Witwe als Unterstützung zu zahlen.)

1799: Jos. Hahn, Bewerber um den Schuldienst zu Frensdorf erbiethet sich für den Fall, dass er den fraglichen Dienst erhalte, des verlebten Schulmeisters 23jährige Tochter zu heiraten. (S. Schulkommissionsakten III. Bd.)

2) So werden beispielsweise in dieser Form aufgebessert: 1792 der Schullehrer von Marktleugast, 1793 und 1794 die Schullehrer von Hausen, Schmachtenberg, Elbmansberg, Seussling, Steinbach, der Kantor zu Lichtenfels etc. (S. Schulkommissionsakten Bd. II.)

3) U. a. erhält 1792 der Schullehrer zu Stöckach eine Zulage von jährl. 20 fl. frk. aus der Kapellenpflege zu Neunkirchen; 1793 der Schullehrer zu Sassendorf 10 fl. frk.

die fürstbischöflichen Entschliessungen vielfach auf die Pflicht der Schulpatronate, insbesondere der Gemeinden, für den Unterhalt ihrer Lehrer zu sorgen. Besonders vorsichtig und zuwartend verhält sich der Fürstbischof den Vorschlägen und Anträgen gegenüber, welche den Normalschulfond zur Aufbesserung der einzelnen Schulstellen heranziehen wollen. Auf ein diesbezügliches Conclusum der Schulkommission erklärt Franz Ludwig unterm 16. Juli 1793, „er könne nicht gestatten, wenn die Schulkommission auch einen Beitrag aus dem Fonde des Schullehrerseminariums leisten zu lassen gedenket. Die Einkünfte dieser Stiftung sind noch nicht genug angewachsen; auch ist bezüglich der Verwendung ausser dem Unterhalt des Schulseminariums noch kein festes System angenommen; fängt man jetzt schon an, daraus Zulagen für die Landschulmeister zu bewilligen, so wird von allen Seiten auf diesen Fond losgedrungen werden“¹⁾).

In der hochfürstlichen Residenzstadt selbst war seit der im Jahre 1778 erfolgten Bewilligung der Zulagen aus dem Schulfond für die Besserstellung der Schullehrer nichts mehr geschehen. Wenn der Schullehrer zu St. Stephan durch höchste Entschliessung vom 20. Januar 1786 eine weitere Zulage von 16 fl. frk. aus dem Schulfond erhielt, so war dies lediglich als eine Entschädigung zu betrachten für die Minderung an Schulgeld, die ihm aus der Errichtung der Kaulberger Mädchenschulen erwachsen war. Aber auch die übrigen Schullehrer der Stadt hatten die prinzipielle Sonderung der Knaben und Mädchen als eine materielle Beeinträchtigung empfunden und waren in wiederholten Bittgesuchen um Verbesserung ihrer Gehaltsverhältnisse eingekommen.

Zwar hatte das Vikariat unterm 16. Januar 1786, sowie unterm 9. Sept. 1789 eine weitere Zulage für dieselben aus dem Normalschulfond begutachtet; eine höchste Entschliessung scheint jedoch hierauf gar nicht erfolgt zu sein; — eine Aufbesserung der städtischen Schullehrer blieb aus.

aus den vereinigten Spitälern von Bamberg; 1794 der Schulhalter von Wildensorg eine Zulage von 16 fl. aus der Hartmännischen Stiftung (welche für „arme und mit hinlänglichen Gehalte nicht versehene Landschullehrer“ errichtet war). (S. Schulkommissionsprotokolle II. Bd.)

1) Vergl. Schulkommissionsprotokolle II. Bd.

Am 20. Januar 1792 erschienen die stadtgerichtlichen Schullehrer, 5 an der Zahl, abermals mit einer Petition vor der Schulbehörde. Der Universitätspedell und emeritierte stadtgerichtliche Schulmeister Franz Philipp Muss war am 26. Juli 1791, 95 Jahre alt, gestorben. Er hatte als Stadtschul-Emeritus den Stiftungsbezug eines 6. Stadtschulmeisters von jährlich 30 fl. frk., 6 Simren Korn und 4 Mass Holz genossen. Die Petenten stellen das Gesuch, „dass nicht nur kein neuer Schullehrer angenommen, sondern ihnen vielmehr der dadurch erledigte Gehalt zugelegt werden möchte, weil sie a) wohl im Stande seyen, männliche Jugend vorschriftsmässig zu unterrichten, b) in geringer Besoldung stehen, c) wegen entzogener weiblicher Jugend grossen Schaden an ihrer Nahrung haben“. Die über die Gehaltsverhältnisse der städtischen Lehrer eingeleiteten Erhebungen und Untersuchungen ziehen sich aber auffallend in die Länge, sodass erst unterm 2. Mai 1795 die Genehmigung dieses Gesuchs erfolgt und fortan jeder Schullehrer aus dem Muss'schen Gehalte eine jährliche Zulage von 6 fl. frk. nebst 1 Simra und 8 Gaiseln Korn erhält. —

Auch in der Frage der Schulhausbauten und der Baupflicht wurden weitere allgemein gültige Anordnungen nicht getroffen. Man griff vielmehr auf früher erlassene Verordnungen zurück, um den mannigfachen Misshelligkeiten in Baufragen und den Unterlassungen, die namentlich die Gemeinden in Sachen der Baupflicht sich zu Schulden kommen liessen, zu begegnen. —

Schon unter dem Fürstbischöfe Friedrich Karl von Schönborn (1729—46) war nämlich in Betreff der Schulhäuser die Verordnung ausgegangen, „dass in Fällen, wo das *onus fabricae* durch besondere Urkunden erweislich denen Patronis oder anderen nicht auflieget, die Stadt- und Dorfgemeinden selbst die nothwendigen Häuser oder Wohnungen deren Schul- und Lehrmeistern vor ihre Jugend beyderley Geschlechts herzustellen und in baulichem Wesen schuldig und gehalten seyn sollen, mit diesem Unterschiede jedoch, dass wo selbe Schulmeister zugleich Kirchendiener oder Messner sind, allda auch von denen Kirchen oder Gotteshäusern die Hälfte deren Kosten beyzutragen wären“. Allein die Gemeinden entschlugen sich einfach ihrer Verpflichtungen und suchten die ganze Baulast der Kirche zuzuschieben. Franz

Ludwig hält mit allem Nachdruck darauf, dass die Gemeinden ihren Verpflichtungen nachkommen; hie und da werden dieselben unterstützt durch Geldbeiträge aus Stiftungen oder durch Holzabgabe aus den staatlichen Waldungen. So wird schon Ende der achtziger Jahre ein neuer Schulbau in Forchheim aufgeführt und um das Jahr 1788 zu Burgebrach eine bessere Schulhauseinrichtung geschaffen¹⁾. — Im Jahre 1791 wird zu Höchstadt ein massives und zweckmässig eingerichtetes Schulhaus gebaut mit 2 Schulzimmern, ferner den Wohnungen eines Rektors, Kantors und Stadtkirchners²⁾. In Langenbruck (Amt Vilseck) wird 1792 ein Schulhausbau eifrig betrieben, der aber erst 5 Jahre später zur Ausführung kommt. In Sassendorf schreitet man 1794 zur Erbauung eines Schulhauses, wobei die Baukosten, „insoweit die Beiträge der Gemeinde nicht hinreichen, von den vereinigten Spitälern getragen werden“, die Gemeinde aber für die Zukunft die Baulast zu übernehmen hat. Ebenso wird in Lohndorf im Jahre 1794/95 ein neues Schulhaus errichtet³⁾. — Auch einzelne adelige Schulpatrone bekunden ihren Eifer für die Schulsache durch Errichtung von Schulhäusern. So lässt z. B. Graf Julius von Soden in Sassanfahrt ein Schulhaus aufführen⁴⁾. In Bug bei Bamberg erhielt die Gemeinde im Jahre 1794 von der Freiherrl. v. Horneck'schen Familie zu Bamberg unentgeltlich ein entsprechendes Schulhaus⁵⁾.

Es kann übrigens das Widerstreben und die Saumseligkeit mancher Landgemeinden in Sachen der Schulhausbauten nicht Wunder nehmen, wenn wir sehen, wie selbst in der Residenzstadt Bürgermeister und Rat immer noch mit merkwürdiger Indolenz ihren gesetzlich ausgesprochenen Verpflichtungen gegenüber stehen. Dies zeigen u. a. die Verhandlungen bezüglich der Erbauung eines Schulhauses im Steinwege. Am 29. Mai 1792 wenden sich die Steinweger Gassenhauptleute und Gemeindevorsteher an den Fürsten um ein Schulhaus; sie schildern in dringlicher Weise die

1) S. Hagen, das Volksschulwesen in Oberfranken, geschichtl. Darstellung S. 139.

2) N. Haas, Geschichte des Slavenlandes an der Aisch etc., Bamberg 1819; II, S. 286.

3) Schulkommissionsakten Bd. II.

4) Hagen, a. a. O. S. 150.

5) Nach einer ungedruckten Spezialschulgesch. von Bug.

Unzuverlässigkeiten des bisherigen unzureichenden und ungeeigneten, vom Schullehrer selbst aufzubringenden Mietlokals und weisen auf den gegenwärtig günstigen Zeitpunkt hin, „wo ausserhalb des steinernen Thors an der Hallstadter Strasse ein Haus zum Kaufe ausgesetzt werde, welches mit allen Eigenschaften versehen sey, die zu einer öffentlichen Trivialschule gefordert werden“. —

Die zum Gutachten aufgeforderte Schulkommission betont die bisherige Wirkungslosigkeit aller Aufforderungen an Bürgermeister und Rat und bittet den Fürsten, er möge einen „eigenen“ Befehl ergehen lassen, damit derselbe für die Erwerbung eines Schulhauses Sorge trage. Der fürstbischöfliche Befehl erging unterm 22. Juni; aber vom Bürgermeister und Rat erscheint — keine Antwort. Unterdessen wird das in Aussicht genommene Haus anderweitig verkauft. Die Gassenhauptleute des Steinwegs aber wiederholen bereits unter dem 19. April 1793 ihre Bitte, nunmehr dahingehend, es möge auf der Brandstätte des alten Zuchthauses ein neues Schulhaus gebaut werden. So ergeht nun am 24. April 1793 eine erneute Aufforderung an den Bürgermeister und Rat in der Schulbau-Angelegenheit. Dieser rafft sich endlich unterm 8. Mai 1793 dazu auf, der hochfürstl. Regierung das Erbieten zu machen, man wolle den Platz, wo das alte Zuchthaus gestanden, unentgeltlich zur Verfügung stellen; „wegen der übrigen Kosten aber möge S. Hochf. Gn. gnädigst befehlen, dass nach Verhältniss sowohl die Hochfürstliche geistliche Regierung von den vorhandenen milden Stiftungen, als das Extra-Bauamt zum vorhabenden Ende bey- und mitzuwirken hätte“. — Dieses Ansinnen weisen sowohl die geistliche Regierung als auch die Schulkommission auf das entschiedenste zurück. Der Beschluss letzterer vom 3. Juli 1793 geht dahin, „es könne und müsse Bürgermeister und Rath mit allem Nachdruck angehalten werden, die Erbauung des höchst nöthigen Schulhauses auf sich allein zu nehmen. . . . Sollte aber Bürgerrath sich sträuben, die Quelle zu denen Kosten öffnen zu wollen, so soll ab Seiten Hochfürstlicher Regierung nicht gesäumt werden, die Stellen aus ihren stadträthlichen Rechnungen selbst anzuzeigen“. . . . Trotz dieser energischen Sprache kam die Sache um keinen Schritt weiter; durch den Bürgerrath hinausgezögert, kam der Bau weder unter Franz Ludwig noch unter dessen Nachfolger zur Ausführung. Der Schullehrer blieb in

seiner bisherigen armseligen Mietwohnung¹⁾ bis zur Aufhebung der Steinweger Schule (1806). —

Wenn in Sachen der Schulhausbauten die Regierungsbehörden manchen offenen oder versteckten Widerstand der Gemeinden zu bekämpfen hatten, so waren andererseits die neuen Bestimmungen bezüglich der Schulaufsicht und Schulverwaltung dazu angethan, das Missfallen einzelner Geistlichen zu erregen. In Würzburg wurden die Kompetenzen der Geistlichen und der weltlichen Beamten in Sachen des Schulwesens durch eine ausführlichere Verordnung vom 5. Dezember 1792 ziemlich eingehend geregelt²⁾; in Bamberg unterblieb eine derartige Auseinandersetzung der kritischen Rechte und Pflichten, und die allgemein gehaltene Vorschrift, „dass über alle Gegenstände, die das Schulwesen betreffen, vom Pfarrer und weltlichen Beamten gemeinschaftlicher Bericht zur Hochfürstl. Schulkommission erstattet werden solle“, widersprach ja der durch Tradition und langjährige Übung befestigten Anschauung von den ausschliesslichen Machtbefugnissen der Kirche über die Schule zu sehr, als dass sie nicht hie und da einen Schatten in das Verhältniss des Pfarrers zum Amtmann hätte werfen können. Zuweilen erhält diese Rivalität der weltlichen und geistlichen Macht in recht kleinlichen Dingen ihren Ausdruck. So erhebt der Amtmann von Herzogenaurach 1792 die Klage, dass der Ortspfarrer, als der geistlichen Regierung zu Würzburg unterstellt, die obrigkeitlich angeordnete Schulkommission nicht anerkennen, auch nicht zugeben wolle, dass der Amtmann bei gemeinschaftlichen Beratungen „sowie bey Abhörung der Gotteshaus-Rechnung den Vorsitz, auch hier die erste Unterschrift in den Berichten behaupte und verlange, dass die Sitzungen in dem Amtshause abgehalten werden“. Der Pfarrer wird bezüglich seiner renitenten Stellung gegen die Schulkommission zur Ordnung gewiesen; darüber aber, wie der Rangstreit auszugleichen sei, ist die Schulkommission selbst geteilter Meinung und es muss ein Gutachten

1) im Schreiner Koberschen Hause (jetzt Kettenbrückstr. No. 1) bis 1806; dann wurde die Schule aufgehoben, d. h. mit der Gangolfer Schule in dem in den Jahren 1807—1809 erbauten Schulhause des 2. Distriktes (Hs.-No. 910 b, jetzt ob. Königsstr. 55) vereinigt.

2) Heffner, hochfürstl. würzb. Landesverordng. III, 557 ff.; auch abgedruckt im Journale von und für Franken. VII. Bd., S. 233 ff.

der Regierung entscheiden¹⁾. Auch die fürstbischöfl. Anordnung, wonach den Landdechanten die Führung eines gesonderten Schulvisitationsprotokolls und dessen jährliche Einsendung an die Schulkommission vorgeschrieben werden sollte, teilte das Schicksal mancher anderen Verfügung — sie gelangte, wie es scheint, gar nicht zur Veröffentlichung. Nach wie vor wurde daher von Seiten der Dechante die Rubrik „Schulwesen“ in das allgemeine kirchliche Visitationsprotokoll aufgenommen und mit diesem an das hochfürstl. Vikariat einbefördert.

Erst 7 Jahre später (unter dem Nachfolger Franz Ludwigs) wird die Angelegenheit durch die Schulkommission neuerdings angeregt und hierauf durch Entschliessung vom 13. April 1799 befohlen, dass die alljährlichen Visitationsprotokolle über das Schulwesen von den Dechanten in duplo zu fertigen und sowohl ans Vikariat als an die Schulkommission einzusenden seien.

17. Kapitel.

Die Errichtung des Schullehrerseminars.

Wenn auch, wie wir besonders aus dem vorigen Kapitel ersehen, die Ausführung der trefflichen und so gut gemeinten Schulverbesserungspläne der Schulkommission vielfach der wünschenswerten Thatkraft und des frischen Zuges, der sonst das Zeitalter auszeichnet, ermangelte, so muss demgegenüber als erfreulichste Erscheinung der gesamten Schulreform hervorgehoben werden, dass man der Frage der Lehrerbildung fortgesetzt die wohlwollendste Aufmerksamkeit und das wärmste Verständnis entgegenbrachte. Die im Jahre 1776 begründeten Normal-Unterrichtskurse waren vom Leiter derselben wohl von vorneherein als eine interimistische Einrichtung betrachtet worden. In einer Zeit, wo durch die pädagogischen Bestrebungen eines Hecker und Felbiger, eines Basedow und Rochow die Wege einer besseren Lehrerbildung bestimmt vor-

¹⁾ Die Entscheidung selbst konnte in den Akten nicht aufgefunden werden.

gezeichnet waren, wo eigene Lehrerbildungsanstalten in von Jahr zu Jahr steigender Zahl sich über fast ganz Deutschland verbreiteten, wo auch auf fränkischem Boden der pädagogische Zeitgedanke in der Einrichtung eines Schullehrerseminars zu Würzburg bereits sichtbare Gestalt gewonnen hatte¹⁾, kann es uns nicht Wunder nehmen, dass Gerner, als er 1776 an seine pädagogische Aufgabe herantrat, sogleich den Satz aufstellte, „eine vortheilhafte Schulverbesserung sei nur dadurch zu erzielen, dass ein Schulmeister-Seminar errichtet würde“. Allein es fehlte an Mitteln hiezu, und so wurde zum Auskunftsmittel der Normalschule gegriffen, welche zwar als ein Fortschritt zu begrüßen war, deren Mängel und Schattenseiten aber von Niemanden stärker empfunden wurden als vom Direktor dieser Lehrveranstaltung selbst. Dazu kam, dass anderwärts durch kundige Stimmen der Presse das Lob der neugegründeten Seminarien in vollen Tönen gesungen und Wert und Bedeutung derselben in die durch den Optimismus der Zeit gefärbte anmutigste Beleuchtung gestellt wurde. Auch über das Würzburger Schullehrerseminar erschien 1786 in den „Würzburger gelehrten Anzeigen“ ein augenscheinlich offiziöser Artikel als 1. öffentlicher Bericht, der die Aufgabe der Seminarien als eine „grosse Nationalangelegenheit“ bezeichnet, über Unterricht, Übung und Erziehung des Seminars sich verbreitet und die Vorurteile zu zerstreuen sucht, welche noch hie und da gegen eine organisierte und gesteigerte Lehrerbildung laut wurden²⁾. —

Gestützt auf die treibenden Ideen der Zeit, sowie auf seine 11jährigen Erfahrungen als Lehrerbildner unternahm es nun Gerner, in einem ziemlich ausführlichen Exposé seine Gedanken über die bisherigen Erfolge und seine Verbesserungsvorschläge für die Zukunft dem Fürstbischöfe zu unterbreiten. In einem Berichte vom 11. Oktober 1787: „über die Mägdlein- und Knabenschulen in der Stadt dahier und derer Verbesserung“³⁾ widmet er einen eigenen

1) Über die Errichtung des Würzburger Seminars vgl. N. Huber, Geschichte und gegenwärtiger Zustand des k. Schull.-Sem. Würzburg 1871; ferner: K. Küffner, Beiträge zur Gesch. der Volkssch. S. 67 ff.

2) „Umständliche Nachricht von dem hochfürstl. Schull.-Sem. zu Würzburg“ in den „Würzburger gelehrten Anzeigen“ 1786, Beilage zum 59. Stück (S. 579) und Forts.

3) cf. Schulkommissions-Akten.

Abschnitt der „bisher bestandenen Normalschule“ und „einem künftigen Schullehrerseminar“.

Der Berichtstatter betont zunächst die Schwierigkeiten des bisherigen Modus der Lehrervorbildung. Dass die Kandidaten sich auf eigene Kosten zu unterhalten hatten, war für viele der gänzlich armen Leute ein fast unerschwingliches Opfer. Dazu kamen lokale Schwierigkeiten im Schnappaufischen Priesterhause. Da das Haus eigentlich ganz anderen Zwecken gewidmet war, musste das Unterrichtszimmer im Verlauf von 11 Jahren nicht weniger als 3mal verlegt werden und schliesslich sogar das Schlafzimmer Gerners dem Unterrichtszwecke dienen. Den Hauptmangel aber erblickt Gerner in der Unzulänglichkeit der Resultate selbst, die aus der Kürze der Bildungszeit und den armseligen Verhältnissen der Kandidaten sich ergab, und die alle Erfolge für die Zukunft sehr in Frage stellte. Der Berichtstatter klagt, dass einzelne der auf ihre Kosten nach Bamberg oder nach Forchheim und Kronach verbeschiedenen Schulmeister und Kantoren, besonders von den letzteren, „kaum einige Wochen aushalten konnten, sondern nach dieser Zeit entweder mit Entschuldigung krank wurden, oder geradhin ausblieben, damit ihre vorhinige Kantorstelle nicht etwa durch andere besetzt würde und sie hernach ohne Kondition wären, andere dahingegen unter der Woche oder gewiss am Ende derselben drei, vier und noch mehrere Stunden weit nach Haus liefen und am Montage oder noch später ganz müde zurückkamen und dann während des Unterrichts schliefen, die übrigen aber im Vierteljahr öfters anfragten, wann der Unterricht ein Ende habe“.

Gerner hält es für unmöglich, solchen Leuten, die dazu mit der denkbar geringsten Vorbildung zum Unterrichte kommen, binnen einigen Wochen alles das beizubringen, was sie an allgemeinen und beruflichen Kenntnissen nötig haben. —

Damit begründet er die Notwendigkeit „eines beständigen Unterrichts- und Erziehungshauses für Schulkandidaten“. — Er unterstützt seine pädagogisch-didaktischen Erwägungen noch durch „sittliche und politische Beweggründe“ von denen die ersten „kein geringes Augenmerk verdienen“, nämlich dass die bisher sowohl dahier als auf dem Lande unterrichteten Schulmeister und Kantoren während ihres vierteljährigen und noch längeren Aufent-

halts grösstenteils in den Wirthshäusern ihre Logien genommen hatten, dass man ihren moralischen Karakter kaum bemerken, viel weniger kennen lernen konnte, die Ausschweifungen aber, welche doch bey so vielen und verschiedenen Leuten schier unvermeidlich sind, selten oder gar nicht erfahren noch bessern konnte“. Als „politischen“ Beweggrund erklärt der Verfasser, dass dem drohenden Andränge zweifelhafter Bewerber bei Erledigung einer Schulstelle vorgebeugt werden könne, indem bei neuerrichtetem Schul-Seminario als ein Grundsatz anzusehen wäre, dass nur jenen um Schuldienste zu suppliciren erlaubt seyn sollte, die entweder als tüchtig anerkannt in dem Schul-Seminario wirklich vorhanden oder mit einem hinlänglichen Zeugnisse versehen von da an festbestehende Kantorstellen angewiesen sind“.

Die Details der Ausführung des beregten Planes stellt der Berichterstatter dem Gutachten anheim, das von der hochfürstlich geistlichen Regierung oder von der Schulkommission zu erholen wäre, und das sich erstrecken müsste über die dermalige Höhe des Schulfonds und der jährlichen Erübrigungen aus demselben, über die Summe, die davon zum Seminarunterhalt verwendet werden könnte, über die Anzahl der aufzunehmenden Subjekte, über die Zeitdauer der Verpflegung und die Höhe des zu zahlenden Kostgeldes, über die Beschaffung des Lokals und die Ausstattung desselben, über die Einrichtung der Aufsicht und des Unterrichts und über die Besoldung des Lehrpersonals. —

Diese treffenden und sachkundigen Ausführungen Gerners, welche ihm für immer die Ehre der Priorität des Seminargedankens in Bamberg sichern, fanden beim Fürstbischof williges Gehör. Im Interesse einer Bildungsangelegenheit von so weitgehender Bedeutung scheute Franz Ludwig nicht vor dem Gedanken zurück, eine ursprünglich rein kirchliche, nämlich die Schnappaufische Stiftung dem Zwecke der Lehrerbildung mit dienstbar zu machen, indem er das Schnappaufische Priesterhaus als künftiges Schullehrerseminar in Aussicht nahm.

Nachdem er noch mit dem geistlichen Rate und Pfarrverweser Schellenberger darüber sich besprochen hatte, veranlasste er das Vikariat, ein Gutachten über die Abänderung der Bestimmung des Schnappaufischen Priesterhauses auszufertigen. Dieses Gutachten,

erstattet am 8. Februar 1788 ¹⁾, ging dahin, dass nunmehr drei Priester des Schnappaufischen Hauses in die obere Pfarre transferiert, für dieselben ein neuer Flügel an das Pfarrhaus auf Kosten der Schnappaufischen Stiftung errichtet werden solle und nur der vierte im Priesterhause als Vorsteher desselben zu verbleiben habe. Das dadurch geräumte Priesterhaus sollte fortan einem doppelten Zwecke dienen, nämlich 1. als Wohnung für emeritierte Priester, 2. als Schullehrerseminarium. Durch Resolution vom 28. Aug. 1788 genehmigte der Fürstbischof „mit Vergnügen“ die einzelnen Beschlüsse und bestimmte u. a. „dass der vierte Priester zum Direktor des Seminarius ernannt“ und demselben „aus sothaner Stiftung die Unterhaltssumme ausgesetzt werde“. Wie sehr ihm der Seminarzweck am Herzen liegt, zeigt seine Anfügung: „Vorhinein bemerke Ich in Hinsicht auf das Schullehrerseminar, dass Ich in solches keinen ohne vorherige Prüfung seiner Fähigkeit und schon besitzender Kenntnisse in den Religionswahrheiten, im Schön- und Rechtschreiben, im Rechnen, in der deutschen Sprachlehre, im Orgelspielen u. a., ja nicht einmal zur Prüfung in einem bemeldeter Stücke werde annehmen lassen, wenn er nicht vorher hinlängliche Zeugnisse von besonderer Fähigkeit, gründlichem Unterricht im Christenthume, Verträglichkeit mit andern und einer unzweifelhaft guten Aufführung wird beygebracht haben, da ich Meine Schuldienste, so viel es thunlich ist, nicht mit schwachen oder sehr mittelmässigen Subjekten künftighin mehr besetzt haben will“.

Während in dieser Resolution der künftige Direktor des Schullehrerseminars noch verpflichtet wird, „zum Dienste der Oberpfarrkirche wie vorhin sich gebrauchen zu lassen“, erklärt der Fürstbischof bereits unterm 6. Dez. 1789, dass er es bei dieser Bestimmung nicht belassen könne „weil diesem Priester fast unerträgliche Arbeit würde aufgelastet werden“. Zugleich verlangt er in derselben Entschliessung die Vorlage eines Risses über die im Schnappaufischen Priesterhause zu treffenden baulichen Abänderungen, wobei er bemerkt, dass ihm „mehr daran liege, das Schullehrerseminar zu Stande zu bringen, als das Haus zum Aufenthaltsorte der ausgedienten Seelsorger zu machen“.

¹⁾ cf. Vikariatsakten von 1788—91.

Doch das Tempo, in welchem das Vikariat die Sache behandelte, entsprach nicht ganz dem Feuereifer des Fürstbischofs. Bereits am 6. Februar 1790 sah sich Franz L. veranlasst, an die Vorlage des Baurisses und die Vornahme der baulichen Änderungen zu erinnern. — Unterdessen war nun im Laufe des Sommers 1789 ein an das Pfarrhaus der oberen Pfarre anstossender Neubau hergestellt worden, und im Monat Mai 1790 konnten drei Schnappaufische Priester das Stiftungshaus verlassen und den für sie errichteten Neubau beziehen¹⁾. Am 11. Juni 1790, nachdem der Hofwerkmeister Fink den geforderten Bauplan gefertigt und geistl. Rat Schmittlein die erforderlichen Normalfondsrechnungen vorgelegt hatte, fand die wichtige Sitzung des Vikariats statt, in welcher über die Errichtung des Seminars eingehende Beratung gepflogen wurde. Der Referent in dieser Angelegenheit, geistl. Rat Schott, brachte ein sehr ausführliches Gutachten in Vorlage²⁾. Dasselbe konstatiert zunächst, dass der Ertrag des Normalschulfonds (welch letzterer damals auf 27696 fl. 5 kr. angewachsen war) die Errichtung und Unterhaltung einer solchen Anstalt ermögliche, bespricht die zu treffenden lokalen Abänderungen und Einrichtungen des Schnappaufischen Stiftungsgebäudes und verbreitet sich ferner über die Aufnahme der Zöglinge und die Zahl der aufzunehmenden Kandidaten. Als Unterrichtsfächer werden begutachtet: a) die „Normallehre“ nach ihrem ganzen Umfange, b) Figural- und Choralgesang, c) Orgelspiel, d) Rechnungsstil, e) Anleitung zur Amtsführung (spezielle Schulkunde). Die Frage der Ausbildungszeit wird vorläufig noch offen gelassen. Die Kandidaten sollen allmonatlich geprüft und nach Massgabe aller Prüfungen klassifiziert werden. Als Beschäftigungen der Zöglinge (ausserhalb der Unterrichts- und Lernzeit) werden der Besuch der oberen Pfarrkirche (zur Beiwohnung der verschiedenen kirchlichen Verrichtungen, sowie der Christenlehre), ferner praktische Unterrichtsversuche in den städtischen Schulen unter Anleitung des Direktors, sowie Schulaushilfe bei event. Erkrankung der Stadtschulmeister in Vorschlag gebracht. — Die Kost soll eine „etwas geringere als mittelmässig bürgerliche“ sein und

1) cf. Wunder, Geschichte der Stiftungen etc. S. 34.

2) S. abschriftliche Urkunden der k. Inspekt. des Schull.-Sem. Bamberg (Gesch. und Statistik des Sem. betr.).

womöglich von einem Speisewirt der Nachbarschaft bezogen werden. Die bauliche Unterhaltung des Hauses soll unter 3 Stiftungen, den Schnappaufischen Fond, die Domus emeritorum und den Normalschulfond geteilt werden. Auch für den Gehalt des Direktors wird neben dem Normalschulfond noch die Schnappaufische Stiftung erheblich in Anspruch genommen¹⁾. —

Dieses hier nur in seinen wesentlichsten Zügen skizzierte Gutachten fand die Zustimmung des Vikariats und wurde samt Bauriss und Protokoll an das fürstbischöfliche Kabinet einbefördert. — Schon am 14. Juni erschien der Fürstbischof in eigener Person im Schnappaufischen Priesterhause²⁾, um in Begleitung des Referenten Schott und des Hofwerkmeisters Fink die Lokalitäten in Augenschein zu nehmen und über die notwendig werdenden Einrichtungen ein Urteil zu gewinnen. Unter dem frischen Eindruck dieses Besuches erliess der Fürst unterm 20. Juni 1790 jene ausführliche Verfügung auf das obige Vikariatsconclusum, welche als der eigentliche Stiftungsbrief des Bamberger Schullehrerseminars bezeichnet werden kann. Diese Resolution³⁾, von Franz Ludwig eigenhändig concipiert und über 8 Folioseiten in den bekannten charakteristisch-eckigen Zügen umfassend, ist ein höchst bezeichnendes Dokument für die auf das Kleine und Kleinste sich erstreckende autokratische Obsorge des Fürsten, gibt aber auch zugleich das beredteste Zeugnis für das hohe Interesse, das er der zu gründenden Anstalt entgegenbringt, so dass wir uns nicht versagen können, dasselbe (mit weniger wesentlichen Auslassungen) hier wiederzugeben:

„Resolution d. d. 20. Juni 1790 auf das Gutachten des Vikariats vom 11. Juni 1790. Die Errichtung eines Schuhl-Seminariums in dem Schnappaufischen Hause betr.“

1) Das Einkommen des Direktors sollte in der Folge bestehen aus:

70 fl. — kr. frk.	Gehalt	} aus der Schnappaufischen Stiftung
30 „ — „ „	Holzgeld	
124 „ 48 „ „	Kostgeld	
50 „ — „ „	für eine Magd	
52 „ — „ „	Messstipendien von der Oberpfarre	
80 „ — „ „	bisheriger Bezug aus dem Normalfond	
20 „ — „ „	Zulage aus demselben Fond.	

426 fl. 48 kr. frk.

2) cf. Hofdiarium No. 29, fol. 116.

3) cf. Original in den Vikariats-Akten von 1790.

„Die über neben bemerktem Gegenstand von dem geistl. Rath Schott verfasste Relation habe ich mit vielem Vergnügen wiederholt gelesen. Die Sache ist in Ansehung dessen, worauf es ankommt, sehr genau gegliedert, wohl überdacht, nach den näheren Gesichtspunkten beurtheilt und mit sehr guten und angemessenen Gründen unterstützt. Nachdem ich nun auch inmittelst in Beyseyn des Referenten und Hofwerkmeisters Fink das Haus selbst neulich eingesehen, so entschliesse Ich auf die Gründe der Relation einstweilen folgendes:

I. Habe ich aus dem, was hier vorkommt und aus denen mit eingeschickten 12 Rechnungen missfällig wahrgenommen, dass der geistliche Rath Schmittlein sehr wenig sich angelegen seyn liess, damit die zu Recess bestandenen Gelder als Kapitalien wiederum ausgelehnt würden, und dass er nicht einmal seit 3 Jahren bedacht gewesen für die gar keiner Schwührigkeit unterworffene Erhebung der von meinem Krankenhospital fälligen Interessen zu sorgen. . . .

Es könne doch die Gelegenheit, wenn er nur darauf ausgegangen wäre, nicht so gefehlt haben, dass der Kapitalstock nicht dormalen auf 29000 Gulden rhl. sollte stehen können. Ich behalte mir daher auch über diesen Grund allenfallsige Entschliessung bevor.

ad II. Die Schlafzimmer der Schulseminariums-Candidaten seynd allerdings in der Mezane einzurichten, woselbst aber an den Dachfenstern die Abänderung, von welcher bei der Lokal-Einsicht die Rede, geschehen müsse.

Der Orth, wo die Candidaten bey Tags sich aufhalten und instruiert werden sollen, muss aber eingänglich und, zumalen auch Fremde zu Zeiten das Schuhl-Seminarium besuchen werden, in dem dritten Stocke, wo der Lärm auf der Gasse und das Fahren nicht soviel wie im 2. Stocke stöhren kann, bestimmt und wenigstens in 2 Zimmern bestehen, von jenem angefangen, in welchem ein Alkofen steht, der aber wegkommen muss.

Die Betten können ganz die nämlichen seyn, wie in den neuen Krankenhospital, und der Referent kann von dem Obermarschall die Kosten eines solchen Bettes auf das genauste erfahren.

So viel Tische, Stühle, Bänke und andere Schuhlgeräthschaften, auch Schränke und Behältnisse, Klavier und Choralbuch betrifft, hat es bey dem Gutachten sein Bewenden.

ad III. Dass die Schuhl-Kandidaten nicht ohne vorgängige strenge Prüfung angenommen werden sollen, ist mittelst meiner Resolution vom 28. Aug. 1788, wie Referent bemerkt hat, entschieden. Bey den ausgezeichneten Gegenständen, worüber die Prüfung geschehen soll, habe ich nichts zu erinnern.

Das darüber: mit welchen Zeugnissen die Kandidaten sich zur Prüfung stellen sollen, zu erlassende und mit Verwarnung gegen falsche oder leichtsinnigerweise ertheilt werden mögende Zeugnisse zu versehende Circular an die Dechanten und Pfarrer ist sehr nothwendig und füge ich daher zwar nicht zur Vorsicht, sondern nur zu einigem Leitfaden bey, was hierüber zu Würzburg anno 1789 und 1790 erlassen worden. Die Kandidaten, welche gratis aufgenommen werden, sollen, wie ich denke, nicht bloss Diöcesan-angehörige, sondern auch unmittelbare Territorial-Unterthanen seyn, da die Ausnahme, warum bey der Aufnahme in das Alumnat die Eigenschaft eines blossen Diöcesan genügt, hier nicht ganz anwendbar zu sein scheint; doch will ich nicht entgegen seyn, dass dieser Punkt weiter berathen, und mir hiernächst darüber Gutachten erstattet werde.

Die Zahl der aufzunehmenden Kandidaten bestimme ich auf 5, die verhältnissmässig mit der Grösse der Diöces weit beträchtlicher ist, als jene zu Würzburg, wo jährlich nur 7 Kandidaten aufgenommen werden.

Über die Frage, ob auch Kandidaten, die aus eigenen Mitteln sich verpflegen wollen, aufzunehmen seyen, bin ich zur Zeit mit dem Gutachten aus den in der Relation angeführten Gründen und unter der darinnen bemerkten Einschränkung und Cautelen ganz einverstanden.

Ausser diesem mögte es wohl geschehen, dass, wie Ich zu Würzburg vielfältig gethan habe, Ich auch dahier schon wirkliche Schulmeister oder schon dekretierte Cantoren, wann es dergleichen dahier im Hochstift gibt, die in Ansehung ihres Alters und ihrer natürlichen Fähigkeiten noch zu guten Normallehrern vorgebildet werden können, auf 6 Wochen oder ein Vierteljahr auf meine eigenen Kosten werde verpflegen lassen, und nachdem es auch nicht fehlen wird, dass man sehr nachlässige Schulmeister manchmal auf eine gewisse Zeit in das Schuhl-Seminarium zur Strafe verweise, so muss

bey der Einrichtung der Lehr- und Wohnzimmer, soviel es sich thun lässt, darauf, nämlich auf hinlänglichen Raum, einigermaßen gedacht werden.

ad IV bin ich in Ansehung der a. b. c. d. e. bemerkten Lehrgegenstände mit dem Gutachten insoweit einstimmig, dass mit der Zeit noch einige in das Industrialschulwesen einschlagende Gegenstände anzufügen seyn dürfften. Mit dem Organisten Lutz und einem solchen Rechnungsstyllehrer, wie der Revisor Gönner, ist sich jedoch nicht für alle Zeit einzulassen, um die Hände offen zu behalten, neben dem Schuhlseminariums-Direktor einen beständig wirkenden Meister (wenn man diese zu Würzburg bestehende Einrichtung gut finden sollte) mit der Zeit anstellen zu können.

In Ansehung der Zeit, wie lange ein Kandidat im Schuhl-Seminarium ausharren soll, ist erst nochmalen zu überlegen, ob bey Kandidaten, die nur nach einer vorgängigen strengen Prüfung angenommen werden, eine Ungleichheit in der Zeit ihres Verbleibens im Seminario unbedenklich sey; ist sie unbedenklich, meyne Ich, die Zeit dürffte nie kürzer als ein halbes Jahr seyn, damit ein jeder ein nach einer gewiessen Tagesordnung eingetheiltes, nützlich beschäftigtes Leben sich angewöhne, dahingegen darf sie auch über ein Jahr nicht erstreckt werden, weilen sonst daraus a posteriori zu schliessen wäre, dass die Kandidaten wegen Mangel guter Eigenschaften gar nicht hätten angenommen werden sollen.

Eine zu berathende Frage mögte es seyn, ob nicht mit allen bereits unterrichteten Kantoren eine arth Musterung vorzunehmen sey, welche durch förmliche nochmalige Prüffung über das, was sie einst gelernt haben und noch davon wüssten, geschehen müsste. Diejenige, welche alsdann wegen ihrer zu geringen natürlichen Fähigkeit oder wegen Mängel, deren Besserung schwehr zu hoffen sey, zu Schullehrern kaum tauglich seyn würden, wären ihrem eigenen Schicksale zu überlassen. — In Ansehung der übrigen, wan mir ihre Anzahl angezeigt, und die Klassifikation nach Alter und Cantorsdienstzeit und Eigenschaften vorgelegt würde, dürffte ich mich entschliessen, selbige nach und nach auf meine eigene Kosten in das Seminarium auf 6 Wochen, auch ein viertel Jahr, jenachdem einer mehrere, der andere weniger Ausbildung noch nöthig hätte, aufnehmen zu lassen. — Auf diese Art würden der Nuzen des

Schuhllehrer-Seminariums in kürzerer Zeit verbreitet und kein Hinderniss entstehen, auf Kosten des fundi jedesmal 5 noch ganz ununterrichtete Kandidaten und Leute, die bisher Cantores gemacht, aber noch gar nicht in der Normallehre Unterricht empfangen haben, in gedachtes Seminarium aufzunehmen.

Dass man gegen das Wirthshaus- und Caffé-Häusser-Besuchung der Kandidaten und gegen üblen, verdächtigen Umgang derselben äusserst aufsichtig seyn und gewiesse Straff-gebothe darauflegen, auch solche mit endlicher Wegweisung streng vollziehen müsse, ist in der Relation sehr wohl bemerkt.

Insonderheit hat mir der nicht minder neue als zweckmässige Vorschlag der monatlichen Prüfung der Kandidaten, und dass dieselben nach dieser sowohl als der ersten und bey dem Austritt aus dem Seminario vorzunehmenden letzten Prüfung in eine gewiesse Rangordnung in Absicht auf Schuldienste oder auf ein denselben zugehendes, gleichwolen in seiner Masse entferntes Recht, gesetzt werden soll, sehr wohl gefallen.

ad V habe Ich zwar in Ansehung der Beschäftigung der Kandidaten vor der Hand nichts zu erinnern, doch wünsche Ich, zwar nicht aus dem Grund einer entschiedenen Vorliebe vor die Würzburgischen diesfallsige Einrichtung, sondern blos, weil das Schuhl-Seminarium daselbst schon lang im Gang ist, dass der Referent sich noch vorher in dem in den 1786 oder 1787er Jahrgang der Würzburgischen Gelehrtenzeitung enthaltenen umständlichen Beschreibung der dortigen Schuhl-Seminariums-Einrichtung ansehen, auch Selbst den Augenschein davon in loco nehmen möge, wozu ich demselben die bequemste Gelegenheit verschaffen werde.

ad VI bin Ich mit den Grundsätzen, mit welcher Einschränkung und Vorsicht die Kandidaten zu verpflegen seyen, ganz einverstanden; niemalsen ist es aber räthlich, dass der Schuhl-Seminariums-Direktor sich selbst mit Kostgeben abgebe; anfangs ist diese Einrichtung zu Würzburg gewesen; nachdem aber allerlei grundlose, gleichwolen gehässige Ausstreunungen, die von den Schul-Kandidaten selbst hergerührt haben mögen, entstanden sind, als wenn der Direktor hiebey zu gewinnen gedächte, so habe ich schon längst die Einrichtung getroffen, dass zur besseren Zucht und Ordnung halben die Kandidaten im Haus zusammen speissen, die Kost aber

von einem Traiteur gegen einen gewissen Accord auswärts besorget und in das Haus geliefert werde.

ad VII placet das Gutachten in Ansehung der Unterhaltungskosten des Hauses. . . .

ad VIII in Betreff des Gehalts des Direktors denke ich, dass 400 gulden fränkisch genug sey, wenigstens muss der Würzburgische Direktor damit auskommen, und gleichwolen sind dasselbst die Lebensmittel theurer. Desselben Reisen auf das Land hören bey einmal errichteten Seminarium als überflüssig ohnehin auf, mithin braucht dafür gar nichts in Anschlag zu kommen.

Ansonsten wird, wan einmal ein oder der andere emeritus da ist, die Erfahrung lehren, ob sie in einem Haus, wo es onmöglich wegen der Übungen der Kandidaten besonders im Singen und Orgelschlagen, Musikmachen, so still und ruhig zugehen kann, genügsame Ruhe geniessen können.

Übrigens lasse Ich die eingeschickten Risse gegenwärtig wiederum zurückgehen.

Exped.

Auf Grund dieser Entschliessung wurde nun die bauliche Adaptierung des Schnappaufischen Priesterhauses zu Seminarzwecken in Angriff genommen. — Am 14. März 1791 konnte das Vikariat berichten, „die Einrichtung des Seminariums sei gegenwärtig dermassen vollendet, dass es mit Lehrlingen besetzt werden könne“. Zugleich wurde der Entwurf des an die Dechanten und Pfarrer zu erlassenden Cirkulars über die Ausstellung von Zeugnissen für die aufzunehmenden Zöglinge eingesandt. Bevor die erste Aufnahme ins Werk gesetzt werden konnte, handelte es sich noch um die Erledigung einiger durch die fürstbischöfliche Entschliessung vom 20. Juni 1790 offen gelassener Fragen. So namentlich um die Vorfrage, auf welche Kreise der Hochstifts-Angehörigen die Wohlthat unentgeltlicher Aufnahme auszudehnen sei. Durch Verhandlung des Vikariats mit dem Fürstbischof wurde festgesetzt, dass sich die unentgeltliche Aufnahme zunächst nur auf unmittelbare Territorial-Unterthanen erstrecken solle, dass dagegen in der Regel die mittelbaren, d. i. die Domkapitelischen, Kollegiatstiftischen, Klösterlichen, Ritterschaftlichen Unterthanen von der Aufnahme mit freier Verpflegung —

nicht aber gegen Zahlung — auszuschliessen seien. Doch könne ausnahmsweise auch letzteren freie Aufnahme zugestanden werden, wenn sie von vorzüglicher Fähigkeit seien.

In Bezug auf die Dauer des Seminarunterrichts wurde als Regel ein Jahr festgesetzt; für das erstemal sollte jedoch nach dem Gutachten des Vikariats die Zeit auf ein halbes Jahr beschränkt werden.

Der Entwurf eines Cirkulars an die Geistlichkeit zur eingehenden Instruktion derselben in Bezug auf die für die Seminar-Kompetenten auszustellenden Zeugnisse erhielt unterm 12. April 1791 die Genehmigung des Fürstbischofs; nur den Eingang desselben unterzog er einer Abänderung, weil es nach demselben „das Ansehen hätte gewinnen können“, als sei er „der eigentliche Stifter dieser ganzen Anstalt“, die doch durch die Mittel seines Vorfahren begründet werde; — ein schönes Beispiel selbstloser Gerechtigkeit und Bescheidenheit.

So konnte denn bereits unterm 14. April 1791 das gedruckte Cirkular an die Dechanten und Pfarrer des gesamten Hochstifts versandt werden, und damit trat das bedeutungsvolle Werk der Seminargründung erst vor das Forum der Öffentlichkeit¹⁾.

In diesem Generale, welches für die erste wie für alle weiteren Seminar-Aufnahmen von massgebender Bedeutung sein sollte, wird zunächst Wichtigkeit und Zweck der Neubegründeten Anstalt gebührend hervorgehoben; in ihr sollen „junge Leute, die sich dem Lehramte in den Stadt- und Landschulen widmen wollen, unterhalten, in allen einem Schullehrer nothwendigen und nützlichen Wissenschaften gründlich unterrichtet, und in den Stand gesetzt werden, unter pflichtmässiger Aufsicht, weiser Leitung und thätiger Mitwirkung der Seelsorger vernünftige Menschen, wahre Christen, brauchbare, arbeitsame, gute und treue Bürger und Unterthanen zu bilden“. — Die zur Aufnahmsprüfung in das Seminar sich meldenden Kandidaten haben ein Zeugnis ihres Pfarrers beizubringen mit genauen, nach bestimmten Fragepunkten²⁾ gegliederten Angaben über

1) Wir bringen dieses älteste gedruckte Dokument der Bamberger Seminar-geschichte im Wortlaut in Beilage No. 7.

2) Die 16 Fragepunkte sind wörtlich einem entsprechenden Würzburger Generale vom 2. Sept. 1783 entnommen.

Personalien, Vorbildung, musikalische Kenntnisse, Fleiss und Eifer, bisheriges sittliches und religiöses Verhalten. Den Pfarrern wird bezüglich der Ausstellung dieser Zeugnisse die strengste Sorgfalt, Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit eingeschärft bei Androhung „schwerster Verantwortung und höchster Ungnade“.

18. Kapitel.

Der I. Seminarkurs und die innere Einrichtung des Schullehrerseminars (1791).

Nachdem auf Grund des Ausschreibens vom 14. April 1791 zahlreiche, vorschriftsmässig belegte Gesuche um Aufnahme ins Seminar eingelaufen waren, schritt man zur 1. Aufnahmsprüfung. Dieselbe wurde nach Massgabe der vom Fürstbischof bereits unter dem 28. Aug. 1788 getroffenen allgemeinen Bestimmungen abgehalten. Die zur Prüfung Zugelassenen, teils Schulkandidaten, teils bereits bedienstete Kantoren, hatten kapitelsweise zu erscheinen, und zwar waren für die Kandidaten eines jeden der 5 Landkapitel 2 Tage festgesetzt, so dass die Prüfung vom 26. April bis zum 11. Mai sich erstreckte. Die Prüfungskommission bestand aus den geistlichen Räten Schott und Schellenberger, sowie dem Schuldirektor Gerner; für die Musik war der Organist der oberen Pfarre, M. Lutz, beigezogen. Durch Conclusum vom 27. Juni 1791 wurden unter 47 Prüflingen diejenigen 5 bestimmt, welche der Aufnahme würdig erachtet worden. Es waren:

1. Friedr. Störcher, Schulkandidat von Schesslitz, alt 22 Jahre,
2. Johann Neubauer, Kantor von Kupferberg, alt 24 Jahre,
3. Moritz Eibel, Kantor von Rothenkirchen, alt 22 Jahre,
4. Paul Punzelt, Kantor von Zeyern, alt 25 Jahre,
5. Johann Rauh von Neukirchen am Brand, Kantor zu Hetzles, 21 Jahre alt.

Die übrigen Geprüften wurden nach Massgabe ihrer Leistungen gleichfalls klassifiziert; dabei wurde den in die letzte Klasse gesetzten bedeutet, „dass sie ihr Vorhaben beym Schullehreramte angestellt zu werden, wegen ihrer Unfähigkeit aufgeben sollen“.

Die Beschlüsse des Vikariats erhalten unterm 12. Juli allerhöchste Genehmigung, wobei der Fürstbischof wiederholt betont, wie ihm daran gelegen sei, „dass diese öffentliche Anstalt eines Schullehrerseminariums durch möglichst ungesäumte Eröffnung und Aufnahme der Candidaten beförderlich in Gang komme“. — So konnten endlich am 25. Juli 1791 die ersten 5 Kandidaten ins bisherige Schnappaufische Priesterhaus einziehen und war damit die gegründete Anstalt eröffnet¹⁾. Eine besondere Eröffnungsfeierlichkeit scheint nicht stattgefunden zu haben. Der Fürstbischof befand sich zu dieser Zeit in Würzburg und ganz im Gegensatz zu den rauschenden Festlichkeiten, mit welchen 2 Jahre vorher die Eröffnung des neugegründeten Bamberger Krankenspitals gefeiert worden war, ging hier still und unbemerkt von der grossen Menge, ja nicht einmal notiert von der Tagespresse, eine Gründung vor sich, die zwar an Umfang, Augenfälligkeit und äusserlich sichtbaren Erfolgen sich mit einer Krankenhausstiftung keineswegs messen konnte, die aber an Bedeutung für Volks- und Staatswohl sicherlich keiner anderen gemeinnützigen Einrichtung der damaligen Zeit nachstand. — Die unmittelbare Leitung der Anstalt stand dem Direktor zu, als welcher zunächst Gerner noch fungierte. Derselbe hatte auch den gesamten wissenschaftlichen Unterricht zu erteilen, während der Musikunterricht von dem Organisten der oberen Pfarre, M. Lutz, der Unterricht im „Rechnungsstyl“ von dem Revisor Gönner gegeben wurde²⁾.

Bezüglich des Unterrichts und der inneren Einrichtung des Seminars hatte Gerner bereits unterm 20. Aug. 1790 seine „unvorgreiflichen Gedanken und Vorschläge“ in Vorlage gebracht, welche über die Lehrgegenstände und deren methodischen Betrieb, über Stundenplan und Tagesordnung, sowie über die zu gebrauchenden Lehr- und Handbücher sich verbreiteten, welche für die Praxis der ersten Seminarjahre massgebend wurden und uns daher Leben und Streben in der Neubegründeten Anstalt am besten

1) Von einer Verwendung einzelner Lokalitäten für ausgediente Seelsorger ist fortan nicht mehr die Rede.

2) Organist M. Lutz erhielt für seine Dienstleistung aus dem Normalschulfond (s. Normalschulfondsrechnungen) jährl. 40 fl. frk.; für Besoldung Gönners ist keine Ausgabe verzeichnet.

charakterisieren. Gerner teilt die Lehrgegenstände des Seminarunterrichts in solche, welche „ohne Unterschied einem jeden Schulmanne in der Stadt und auf dem Lande zu wissen gleich nothwendig sind“ und in andere „bisher nicht so wesentlich gehaltene“, welche aber „wegen dem Nutzen, den sie dem Staate überhaupt und verhältnissmässig einzelnen Gegenden noch besonders verschaffen können, nicht minder zum öffentlichen Erziehungsplane gehören“.

Zur I. Klasse rechnet er das, was man bisher unter dem Begriffe des „Normalunterrichts“ zusammenfasste, und was, wenn auch in beschränkterem Umfang, bereits in den bisher veranstalteten Normalschulkursen gelehrt worden war. Dazu gehören:

1. „Die Methode oder praktische Vorschrift, durch den Zusammenunterricht in den öffentlichen Schulen ordentlich und nützlich zu lehren. Die besteht

- a) in der Anweisung und Übung, die Anfänger oder kleinen Schüler aus den öffentlich aufgehängten Buchstaben- und Sylben-Tabellen gemeinschaftlich zu lehren,
- b) Buchstaben, Sylben und Worte etc. in Druckformen an die schwarze Tafel zu schreiben,
- c) diese Lehrgegenstände katechetisch zu behandeln,
- d) den grösseren Schülern das vernünftige und verständliche Lesen nach den Regeln bezubringen,
- e) diese und die übrigen Wissenschaften, Evangelien, bibl. Geschichten u. s. w. in systematische Auszüge oder sogenannte Tabellen zu setzen oder wenigstens nach den schon vorhandenen ordentlich zu lehren“¹⁾.

2. „Die Kunst, zu katechisieren insbesondere, die in der Anweisung besteht, die Glaubenslehren aus dem Katechismus geschickt und nützlich abzuhandeln. Sie begreift

- a) die deutliche Erklärung der in dem Katechismus häufig vorkommenden theologischen Kunstwörter,
- b) die Art, Sätze zu zergliedern und durch synthetische und analytische Entwicklung die ächten Begriffe bezubringen oder die

¹⁾ Also immer noch der geistlose Mechanismus des Felbiger'schen Tabellarisierens! (s. o. S. 43).

unvollkommenen zu verbessern, die Stärke der Texte aus der hl. Schrift anzuzeigen u. s. w.

- c) den historischen Religionsunterricht durch geschickte und passende Erzählungen zu geben; dann durch glückliche Auswahl der moralischen Stücke in die bildende Katechesis überzugehen und durch besondere Nutzanwendung mit der Glaubenslehre zu verbinden. Dahin gehört die ausgebreitete Lehre von den 3 Hauptpflichten gegen Gott, den Nebenmenschen und sich selbst nach den vielfachen Verhältnissen der verschiedenen Stände und Umstände der Menschen“.

3. Die deutsche Sprache samt der damit verbundenen Rechtschreibekunst, soweit beide für die deutsche Schule gehören. Sie umfasste demnach:

- a) „die Kenntniss der deutschen Wörter überhaupt
- b) die Klassen und Abänderungen der Haupt-, Zeit- und Beywörter
- c) die regelmässige Wortfügung nach Verschiedenheit der Sätze und Redarten
- d) die Wortforschung und die grösstentheils davon abhängige Rechtschreibung sammt der Übung im Diktandoschreiben“.

4. Die Schönschreibkunst. [Kurrent- und Kanzleischrift nebst „Vorbuchstaben“ (Initialen).]

5. Die Rechenkunst (nach den Grundsätzen in Gerners „systematischer Anleitung“, 1. Teil), nämlich

- a) von den 4 Rechnungsarten in ganzen unbenannten oder benannten Zahlen,
- b) von den Verhältnissen, Proportionen, der geraden Regel de tri in ganzen Zahlen.

6. Die Musik. Sie umfasste:

- a) „eine gründliche Anweisung zum Choralgesang
- b) zum Orgelspielen bey dem Kirchengesange
- c) zum Choralschlagen mit untergesetztem Fundamente oder der Partitur
- d) eine zweckmässige Anleitung zum Präludiren“¹⁾.

¹⁾ Violinspiel war eigentümlicherweise unter die Unterrichtsfächer des Seminars nicht mit aufgenommen.

Die II. Klasse der Unterrichtsdisziplinen, „die nützlichen und bildenden Lehrgegenstände“, wie sie Gerner nennt, teilt derselbe ein:

A. in solche, welche „unmittelbar das Wohl des Unterthanen und Bürgers“ und

B. in solche, welche hauptsächlich „die Aufklärung und Verbesserung des Geschmacks in den Schulwissenschaften, sowie den Wohlstand und das Sittliche der Schulleute zum Endzwecke haben“.

A. zu den ersteren gehören:

1. Das Notwendigste aus der Naturlehre, nämlich: die Hauptbegriffe

a) von den Himmelskörpern und ihrem Nutzen in Ansehung der Tage, Wochen, Monate, Jahre und des Kalenders

b) von der Luft, Wärme, Hitze, Kälte, dem Feuer, Tau, Nebel, Regen, Blitze und dem Winde.

2. Ein Abriss der Naturgeschichte, nämlich der Hauptbegriffe und Einteilungen aus den 3 Naturreichen.

3. Eine Anleitung zur Haushaltungskunst und zur Landwirtschaft insbesondere.

4. Die Erdbeschreibung im Auszuge, besonders von Europa und dem Vaterlande.

5. „Eine Anleitung zur Rechtschaffenheit nach den verschiedenen Gattungen der menschlichen Gesellschaften“.

B. Zur zweiten Gruppe gehören:

1. „Die erhabener Kalligraphie durch Erlernung der Initial- und Hauptbuchstaben.

2. Die Anweisung zu Briefen, Suppliken, Quittungen etc.

3. Schriftliche Aufsätze nach den Regeln der Erzählungs- und deutschen Sprachkunst.

4. Die Geographie von Deutschland samt den dahin einschlagenden Hauptpunkten aus der Völker-, Staats- und Kirchengeschichte.

5. Die Rechenkunst in Brüchen, nach der systematischen Anleitung Gerners 2. Teil.

6. Regeln zur Bildung eines besseren Geschmacks in der Instrumental- und Vokalmusik.

7. Anleitung und Übung im Choralschlagen ohne untergesetzten Generalbass.

8. Anweisung zum Betragen rechtschaffener Schulleute im besonderen.“

Auch über die Lehr- und Handbücher und sonstigen Hilfsmittel des ersten Seminarunterrichts giebt uns das oben erwähnte Gernersche Memorandum erwünschten Aufschluss und zeigt uns zugleich den pädagogisch-literarischen Gesichtskreis des I. Seminarleiters.

1. Als Hauptbuch und als eigentlicher methodischer Kanon für den gesamten „Normalunterricht“ gilt das schon mehrfach genannte Werk Felbigers: „Eigenschaften, Wissenschaften und Bezeigen rechtschaffener Schulleute“, welches sich in der Hand eines jeden Kandidaten befand. Ausserdem dienten als methodische Hilfsmittel die im Lehrzimmer aufgehängten Vorzeigetafeln, die, nach Felbigers Vorschrift angefertigt, den Extrakt der gesamten Schulwissenschaft in dem dünnen Gerippe von Buchstabentabellen übersichtlich darstellten¹⁾. Als weitere methodische Hilfsbücher für den Lehrer werden genannt: Das Wiener, Berliner und Mainzer Methodenbuch nebst den Würzburgischen Vorzeigetafeln für den Zusammenunterricht — Sailers Schulmethodenbuch. — Rist, Anweisung für Schulmeister niederer Schulen.

2. Die Katechisations-Kunst erlernen die Kandidaten hauptsächlich durch den mündlichen Unterricht und durch praktische Übung.

Hilfsbücher sind: Mich. Schmidt's Katechist. — Sailers katechet. Methodenbuch. — Rist, Unterricht der Religion etc.

3. In der bibl. Geschichte dient als Handbuch der Seminaristen Felbigers vielverbreiteter „Kern der bibl. Geschichte“.

Als Lese- und Hilfsbücher werden ausser der hl. Schrift selbst gebraucht: Royaumont, Geschichte des a. u. n. Test. — Sailers bibl. Katechismus. — Biblische Religions- und Glückseligkeitslehre. —

4. Die deutsche Sprache und Orthographie wird aus einer geschriebenen Anweisung erlernt.

Als Lese- und Hilfsbücher werden genannt: Adelungs und

¹⁾ Näheres s. Felbiger a. a. O., in den im Anhang angefügten Tabellen.

Gottscheds Sprachlehre. — Sprachlehre für die K. K. deutschen Schulen; Millers Handbuch etc.

5. Im Kalligraphie-Unterricht dienen als Hilfsmittel besonders eingeführte, in Bamberg gestochene Vorschriften, auch die zu Wien, Ansbach und Würzburg gestochenen Vorlagen und Anleitungen.

6. Für den Rechenunterricht war Gerners systematische Anleitung als Unterrichtsbuch eingeführt. — Als Anleitung zum „Rechnungsführen“ war „Felbigers Eigenschaften“ III. Teil § 14 massgebend.

7. Der Choralgesang wurde durch den mündlichen Unterricht und nach geschriebenen Regeln erlernt. — Hilfsbuch: P. Odo Stab. O. S. B., Anweisung zu dem einstimmigen Choralgesang.

8. Dem Unterricht in der Landwirtschaft dient als Hilfsbuch: „Anleitung zur Erkenntniss der Gründe und des Verfahrens bey der Landwirthschaft. Wien 1776“.

9. Für den naturkundlichen Unterricht werden verwendet: „Anleitung zur richtigen Erkenntniss der natürlichen Dinge“; 1. Theil: von der Naturlehre, 2. Theil: von der Naturgeschichte. — Als Hilfsbücher werden weiter genannt: Richters Naturlehre. — Millers Handbuch von der Naturgeschichte. — Berliner Lehrbuch, 6. Kapitel. — Mainzer Tabelle von der Naturgeschichte.

10. Der geographische Unterricht wird erteilt nach: „Anfangsgründe der Erdbeschreibung für die Jugend“. Als weitere Hilfsbücher bezeichnet Gerner: „Anfangsgründe der Erdbeschreibung für die deutschen Schulen in den k. k. Staaten“. — „Hübners geographische Fragen“. — „Hofmanns Erdbeschreibung“ (2 Thl.). — Berliner Lehrbuch, 7. und 8. Kapitel von der Historie und Geographie etc. —

Wir ersehen aus vorstehenden Darlegungen, dass das Seminar-Lehr-Programm der alten Zeit unseren modernen Seminar-Lehrplänen an bunter Vielgestaltigkeit des Lehr- und Lernstoffes nur wenig nachsteht und dass dem in das Seminar aufgenommenen Schulkandidaten von dazumal in Anbetracht der sehr kurzen Seminarzeit ein schwieriges Stück Arbeit zu bewältigen oblag, so dass nur der gewissenhafteste Fleiss und eine peinliche Ausnützung der Zeit zu einigermaßen befriedigenden Resultaten führen konnte.

Betrachten wir nun die in dem ersten, sowie in den weiteren Seminarkursen geltende, bis ins Kleinste geregelte Tagesordnung des Seminarzöglings¹⁾:

5 Uhr: Aufstehen und Morgengebet (und zwar im Winter; im Sommer $\frac{1}{2}$ Stunde früher); hierauf Studium bis $\frac{3}{4}$ 7 Uhr.

7 Uhr: Besuch der hl. Messe in der Franziskanerkirche²⁾. Hierauf Einnahme eines Morgenimbisses (den sich jedoch jeder Zögling auf eigene Kosten beschaffen musste).

Von $\frac{1}{2}$ 8 — 8 Uhr: Studium.

„ 8 — 10 „ Unterricht.

„ 10 — 11 „ Private Wiederholung und Diktieren des Lernstoffes durch einen Kandidaten.

„ 11 — 12 „ Gemeinschaftlich. Mittagstisch, sodann Freizeit.

„ 12 — $\frac{1}{2}$ 2 „ Unterricht in der Musik.

„ $\frac{1}{2}$ 2 — $\frac{1}{2}$ 3 „ Privatübung.

„ $\frac{1}{2}$ 3 — 4 „ Nachmittägiger Unterricht.

„ 4 — 6 „ Halbstündige Erholung; dann Studierzeit.

„ 6 — 7 „ Essenszeit und freie Beschäftigung.

„ 7 — 8 „ Studium und Abschreiben des Lernstoffes.

„ 8 — $\frac{1}{2}$ od. $\frac{3}{4}$ 9 Uhr: Erbauliche Vorlesung aus „Sturms Betrachtungen über die Werke Gottes“.

Sodann Abendgebet und Schlafengehen. —

Zwei Nachmittage in der Woche (Dienstag und Donnerstag) waren unterrichtsfrei. An denselben waren vorgeschrieben:

Von 12 — $\frac{1}{2}$ 2 Uhr: Musikübung.

Hierauf ein Spaziergang in den Hofgarten (Geierswörth) behufs prakt. Anschauung und Übung in der Obstbaumzucht (diese praktischen Übungen hatte der Hofgärtner zu leiten). — In der ungünstigen Jahreszeit trat an die Stelle dieses Spaziergangs ein freier Ausgang. Sodann $\frac{1}{2}$ Stunde Beschäftigungszeit zum Reinigen und Ausbessern der Kleider; hierauf Schreibübungen bis zum Abendessen. —

1) Nach dem von Gerner aufgestellten Tagesplan, sowie nach den (späteren) handschriftlichen Aufzeichnungen eines damaligen Seminarkandidaten aus dem J. 1793/94 (Registratur des k. Schull.-Sem. Bamberg).

2) Diese Franziskanerkirche stand in nächster Nähe des Seminars auf dem heutigen Theresienplatz (1810 abgebrochen).

Was nun die Einteilung und Ausnützung der eigentlichen vor- und nachmittägigen Unterrichtszeit anlangt, so entnehmen wir der von Gerner festgesetzten Ordnung folgende Bestimmungen:

- a) Vormittägiger Unterricht von 8—10 Uhr (Montag bis Freitag incl.): Glaubens- und Sittenlehre, verbunden mit Katechetik; — Katechisieren. — Regeln und Proben der Schönschreibkunst; — später auch biblische Geschichte (s. u.).
- b) Nachmittägiger Unterricht von $1\frac{1}{2}$ —4 Uhr (Montag, Mittwoch und Freitag). Hier treten im Laufe des ganzen Lehrkurses die verschiedenen Unterrichtsfächer in Gruppen nacheinander auf.

1. Gruppe: Psychologische Grundsätze nach „Campe's Seelenlehre“ (als Grundlage zum katechetischen Religionsunterricht), ferner: Wohlanstandslehre; — Biblische Geschichte, praktisch und methodisch mit Lese- und Erzählungsübungen (Gebrauch der Karte des gelobten Landes); — deutsche Sprache; Rechtschreibkunst mit Übungen im Diktandoschreiben; Gesundheitslehre; — Schulmethodik. — Hierauf beginnt die

2. Gruppe: (Die biblische Geschichte wird zwar noch fortgesetzt, tritt aber fortan zum vormittägigen Unterricht.) Rechenkunst, Obstbau, Anleitung zum Rechnungführen und schriftliche Aufsätze.

3. Gruppe: das Nötige aus der Naturlehre, Naturgeschichte, Himmelskunde und Geographie. —

Der Sonnabend hatte seinen besonderen Unterrichts- und Beschäftigungsplan.

Vormittags: Wiederholung und Ministration, sodann Besuch der Stadtschulen oder katechetische Übungen. Nachmittags: Erklärung des sonntägigen Evangeliums und kirchendienstliche Lektionen; abends (sowie auch Sonntag morgens und abends) werden Abschnitte aus „Parizeks Evangelienerklärung“ vorgelesen. —

An Sonn- und Feiertagen wurde um $1\frac{1}{4}$ Uhr aufgestanden. Um 6 Uhr: Besuch der Predigt und Messe in der Pfarrkirche. Nach derselben zu Hause: Fertigung eines schriftl. Auszugs aus der Predigt. 9 Uhr: Musikalische Mitwirkung am Hochamt auf dem Chore der oberen Pfarre. — Darnach Schreibübungen bis Mittag. Nachmittags: Besuch der christlichen Lehre, Musikübungen, Privatgottes-

dienst mit Betrachtungen; Studierzeit. — In der Regel hatten die Kandidaten alle 3 Wochen zur hl. Kommunion zu gehen.

Die neugegründete Anstalt bot ihren Zöglingen nicht bloss einen unentgeltlichen Unterricht, sondern auch völlig freie Wohnung und Verpflegung. — Von den 3 Stockwerken des Stiftungsgebäudes blieb das untere (Parterre) vorläufig unbenützt; der mittlere Stock enthielt die Räume für den Direktor; im oberen Stocke waren 2 grosse Zimmer für die Kandidaten eingerichtet, von welchen das eine als Unterrichts-, Wohn- und Studierraum, das andere als Musik- und Speisesaal diente. Die Mansarde enthielt 3 Schlafzimmer für die Seminaristen. Im Hinterhause des Gebäudes (jetzt Theresienplatz 10) wohnte der Verwalter der Schnappaufischen Stiftung. — Die Anstalt war gleich bei ihrer Gründung mit einem auf 10 Zöglinge berechneten Inventar ausgestattet worden. Auf 2 langen Tischen des Unterrichts- und Wohnzimmers standen 10 Schreibpulte, daneben ein halbrunder Tisch für den Direktor; in den Schlaflokalen fanden sich 10 gut gerichtete, mit Rosshaarmatrazen und Bettvorhängen versehene und durch besondere Seitenwände von einander abgetrennte Betten, daneben 10 kleine „Comödlein“; in den Gängen standen 10 Kleiderschränke. — An Lehrapparaten weist das älteste Inventar lediglich 2 grosse schwarze Tafeln und ein Klavier auf (ein 2. Klavier wird im J. 1800 um den Preis von 5 fl. angeschafft, eine eigene Übungsortel wurde für das Seminar erst im J. 1805 erworben). Die Verköstigung der Seminaristen wurde nach obenerwähntem Beschluss durch einen Speisewirt der Nachbarschaft (Mich. Halbig) besorgt in der Weise, dass die Speisen durch die Mägde des Wirtes in das Seminar verbracht wurden. Das Kostgeld betrug für den Kandidaten pro Tag 12 kr. rhl., musste jedoch schon im Jahre 1793 auf Ansuchen des Kostgebers in Rücksicht auf die damalige Steigerung der Lebensmittelpreise auf 15 kr. erhöht werden. (Als Trinkgeld für das Zutragen wurden jährlich 2 fl. bezahlt.) Die Kost bestand Mittags in Suppe, Rindfleisch und Gemüse, Abends in Suppe „und noch einer Speise“, dann jedesmal in einer Portion Brot und einem Schoppen Bier. — Ein Frühstück wurde nicht verabreicht; ein Stückchen Brot oder Obst wurde von den Seminaristen selbst beschafft. — Eine Hausbedienung für die Zöglinge existierte nicht; für Reinigung der

Schuhe, Bereitung der Betten etc. musste jeder Zögling selbst sorgen, ebenso musste auch der gewöhnliche Hausdienst (Kehren, Heizen, Wasserholen etc.) wöchentlich abwechselnd von einem Kandidaten besorgt werden. — Der so in Gang gesetzten Seminareinrichtung wurde nun am 9. Dezember 1791 die Ehre eines fürstbischöflichen Besuchs zu teil¹⁾. Franz Ludwig besah die Anstalt bis ins Einzelne, wohnte dem Unterrichte bei und verliess wohlbefriedigt die dem neuen Zwecke geweihten Räume. Schon am 20. Dezember 1791, also nach kaum 5 monatlichem Unterrichte, erfolgte auf Grund vorausgegangener Schlussprüfung die Entlassung der Kandidaten. Nur 4 derselben unterzogen sich dieser Prüfung, der 5. (Joh. Rauh) hatte einige Tage vorher die Anstalt heimlich verlassen mit Hinterlassung eines kurzen Briefes an den Direktor, woraus hervorging, dass, wie die Schulkommission berichtet, seine eigenmächtige Entfernung „nicht sowohl einem Jugendfehler zuzurechnen, sondern vielmehr als ein Zeichen des Hochmuths und Mis-Vergnügens wegen nicht erhaltenen Schuldienstes zu Hetzles anzusehen sey“. Er wurde zur Strafe „ausser Classification belassen“, während die übrigen 4 nach Massgabe ihrer Prüfungsleistungen zensiert wurden. Die dem Protokoll beiliegende Prüfungsliste enthält für jeden Kandidaten sowohl die Noten der Aufnahme- wie der Entlassungsprüfung und zwar aus nicht weniger als 16 Einzelfächern²⁾. Die Noten erscheinen in 3 Grade (a, b, c) abgestuft; denselben ist eine ausführliche Charakteristik der einzelnen Zöglinge über Fähigkeiten, Betragen, Fleiss und Leistungen angefügt. Durch Protokoll der Schulkommission, die hier in ihrer neuorganisierten Gestalt zum erstenmale als kompetente Oberbehörde des Seminars auftritt, wird das Ergebnis der Entlassungsprüfung dem Fürsten mitgeteilt, welcher unterm 7. Jan. 1792 den Beschlüssen Genehmigung erteilt, dabei aber den Wunsch ausspricht, „dass in Zukunft bey jeglicher Aufnahme- und Entlassungsprüfung einige Mitglieder der Schulkommission, besonders einer oder der andere der weltlichen Räte zugegen seyn würden, um auf solche Weise den Werth der guten Sache mehr zu verbreiten und einsehen zu machen, auch ein gewisses Interesse für diese Anstalt einzuflössen“.

1) Hofdiarium 29, fol. 63.

2) Wir geben im Anhang (Beilage 8) den vollständigen Wortlaut dieser ersten offiziellen Seminarzensurliste.

Damit hatte der 1. Seminarkursus seinen Abschluss gefunden. Mit diesem hatte sich aber auch zugleich eine höchst einschneidende Personalveränderung vollzogen, — Gerner war vom bisherigen Schauplatz seiner Thätigkeit abgetreten. Schon vor der Eröffnung des Seminars hatte er durch schriftliche Eingabe den Fürstbischof gebeten, ihn „seiner leidenden Gesundheit und vieler anderer Geschäfte wegen“ von der Stelle eines Seminardirektors zu entbinden. Damals reskribierte der Fürstbischof an das Vikariat, dasselbe habe Gerner „zu bereden, dass er wenigstens noch so lange dabei verbleibe, bis die ersten Seminariums-Competenten wiederum austreten können, allenfalls ist ihm einstweilen ein Clericus, der die erforderlichen Eigenschaften dazu hat, als Gehilfe beyzugeben“. So blieb Gerner dem höheren Wunsche gemäss noch bis zum 20. Dez. 1791, um dann für immer aus seinem Schulamte zu scheiden.

Hier, wo wir uns von Gerner zu trennen haben, sei es gestattet, seiner Bedeutung in zusammenfassender Weise nochmals zu gedenken und einen kurzen Blick auf seine weiteren Lebensschicksale zu werfen. —

* 1748
Gerner ist neben Franz Ludwig entschieden die wichtigste Persönlichkeit, ja die eigentlich centrale Figur in dem Kleingemälde der Bamberger Volksschulreform am Ende des vorigen Jahrhunderts. 15 Jahre lang stand er als Schuldirektor an der Spitze des hochfürstl. Volksschulwesens und zugleich im Dienste der Lehrerbildung. Was er hier durch Aufsicht und Direktion, durch seine eigene unterrichtliche und literarische Thätigkeit, durch seine beratende Stimme in der Schulkommission und dem Fürsten gegenüber gewirkt, haben wir fast auf jedem Blatte unserer bisherigen Darstellung zu ersehen Veranlassung gehabt. Gerner gehörte nicht zu den pfadfindenden, schöpferischen Geistern des „pädagogischen Jahrhunderts“, sein pädagogischer Ideenkreis bewegt sich vollständig in dem Ring der Felbigerschen Schulreform mit allen ihren Vorzügen und Mängeln; überall treffen wir ihn in Abhängigkeit von dem berühmten Saganer, bzw. Wiener Normalmeister; in einzelnen seiner schriftl. Gutachten oder Vorschlägen benützt er wortgetreu die Gedanken der Felbigerschen Schulkunde; — aber bei aller seiner ausgebreiteten Thätigkeit behält er unverrückt und mit heiligem Ernste das eine Ziel im Auge: Besserung der Volks-

schule und Volksbildung durch Hebung der Lehrerbildung. Frei von jeder Schönfärberei und jenem gefühlsseligen Optimismus, der sonst vielfach die pädagogischen Reformen jener Zeit auszeichnet, weist er immer und immer wieder mit nüchterner Logik auf die bestehenden Gebrechen und Schäden des Schulwesens hin, um Interesse und Opferwilligkeit für eine nachhaltige Besserung der Zustände bei den massgebenden Faktoren zu erwecken. Gerners eifrige und erfolgreiche Thätigkeit fand auch die volle Anerkennung des Fürstbischofs. Um sein sehr bescheidenes Einkommen zu erhöhen, hatte er ihm durch Dekret vom 17. Mai 1785 die erledigte Stiftspfründe zu St. Jakob verliehen. Mit Genehmigung der erbetenen Entlassung aus dem Schuldienste ernannte ihn Franz Ludwig am 17. Dez. 1791 zum fürstl. Hofkaplan unter Beibehaltung von Sitz und Stimme in der Schulkommission, und am 18. Dez. 1791 erhielt er dazu das in Erledigung gekommene Beneficium des St. Martha-Seelhauses¹⁾. Als Mitglied der Schulkommission blieb er übrigens auch in den nächsten Jahren mit der Sache des Schulwesens, insbesondere der Lehrerbildung in Verbindung und war regelmässiges Mitglied der Prüfungskommission bei den Seminarprüfungen. Sein warmes und teilnehmendes Herz für die dürftige äussere Lage der Lehrer aber zeigte er, der selbst so wenig mit Glücksgütern Gesegnete, dadurch, dass er am 6. November 1797 dem Fürstbischof ein Kapital von 1080 fl. frk. zur Verfügung stellte, welches dem hochfürstlichen Schulfond zugelegt, dessen Zins aber dazu verwendet werden sollte, „den 4 Stadtschullehrern im Kaulberge, im Sande, in der Langengasse und im Steinwege, welche grösstentheils dermal noch keine ständigen Schulwohnungen haben, sondern den Hauszins bezahlen müssen, jährl. 40 fl. frk. zu verabreichen“²⁾.

Nachdem Gerner schon am 10. April 1795 (durch Franz Ls. Nachfolger, Christoph Franz) mit der Ernennung zum geistlichen Rate geehrt worden war, wurde er am 31. Mai 1798 durch den Domdechant Frh. v. Hutten auf die einträgliche Stadtpfarrei zu Amberg präsentiert, auf welcher Stelle er als Dechant und Stadtpfarrer am 18. Dez. 1813 das Zeitliche segnete.

1) s. Hochfürstl. Dekrete von 1783—91 (im Bamberger Kreis-Archiv).

2) Akten, Geschenke an den Schulfond (Archiv des hist. Ver. Bamberg).

19. Kapitel.

Die weiteren Seminarjahre von 1792—1795 (bezw. bis zur Auflösung des Hochstifts 1802).

Als Nachfolger Gerners wurde der Alumnus des geistl. Seminars Joh. Bapt. Betz ernannt. Schon durch Dekret vom 2. Aug. 1791 war er vom Fürstbischefe als Vizedirektor des Schullehrerseminars aufgestellt und zugleich mit der durch das Ableben des geistl. Rats Schmittlein erledigten Stifts-Präbende zu St. Stephan bedacht worden. Da er keinen weiteren Gehalt bezog, so verfügte der Fürstbischof, dass er noch bis auf weitere Verfügung im geistl. Seminar belassen werde und von dort wie seither seine Verpflegung erhalte. Inwiefern er zur Unterstützung Gerners im Schullehrerseminar schon im 1. Kurse desselben thätig war, lässt sich aus den Akten nicht ersehen. Am 20. Dez. 1791, nachdem Gerner abgetreten, erhielt er sein Dekret als wirklicher Direktor, trat damit in die jährliche Besoldung von 100 fl. aus dem Schulfonde ein und bezog am 4. Febr. 1792 das Schnappaufische Haus. —

Betz, geb. 1764 zu Neukenroth¹⁾, hatte sich auf den Schulen zu Bamberg dem Weltpriesterstande gewidmet, bereits im Jahre 1783 das philosophische Doktorat erhalten und durch seine vorzüglichen Leistungen die Aufmerksamkeit des Fürstbischofs auf sich gezogen. So wurde er, erst 27jährig, „wegen seiner Höchstdenselben genugsam bekannten mehreren vorzüglichen Eigenschaften und zum Unterrichte der Schulseminariumskandidaten erforderlichen ausgezeichneten Anlagen“²⁾ für das Seminardirektorat bestimmt.

Betz entfaltete in dieser Stellung eine äusserst eifrige, gewissenhafte und erfolgreiche Thätigkeit als Lehrer- und Seminarregent.

Von wissenschaftlichem Geiste erfüllt, suchte er auch der ihm anvertrauten Lehrerbildung, soweit es die Verhältnisse gestatteten, eine gewisse innere Vertiefung zu geben und in seinen Zöglingen jenes geistige Interesse zu erwecken, welches allein einen wirklichen

1) Jäck, Panth. der Litteraten etc. S. 72.

2) s. Anstellungsdekret vom 2. Aug. 1791. (Hochfürstl. Dekrete von 1783—91.)

Lehrerfolg sichert und die gesamte Bildungsarbeit richtig fundiert¹⁾. Er genoss die höchste Verehrung seiner Zöglinge²⁾, die allgemeine Achtung des Publikums und die vollste Anerkennung seiner Vorgesetzten, die ihm durch verschiedene Belobungsdekrete, durch Ernennung zum Mitgliede der Schulkommission, sowie zum geistl. Rat auch äusserlich bezeugt wurde. Auch war er mit der Ausarbeitung eines öffentlichen Religionshandbuches beauftragt worden. Er hinterliess dasselbe bei seinem frühzeitigen Tode als umfangreiches Manuskript, welches aber auch später nicht zum Drucke gelangte³⁾.

II. Seminar Aufnahme. Bereits im Januar 1792 hatte die 2. Aufnahmsprüfung in das Schullehrerseminar stattgefunden. Zu derselben waren 21 Prüflinge, teils Kantoren, teils Kandidaten erschienen.

Die Prüfung ward im Beisein der geistl. Räte Schott und Schellenberger, dann der unter sich abwechselnden Hofräte Schubert und Hepp, sowie des neuernannten Hofkaplans Gerner vom Direktor Betz vorgenommen, und durch Schulkommissionsprotokoll vom 8. Febr. 1792 wurden 6 Zöglinge zur Aufnahme begutachtet. Der Fürstbischof, gewohnt, alle ihm zur Entscheidung vorgelegten Einzelheiten selbst zu prüfen und allen Schritten seiner Behörden auf den Grund zu sehen, äussert verschiedene Bedenken gegen dieses Gutachten. Er findet auffallend, dass einige der bestqualifizierten Prüflinge von der Aufnahme ausgeschlossen seien und dass ferner 2 der Kandidaten aus dem 1. Konkurse, ohne bei der 2. Prüfung erschienen zu sein, zur Aufnahme vorgeschlagen werden, — und es bedurfte einer umfänglichen Auseinandersetzung und Rechtfertigung der Schulkommission, um den Fürsten für die Genehmigung ihrer Vorschläge zu gewinnen, welche erst am 23. März erfolgte mit dem Bemerken, dass er sich weitere genauere Bestimmungen über die Seminar Aufnahme vorbehalte und entschieden darauf bestehen müsse, dass künftighin auf einen früheren Konkurs eine Rücksicht nicht mehr genommen werde.

1) Vergl. die Bemerkungen über den damaligen Seminarunterricht in Schneidawinds Versuch einer statist. Beschreibung des kais. Hochstifts Bamberg. I, S. 184 u. 185.

2) „Seine Worte galten zum Beweis so viel wie ein Schrifttext“, schreibt einer seiner Schüler (Akten des hist. Ver. Bamberg).

3) Vergl. Skizze einer Geschichte der christl. Katechetik 1812 (v. G. J. Schatt) S. 60 ff., wo ein Abschnitt dieses Katechismus abgedruckt ist.

So konnte erst am 10. April 1792 der Unterricht des 2. Seminarkurses eröffnet werden, welcher bis zum 29. Sept. (also 25 Wochen) dauerte. Von den 6 Zöglingen desselben genossen 5 völlig freie Verpflegung, während einer das halbe Kostgeld (tägl. 6 kr.) zu entrichten hatte.

In Bezug auf Haus- und Tagesordnung wurde auch unter der neuen Direktion im allgemeinen an den von Gerner aufgestellten Plänen festgehalten.

Der gesamte Unterricht (mit Ausschluss der Musik) liegt nach wie vor in den Händen des Direktors, welcher Religionslehre, Katechetik, Methodik und deutsche Sprache nach eigenem Manuskripte vorträgt, bezw. diktiert, während biblische Geschichte nach „Felbiger“, Rechnen nach „Gerners Anleitung“, Höflichkeitslehre nach dem „goldenen Mädchenspiegel“ und Naturlehre nach „Sturm“ gelernt wird. — Im pädagogischen Unterrichte scheint unter Betz die „Normalmethode“ Felbigers nicht mehr die unbedingt herrschende, und der Mechanismus des „Tabellarisierens“ ganz verlassen worden zu sein; neben Felbigers Schulkunde befindet sich das für seine Zeit vorzügliche Lehrbuch von Villaume¹⁾ in den Händen der Seminaristen.

Aus den Zensurtabellen dieses wie der folgenden Kurse ergibt sich, dass während der Kursdauer 2 Fortgangsprüfungen stattfinden, worauf dann als 3. Examen die feierliche Schlussprüfung folgte. Die Entlassung des 2. Seminarkurses fand am 29. Sept. 1792 statt.

III. Seminar Aufnahme. — Schon im nächstfolgenden Monat wurde die 3. Seminar Aufnahmeprüfung abgehalten, an welcher sich 31 Kantoren und Kandidaten beteiligten, darunter 11, die sich zum zweitenmale und 3, die sich zum drittenmale der Prüfung unterzogen. Bezüglich des Modus der Auswahl zur Aufnahme befindet sich auch diesmal der Fürstbischof im Widerstreit mit der Schulkommission. Während letztere einzelne der bestbestandenen Kandidaten mit dem Bemerkten zurückweisen will, dass dieselben „eines ferneren Unterrichts nicht mehr bedürfen, sondern jedem Schuldienste mit gutem Nutzen vorgesetzt werden können“, legt der Fürst in einer eigenhändig konzipierten Entschliessung vom 2. Januar 1793 dar, dass die Aufnahme ausschliesslich nach dem Massstabe der

¹⁾ Villaume, Prakt. Handbuch für Lehrer an Bürger- und Landschulen (für die k. k. Staaten bearbeitete Auflage, 1789).

Prüfungsqualifikation erfolgen solle, mithin nur die bestbestandenen zur Aufnahme gelangen können. Und mit welcher verständnisvoller Sorgfalt und gesundem Sinn Franz L. in die Materie der Prüfung selbst eingeht, zeigt die gleiche Entschliessung, in welcher er aus eigener Initiative die Prüfungsliste dahin abzuändern bestimmt, dass die bisher geltenden „8 Rubriken vor Orgelspielen, Choral- und anderem Singen höchstens auf drey mögen reducirt werden; denn da sie die Hälfte von allen Rubriken ausmachen und darinnen doch bey weitem nicht die Hälfte der Eigenschaften eines vortrefflichen Schullehrers besteht, so kann die Sache bei Berechnung der Noten und Beurtheilung der Verdienste zweckwidrige Wirkung haben“. Auf Grund vorgenannter Entschliessung wurden ausser den 5 von der Schulkommission vorgeschlagenen Kandidaten, die auf Seminarkosten verpflegt werden, noch 2 (und zwar die bestbestandenen) aufgenommen, die ihre Verpflegung auf Kosten des Fürstbischofs erhielten. Mit denselben wurde der Unterricht am 31. Jan. 1793 begonnen und am 6. Sept. desselben Jahres wieder geschlossen. — Die hochfürstliche Entschliessung vom 10. Sept. d. J., welche die Entlassung der Kandidaten genehmigte, brachte einen wichtigen Fortschritt für die Ausgestaltung der Seminarverhältnisse. Der Fürstbischof verordnet, „um künftig in Hinsicht des Anfanges und der Dauer der Lehrkurse, wie es der Eigenschaft eines Lehrinstituts entspricht, eine sichere und zuverlässige Norm zu haben“, dass die Termine des Ein- und Austritts fixirt und alljährlich bestimmt eingehalten werden sollen. Die Schulkommission setzte hierauf die Zeit des Eintritts auf Martini (11. Nov.) und die des Austritts auf Mariä Geburt (8. Sept.) fest, was der Fürstbischof unter dem 30. September 1793 genehmigte. So war der bisherige 6monatl., bzw. 7monatl. Kursus auf einen 10monatlichen gebracht und damit erst ein eigentliches Schuljahr für den Seminarunterricht geschaffen worden.

IV. Seminaraufnahme. Für eine geregelte Fortsetzung der Seminarthätigkeit drohte übrigens eine unliebsame Störung dadurch einzutreten, dass Direktor Betz in Rücksicht auf seine bereits damals angegriffene Gesundheit das Ansuchen stellte, dass für den Winter 1793/94 der Unterricht ausgesetzt werden möchte. Der Fürstbischof geht nicht auf diese Bitte ein, sondern bestimmt viel-

mehr, dass der Clericus Alumnus Gross zur zeitweiligen Vertretung des Direktors in das Seminar beordert werde in der Weise, „dass derselbe als Alumnus des geistl. Seminars fortgeführt werden und von dorthier Tisch und Kleidung erhalten, im übrigen aber ausser der Tischzeit im Schullehrerseminar bey Tag und Nacht sich aufhalten solle“. Als Wohn- und Schlafräume wurden ihm 2 Zimmer des 3. Stockes, neben den Zimmern der Kandidaten gelegen, bestimmt.

Hierauf wurde im Okt. 1793 die 4. Aufnahmeprüfung abgehalten; unter 35 geprüften Kandidaten erlangten 6 die Aufnahme in das Seminar. Der Lehrkursus dauerte vom 18. Nov. 1793 bis 7. Sept. 1794. Alumnus Gross leistete bis zum 11. Juni 1794 die erforderliche Aushilfe und erhielt dafür 30 fl. als „Ergötzlichkeit“ aus dem Normalschulfond bewilligt¹⁾.

V. Ein weiteres Seminarjahr (das letzte unter Franz Ludwigs Regierung) begann im Nov. 1794 und währte bis zum 8. Sept. 1795. Von 47 geprüften Kandidaten werden diesmal 11 aufgenommen, wovon 5 mit freier Verpflegung und 4, die sich erbieten, das halbe Kostgeld zu bezahlen. Die übrigen 2 haben selbst für ihre Verpflegung, und zwar ausserhalb des Seminars, zu sorgen. So treten uns hier zum erstenmale externe Schüler des Seminars entgegen; das Externat derselben hat aber seine besonderen Gründe; der eine der betreffenden Zöglinge (J. N. Hellerich von Marktschorgast), der die 5 untern (latein.) Schulen und den 1. philosophischen Kursus absolviert hat, will sich zum latein. Schullehrer ausbilden und nimmt so eine gewisse Ausnahmestellung ein; der andere aber (Chr. Fr. Ebert von Heiligenstadt) ist Protestant, der erste seiner Konfession, der im Hochfürstl. Seminar Aufnahme begehrt. Die Schulkommission findet gegen die Aufnahme des letzteren „umsoweniger einiges Bedenken, als a) andurch den protestantischen Diöcesanunterthanen wahrer Nutzen verschafft werde²⁾, b) der Supplikant von gesetztem Charakter und von gutem moralischem Betragen sey; auch c) von dem H. Oberhofmarschalle für dessen Unterkunft und Verpflegung

1) Gross, Andr. (geb. 1766) wurde später Professor an der Universität Bamberg, 1805 Pfarrer zu St. Gangolph, 1821 Domkapitular, zugleich von 1809—1834 Stadtschul-Kommissär; † 15. Juni 1847.

2) Zum Bamberger Kirchensprengel gehörten damals 6 protestantische Landpfarreien, nämlich: Heiligenstadt, Unterleinleiter, Kirchahorn, Grafengehaig, Presseck und Rugendorf (Schneidawind, statist. Beschreibung etc., Beilage XXX).

ausser dem Seminarium gesorgt werde“. Die Beschlüsse der Schulkommission finden unterm 10. Nov. 1794 ihre Genehmigung; — es war die letzte Entschliessung, die Franz Ludwig in Seminarangelegenheiten ergehen liess; denn bald ruhte die Hand für immer, die in so rastlos thätiger, dabei so wahrhaft menschenfreundlicher und wohlwollender Weise über der neuen Pflanzstätte der Lehrerbildung gewaltet hatte. — —

Kaum lässt sich der schul- und lehrerfreundliche und bildungsbegeisterte Sinn des edlen Fürsten irgendwo besser erkennen, als aus den Erlassen, die in Sachen des Seminars aus seiner Feder geflossen sind. Die Seminararbeit erhält hier stets ihre volle Würdigung; die auf die Seminar-Entlassung bezüglichen Bescheide sind des Lobes voll über die Leistungen der Schüler und Lehrer, über die obsorgende Thätigkeit der Schulkommission. Die wohlthuende Wärme allerhöchster Anerkennung zeigt übrigens ihren Reflex bald auch in weiteren Kreisen bis zur bäuerlichen Bevölkerung herab. Die Schulkommission konstatiert i. J. 1797, „dass einzelne Landschulmeister und Bauern mit Freude sehen, dass Kantoren aus dem Erziehungsinstitut viel geschickter und nützlicher an ihrem Berufsgeschäfte arbeiten, als ununterwiesene“, und sich daher freiwillig erbieten, ihre Söhne auf eigene Kosten in das Seminar aufnehmen zu lassen¹⁾. Ebenso offenbaren die Bemerkungen Schneidawinds (1797) über das neubegründete Schullehrerseminar²⁾, wenn sie auch hinsichtlich der wissenschaftlichen Erfolge des Unterrichts über die Grenzen der Thatsächlichkeit hinausschiessen dürften, mindestens eine von warmem Interesse getragene wohlwollende Anerkennung der ernsten und stillen Seminar-Thätigkeit auch in der literarischen Welt.

Anmerkung. Obgleich hier am Ende des von uns ins Auge gefassten Zeitabschnittes angelangt, geben wir des Zusammenhangs und der Vollständigkeit halber noch einige weitere Daten aus der Seminarchronik bis zur Aufhebung des Hochstifts.

Unter dem Nachfolger Franz Ludwigs (Christoph Franz von Buseck) ging die Seminarfrage einer augenscheinlichen Vernachlässigung entgegen. Teils in Folge der kriegerischen Zeitverhältnisse, teils um Mittel zur Besoldung für die bisher aus der Privatschatulle Franz Ludwigs unterhaltenen Lehrerinnen zu gewinnen, bleiben die Seminarkurse oft jahrelang ausgesetzt, — ganz entgegen der Intention des Stifters, der ausdrücklich einen ununterbrochenen Fortgang des Unterrichts gewünscht hatte.

So fand gleich im Jahre 1795/96 keine Seminaraufnahme statt. Das Vordringen der französischen Armee unter Jourdan, welche im August 1796 auch in Bamberg ein-

1) Schulkommissions-Akten, 2. Band.

2) Schneidawind, statist. Beschreibung I, S. 184 ff.

rückte, verbreitete allenthalben Furcht und Schrecken, wodurch auch das Schullehrerseminar in Mitleidenschaft gezogen wurde; denn in der Rechnung pro 1796/97 finden wir als Ausgabe verzeichnet: „25 fl. an Fuhrlohn bey für gewesenen französischen Einfall die Seminarius-Effekten an weissen Zeug und einen ganz gerichteten Bett in zwei Schlagfässern von hier nach Hollfeld, von da nach Stadtsteinach und Culmbach, von da wiederum zurück und hieher in Sicherheit zu bringen“. — Nachdem die Ruhe wieder-gekehrt, wurden im November für das Schuljahr 1796/97 9 Kandidaten, welche sich ohne besondere Aufforderung angemeldet hatten, in das Seminar aufgenommen und auf ihre eigenen Kosten verpflegt. — Im Jahre 1797/98 erhielten unter 37 angemeldeten Kandidaten 15 die Aufnahme, worunter 5 als Alumnen (mit unentgeltlicher Verpflegung), 1 als Halb-Alumnus (der das halbe Kostgeld zahlte), 8 als Conviktoren (gegen Zahlung des ganzen Kostgeldes) und 1 als externer Schüler (ohne Verpflegung). — Im Jahre 1798/99 bleibt der Unterricht ausgesetzt. — Im Jahre 1799 auf 1800 werden von 39 Geprüften 11 als Zöglinge aufgenommen (6 unentgeltlich und 5 auf eigene Kosten). Durch nachträgliche Aufnahme aber erhöhte sich der Kursus auf 20 Zöglinge. Wegen häufigen Unterrichtsausfalls infolge der Kränklichkeit des Direktors wurde der Kursus um zwei Wochen und vier Tage verlängert. — 1800/01 bleibt der Unterricht abermals ausgesetzt. Ein Teil der Betten des Seminars wird von dem in der Stadt errichteten französischen Krankenspitale requiriert, später jedoch wieder zurückgeliefert. Für hiebei verloren gegangene Bettstücke werden dem Schulfond 43 fl. 15 kr. vergütet. — Das Seminargebäude selbst erhielt französische Einquartierung und das Seminar-Inventar kam dabei vielfach zu Schaden. Unter den Ausgaben des nächsten Jahres erscheinen daher zahlreiche Posten für Reparaturen und Neuanschaffungen mit dem Vermerk: „weil alles von Franzosen her verdorben und verbrochen worden“¹⁾.

Am 21. Jan. 1801 verstarb der schon längere Zeit kränkelnde Direktor Betz, erst 36jährig, an den Folgen einer schleichenden Abzehrung. — Als sein Nachfolger wurde am 13. Febr. 1801 der bisherige Professor der Grammatik Nikolaus Hauptmann ernannt, welcher bereits am 12. Juli 1802 mit einer Gehaltszulage von 100 fl. frk. bedacht wurde, so dass sein Gehalt nunmehr 200 fl. frk. betrug. Im Jahre 1801/02 fand ebenfalls keine Seminaraufnahme statt. —

Der nächste Seminarkurs begann erst am 22. Nov. 1802 mit 16 Zöglingen und fällt bereits unter kurfürstlich-bayerische Verwaltung.

20. Kapitel.

Das Industrialschulwesen.

Wir haben schon eingangs erwähnt, wie die Bildungsbestrebungen der Aufklärungsperiode neben dem rein humanitären auch ein nationalökonomisches Motiv in sich bergen. Aus diesem heraus erklären sich zunächst die Versuche, mit der Hebung des Schulwesens auch die Hebung der ökonomischen oder technischen Leistungsfähigkeit des Volkes oder einzelner Bevölkerungsklassen in Ver-

¹⁾ cf. 25. Normalschulrechnung.

bindung zu setzen. Typisch für diese Bestrebungen erscheint bereits das berühmte „General-Landschulreglement“ Friedrichs des Grossen vom J. 1763, dessen § 14 bestimmt, „dass keine zu Schulmeister und Küster angenommen werden sollen, als welche in dem Churmärkischen Küster- und Schul-Seminario zu Berlin eine Zeit lang gewesen und darinnen den Seydenbau sowol, als die vortheilhafte Methode des Schulhaltens gefasset haben“¹⁾.

Fussend auf den damals herrschenden Grundsätzen des Merkantilismus, suchte der grosse König den Seidenbau als Nebenbeschäftigung der Prediger, Küster und Schulmeister anzuordnen, sowohl „zu ihrem eigenen Gewinn und besseren Subsistence“, als insbesondere zum allgemeinen Nutzen des damals so industriearmen Landes. Aber auch in anderen Gegenden Deutschlands werden Versuche gemacht, durch die Mithilfe der Schule und der Schullehrerbildungsanstalten die Seidenzucht in Aufschwung zu bringen, so insbesondere auch in Franken schon unter der Regierung Adam Friedrichs von Seinsheim²⁾. Während wir an diesen und anderen Versuchen, die Thätigkeit der Schule mit der Industrie in Beziehung zu setzen, eine eigentlich pädagogische Idee vermissen, war der böhmische Pfarrer Ferdinand Kindermann von Kaplitz (nachmals Ritter von Schulstein) der erste, welcher der industriellen Thätigkeit in der Schule neben der nationalökonomischen auch eine eminent pädagogische Seite abgewann und damit die Forderung Rousseaus, dass sich die Arbeiten des Körpers und des Geistes gegenseitig zur Erholung dienen sollen und dass Landbau und Handwerk als wesentliche Erziehungsmittel zu behandeln seien, in seiner Art verwirklichte. Die von ihm ums Jahr 1786 durchgeführte Verbindung des Industrie-Unterrichts mit der Trivialschule erfreute sich nicht bloss in Böhmen und den übrigen österreichischen Ländern, sondern bald in ganz Deutschland, im Norden wie im Süden, in katholischen wie protestantischen Territorien ausserordentlichen Beifalls. Allenthalben entstehen diese „Industrie- oder Arbeitsschulen, deren Erfolge in pädagogischen und literarischen Zeitschriften mit

1) Nach Stadelmann, Preussens Könige in ihrer Thätigkeit für die Landeskultur, Leipzig 1882 II, S. 290 ff.

2) Vergl. Küffner, Beiträge zur Geschichte der Volksschule S. 117.

dem charakteristischen Optimismus des Zeitalters gepriesen werden¹⁾, während andere zeitgenössische Schriftsteller die Frage der Bildung des Volks zur Industrie eingehend nach ihrer theoretischen Seite behandeln²⁾. Unter den Staaten, in welchen die Idee der Industrieschule bald Wurzel fasste, steht Würzburg mit in vorderster Reihe. Das edle Streben Franz Ludwigs, die materielle und geistige Wohlfahrt seiner Unterthanen zu fördern, fand hier ein weites Gebiet seiner Bethätigung. Durch eine umfangreiche Verordnung vom 26. Mai 1789 an die Seelsorger und Beamten wird die allgemeine Einführung dieses Industrie-Unterrichts in eindringlichster Weise empfohlen. Als Zweck desselben bezeichnet die Verordnung³⁾: „die Kräfte der Kinder, männlichen und weiblichen Geschlechts vom 6. bis zum 12. Jahre, als welche Zeit sonst lediglich mit dem literarischen Schulunterrichte dahingieng, und wovon ausser diesem Unterrichte alle übrigen Stunden im Nichtsthun verändelt wurden, besser und zwar dahin zu benutzen, dass sie schon in diesen Jahren die Arbeit lieb gewinnen, vom Müssiggange entwöhnt werden; dass solche Kinder dasjenige zu gleicher Zeit nach der ihnen möglichst besten Art und an den in ihren Verhältnissen gängigen und zur Zeit gebräuchlichen oder leicht einzuführenden Gegenständen treiben, was sie in den Schulen hören; dass mithin ihre Erziehung im Ganzen praktischer werde, und also die Kinder beyderlei Geschlechts mehr dazu gebildet werden, was sie meistens ihrer Bestimmung nach seyn, und womit sie sich Zeitlebens beschäftigen und ernähren müssen“.

Zu dem Zwecke sollen überall da, wo nicht schon durch besondere Schullehrerinnen in den weiblichen Handarbeiten unterrichtet wird, eigene „Arbeitslehrerinnen“ aufgestellt werden, „welche neben dem wie gewöhnlich von den Schullehrern fort zu ertheilenden literarischen Unterrichte, die weibliche Schuljugend im Nähen, Spinnen, Stricken u. dgl. unterrichten und üben“; ferner soll, wenn irgend thunlich, bei jeder Landschule ein „Industriegarten“ angelegt werden, „wo verhältnismässig die weibliche und männliche Schul-

1) Vergl. die Nachrichten in Zerrenners „Deutscher Schulfreund“ Bändchen 1—12 oder „Journal von oder für Deutschland“ 1789; Wirzburger gelehrte Anzeigen 1790—93: Krünitz Encyclopädie, Th. 61, Artikel: Landschule etc.

2) Vergl. u. a.: A. Wagemann, Über die Bildung des Volkes zur Industrie, 1791.

3) Heffner, Hochfürstl. Wirzburger Landesverordnungen III, S. 434 ff.

jugend in verschiedenen Stunden in der Kultur des Bodens, in Gartenkräuter- und Futterkenntnissen, letztere besonders in Baumkenntnissen, in der Wissenschaft, Bäume zu setzen, zu schneiden und zu pflegen, Bienenzucht, Hopfenbau u. dgl. durch die Schullehrer, oder, wo diese darinnen nicht bewandert wären, durch andere unterrichtet und geübt werden“. Als die brauchbarsten Arbeitslehrerinnen werden die Gattinnen der Schullehrer, oder, wenn eine Verwendung derselben ausgeschlossen, fleissige und ehrbare ortseingesessene, zu diesem Lehramt fähige weibl. Personen bezeichnet. Der Unterricht soll unter der hergebrachten Aufsicht der Seelsorger, der Beamten und der Gemeindevorsteher stehen. Die erforderlichen Kosten sollen von den Gemeinden getragen werden, „zu deren so wesentlichen Nutzen die ganze Anstalt abgesehen ist“.

Der innige Zusammenhang dieser Verordnung mit der Thätigkeit Kindermanns ergibt sich schon äusserlich aus der diesen Weisungen angeführten Beilage: „Kurze Beschreibung des Probstes von Schulstein von der Entstehungs- und Verbreitungsart der Industrieklassen in den Volksschulen des Königreichs Böhmen“, welche zu weiterer Belehrung und Aufklärung dienen soll.

Auf Grund dieser Verfügungen entstanden im Fürstentum Würzburg, wo übrigens schon vorher durch die Ursulinerinnen in deren Töchterschulen ein erfolgreicher Handarbeitsunterricht eingeführt war¹⁾, zahlreiche Anstalten für den industriellen Unterricht. — Aber auch in Bamberg fehlte es nicht an diesen nationalökonomisch-pädagogisch-industriellen Bestrebungen. Sie standen zunächst mit der durch Franz Ludwig in so vorzüglicher Weise erfolgten Regelung des Armenwesens in Zusammenhang.

Um durch Beförderung der Industrie unter der ärmeren Volksklasse deren Wohlstand zu erhöhen, zugleich dieselbe dem Müssig gange und dessen verderblichen Folgen zu entreissen, wurden im Arbeitshause zu Bamberg im J. 1787 Spinnsäle eröffnet, in denen der Arme neben einem würdigen und warmen Obdache Gelegenheit zum Verdienst, der Lernbegierige zugleich den entsprechenden Unterricht fand. Vom Jahre 1787—88 wurden darin 528 Personen im Baumwollespinnen unterrichtet und im J. 1790 72 Kinder vom 12. bis

¹⁾ Vergl. Nachrichten von den Töchterschulen bei den Ursuliner Klosterfrauen in Würzburg in Zerrenners deutscher Schulfreund, 3. Bändchen (1792), S. 114 ff.

14. Jahre von der Ober-Armeninstituts-Kommission dazu angehalten. Auch vermögende Bürger der Stadt liessen ihre Kinder an diesem Unterrichte teilnehmen¹⁾. In den weiblichen Schulen der Stadt gehörte seit ihrer Begründung der Handarbeitsunterricht zu den obligatorischen Lehrgegenständen.

Eine eigene Verordnung bezüglich der Einführung von Industrieschulen auf dem Lande, analog der Würzburger, scheint in Bamberg nicht ergangen zu sein, doch war die Begründung eines allgemeinen Industrial-Schulwesens im Bamberger Gebiet ums Jahr 1792 sicherlich im Gange, da sowohl in den neugeregelten Bestimmungen über den Wirkungskreis der Schulkommission vom 20. Dez. 1791 unter den der Kommission unterstellten Schulgattungen die „künftigen Industrieschulen“ erwähnt werden (Kap. 9), als auch das grosse Schulreferat des geistl. Rates Schott vom 15. Febr. 1792 auf dieselben hinweist (s. Kap. 15) und sich, „wenn dieselben recht in Gang und emporkommen“ nennenswerte fiskalische Vorteile verspricht.

Bemerkenswert ist die Antwort des Fürstbischofs hierauf (18. Mai 1792): „Richtig mag es seyn, dass, wenn besonders die Industrial-Lehranstalten gedeihen und nach diesen die Zweige einer wohlgeordneten Landwirthschaft darauf gepflanzt werden, das Kameralinteresse in der Folge dadurch einen Zuwachs gewinne, es ist aber dieses bey den gegenwärtigen Verbesserungsvorschlägen meine unmittelbare Absicht nicht; am allerwenigsten darf solche Sprache in dem Publiko bekannt werden, weil solches ohnehin in dem irrigen Wahne steht, dass es nicht für seine eigne, sondern der Staatskassen Vorteile gemeint sey; auf solche Art hab Ich meinen Wirzburgischen Unterthanen das Selbstgefühl ihrer Glückseligkeit bey dieser neuen Anstalt gewecket und Misstrauen verscheucht“.

Finden wir in diesen Andeutungen die unzweifelhaften Belege für die allerhöchste Absicht einer allgemeinen Durchführung der Industrieschule, so sehen wir andererseits, wie thätige und einsichtsvolle Beamte oder menschenfreundliche Patrone den Industrieschulgedanken auch im Bamberger Gebiete mit Glück in die Praxis übersetzen. Der Administrator des Vogteiamtes zu Weismain, Franz Burkard, der preisgekrönte Bearbeiter der von Franz Ludwig gestellten Preis-

¹⁾ Schneidawind, Versuch einer statist. Beschreibung etc., I, S. 102.

fragen über das Armenwesen, errichtete i. J. 1792 zu Weismain eine Industrieschule, in welcher er der Jugend hauptsächlich Unterricht in der Zubereitung und Bearbeitung der Wolle erteilen liess¹⁾.

In demselben Jahre legte der verdienstvolle Hofrat Stenglein in dem zu seiner Verwaltung gehörigen Dorfe Wildensorg eine Industrieschule an, um der Jugend Unterricht in der Baumzucht, dem Veredeln der Bäume etc. erteilen zu lassen. Aus den gezogenen Obstbäumen sollten Gemeindegrundstücke, Weiden, Strassen und Wege bepflanzt, auch jedem Gemeindegossen so viele Baumstämmchen verabreicht werden, als er zu seinen Unternehmungen nötig hatte. Die Gemeinde trat ein an das Schulhaus grenzendes Grundstück von $\frac{3}{4}$ Morgen ab, um dasselbe zu einem Industriegarten einzurichten. Ums Jahr 1797 waren bereits einige tausend Birn- und Apfelbäumchen aus Kernen gezogen²⁾.

Im Amte Burgebrach wirkte besonders der eifrige Amtsvogt Reider für Einführung des Industrieunterrichtes³⁾. Der Gemeinde Schönbrunn (Amts Burgebrach) wird im J. 1793 auf Ansuchen ein Raum des Schönbrunner Schlossgartens zur Anlegung eines Industriegartens bewilligt, wogegen sich die Gemeinde erbietet, seinerzeit jährlich 2 Stück versetzbare Bäume auf die zum oberamtlichen Einkommen gehörigen Felder unentgeltlich zu liefern⁴⁾. Zu Pettstadt (bei Bamberg) wurde noch in den letzten Jahren des Hochstifts (1801) durch den um das dortige Schulwesen sehr verdienten Patron Domdechant Frh. von Hutten eine Industrieschule begründet⁵⁾. — So keimte und sprossste wenigstens an einzelnen Orten die zarte Pflanze der industriellen Unterweisung auf dem dürftigen Boden der Volksschule. Zu einer kräftigen Entfaltung konnte sie jedoch nicht kommen. Wie im Würzburger Gebiete⁶⁾, so waren auch in Bamberg, ja hier noch viel mehr, die eifrigsten Bemühungen des Fürstbischofs und seiner nächsten Umgebung nach dieser Seite hin von

1) s. Beilagen zu den Würzburger gelehrten Anzeigen 1793, Monat Februar.

2) Schneidawind, a. a. O. I, 187 und 188.

3) Haas, Geschichte des Slavenlandes a. d. Aisch etc., Bamberg 1819, II, S. 83.

4) Schulkommissions-Protokoll II. Bd. fol. 57.

5) Ausführl. Nachrichten hierüber s. „Fränkischer Schulmerkur“ 1805, No. 6 ff.

6) Vergl. hierüber: die Industrieschule im Fürstbist. Würzburg vor 100 Jahren, von K. Küffner (in der gemeinnützigen Wochenschrift für Unterfranken und Aschaffenburg, Jahrg. 1887, No. 1—4).

unsicheren, in mehr als einer Beziehung zweifelhaften Erfolgen begleitet. Die Ungunst der politischen Verhältnisse, das Vorurteil und die Indolenz der Bevölkerung, nicht zum wenigsten auch die Gleichgültigkeit vieler Beamten und Geistlichen, sowie selbst der Regierung nach dem Tode Franz Ludwigs liess die dürftigen Anfänge sehr bald gänzlich verkümmern. Erst unter dem kräftigeren Regimente der bayerischen Verwaltung feierte der Gedanke der industriellen Volksbildung eine segensvolle Auferstehung.

21. Kapitel.

Verbreitung von Volksschriften und die Bamberger Kalenderreform.

Obgleich nicht direkt der Materie des Volksschulwesens angehörend, so doch mit derselben in engster Beziehung stehend und für den pädagogischen Charakter der Zeit bezeichnend, dürfen hier wohl auch die Bemühungen Franz Ludwigs um die Hebung des Bildungsstandes und die Erweiterung des geistigen Gesichtskreises der der Schule Entwachsenen eine kurze Betrachtung finden. Die bisher dargelegten Reformen und Reform-Versuche bildeten eine Saat für die Zukunft; erst die nächste Generation konnte sich der Früchte erfreuen, die hier in dem mit Sorgfalt gepflegten Garten der Schule sich entwickelten. Aber auch die Generation der Zeitgenossen sollte Anteil haben an dem Segen der Bildungsbestrebungen, auch den Kreisen der Erwachsenen sollte die geöffnete Quelle der Verstandes- und Herzenskultur zugeleitet werden. Als das geeignetste Mittel hierzu betrachtete Franz Ludwig die allgemeine Verbreitung von Volksbüchern. Die Tendenz des 18. Jahrhunderts, Kenntnisse und Einsichten aller Art zum Gemeingute weiterer Kreise zu machen, hatte bereits eine namhafte Volksliteratur erzeugt, so dass dem bildungsfreundlichen Fürsten nur die Aufgabe zukam, hier eine Auswahl zu treffen und den geeigneten Modus der Verbreitung zu finden. Drei Werke waren es vor allem, die Franz Ludwig dazu ausersah, der allgemeinen Volksbelehrung nach verschiedenen Richtungen hin zu dienen, nämlich

1. „Das Noth- und Hülfsbüchlein, oder lehrreiche Freuden- und Trauer-Geschichte der Einwohner von Mildheim“ (verfasst von dem Gothaischen Rate Becker).
2. „Gesundheits-Katechismus zum Gebrauche in den Schulen und beym häuslichen Unterrichte. Von Bernh. Christ. Faust, D., gräflich Schaumburg-Lippischem Hofrat und Leibarzt etc.“
3. „Joh. Christoph Bernhards, Hochfürstl. Markgräfl. Badendurlachischen Ökonomieraths etc., Vorschlag zu einer wirthschaftlichen Polizey der Dörfer“ etc. —

Das erste, das sogenannte „Noth- und Hülfsbüchlein“, welches eine der verbreitetsten Volksschriften des 18. Jahrhundert darstellt und bis tief in das 19. Jahrhundert herein in bäuerlichen Kreisen seine Leser fand, bewegt sich auf dem allgemeinsten Boden der Volksbelehrung und -Unterhaltung. In einer einleitenden Geschichte wird erzählt, wie die Bauern des Dorfes Mildheim das von dem jungen Gutsherrn von der Universität mitgebrachte „Noth- und Hülfsbüchlein“ kennen lernen und bald liebgewinnen. Sodann wird der Inhalt des in der Gemeinde Mildheim so segensreich wirkenden Büchleins selbst mitgeteilt, das in 3 Teilen behandelt: 1. „Wie Bauersleute vergnügt leben können“. 2. „Wie Bauersleute mit Ehren reich werden können“. 3. „Wie sich Bauersleute in allerhand Nothfällen helfen können“. Eine reiche Fülle von Belehrungen über Nahrung, Kleidung, Wohnung, Familienleben, Erwerb und die verschiedensten Wechselfälle des Lebens wird hier in 55 Kapiteln geboten. Jedem Kapitel sind einige dem Thema angemessene Verse vorangesetzt, worauf dann die entsprechende Belehrung, mit zahlreichen Beispielen und Anwendungen ausgestattet, folgt. An der Spitze der meisten Kapitel steht ein primitiver Holzschnitt, welcher eine drastische Scene des Inhalts veranschaulicht. — Ein Schluss-Abschnitt nimmt den Faden der einleitenden Erzählung wieder auf und zeigt im wesentlichen die an die Beachtung des Not- und Hülfsbüchleins sich knüpfenden segensreichen Folgen in der Gemeinde Mildheim. Das Buch des protestantischen Gothaischen Rates wurde behufs Einführung in die fränkischen Hochstiftslande durch eine angeordnete Zensur aller für katholische Anschauungen anstößigen Wendungen und Formen entkleidet und unterm 14. Oktober 1789 mit einem Druckprivilegium für Würzburg und Bamberg versehen.

Der Faust'sche „Gesundheitskatechismus“, eine gleichfalls sehr verbreitete Schul- und Volksschrift, welche, als sie 1794 in 2. verbesserter Auflage erschien, bereits in 80000 Exemplaren abgesetzt und in die englische und dänische Sprache übersetzt worden war¹⁾, ist eine auf dem Boden des deutschen Philanthropinismus erwachsene Gesundheitslehre in Fragen und Antworten, welche zunächst den Zweck hat, in der Schule als Grundlage einer geschickten Belehrung über Körper und Gesundheit des Menschen zu dienen, zugleich aber auch vernünftige hygienische Anschauungen unter dem Volke zu verbreiten. Die 1. Abteilung handelt von der Gesundheit und erörtert die Beschaffenheit des menschlichen Körpers, die körperliche Pflege und Erziehung der Kinder, Luft und Wasser, Speise, Trank und Genussmittel, Bewegung, Schlaf, Wohnung, Erhitzung und Erkältung, Schönheit und Vollkommenheit des menschlichen Körpers. In der 2. Abteilung werden die Krankheiten zuerst im allgemeinen, dann unter Bezugnahme auf einzelne Krankheitserscheinungen, insbesondere auf die wichtigsten und gefährlichsten Volkskrankheiten: Blattern, Masern, Ruhr besprochen. Mit einem Abschnitt über Krankenanstalten schliesst dieser Teil. — Obwohl in einzelnen Punkten sich mit dem Inhalt des Not- und Hilfsbüchleins berührend, tritt doch in dem Gesundheitskatechismus der medizinische Standpunkt viel stärker hervor, als in der Arbeit Beckers. Für den Volksschulunterricht, für welchen es in erster Linie bestimmt ist, dürfte es nach Auswahl und Umfang des Stoffes hie und da zu weit gegangen sein, dagegen ist zum Zwecke hygienischer Volksbelehrung trotz der vielfach veralteten medizinischen Anschauungen Einzelnes noch heute als lesenswert zu erachten.

Das 3. Werk, Bernhards „Polizey der Dörfer“, trägt einen national-ökonomischen Charakter. Es zeigt die Veranstaltungen, die auf dem Lande zu treffen sind, um den Wohlstand und die Wohlfahrt der Gesamtheit zu fördern und behandelt so alle die Fragen der Ökonomie, Industrie und Verwaltung, welche für das Gedeihen einer Dorfgemeinde von grundlegender Bedeutung sind. — Die Verbreitung dieser Schriften sollte den Verordnungen des Fürstbischofs gemäss zunächst durch die Beamten geschehen, und zwar

1) Zerrenners deutscher Schulfreund, 11. Bändchen, S. 121.

sollten jedem Beamten soviel Exemplare unentgeltlich zukommen, dass er eines für sich behalten und je ein Exemplar an jeden Schullehrer seines Amtes, bezw. auch an jeden Dorfschultheissen austheilen konnte. Das Exemplar des Schullehrers gehört der Schule und ist in das Schulinventar einzutragen, das des Schultheissen ist Gemeinde-Eigentum und muss jedem aus der Gemeinde, der es zum Lesen verlangt, auf eine gewisse Zeit abgegeben werden. Die Schullehrer sollten ausserdem wöchentlich einen Abschnitt daraus den Kindern vorlesen und erklären, unter Umständen auch das Gemerkte von den Kindern auswendig niederschreiben lassen.

In dem Würzburger Lande wurde mit dieser Schriften-Verteilung der Anfang gemacht. Am 18. Febr. 1787 erschien hier die Verordnung, welche die Verbreitung von Bernhards „Polizey der Dörfer“ befahl¹⁾. Am 23. Januar 1791 erfolgte ein weiteres Reskript, welches die Verteilung des „Noth- und Hülfsbüchleins“ auf dem Lande zum Inhalt hatte²⁾. Schliesslich wurde durch Verordnung vom 31. Dezember 1793 die Austeilung des Faust'schen Gesundheitskatechismus an die Schullehrer befohlen, wobei ausdrücklich hervorgehoben wird, dass es die Absicht Ihrer Hochfürstl. Gn. nicht sei, „Ihre Schullehrer in Aerzte und Wundärzte, und die Schulkinder in Arznei-Verständige umzuschaffen. Ihre Wünsche schränken sich vielmehr darauf ein, Ihr Volk aufmerksamer auf die Gesundheit zu machen, dasselbe die Gesundheit schätzen und erhalten zu lehren und mit den gewöhnlichsten Volkskrankheiten bekannt zu machen, die besonders in bedenklichen Krankheiten so schädliche Selbstkur und den Gebrauch der sogenannten Hausmittel zu vertilgen, und überhaupt die Unterthanen zu belehren, dass es nöthig sey, sich den Händen geschickter Aerzte und Wundärzte in Krankheitsfällen anzuvertrauen“³⁾.

Im Bamberger Gebiet finden wir nur für die Verteilung von „Bernhards Dorfpolizei“ eine ausdrückliche Verordnung. Dieselbe, datiert vom 15. Dez. 1791⁴⁾, berührt im Eingang den Zweck der Schrift mit den Worten: „Wir sind überzeugt, dass durch Volks-

1) Heffner a. a. O., III, 364.

2) Heffner a. a. O., III, 465.

3) Heffner a. a. O., III, 631.

4) s. Bamberger Intelligenzblatt, 1792, No. 2.

schriften, wenn sie in einer dem gemeinen Manne fasslichen Schreibart die Grundbegriffe einer wohlgeordneten Polizey- und Landwirthschaft in sich enthalten, die hie und da noch herrschenden Vorurtheile bestritten, schädliche Unordnungen ausgerottet und weisliche Verbesserungen beschleunigt werden. Der gemeine, vorzüglich der Landmann klärt sich dadurch auf eine zwanglose Art auf, er beobachtet, forscht weiter, entdeckt die Mängel seines eigenen und seiner Voreltern Betragens, stellt Versuche an und begründet in der Folge einen immer anwachsenden und dauerhaften, häuslichen Vortheil; aber diese nützlichen Unternehmungen wirken auch zu gleicher Zeit auf die allgemeine bürgerliche Glückseligkeit, da das Staatsinteresse von der Wohlfahrt der einzelnen Familien nicht getrennt seyn kann. Der Regent, welcher sich dieses zum Ziele seiner Bemühungen setzt, wird bey der Ausführung seiner heilsamen Absicht erleichtert, weil der Unterthan, wenn ihm schon auf einem Nebenwege die Wahrheit begegnet, den Geist der etwa schon bestehenden oder künftig zu erlassenden Gesetze begieriger und gründlicher einnimmt; und so wird mit dem Gefühle eigener Glückseligkeit die Liebe zum Gesetze wachsen, Eigensinn und Widerspänstigkeit dahingegen unterdrückt bleiben.“ — Deshalb wird nun auf Joh. Christoph Bernhards „Polizey der Dörfer“ hingewiesen, welches im ganzen Lande zur gemeinnützigen Verteilung unentgeltlich kommen soll, dergestalt, „dass einem jeden Amte soviele Exemplare, als dasselbe Unserer fürstlichen Bothmässigkeit ergebene Ortschaften in sich begreift, nebst noch einem für die Jurisdiktionsbeamten zugeschickt werden“. Hierauf folgt die schon oben erwähnte Anweisung über die Austeilung und den Gebrauch der Bücher, sodann die Ankündigung, dass den Schullehrern der einzelnen Orte durch die Schulkommission das Buch unentgeltlich werde zugestellt werden.

Aber nicht bloss Bernhards „Dorfpolizei“, sondern auch die beiden andern Volksschriften gelangten im Bamberger Gebiete zur Verteilung¹⁾, und selbst nach Franz Ludwigs Tode wird hier diese Verbreitung noch fortgesetzt. Im Jahre 1796 werden in der Normalschulrechnung aufgeführt: 41 fl. 40 kr. rhl. Buchbinderlohn für 200 Stück Bernhards Dorfpolizei, 200 Noth- und Hilfsbüchlein und 400

¹⁾ Vergl. Notizen darüber in Zerrenners Schulfreund, VII. Bändchen (1794) S. 169; — ferner: Fränkischer Merkur 1. Jahrg. (1794/95) S. 14.

Stück Gesundheitskatechismen. Noch im Jahre 1800 wurden die genannten 3 Werke in grösseren Partien ins Schullehrerseminar geliefert, um hier zur Verteilung zu gelangen. —

Wenn man in den massgebenden Kreisen sorgfältig darauf bedacht war, gute lehrreiche Schriften unter dem Volke zu verbreiten, so durfte auch eine Schrift nicht übersehen werden, die in jährlicher Wiederkehr dem Bürger und Landmann einen vielseitig beachteten Lesestoff zuführt und als ein Volksbuch in des Wortes eminentester Bedeutung betrachtet werden muss — nämlich der Kalender. In Bamberg, und zwar in der hierzu privilegierten Gärtner'schen Hofbuchdruckerei, erschienen am Ende des vorigen Jahrhunderts schon verschiedene Kalender; aber sie bedurften einer durchgreifenden Reform, wenn sie dem Zwecke wahrer Volksbelehrung und Aufklärung dienen sollten. Der verbreitetste führte den Titel: „Bambergischer ordinari-Chronologischer Stadt- und Landkalender . . . Eingerichtet und verfertigt . . . von J. Gg. Jos. Jäger, Phil. et Medic. Doctore, Stadtphysico zu Kissingen“ (später dessen Erben). Er enthielt neben dem Kalendarium nichts als den sinnlosen Unrat des alten Kalenderaberglaubens, die astrologische Zeichendeuterei, läppische Wetterprophezeiungen, die jährliche Regentschaft eines Planeten, dessen nasse und kalte Natur, seinen Einfluss auf Erde und Menschen, abergläubische Regeln, wann es am besten sei, zur Ader zu lassen, Arznei zu nehmen, Holz zu fällen, Kinder zu entwöhnen, Haare zu schneiden etc. — kurz all jenes Sammelsurium von Aberglauben und Unsinn, gegen welches schon 2 Jahrhunderte früher kein geringerer als Fischart in seiner „Aller Praktik Grossmutter“ kräftig zu Felde gezogen war, welches aber immer noch hier wie anderwärts in jährlich wiederkehrender Gleichförmigkeit dem Käufer von Stadt und Land als Lesekost vorgesetzt wurde. Die Notwendigkeit, etwas besseres an die Stelle dieses Kalenders zu setzen, wurde von manchem einsichtsvollen Manne erkannt, und schon im Jahre 1786 brachte der Archiv-Registrator Zink den Plan zu einem neuen Kalender in Vorlage und erbat sich die Erlaubnis zu dessen Bearbeitung¹⁾. Während dieser Plan von der fürstlichen Hofkammer, dann von der geistlichen Regierung

¹⁾ Vergl. Über Kalender und Intelligenzblätter im Bambergischen in „Fränkischer Merkur“ 1. Jahrgang (1794/95) S. 326.

geprüft wurde und im allgemeinen Beifall erhielt, reiste Franz Ludwig ins Bad nach Kissingen, wo es den Jägerschen Erben gelang, die Bestätigung ihrer seitherigen Kalendermacherei weiter zu erhalten, und so verblieb der Kalender noch auf weiteres in diesem unwürdigen Zustande. Unterdessen suchte man auch in der Presse die Aufmerksamkeit auf die Kalenderfrage zu lenken. Der federgewandte Schneidawind rügt im Jahre 1791 diesen alten Kalender-Schlendrian und schliesst seinen Artikel mit den Worten: „Was sollen nun die Anstalten zur Veredlung und Cultur des gemeinen Mannes wirken, wenn gerade dasjenige, dessen er sich am meisten bedient, das dümmste und abergläubigste ist? Könnt ihr euch nun erklären, ihr Vorsteher des Volkes! woher die Widersetzungen, wenn ihr ihm seine alten Gebräuche entreissen wollt? Entreisst ihm erst Geschreibsel von dieser Art und trifft zuerst Vorkehrung, dass kein solches mehr in seine Hände kommen könne! Möchte doch ein hellenkender Patriot sich seinen Mitbürgern zu Liebe dieses armen verlassenen Kalenders und unserer elenden Vaterlandskronik annehmen“¹⁾. So von dem schreienden Missstande selbst, wie von der öffentlichen Meinung gedrängt, beschliesst die Schulkommission sich der Sache anzunehmen in der Erwägung, „dass alles dasjenige, was auf irgend eine nahe oder entfernte Art auf das Erziehungswesen Einfluss hat, oder was gegen unsere hiesigen Schulanstalten wo immer, besonders aber im Auslande, üble Begriffe erwecken und denselben Verachtung, Spötterey oder gar öffentliche Rüge zuziehen kann, in der Sphäre der Aufsicht der Hochfürstlichen Schulkommission liege“²⁾. Geistlicher Rat Daum referiert in dieser Angelegenheit, beleuchtet die Mängel des gegenwärtigen Kalenders und betont, wie derselbe als Volksschrift mit einer guten Erziehung in Kontrast stünde, wie er „wieder Unkraut in den noch so gut angelegten Schulunterricht streue“ und auch nach aussen hin den Ruf der guten Studien gefährde. Der dem Fürsten unterbreitete Vorschlag der Verbesserung findet beifälligstes Entgegenkommen. Franz L. reskribiert unterm 12. Jan. 1793: „Vorschläge dieser Art, wodurch

1) Vergleiche „Chronik der täglichen Begebenheiten zu Bamberg durch die 6 ersten Monate des Jahres 1791“ im Journal von und für Deutschland 1791, S. 785.

2) Schul-Kommissions-Protokoll vom 28. Dez. 1792.

Vorurteile verscheucht, das Licht bei der gemeinen Volksklasse verbreitet und die Ehre hiesiger Studien auch in Nebensachen befördert wird, können von Mir nicht anders als mit dem grössten Beifall aufgenommen werden. Ich erwarte also die Vorlegung des Plans, wie der Kalender für das künftige Jahr schon verbessert werden solle“

So wurde im Laufe des Jahres 1793 die Verbesserung des Kalenders energisch bethätigt. Als Redakteure desselben werden aufgestellt: 1. der Professor der Mathematik Jakobs für den chronologischen und astronomischen Teil, 2. Professor Sauer für die religiösen, sittlichen oder sonst gemeinnützigen Aufsätze, 3. Professor Aschenbrenner zur Überwachung einer gefälligen, fasslichen, reinpopulären Schreibart.

Bereits am 24. Juli 1793 konnten die gesammelten Materialien durch die Schulkommission eingesendet werden; unterm 3. August wurden sie gut geheissen, und so konnte der neue verbesserte Kalender auf das Jahr 1794 erscheinen. Sein Inhalt unterscheidet sich zum grossen Vorteile von dem seines Vorgängers. Verschwunden sind alle die planetarischen Aspekten und sonstigen astrologischen Ungeheuerlichkeiten, die abergläubischen Bauernregeln, die Aderlass- und Schröpftafeln etc. Neben einer volkstümlichen Abhandlung über Wesen und Zweck des Kalenders überhaupt finden wir nunmehr verständige Belehrungen über die Einrichtung des Weltgebäudes in Gesprächsform, über häusliche und landwirtschaftliche Verrichtungen für die verschiedenen Monate, neben dem üblichen statistischen Kalenderwerk noch Empfehlungen von guten Volksbüchern, Rätsel, moralische Gedichte etc. Erwähnenswert ist, dass im Kalender für 1795 ein Artikel „über Kindererziehung“ erscheint, welcher im wesentlichen einen Auszug aus Salzmanns bekanntem „Krebsbüchlein oder Unterweisung zu einer unvernünftigen Erziehung der Kinder“ enthält und uns so eine nicht uninteressante geistige Beziehung der Bamberger katholischen Kalender-Gelehrten zu dem Philanthropen von Schnepfenthal darstellt. —

Fragen wir nun aber nach dem praktischen Erfolge aller dieser Bemühungen, den breiten Strom zeitgemässer Belehrung und Aufklärung in kleinen Adern und Kanälen auch den entlegensten Winkeln des Vaterlandes zuzuleiten, so müssen wir unsere Erwart-

ungen auf ein möglichst geringes Mass herunterstimmen. Es fehlte zu sehr an der Vorbereitung des Bodens, auf welchem diese Saat ausgestreut werden sollte. Der gemeine Mann, vielfach der Kunst des Lesens ermangelnd, oder nur mit Anstrengung derselben obliegend, dazu ohne jede geistige Regsamkeit und ideale Teilnahme, sah und hörte wohl von den Büchern, nahm sie wohl auch in Empfang — und liess sie bald im Staube liegen. Der „Fränkische Merkur“¹⁾ schreibt im Jahre 1795 in dieser Angelegenheit aus dem Würzburgischen: So gut gemeint alle Verbesserungsvorschläge sind, „so traurig ist es, dass der gemeine Mann von allem dem, wodurch man ihn gern verständiger und besser machen möchte, nichts wissen mag In den Schulen wird von den ohne Zweifel sehr nützlichen Volkschriften allerdings Gebrauch gemacht und die Schulpugend lernt manches Gute und Nützliche daraus Aber die wohlthätige Absicht des Fürsten gieng, besonders bey Empfehlung des Noth- und Hülfsbüchlein, nicht nur auf die Schulen, sondern auch auf den schon erwachsenen Theil des Volkes; auch Hausväter und Mütter sollten es zur Hand nehmen und für ihre Wirthschaft, für Erziehung der Kinder und für alle wichtigen Angelegenheiten des Lebens sich heilsame Regeln daraus einprägen. Allein in dieser letzteren Rücksicht hat der wohlmeinende Fürst seinen Zweck nur bei Wenigen und überhaupt nicht so erreicht, wie er es im Herzen hatte. Man trifft zwar hie und da dieses Büchlein noch an, aber es liegt im Staube. . . . Von Bildung des Verstandes, vom Besswerden und Bessermachen, als es vor dem war, davon hat der gemeine Mann gar keinen Begriff und folglich auch keine Begierde, zu lernen, wie er verständiger und wie alles besser werden könne“. Aus dem Bambergischen schreibt man 1794 dem Verfasser derselben Zeitschrift:¹⁾ „Die Bauern hiesiger Gegend würden den fränkischen Merkur nicht lesen, wenn man ihnen solchen umsonst gäbe. Ich weiss noch zu wohl, wie es mit dem Noth- und Hülfsbüchlein gegangen ist.“ Und in dem mir vorliegenden alten Exemplare von Bernhards „Polizey der Dörfer“ (auf dem Titelblatte mit dem handschriftlichen Eintrage: „für die Schule zu Neubessingen 1804“) findet sich am Schlusse in alter, wohl aus dem Anfang dieses Jahrhunderts

1) 2. Jahrgang 1795, S. 422,

2) Fränk. Merkur, 1. Jahrg., S. 4.

stammender Handschrift die treffende Bemerkung: „Hierinn stehen gute und sehr nützliche Vorschläge, aber es sind und bleiben auch nur Vorschläge. Indem sich keine Hohe Obrigkeit und Beamte um dergleichen Dinge kümmert, und die Dorfsobrigkeiten haben theils hiezu keinen Verstand, theils keinen Willen, theils keinen Starkmuth; sind auch theils von vielen Seiten gelähmt: und so ist zwar dieses Buch schön und gut aber — ohne Nutzen.“ — Ähnliche Erfahrungen, wie mit den Volksbüchern, machte man auch mit dem neuen verbesserten Kalender. Obwohl von dem gebildeten Publikum mit beifälligem Lobe begrüsst¹⁾, konnte er sich die Gunst der starr am Alten hängenden ländlichen Bevölkerung nur schwer gewinnen, wobei wahrscheinlich auch der um ein Geringes höhere Verkaufspreis entscheidend ins Gewicht fiel, so dass der Verleger einen geringeren Absatz fand, als er erhofft hatte. Um denselben zu steigern und den Zweck der guten Sache zu fördern, erliess Franz Ludwig unterm 26. November 1794 eine Kalender-Verordnung²⁾, in welcher ausdrücklich auf die Mängel und Schäden des alten und Vorteile des neuen Kalenders hingewiesen und das schon im Jahre 1770 erlassene Verbot des Kaufes und Verkaufes fremder Kalender erneut und verschärft wird. Nichts desto weniger wanderten noch genug auswärtige Kalender althergebrachten Inhalts in das Land und fanden hier gewinnbringenden Absatz, so namentlich der schlechte, abergläubische Römhilder Kalender³⁾, so dass der spekulative Bamberger Verleger in einseitiger Wahrung seines geschäftlichen Interesses auf den Plan verfiel, schon im Jahre 1796 2 Sorten von Kalendern aufzulegen, einen nach neuem Plan bearbeiteten und einen nach dem alten Schlendrian verfassten⁴⁾; eine Geschäftsmanipulation, der freilich ein Veto des — nunmehr dahingegangenen — Franz Ludwig sich nicht mehr entgegensetzen konnte.

1) Vergl. die Anzeigen Schneidawinds im Fränk. Merkur, 1. Jahrg., S. 14, sowie in der „Allgem. Jenaer Literaturzeitung“, Jahrg. 1794.

2) s. Hochfürstl. Bamberg. Intelligenzblatt.

3) s. Fränk. Merkur 1795; 46 Stück.

4) s. Ebenda, III. Jahrgang 1796, S. 65.

22. Kapitel.

Der Normalschulfond unter Franz Ludwig.

Wir haben im Laufe unserer Darstellung nicht selten Gelegenheit gehabt, wenigstens vorübergehend der wohlthätigen Quelle Erwähnung zu thun, welche den verschiedenen Massnahmen der pädagogischen Reform finanziell zu dienen hatte und so für die Schulverbesserung von materiell-grundlegender Bedeutung war, so dass hier noch einige zusammenhängende Bemerkungen über dieselbe gestattet sein mögen.

Der Normalschulfond, dessen Grundkapital (s. Kap. 6) aus 20000 fl. rhl. bestand, von welchem die eine Hälfte beim fränkischen Kreise, die andere Hälfte beim Bischof zu Fulda, vom 28. Februar 1780 an aber bei der Hochfürstl. Obereinnahme zu Bamberg vierprozentig angelegt war, beschäftigte im Jahre 1779 als einer der ersten Punkte die Korrespondenz des neugewählten Fürstbischofs mit seiner geistl. Regierung. Der Vorschlag des Vikariats, einen Zinsteil von jährlich 500 fl. „jenen Schulmeisters-Stellen, welche nächst an den Grenzen der protestantischen Lande liegen, zu dem Ende als eine gnädigste Beylage fürstmildest zu gönnen, damit jedesmal die vorzüglich tüchtigsten Subjekte dorthin zum mannigfaltigen Vorteil des Katholischen Christenthums befördert werden könnten“¹⁾, erhielt zunächst nicht den Beifall Franz Ludwigs. Er fand es für gut, mit seinen Entschliessungen noch zurückzuhalten, und so trat vorerst gegen früher eine Änderung in der Verwendung des Fonds nicht ein. Zu den ständigen Ausgaben gehörten auch in der Folgezeit die Besoldung des Schuldirektors mit jährl. 100 fl. rhl., sowie die jährl. Zulage der 9 Schulmeister der Stadt von je 20 fl. rhl. Ausserdem wurden hieraus die Einrichtung der „Normalschule“, die sachlichen Ausgaben der jährlichen Normalkurse, inkl. der damit zusammenhängenden Reisen des Direktors, bestritten. Nur ganz ausnahmsweise wurde er auch als Fond für ausserordentliche Unterstützungen in Anspruch genommen. So wurden dem Schulmeister Zufang im Sande 1781 25 fl. „als gnädigst bewilligtes Lehrgeld“ für seinen Sohn

1) s. Vikariats-Protokoll vom 14. Oktober 1779.

bezahlt; dem 1784 durch die grosse Wasserflut verunglückten Schulmeister Schönwald im Steinweg wurde 3 Jahre lang eine besondere Mietunterstützung geleistet. Dem Schulmeister Klebsattel von St. Stephan wird infolge der Errichtung der Mädchenschulen auf seine Bitte hin als „gnädigst zugedachten Ersatz wegen des Abgangs, den er zu leiden hat, da ihm die Lehr-Mädlein benommen wurden“, vom 1. Mai 1785 ab jährlich 20 fl. besondere Zulage zugewendet. — Für das der Unterstützung so sehr bedürftige auswärtige (ländliche) Schulwesen den Fond zu öffnen, hielt Franz Ludwig vorläufig durchaus nicht angezeigt. Er fürchtete wohl mit Recht die Unzulänglichkeit der Mittel gegenüber den zahlreichen Ansprüchen. Selbst dem Schulmeister Heckel in Forchheim, welcher vom Jahre 1779 an im Genusse einer jährl. Zuwendung von 15 fl. rhl. stand, wurde diese Zulage durch Resolution vom 21. Januar 1786 wieder entzogen. Mit welcher ängstlicher Sorgsamkeit der Fürst den Anträgen der Schulkommission auf Heranziehung des Fonds zu einer allgemeinen Lehreraufbesserung auch noch im Jahre 1793 aus dem Wege ging, haben wir schon oben (S. 117) zu berühren Gelegenheit gehabt.

Durch dieses in anbetracht der Umstände, besonders im Hinblick auf das für den Fürsten in dem Vordergrunde stehende Seminar-Bedürfnis wohl sehr berechnete Prinzip der Sparsamkeit war es möglich, von den erzielten Überschüssen bald wieder kleinere Summen zu kapitalisieren, so im Dezember 1782 1000 fl., vorgeliehen dem Herrn Friedrich von Wildenstein, im Februar 1783 2000 fl., ausgeliehen an den fränkischen Kreis zu Nürnberg. Übrigens hätten in bezug auf Admassierung des Fonds bei umsichtiger Administration noch bessere Erfolge erzielt werden können. Allein die Fondsverwaltung des geistlichen Rates Schmittlein liess nach einzelnen Seiten hin zu wünschen übrig; denn als im Jahre 1790 die Errichtung des Schullehrerseminars zur brennenden Frage wurde und der Fürstbischof die Vorlage sämtlicher (12) Fondsrechnungen befahl, zeigte sich, dass neben 23000 fl. Kapital 1200 fl. Zinsausständen und ein seit Jahren unverzinsten und von Rechnung zu Rechnung geschleppter Kassebestand von 3176 fl. 5 kr. vorhanden war. Franz Ludwig unterlässt nicht, über diese Art der Verwaltung sein Missfallen unverhohlen auszudrücken ¹⁾.

¹⁾ Resolution vom 20. Juni 1790 (s. Kap. 17, S. 129).

Unterdessen war durch hochfürstliche Entschliessung vom 8. Mai 1790 die Verwaltung des Schulfonds dem geistlichen Regierungskanzlisten Johann Georg Röttinger übertragen worden. Durch denselben wurden sogleich die Zinsrückstände eingetrieben und ein Rechnungsüberschuss von 4000 fl. kapitalisiert, so dass damit der Kapitalstand des Fonds auf 27 000 fl. angewachsen war, als derselbe durch Errichtung des Schullehrerseminars eine erheblich erweiterte Wirksamkeit erhielt, ja erst in den Mittelpunkt seiner Bedeutung trat.

Zu gleicher Zeit wurde demselben aber auch eine Mehrung durch eine wohlthätige Schenkung zu teil. Franz Ludwig selbst bestimmte unterm 25. November 1791 die ihm von dem Prälaten von Langheim bei dessen Belehnung und Benediktion entrichteten Observanzgelder von 1493 fl. 20 kr. rhl. als Beitrag zum Schulfond, indem er zugleich dieselben aus eigener Tasche auf 2000 fl. aufrundete ¹⁾.

Die infolge der Seminar-Errichtung sich ständig erhöhenden Ausgaben verhinderten in den nächsten Jahren eine weitere Mehrung des Fonds. Für bauliche Einrichtung des Schullehrerseminars wurden im Jahre 1791 1500 fl. 9¹/₄ kr. bezahlt. Als ständige Ausgaben auf den Seminarzweck erscheinen fortan die Unkosten für Beheizung und Beleuchtung, für Wäsche, Bücher und Schulgeräte, vor allem aber für die Verpflegung der Zöglinge. Für letzteren Zweck wurden verausgabt:

im	I. Seminarkurs	(1791)	=	147 fl. 42 kr.	
„	II.	„ „	(1792)	=	207 fl. 8 kr. (wovon 17 fl. 12 kr. zurückvergütet wurden.)
„	III.	„ „	(1793)	— ? —	(Rechnung fehlt.)
„	IV.	„ „	(1793/94)	=	442 fl. 30 kr.
„	V.	„ „	(1794/95)	=	656 fl. 7 ¹ / ₂ kr. (wovon 143 fl. 30 kr. zurückvergütet.)

Das hochherzige Testament Franz Ludwigs brachte dem Fonde abermals einen höchst erfreulichen Zuwachs. In Punkt 4 des Codicills zu seinem Testamente, d. d. Würzburg, den 20. Dezember 1794, hatte der edle Fürst bestimmt: „4^{to}. Von denjenigen Geldern, welche Mein Herr Bruder zu meiner Verlassenschaft bezahlen wird,

1) s. Akten, Geschenke an den Schulfond betr. (Archiv d. hist. Vereins.)

legiere Ich zwanzigtausend Gulden rheinl. zu den beiden Schulfonds dahier und zu Bamberg, dergestalt, dass ein Drittel dem Bambergischen, zwey Drittel aber dem Würzburgischen zufallen sollen“¹⁾. So konnte dem Schulfond bereits am 10. Juli 1795 die Erbsumme von 6666 fl. 40 kr. einverleibt werden, wozu im Jahre 1797 noch das schon früher erwähnte Gernersche Legat von 1080 fl. frk. oder 1350 fl. rhl. kam.

Freilich erhielt der so vermehrte Fond unter dem Nachfolger Franz Ludwigs auch eine erweiterte Wirkungssphäre dadurch, dass der Gehalt der 4 Schullehrerinnen der oberen Pfarre, welcher bisher aus der Schatulle des Fürsten bezahlt worden war, mit jähr. 500 fl. rhl. auf den Schulfond angewiesen wurde. Ausserdem wurden dem Schullehrer zu Neuhaus bei Veldenstein mehrere Jahre hindurch jährlich 34 fl. rhl. an Unterstützung für „Haus und Schulstubenzins“ gezahlt. Durch hochfürstliche Entschliessung vom 18. September 1800, wurde, wie wir oben (S. 80) gesehen, das Stahlische Schwesternhaus zur Zahlung von jährl. 250 fl. rhl. an den Schulfond veranlasst. Infolge der Einschränkungen der Ausgaben für den Seminarunterricht, wie sie besonders nach dem Tode Franz Ludwigs beliebt wurden, sowie infolge eines weiteren Legats von 7200 fl., welches im Jahre 1802 aus der Aufhebung des Weihbischof v. Nitschke'schen Fideikommisses dem Fonde zufiel, hatte derselbe am Ende des Rechnungsjahres 1801/02 die Höhe von 39562 fl. 30 kr. (mit einem jährlichen Zinserträgnis von 1619 fl. 30 kr.) erreicht, als er in kurfürstlich-bayerische Verwaltung überging.

23. Kapitel.

Rückblick und Ergebnisse.

Am 14. Februar 1795 setzte der unerbittliche Tod dem edlen und segensreichen Wirken Franz Ludwigs von Erthal ein allzufrühes Ende. Nach 81 tägigem Krankenlager verschied er im fürstlichen

¹⁾ Beglaubigte Abschrift des Testaments s. Akten, Geschenke an den Schulfond betr. (hist. Verein).

Schlosse zu Würzburg, schmerzlich beklagt und tief betrauert, nicht bloss in allen Kreisen seiner fränkischen Unterthanen, sondern auch weit über die Grenzen der fränkischen Gaue hinaus. Wie er noch in seinem letzten Willen seinen bildungsfreundlichen Sinn und sein insbesondere den Interessen der Volksschule in warmer Teilnahme zugewendetes Herz durch ein nicht unbeträchtliches Vermächtnis an die beiden Schulfonds von Würzburg und Bamberg bekundete, haben wir bereits im vorhergehenden Kapitel erwähnt.

Mit dem Tode Franz Ludwigs findet die von uns charakterisierte, über ein Vierteljahrhundert hin sich erstreckende Reformperiode in den fränkischen Fürstbistümern ihren Abschluss. Vergewärtigen wir uns nochmals im raschen Geistesfluge ihre wichtigsten Momente, soweit sie sich auf die Bamberger Volksschulverhältnisse beziehen! Unter der Regierung Adam Friedrichs von Seinsheim erschien für das durch Jahrhunderte hindurch verkümmerte Volksschulwesen Frankens die Morgenröte einer besseren Zeit. Nachdem man schon in den 60er Jahren in Würzburg mit einzelnen Reformen glücklich begonnen, wurde nach dem Würzburger Vorbilde im Jahre 1773 auch zu Bamberg zunächst eine Schulkommission eingesetzt, welche im Jahre 1776 mit greifbaren Vorschlägen für die Volksschul-Verbesserung hervortrat. Als unmittelbare Frucht dieser Vorschläge ergibt sich die Errichtung einer Normalschule und die Begründung eines Schulfonds, wodurch die praktische Schulverbesserung vorerst in der Stadt Bamberg eingeleitet wird. —

Und nun folgt Franz Ludwig, der, ganz erfüllt von der hohen sittlichen Aufgabe seines geistlich-weltlichen Doppelamtes, das von seinem Vorfahren überkommene Erbe in gewissenhaftester Weise zu pflegen und seiner Bestimmung immer weiter entgegenzuführen sucht. Unter ihm wird in Bamberg in den Jahren 1783 und 84 eine Sonderung der Mädchen- von den Knabenschulen durchgeführt und dadurch nicht bloss die Zahl der städtischen Volksschulen vermehrt, sondern auch das Interesse für die Jugendbildung überhaupt belebt und gesteigert. Insbesondere aber sucht er den Anfängen einer inneren und äusseren Schulreform eine breitere Basis zu geben durch Übertragung der Verbesserungspläne auch auf die Landschulen. Durch die Ausdehnung des Normalschul-Unterrichts auch auf die Lehrkräfte des Landes, sowie durch die Veröffentlichung geeigneter

Elementar-Unterrichtsbücher sollte zunächst der alte handwerksmässige Schlendrian der Schulmeister bekämpft und vernünftigen methodischen Grundsätzen der Weg gebahnt werden. — Auf den grossen Visitationsreisen der Jahre 1783—85 nahm der Fürst selbst Einsicht von dem Stande des Landschulwesens; unmittelbar daran knüpft sich (1784) die allgemeine Einführung der Sommerschulen auf dem Lande. — Erst 6 Jahre später wurde von Seiten der geistlichen Regierung die Sache der Landschulverbesserung systematisch in Angriff zu nehmen versucht. Eine schulstatistische Erhebung grossen Stils bildete (1790) die Einleitung hierzu. Unter dessen erfolgte aber (1791), nachdem der erste Versuch hierzu schon 1783 gemacht worden war, die Übertragung der gesamten Volksschulverwaltung und -gerichtsbarkeit an die Schulkommission, welch' letztere auf Grund der eingelaufenen Schulberichte (1792) die einzelnen Richtpunkte der Volksschulreform fixierte, freilich aber nur zum geringsten Teile zur Durchführung brachte. Parallel mit diesen Bestrebungen gingen die Bemühungen um Einführung eines Industrieunterrichts in den Volksschulen von Stadt und Land, sowie die Verhandlungen bezüglich der Verbesserung der Lehrervorbildung, welch' letztere 1791 zur Errichtung eines eigentlichen Schul-lehrerseminars führten, — der dauerndsten Frucht und des bleibendsten Denkmals jener regsamen Epoche.

Freilich — und wir haben das im Laufe unserer Darstellung schon mehrfach zu berühren Gelegenheit gefunden — die wirklichen Erfolge der gesamten Schulreform entsprachen nicht völlig dem guten Willen der Reformer und den gehegten Erwartungen edeldenkender Volksfreunde. Es lag dies wohl zum Teil an der Art der Reformarbeit selbst, welche einer genügenden finanziellen Sicherung, grosser und weiter Gesichtspunkte, insbesondere auch einer zielbewussten pädagogisch-wissenschaftlichen Grundlage entbehrend, mehr durch Gefühl und Zufall geleitet wird, vor prinzipiellen Entscheidungen nicht selten zaghaft zurückscheut und zuweilen viel zu sehr den Charakter einer pädagogischen Flickarbeit annimmt.

Die Hauptgründe aber für den verhältnismässig geringen Erfolg lagen in den äusseren örtlichen und zeitlichen Verhältnissen. Der Boden, der bebaut werden sollte, war infolge jahrhundert-

langer Vernachlässigung zu hart und unempfindlich geworden; in den breiteren Schichten der Bevölkerung finden wir eine Stumpfheit und Gleichgültigkeit gegen geistige Interessen, die den Bildungsbestrebungen einer neuen Zeit den hartnäckigsten passiven und aktiven Widerstand entgegensetzte, — einen Widerstand, für dessen Bekämpfung die Spanne Zeit weniger Jahre zu kurz, die aufgewandten pekuniären Mittel zu knapp, das Interesse und die Energie der ausführenden Organe zu gering, der ganze Mechanismus der altersschwachen Staatsmaschine zu schwerfällig war. Und so wird denn schon von freimütigen Stimmen der damaligen Zeit vielfach geklagt, dass die vielgerühmte Aufklärung mehr in Büchern als in der Wirklichkeit bestehe, dass die nützlichsten Anstalten nur zu eitler Parade dienen, dass Strebertum und Liebedienerei dieselben vor den Augen des Fürsten in falschem Lichte erglänzen lasse, „ut aliquid fecisse videantur“, dass aber am Leben und Wesen des gemeinen Mannes das Walten einer neuen Zeit nicht zu verspüren sei.

Dazu kam nun noch, dass mit dem zeitlichen Hingange Franz Ludwigs auch der würdige Steuermann der geistigen Bewegung für immer dahin war.

Sein Nachfolger zu Bamberg, Christoph Franz von Buseck, der als 71jähriger Greis den fürstbischöflichen Stuhl bestieg, ein Mann „der alle Schwachheiten des Alters erreicht hatte, ohne sich die Erfahrung desselben zu erwerben“, war weit davon entfernt, das Erbe der pädagogischen Reformarbeit seiner beiden Vorgänger zu übernehmen und zu pflegen. Die Signatur seiner Regierung ist „Stillstand“, der auf unserem Gebiete entschieden „Rückschritt“ bedeutet. — Aber selbst wenn ein Fürst mit grösserer Thatkraft und mit bildungsfreundlicherem Sinne die Stelle Franz Ludwigs eingenommen hätte, er hätte sich vergebens bemüht gegen die Riesengewalt des politischen Zeitenlaufes. Denn schon hatten seit einem Lustrum gewitterschwangere Wolken im Westen den politischen Horizont verdunkelt und ihre sorgenbringenden Schatten auf die stille Friedensarbeit Franz Ludwigs geworfen, schon verkündete fernes Grollen und unheimlicher Wetterschein die Annäherung jenes gewaltigen Kriegsgewittersturms, der schon ein Jahr nach Franz Ludwigs Tode auch über die Gebiete Frankens daher brauste, und

nicht nur das dürftig fundierte Friedenswerk der Schul- und anderer Reformen bis auf den Grund erschütterte, bzw. unterbrach, sondern auch in seinen Folgen die längst drohende Katastrophe — den Zusammenbruch der geistlichen Herrschaft in den fränkischen Territorien herbeiführte. — In Folge des Lüneviller Friedens und der Bestimmungen des Reichsdeputationshauptschlusses fielen 1802 die beiden Hochstifte Bamberg und Würzburg an die kurbayerische Regierung und damit begann eine neue Ordnung der Dinge, unter welcher der bedeutsame Begriff der „Schulreform“ erst zur wirklichen Thatsache wurde. —

Doch — es hiesse den Causalzusammenhang historischer Thatsachen und den Segen edler Bestrebungen ganz verkennen, wenn wir behaupten wollten, dass die Reformarbeit des vorigen Jahrhunderts ohne jede positive Wirkung geblieben wäre. Ist ja immerhin in diesem Zeitraum von 2 bis 3 Dezennien für die Fortentwicklung des Volksschulwesens mehr geschehen, als in den vorausgegangenen 2 bis 3 Jahrhunderten zusammengekommen. Und wenn die Geschichte der Pädagogik dem „Aufklärungszeitalter“ des vorigen Jahrhunderts die Bedeutung zuerkennt, dass es dem Volksschulwesen im eigentlichen, modernen Sinne erst seine Grundlagen, ja seine Existenz gegeben, so lässt sich auch von den Bamberger Schulbestrebungen dieses Zeitraumes behaupten, dass sie wesentlich dazu beigetragen haben, die Volksschule des Hochstifts auf eine neue Basis zu stellen und die moderne Entwicklung desselben anzubahnen: durch die Auffassung des gesamten Bildungswesens (einschliesslich der Volksschule) als eines Zweiges der Staatsverwaltung, durch eine prinzipielle und nachdrückliche Betonung der allgemeinen Schulpflicht, durch eine öffentliche Fürsorge für die materiellen Bedingungen der Volksschule, durch eine genauere Feststellung der Rechte und Pflichten des Lehramtes und — last not least — durch eine fachmässige Vorbildung des Lehrerstandes.

Urkundliche Beilagen.

Beilage I.

Schuldistrikte der Stadt Bamberg aus dem Jahre 1755.

Ordnung,

Wie in Dasiger hochfürstl. Residenzstadt Bamberg befindliche zahlreiche Jugend von Gassen zu Gassen an die bereits Schulhalter dermal eingetheilt und angewiesen werden sollen, und wornach sich jeder ohnausbleiblicher Strafe zu achten hat.

Zu Folge dessen

<u>1^{mo}</u> Dem Schulmeister auf dem St. Martins Kirchhof angewiesen werden	Die Klebergasse, die Fleisch- gasse, Frau- und Eselsgassen samt der Seesbrücke.
<u>2^{do}</u> Dem Schulmeister auf dem Markte	Die Kinder von der Hauptwache an bis zu der Einhorn-Apo- thec mit Einschliessung des Rosengässleins und Au, bis zu dem Rathverwandten Dorn, samt der Oberbrücke.
<u>3^{tio}</u> Dem Schulmeister in der Langen- gasse	Die Langegasse, Singgewehr (Zinkenwörth) und Kesslers- gasse.

<u>4^{to}</u> Dem Schulmeister im Untern steinweege ³⁾	Von dem Posthalter Kögel im Steinweege bis zur Sebastianus- haus, und von hinten hinauf bis zum h. Grab.
<u>5^{to}</u> Dem Schulmeister bey St. Gangolph	Die andere Halbscheid des Stein- weegs bis zur Gassen zu St. Anna-Capellen Inclusive.
<u>6^{to}</u> Dem neuerlich aufgestellten Schulmeister in der Wunder- burg	Die Gasse Ober St. Gangolph, wo sich die Pfarrey scheidet samt den Hundsbühl und Eglersee.
<u>7^{mo}</u> Dem Schulmeister in Abtswehr (oder Capucinergasse)	Der Abtswehr, obere und untere Brücke, was nämlich zur ober Pfarrey gehört, samt denen Fischergassen und der Weiden.
<u>8^{vo}</u> Dem Schulmeister im Sand	Der ganze obere Sand, Dom- gassen, Lugbank und Geyers- wörth.
<u>9^{no}</u> Dem Schulmeister bei St. Stephan	Der obere und untere Stephans- berg, die Judengasse, Mühl- wehr und hinterer Kaulberg.
<u>10^{mo}</u> Dem Schulmeister auf dem Kaul- berg	Der obere, untere und mittlere Kaulberg.
<u>11^{mo}</u> Dem Schulmeister in der Matern	Die Matern, jedoch bis auf fernere Verordnung.

12 ^{ono} Dem Schulmeister bei St. Jakob	Der Jakobiter Bezirk.
13 ^{tio} Dem Kloster Michaelsberger Schulmeister	Mönchsberg und der untere Sand.

Soviel hingegen die dahiesige Freyschulen belangend, als
 1^{mo} die fundierte Hennebergerschule,
 2^{do} die deutsch und lateinische Domschule, und endlichen
 3^{tio} die Schule in dem englischen Hause,

So hat es bey der zeitherigen Observanz sein Bewenden, und verbleibet jeden Hausvater oder Mutter ohnbenommen, ihre Kinder in besagte Freyschulen zu schicken, der gestalten jedoch, dass solche Kinder nach Maass der Schulordnung sich bey denen zu ihrer Gassen bestimmten Schulmeistern mit einem Attestato von jedem Freyschulhalter zu legitimieren haben, bey dem sie wirklich frequentiren.

Aus der Registratur der Stadtpfarrei St. Martin
 (Beilage zur Schulordnung von 1755; Ad sub
 Lit. A).

Beilage II.

Anstellungs-Dekret für den Volksschuldienst 1768.

„Demnach auf Resignation des Schul- und Kirchendiener Schum ad St. Annam zu Unterweilersbach selbiger Dienst in Erledigung gekommen und nothwendig hinwiederum mit einem tauglichen Subjecto zu ersetzen ist; als wird aus des Hochwürdigsten des Heil. Römischen Reichs-Fürsten und Herrn, Herrn Adami Friederici Bischofens zu Bamberg und Würzburg Befehl

— gegenwärtiger Balthasar Schum —

zu dem Ende dahin abgeordnet, dass er als Schul- und Kirchendiener die Jugend allda seinen Pflichten und abgelegten Jurament gemäss in Christ-Katholischer Lehr, Lesen, Schreiben, und anderen

guten Sitten fleissig unterweisen und des Orths Pfarrern in der Kirchen und sonst in anderen Verrichtungen, die in seinen Schul- und Kirchendienst einlaufen, gebührende Assistenz und Gehorsam leisten, sich auch in allem also wachbar, emsig und fleissig verhalten solle, dass keine Klag wider ihn einlaufen möge; verlässt man sich zu geschehen.

Datum Bamberg unter vorgedrucktem Hochfürstl. Geistl. Regierungssiegel den 24. Novembris 1768.

v. Würzburg, Vicarius generalis.

Aus den Schulkommissionsakten des Kreisarchivs Bamberg.

Beilage III.

„Prüfungspunkten für die weibliche Jugend

in den gnädigst errichteten 8 Schulen zu Bamberg nach geendigtem Winterkurse bey höchstem Schulenbesuche Seiner Hochfürstl. Gnaden im Monate April 1784“ 8^o.

Prüfungspunkten in den Trivialschulen.

I. Die Religionslehre.

a) Der Glaub.

1. Die Verschiedenheit der Religionen.
2. Die Eigenschaften eines Christen.
3. Die Erbsünde.
4. Die Eigenschaften und die Eintheilung des Glauben.
5. Der erste Grund des christkatholischen Glauben, nämlich die heilige Schrift nebst Benennung der Bücher.
6. Gottes Eigenschaften und Personen.
7. Die Gottheit und Menschwerdung der zweyten Persone.
8. Die Gottheit der dritten Persone.
9. Die Eigenschaften der wahren Kirche.

b) Die Hoffnung.

1. Die Eigenschaften der Hoffnung.
2. Das Gebeth des Herrn.
3. Der Englische Grus nebst der Verehrung der Heiligen.

c) Die Liebe.

1. Die Eigenschaften der Christl. Liebe gegen Gott und den Nebenmenschen.
2. Die Schuldigkeit und Möglichkeit der Liebe Gottes.
3. Die Art, die Liebe Gottes zu offenbaren.

II. Religionsgeschichte.

Die 2 ersten Hauptstücke: diese enthalten

1. Die merkwürdigsten Geschichten und Personen von Erschaffung der Welt bis zur Sündfluthe.
2. Von der Sündfluthe bis zum Abraham.
3. Die Geschichte der 3 Patriarchen Abraham, Isaak und Jakob.
4. Die Geschichten Josephs des Unterkönigs in Aegypten bis zum Moses.
5. Die Geschichten des Moses bis zum Auszuge der Kinder Israel aus Aegypten.
6. Die Geschichten des ersten Jahres in der Wüste bis zur Verkündigung des Gesetzes auf dem Berge Sinai, nebst beygefügtten Sittenlehren.

III. Lesen und Schreiben.

- I. Klasse: a) Die Buchstaben nach ihren Bestandtheilen und Merkmalen.
b) Die Eintheilung derselben.
- II. Klasse: a) Diese liest die 3 ersten Sylbenarten.
b) Bestimmt die verschiedene Aussprache der stummen Buchstaben aus der Buchstabentabelle.
c) Sie nennt die Sylben-Arten nebst den Regeln der Aussprache.
- III. Klasse: a) Diese liest langsam ganze Sätze nach den Regeln der Aussprache und Abtheilung, und die 4., 5. und 6. Sylbenart.
b) Sie vermehret die Wörter durch Vor- und Nachsylben.
c) Bestimmt die Eintheilung der geschriebenen Buchstaben und die Lage, Höhe und Tiefe derselben nebst ihren verschiedenen Strichen.
d) Zeiget eine schöne Abschrift vor und giebt Rede

und Antwort darüber nach den allgemeinen Regeln für die Beschaffenheit der Buchstaben.

- IV. Klasse: a) Diese liest nach den Leseregeln aus gedruckten Büchern.
- b) Sie weiss den Inhalt der ganzen Lesstabelle durch den Zusammenunterricht.
- c) Sie kennt und unterscheidet die Haupt-, Bey- und Zeitwörter.
- d) Sie verbindet die geschriebene Buchstaben nach den Regeln der Calligraphie und schreibt Sylben.
- e) Sie weiss auch die Regeln im Zusammenunterrichte auswendig herzusagen.
- f) Sie weiss das Rechnungstäfelchen auswendig nebst der Kenntniss und Aussprache verbundener Zahlen.

IV. Wohlstandsregeln.

- a) Beym aufstehen, b) gehen, c) stehen, d) grüssen, e) essen.

V.

Die Handarbeit einer jeden Schülerin wird vorgezeigt.

Prüfungspunkten in den Realschulen.

I. Die Religionslehre.

- a) Der Glaub.
1. Was für Bedeutungen das Wort Glauben habe, nebst den Erklärungen einer jeden Bedeutung.
 2. Was von den verschiedenen Religionen zu wissen ist.
 3. Die Eigenschaften Gottes, und die Beweise von seinem wirklichen Daseyn.
 4. Beweise, dass Jesus Christus wahrer Gott und der versprochene Welterlöser ist.
 5. Beweise seines Mittleramtes.
 6. Die Gottheit, die Verrichtungen, Gaben und Früchten des H. Geistes.
 7. Die wahre Kirche, deren Richter, Gewalt und Vorsteheramt, besonders in Ansehung des Ablasses — die Pflicht in ihrer Einigkeit zu leben.
 8. Die Heil. Schrift, die Eintheilung ihrer Bücher und die Erblehre.

b) Die Hoffnung und c) Die Liebe.

1. Eigenschaften, Gegenstände und Beweggründe der christlichen Hoffnung — das Gebeth des Herrn — die Verehrung Mariä.
2. Die Liebe Gottes und des Nebenmenschen.
3. Auf wie vielerley Art Gott den Menschen seinen Willen geoffenbaret hat; — die verschiedenen Gebote in dem geoffenbarten Gesetze des alten und neuen Bundes.

II. Religionsgeschichte.

Die 2 ersten Hauptstücke der biblischen Geschichte.

1. Die Erschaffung der Welt und des Menschen; — dessen Sündenfall und Strafe — dessen Söhne und merkwürdige Nachkömmlinge; nebst den Sittenlehren.
2. die Sündfluth und die Anpflanzung der Erde, die Bevölkerung und Auswanderung der Nachkömmlinge des Noah, die eingeführte königliche Regierungsform.
3. Abrahams Beruf, Zug nach Ägypten, Absonderung von Lot, Schlacht mit 4 Königen, Melchisedechs Opfer, die 3 Engel und Sodoms Vertilgung.
4. Isaks Geburt, Auferziehung, Gehorsam, Heurath und Begräbniss des Abrahams. Sittenlehren.
5. Jakobs Geburt, erlangtes Recht der Erstgeburt, Reise nach Mesopotamien und Nachtgesicht und Aufenthalt bey Laban, Rückreise und Zusammenkunft mit Esau, Söhne des Jakobs.
6. Josephs Jugend, Verkaufung, Keuschheit und Kerker, dessen Erhöhung und Bruderliebe, Jakobs Tod, Josephs Tod, Schicksal der Kinder Israel in Ägypten.
7. Moses Geburt und Auferziehung, Flucht, Lebensart, Beruf und Erlösungsgeschäft der Kinder Israel, Auszug derselben aus Ägypten. — Nebengeschichte Jobs.
8. Die Geschichten des ersten Jahres in der Wüste, als a) bitteres Wasser zu Mara, b) Wachteln, c) Manna, d) Wasser aus dem Felsen, e) erste Gesetztafeln, geschlagene Amalekiten, f) goldenes Kalb, g) 2. Gesetztafeln.

III. Lesen.

1. Beyde Klassen dieser Schule müssen die Erklärungen eines Wortes, Satzes, einer Periode, die Bedeutung der Striche und Punkte wissen.

2. Sie kennen die Wörter a) nach ihrer Zusammensetzung, und b) nach der Sprachkunst.
3. Sie beobachten die allgemeinen Leseregeln a) für den Nachdruck, b) den Klang und c) die Ausruhe der Stimme.

IV. Die Kalligraphie oder Schönschreibkunst.

Sie wissen nebst der Eintheilung und Bildung der Currentbuchstaben überhaupt a) die Regeln der Verbindung, b) der Wörter, c) ganzer Sätze.

V. Die Orthographie oder Rechtschreibkunst.

1. Sie zeigen die Hauptquellen der Regeln für die Orthographie an: a) die Aussprache, b) das Grundwort, c) den Gebrauch.
2. Sie sind im Diktandoschreiben geübt.
3. Sie wissen den Gebrauch der Unterscheidungszeichen.
4. Sie verbessern fehlerhafte Aufgaben nach der Orthographie.

VI. Die deutsche Sprachkunst.

1. Sie kennen alle Wörter nach der Sprachkunst.
2. Sie ändern alle Hauptwörter ab.
3. Sie katechisieren die Sätze.

VII. Regeln des Wohlstandes.

- a) Beym aufstehen, b) gehen, c) stehen, d) grüssen und e) essen.

VIII. Die Rechenkunst.

- a) Die 4 Rechnungsarten in unbenannten Zahlen,
- b) das resolviren und reduciren der Geldsorten, Gewichte und Maasse u. s. w.
- c) Die Erklärung und die Probe jeder Rechnungsart.

IX. Die Handarbeit.

Sie zeigen ihre Handarbeit vor.

Nach einer gedruckten Beilage zum Hofdiarium No. 27.

Beilage IV.

Aus den Landschulvisitations-Protokollen Gerners 1784.

Fünftes Schulvisitations-Protokoll.

Stadtsteinacher Rural-Kapitel.

Angefangen zu Marienweyer den 23. Oktober 1784.

I. Schulpersonal: J. Gg. Förtner aus Burkunstadt, 45 Jahre alt, 8 Jahre auf dem Dienste, hat 3 Kinder, ist in der verbesserten Lehrart und überhaupt im Schulhalten nicht unterrichtet, wünschet sich jedoch dieselben bald empfangen zu können, da er Fähigkeiten genug dazu hat und auch bisher sattsamen Fleiss im Unterrichte der Jugend verspüren liess. Hat keine eigene Güter, noch incompatible Nebendienste, doch viele Kirchenverrichtungen.

II. Schulanstalten: a) äusserliche:

1. Das Schulhaus ist nebst der Stube wohlbeschaffen; das Onus fabricae hat das Gotteshaus.
2. Die Schulnothwendigkeiten sind ausser einer schwarzen Vorzeigtafel und langem Schreibtische vorhanden.

b) innerliche: Die Lehrart ist die alte.

III. Die Schuljugend:

1. In dem Katechismus war die Jugend wohl unterwiesen. Sie beläuft sich auf 60 Kinder.
2. Die Sitten sind wohl beschaffen. Die Wachsamkeit der Aeltern ist dermalen verbessert.

IV. Bestallung:

1. Von Gotteshäusern:

aa) Von M. Weyer:

- | | |
|--|---------------|
| a) für Engelämter, Jahrtäge | 29 fl. 22 kr. |
| b) für Nebenverrichtungen z. B.: Läuten, Kirchenwäsche | 21 fl. — kr. |
| c) für die Freyschule von Martini bis Walburgi | 10 fl. — kr. |

bb) Von Marktleugast:

- | | |
|--|---------------|
| a) Salarium, Engelämter etc. | 17 fl. 50 kr. |
| b) An Accidentien und für Nebenverrichtungen | 50 fl. — kr. |

Summa 128 fl. 12 kr.

Übertrag 128 fl. 12 kr.

2. Von der Gemeinde:

- a) 94 Laibe Brod, jeder ad 8 kr 12 fl. 32 kr.
- b) 22 Garben Korn und ebensoviel Hafer 7 fl. — kr.

3. An Feldbau:

- a) $4\frac{1}{2}$ Morgen Feld, dann $3\frac{5}{8}$ Tagwerk Wiesen 50 fl. — kr.

- 4. An Holz 6 Klaftern 8 fl. — kr.

Summa 205 fl. 44 kr.

Filial Marktleugast, 23. Oktober e. a.

I. Schulpersonal: Joh. Brumbach von Marktleugast, 31 Jahre alt, ist $1\frac{1}{2}$ Jahren auf dem Dienste, lediges Standes, von guter Fähigkeit, guten Sitten und Eifer. Ist zu Bamberg in der Normal-
schule auf seine eigenen Kosten gestanden, bis jetzt gesund.

II. Schulanstalten: a) äusserliche:

- 1. Das Schulhaus brauchet sowohl in der Stube als dem Vihe-
stall des Ausbessern. Die Schulstube kann 80 Kinder fassen.
- 2. Das Onus fabricae hat das Gotteshaus. Die Schulnoth-
wendigkeiten sind vorhanden.
- b) innerliche: Die Lehrart ist die verbesserte, die durch den Zu-
sammenunterricht, deutliche Erklärungen und gründliche Be-
griffe gegeben wird.

III. Schuljugend: Diese ist ziemlich gesittet und fähig. Die
Wachsamkeit im Schulschicken bey den Aeltern ist gebessert.

IV. Bestallung:

1. Vom Gotteshause:

- a) an Salarium, für Jahrtäge etc. 9 fl. 44 kr.
- b) für Nebenverrichtungen 2 fl. 28 kr.
- c) an Abzinsen für die Frey Schule 11 fl. 15 kr.
- d) an Güter-Ertrag 20 fl. — kr.
- e) an Accidentien 7 fl. — kr.

2. Von der Gemeinde:

- a) Geld 2 fl. — kr.
- b) von 22 Läutgarben 6 fl. — kr.

- 3. An Accidentien z. B. beim Umsingen 6 fl. — kr.

Summa 64 fl. 12 kr.

Enchenreuth, den 24. Oktober e. a.

I. Schulpersonal: Johann Schülein, 35 Jahre alt, ist 4 Jahre auf diesem Dienste, den er nach erlernter verbesserter Lehrart zu Bamberg gnädigst erhalten hat. Hat mittelmässige Fähigkeit, ist fleissig und arbeitsam, ist gesund und hat keine eigenen Kinder.

II. Schulanstalten: a) äusserliche:

1. Da kein Schulhaus hier vorhanden, so muss der Schulmeister im Zinse herumziehen. Das Onus fabricae hat das Gotteshaus.
2. Die Schulnothwendigkeiten sind ausser einem langen Schreibtisch vorhanden.

b) innerliche: Die Lehrart hat er in Ansehung des gründlichen Unterrichtes, so viel er konnte, verbessert, wie es die katechetische Prüfung und jene über die Anfangsgründe der deutschen Sprache für die kleinere Jugend erwiesen hat.

III. Schuljugend:

1. Diese beläuft sich auf 70 Kinder. Die Schulzucht wie auch die Sitte der Jugend ist gut beschaffen.
2. Die Jugend auf den eingepfarrten Dorfschaften ist folgende:
 - a) Schnebes hat 10 Kinder.
 - b) Brumberg hat 15 Kinder, jedes Ort hat einen besonderen Winterschulmeister, die sich kümmerlich ernähren müssen.

IV. Bestallung:

1. Vom Gotteshause:

- | | |
|---|---|
| a) Salarium und vom Götzischen Legat etc. . | 56 fl. 23 ¹ / ₄ kr. |
| b) an Accidentien | 20 fl. — kr. |
| c) von 2 Äckerlein und 1 Wieslein | 8 fl. — kr. |

2. Von der Gemeinde:

- | | |
|---|--------------|
| a) 52 Laib Brod aus Haber | 4 fl. — kr. |
| b) 16 Korn Garben und 6 Haber von den eingepfarrten Dörfern | 4 fl. — kr. |
| c) 18 Mass Lauthaber von der Gemeinde.
Enchenreuth | 9 fl. — kr |
| d) für die Winterschule thut das Schulgeld für
70 Kinder | 24 fl. — kr. |

Summa 125 fl. 23¹/₄ kr.

	Übertrag	125 fl. 23 ¹ / ₄ kr.
3. An gnädigstem Bestallungskorn vom hochfürstlichen Kastenboden zu Stadtsteinach		
(8 Mässl)	9 fl. —	kr.
4. Holz 6 Klafter	8 fl. —	kr.
	Summa	142 fl. 23 ¹ / ₄ kr.

Wartenfels, den 25. Oktober e. a.

I. Schulpersonal: Joh. Christoph Müller von Stadtsteinach, 54 Jahre alt, steht 10 Jahre auf diesem Schuldienste, hat 5 unver-sorgte Kinder. Kann zwar lesen, schreiben und die Anfangsgründe der Rechenkunst, hat aber diese letzte niemanden seiner Schule während seinem Daseyn gelehret; von der weiblichen Jugend schreiben auch hier noch die wenigsten Kinder. Hat keine eigenen Güter.

II. Schulanstalten:

- a) äusserliche: Das Schulhaus ist noch ziemlich gut beschaffen, die Schulstube, die von der Wohnstube des Schulmeisters ab-ge-sondert ist, fasset die vorhandenen 60 Kinder gar wohl. Eine schwarze Anschreibtafel fehlet, die übrigen Schulnoth-wendigkeiten sind vorhanden.
- b) die innerlichen: Die Lehrart ist die alte, weil der Schulmeister weder Belesenheit noch sonstigen Unterricht hierin hat.

III. Die Schuljugend

1. des Ortes beläuft sich auf 60 Kinder, deren Fähigkeit, Schul-zucht und Sitten im Durchschnitte wohl bestellet ist.
2. Die eingepfarrten Dorfschaften Reichenbach, Altenreuth, Kunenreuth, Seubertenreuth, Schwand, Brannersreuth und Schöndorf haben einen Schulmeister, der diese Orte circumeundo mit Schulhalten versieht. Die Anzahl der Jugend darin be-läuft sich auf 96; die Woche im Winter zahlt jedes vermög-liche Kind 1 kr., im Sommer 1 $\mathfrak{s}$.

IV. Bestallung:

1. Vom Gotteshause:

a) an Salarium, Engelämter etc.	3 fl.
b) an Accidentien, z. B. Leichen, Hochzeiten, Provisuren	18 fl.
	Summa 21 fl.

	Übertrag	21 fl.
c) 2 ¹ / ₂ Tagwerk Feld		10 fl.
d) 1 Morgen Wiesen		6 fl.
2. Von der Gemeinde:		
a) 1 Schock Korn Garben		12 fl.
b) 1 Schock Haber		8 fl.
c) 132 Lät-Brod		10 fl.
d) an Schulgeld		10 fl.
3. An Holz 5 Klafter		6 fl.
	Summa	111 fl.

Aus den Schulkommissions-Akten des k. Kr.-Arch. Bamberg.

Beilage V.

Beispiel eines Protokolls über die Einrichtung der Sommerschulen (1784).

Extractus Hochfürstl. Bambergisch. Vogtey und Zentamts Vorchheim Protocolli Sub Acto den 5. May 1784.

Demnach Ihre Hochfürstl. Gnaden an das Höchstedenenselben nachgeordnete treuehorsamste Zent- und Stadtrichteramt den gnädigsten Auftrage d. d. Stöckach den 1. ds. zu machen Fürstmildest geruhet haben, mit Beyrath und Bewilligung deren sämtlichen in hiesiger Stadt und Zent angestellten Herrn Pfarrern die Sommerschulen anzuordnen und zum wenigsten zu Einführung dieses gemeinnützigen Entzweckes des Tages 2 Stunden zu bestimmen;

Alss hat man von obbesagter Amtsstelle an nachfolgende Herren Pfarrer (als an den hiesigen Stiftsdechant und die Pfarrer zu Hausen, Röttenbach, Kerschbach, Pinzberg, Wiesenthau, Reuth, Kirchehrenbach, Leutenbach, Ebermannstadt [alle namentlich aufgeführt]) dieses löbliche Werck mit ihrem seelsorglichen Beyrath zu unterstützen nicht nur die nöthige Ansuchungsschreiben erlassen, sondern auch sämtliche diesamtliche Dorfsvorstehern, um solche theils mit ihrem Gutachten zu vernehmen, theils denenselben die hochfürstl. höchsten Befehle bey denen ihnen untergebenen Gemeinden zum schuldigen und unverweilten Vollzug zu bringen, vorbeschieden.

Vor Angehung dieses Geschäftes selbst hat sich die Frage Nr. 1 aufgeworfen, ob in hiesiger Stadt und Zent Freyschule eingeführet oder aber die Schulen also bestellet seyen, dass die Kinder das Lehrgeld und wie viel zu entrichten haben, Worauf die Beantwortung im nachfolgenden unterthänigst vorgeleget wird, dass

- a) dahier in Vorchheim für die Knaben eine Freyschule, wenn anders solche eingepfarret sind, dahingegen
- b) für die Mädchen das Schulgeld alle Vierteljahre auf 12 kr. bestimmt sey,
- c) Ingleichen zu Hausen für die Kinder beyderley Geschlechts eine Freyschule eingeführet, in den übrigen Pfarrsprengeln aber
- d) das Schulgeld alle Vierteljahre mit 12 kr. frk., ausschliessig deren Armen bezahlt werden müsse. —

Dann weiteres

Nr. 2 fraget sich, was für Stunden des Tags jeden Dorfsinwohneren ihre Kindere in die Schule zu schicken den Sommer hindurch am bequemlichsten seyn wollen?

Auf diese Frage ist das allgemeine Gutachten deren anwesenden Herrn Pfarrer mit Einstimmung deren sämtlichen Dorfsamtleuthen dahin ausgefallen, dass die Sommerschulen frühe um 6 Uhr bis 8 Uhr, wo hernach die heilige Messe gelesen und die Kinder zu Anhörung derselben können beygeführt werden, angeordnet werden, weilen, da Se. Hochfürstl. Gnaden Selbst

- α) in dem obangezohenen gnädigsten Rescript auf Besorgung der ländlichen Wirthschaft Höchst Ihro gnädigstes Augenmerk gewendet haben, durch diese Anordnung dem Landmanne der übrige Theil des Tages seine Kindere zur Arbeit anzuhalten und zu gebrauchen ununterbrochen bleibet; auch
- β) zu frühe die nothwendigste Arbeit auf dem Feldt nicht eben so, wie am Nachmittag zu besorgen stehet, dann endlichen
- γ) es für Kindere, welche nicht in dem nemlichen Ort wohnen, wo ein Schullehrer angestellt ist, ebenso wie denen Eltern zu schwer fallen würde, wenn erstere in getheilten Stunden die Schulen 2 mal des Tages besuchen sollten.

So wie sich nun an die allgemein beliebte Regel die mehrste Herren Pfarrer anschliessen, als gedenken auch einige aus bewegendem Ursachen hievon eine Ausnahme zu machen, und zwar

- a) hat der hiesige Herr geistl. Rath und Stiftsdechant, welcher wegen anderen Geschäften behinderet der gemeinschaftlichen Ueberlegung anheute nicht beywohnen können, sich gestern mündlich benehmen lassen, wie allhier in Vorchheim die Stadtschulen von den hiesigen Burgerskindern samt den eingehörigen Filialen sowohl zur Winters- als Sommerszeit in den zeithero schon hergebrachten Stunden besucht würden,
- b) Herr Pfarrer zu Hausen äusseret an, wie die dasige Gemeinde bereits einverstanden seye, ihre Kinder fruhe um halb 10 Uhr bis 11 Uhr, nachmittag aber von 12 Uhr bis 3 Uhr in die Schule zu schicken. Dahingegen
- c) seye auf dem Filial Heroltzbach und denen dahin gehörigen Ortschaften Oess-, Poppen- und Reyendorf, Thurn und Wimmelbach die Zeit von $1\frac{1}{2}$ 11 Uhr bis 1 Uhr ausersehen worden.
- d) Zu Röttenbach wurde die Zeit des Schulgehens fruhe von 6 bis 7 Uhr, dann Nachmittag von 12—1 Uhr bestimmt.

Nr. 3. Der Anfang der Sommerschulen wurde einmüthig auf künftigen Montag als den 10. ds. festgesezt.

Nr. 4. Kinder von 6 Jahren haben sowohl die Winter- als Sommerschulen und zwar insolange zu besuchen, als denenselben bey erlangten reiferen Alter von ihrem H. Ortspfarrer die ausdrückliche Erlaubniss künftighin auszubleiben wird ertheilet worden seyn; gewiesse Jahr hiezu zu bestimmen, will von darumen nicht räthlich seyn, weilen bey manchen schon erwachsenen Kinderen die nöthige Kenntniss des Christenthum sowohl als der Schreib-, Les- und Rechenkunst, wie die Erfahrung öfters gelehret, ermanglet.

Nr. 5. Denen sämmtlichen Dorfsamtleuthen wurde andurch der Auftrag gemacht, diese heilsamste hochfürstliche Verordnung mit sämmtlichen eingeschalteten Umständen unverzüglich denen untergebenen Gemeinden mit der Bedrohung bekannt zu machen, dass die in einem oder dem anderen Punkt säumige Eltern mit einer Strafe von 1 Rthlr. unnachlässig beleget, und die Strafe mit gnädigster Genehmigung Ihro Hochfürstl. Gnaden theils zu Anschaffung deren nothwendigen Schulbüchern für die Armen, theils zu Austheilung deren Preissen bey denen jährlichen Schulprüfungen solle verwendet werden; wobei sich aber von selbst versteht, dass hinlängliche Entschuldigungen keineswegs verworfen seyn sollen.

Nr. 6. Haben die anwesenden Herrn Pfarrer die Verfügung getroffen, dass von denen ihnen untergebenen Schullehrern monatlich ein Verzeichniss deren die Schule besuchenden, und aussenbleibenden Kinderen gefertigt und letztere dem hochfürstl. Amte zur Eintreibung der Strafe übermachtet werde.

Wie aber bekanntermassen in dem hiesigen Zentamte verschiedene fremdherrische Unterthanen, als Bayreuthische, Nürnbergische und Ritterschäftliche ansässig sind; als stehet zu gewärtigen, ob Ihro Hochfürstliche Gn., dass durch das Vogtey- und Zentamt, um diese höchste Verordnung wirksam zu machen, diese fremdherrische Amtsstellen um thätige Beywürkung zu requiriren seyen, gnädigst gestatten, oder aber von Hochfürstl. Machtsvollkommenheit denen nachgeordnete Pfarrstellen gegen die widerspenstige eine Kirchenbusse zu verhängen gnädigst verordnen werden. Womit man also gegenwärtiges Geschäfte beendiget und die im obigen Protokoll getroffene Verfügungen zur gnädigsten Bestätigung einzuschicken beschlossen hat.

In fidem

M. Pflaum, Zent- und Stadtrichter.

Aus den Archivalien des k. Kreisarch. Bamberg.
(Sommerschulen auf dem Lande betr.).

Beilage VI.

Zur schulstatistischen Erhebung des Jahres 1790.

(Ausschreiben des Vikariats an sämtliche Pfarrer
des Hochstifts am 30. August 1790.)

„Der grosse Vortheil, den die Kirche und der Staat durch wohlbestellte Stadt- und Landschulen erhält, hat von jeher die Aufmerksamkeit der Regenten erweckt, und dieselben bewogen, in ihren Landen solche Lehranstalten zu treffen, wodurch die Jugend noch in ihrem zarten Alter in den nothwendigen und nützlichen Wissenschaften gründlich unterrichtet, und zu guten Christen, rechtschaffenen Bürgern und treuen Unterthanen gebildet wird. Obgleich

für das diesseitige fürstl. Hochstift schon mehrere heilsame Verordnungen erlassen worden, die Verbesserungen des Schul- und Erziehungswesens zum Gegenstande haben, so konnten doch diese wegen der verschiedenen Lage und Beschaffenheit der Pfarreyen und der dahin eingehörigen Ortschaften nicht überall erzielt werden. Um daher näher ermessen zu können, wie insonderheit den Landschulen eine nützliche Einrichtung zu geben sey; haben S. Hochfürstl. Gnaden unterm 28. Junius d. J. fürstmildest zu befehlen geruht, sämtlichen Pfarrern und Seelsorgern einen vollständigen Bericht über nachstehende Fragen abzufordern:

§ I.

- a) Aus wie viel Haushalten und Seelen der Ort, wo die Pfarrkirche ist, bestehe?
- b) Wie hoch sich die Zahl der Schuljugend vom 5. bis 13. Jahr im Durchschnitt jährlich belaufe?
- c) In welchem Amt der Ort liege, wer die Vogteylichkeit allda habe, und falls mehrere die vogteyliche Gerichtbarkeit über ihre sogenannte Lehne haben, wem die Dorf- und Gemeindherrschaft, wem die Landeshoheit zustehe?

§ II.

Wenn in einem Ort ein oder mehrere Schullehrer sind,

- a) mit welchen besonderen Wissenschaften der Schullehrer begabt sein müsse, z. B. ob er Unterricht in den Anfangsgründen der lateinischen Sprache geben, Orgelspielen, Choral- und Figuralmusik verstehen müsse?
- b) ob er ausser der Schule mit Nebenverrichtungen, z. B. Kirchners- oder anderen Nebenverdiensten beschäftigt sey?
- c) Ob diese denselben im Schulehalten nicht hindern?
- d) ob derselbe einen Cantor halte, und was er diesem jährlich zahle?
- e) Welche Lehrmethode derselbe beobachte?
- f) Wer dessen Dienst im Erledigungsfalle zu begeben habe?
- g) Ob der Schullehrer die das Schulwesen betreffende von Zeit zu Zeit ergangene Verordnungen einhalte, oder ob, von wem und welche Hindernisse demselben dieserhalb gemacht werden?

- h) Ob er bey fürstbischöflichem Vikariate verpflichtet sei, und falls nicht, warum dieses nicht geschehen?

§ III.

- a) Was der Schuldienst an Gelde, Getreide, Felder- und Wiesengenusse, Bestallungsholze, Läutgarben und Läutbrode, Accidentien etc. betrage? Wobei zu bemerken, dass das Getreid nach Bamberger Masse auszuschlagen, und im Mittelpreise zu berechnen, Felder- und Wiesengenuss aber so hoch, als solche in Bestand gegeben werden könnten, anzusetzen, das Holz nach dem Waldpreise, die Läutgarben und Läutlaibe nach dem beyläufigen Werth zu schätzen seyen. Unter die Accidentien dürfen keine willkührige Geschenke gerechnet werden.
- b) Ob, womit, von wem, und wie hoch, dann für welche Kinder ein Freyschule gestiftet sey und wer für diese Stiftung Sorge trage; ferner bey wem das Kapital angelegt, und wie solches versichert sey?
- c) Ob vor gestifteter Freyschule ein Schulgeld habe müssen bezahlt werden, wie viel und von welchen Kindern?
- d) Ob gegenwärtig ein Schulgeld, wie viel und von welchen Kindern entrichtet werde?
- e) Ob die Gemeindengenossen überhaupt wohlhabend seyen, und in welchem Vermögenstande sie sich im allgemeinen befinden?
- f) Ob die Gemeinde besondere eigene Güter oder Einkünfte besitze?
- g) Ob und wie viel sie hievon zur Unterhaltung des Schullehrers wirklich beitrage, oder beitragen könne?
- h) Ob der Schuldienst einer Verbesserung im Gehalte bedürfe, und wie diese am leichtesten geschehen können? Bei Beantwortung dieser Frage haben sich die Pfarrer und Seelsorger in Falle, wo es unläugbar, dass der Schuldienst von gar zu geringem Ertrage ist, auf ausdrücklichen Höchsten Befehl Sr. hochfürstl. Gnaden über die Art und Weise, dann auch über die Mittel, wie eine Verbesserung desselben hergestellt werden könne, mit den Ortsbeamten unter Zuziehung der Ortsvorsteher zu benehmen, und sich, um sichere Quellen hiezu ausfindig zu machen, eifrigst zu verwenden.

§ IV.

In Anbetracht der Schuljugend überhaupt ist zu berichten,

- a) ob sie gelehrig und sittsam, oder aber zu Ausschweifungen geneigt sey?
- b) Ob sie die Schule fleissig sowohl im Winter als Sommer besuche?
- c) Ob auch Sommerschulen ordentlich gehalten werden?
- d) Ob und wie der weltliche Beamte auf Ansuchen des Pfarrers die Jugend zur Besuchung der Winter- und Sommerschule anhalte?
- e) Welche Hindernisse entgegenstehen, dass die Sommerschulen nicht oder wenigstens nicht in hinlänglichen Stunden gehalten werden?

§ V.

- a) Wie das Schulhaus beschaffen sey, ob die Schulstube nach dem Verhältnisse der Schuljugend gross genug, von dem Wohnzimmer des Schullehrers und dessen Angehörigen unterschieden und gesondert sey, und wo nicht, ob und wie diese Absonderung hergestellt werden kann?
- b) Mit welchen Schulgeräthschaften dieselbe versehen sey?
- c) Ob das Schulhaus in oder ausser dem Kirchhof stehe?
- d) Wer die Gerichtsbarkeit darüber habe, und ob diese etwa streitig sey?
- e) Wem die Baulast aufliege?

§ VI.

- a) Ob und welche Filialorte mit Kirchen oder Kapellen zur Pfarrey gehören? Hier wird ein jedes insonderheit beschrieben, so, wie es den nachstehenden Fragen gemäss ist.
- b) Wie weit jedes von der Pfarrey entlegen sey?
- c) Wohin die Jugend in die Schule gehe? Hat aber das Filial einen eigenen Schullehrer; so sind hiebei alle Fragen, die unter § I bis V gestellt sind, zu beantworten. Wenn dasselbe einen solchen nicht hat, werden nur die in diesem § aufgestellte, sodann jene in § I und IV enthaltene, und noch folgende Fragen erörtert:

1. ob die Jugend bequemlich die Schule besuchen könne, oder ob der Weg besonders im Winter, wegen Bergen, Schnee, Flüssen etc. für dieselbe allzubeschwerlich sey?
2. ob und von wem, dann nach welcher Lehrart den Winter hindurch Schule allda gehalten werde, und wie es mit der Sommerschule beschaffen sey?
3. Was dem Schulhalter hiefür gezahlt werde?
4. Ob nicht ein Fond zu Unterhaltung eines ordentlichen und beständigen Schullehrers, und wie solcher allenfalls hergestellt werden könne? Hiebey sind auch die Fragen von dem Vermögenstande der Gemeindegossen und von den Gütern und Einkünften der Gemeinde, die § III Lit. e—h gestellt sind, zu beantworten.

§ VII.

Welche Dörfer ohne Kirchen und Kapellen, welche einzelne Höfe, Mühlen etc. zur Pfarrey gehören? Hier wird abermal in Anbetracht der Dörfer Erläuterung über die Fragen, die § I und IV, dann § VI von Lit b bis 4 vorkommen, gegeben, in Anbetracht der einzelnen Höfe, Mühlen etc. werden lediglich die 3 Fragen, die in § I unter b und c, dann § IV bei b, c, 1 und 3 gestellt sind, hinlänglich und dergestalt aufgeklärt, dass, gleichwie jedes Filialort mit einer Kirche oder Kapelle, also auch jedes andere Dorf oder einzelne Wohnstadt insonderheit beschrieben werde.

§ VIII.

Endlich in Betreff der vermischten Pfarreyen ist die Anzahl der kathol. Schuljugend von jener, die protest. Religion ist, zu sondern, und nach Maassgabe dessen, was in den vorhergehenden §§ zu wissen verlangt worden, sowohl in Hinsicht auf den einen als andern Religionstheil es sey gleich die Pfarrey mit einem kathol. oder protest. Pfarrer besetzt, alles deutlich und umständlich vorzulegen. —

Sämtlichen Hochstiftspfarrern wird daher die gemessene Auflage gemacht, binnen 4 Wochen ausführlichen Bericht auf alle vorstehende Fragen in halb gebrochenen Bögen, auf deren einer Seite die Fragen, auf der andern aber die Antworten zu setzen sind,

desto genauer nach der Vorschrift einzubefördern, als Se. Hochfürstl. Gnaden Sich Höchtsselbst solche zur gnädigsten Einsicht und erlauchtsten Beurtheilung, welche Maasnehmungen in jedem besonderen Orte zu Verbesserung des Schulwesens vorzukehren seyn dürften, unterthänigst vorzulegen gnädigst befohlen haben.

Decretum Bamberg den 30. August 1790.

L. S.

Ex Consilio ecclesiastico.

Aus der Sammlung gedruckter Schulverordnungen des k. Kreisarchivs Bamberg — auch bereits abgedruckt in „Pfeufers Beyträge zu Bambergs Gesch. S. 533 ff.

Beilage VII.

Ausschreiben an sämtliche Pfarrer des Hochstifts, Errichtung des Schullehrerseminars betr. (14. April 1791).

„Unter den öffentlichen Anstalten, welche in jedem Staate, noch aus mehreren Gründen in geistlichen Staaten als gemeinnützlich und erwünschlich anzusehen sind, gehört unstreitig ein Schullehrer-Seminarium, in welchem junge Leute, die sich dem Lehramte in den Stadt- und Landschulen widmen wollen, unterhalten, in allen einem Schullehrer nothwendigen und nützlichen Wissenschaften gründlich unterrichtet, und in Stand gesetzt werden, unter pflichtmässiger Aufsicht, weiser Leitung und thätiger Mitwirkung der Seelsorger vernünftige Menschen, wahre Christen, brauchbare, arbeitssame, gute und treue Bürger und Unterthanen zu bilden. — Seine Hochfürstlichen Gnaden haben daher ein solches Seminarium in hiesiger Fürstbischöflichen Residenz zu errichten gnädigst geruhet, und wollen so viele junge Leute darinnen aufnehmen und unentgeltlich unterhalten lassen, als es sich nach der Stärke des, zwar im Kapitalstocke inmittelst angewachsenen, dahingegen mit anderen angemessenen und nothwendigen jährlichen Ausgaben bereits beschwerten Fonds wohl wird thun lassen, welcher von der einsichtsvollen Wohlthätigkeit Ihres unmittelbaren Herrn Regierungsvorfahrers

Fürstbischofs Adam Friedrichs lobwürdigster Gedächtniss herührt, und den Höchstderselbe zu besserer Einrichtung des Schulwesens in der Stadt und auf dem Lande nach dem Gutbefinden eines zeitlichen Fürstbischofs zu Bamberg lediglich in allgemeinem mildest bestimmt hat.

Nachdem aber der erwähnte eigentliche Endzweck schwer würde errichtet werden, wenn nicht aus allen um Aufnahme in gedachtes Seminarium Competirenden jedesmal nur die fähigsten und gesittetsten als Zöglinge in das Seminarium aufgenommen würden; so haben Seine Hochfürstlichen Gnaden mildest verordnet, dass jährlich vor der Aufnahme ein Concurs im ganzen Lande ausgeschrieben, und mit jedem der erscheinenden Candidaten eine strenge Prüfung seiner Fähigkeit und schon besitzender Kenntnisse in den Religionswahrheiten, im Schön- und Rechtschreiben, im Rechnen, in der deutschen Sprachlehre, im Orgelspielen und in andern Wissenschaften vorgenommen, keiner aber zur Prüfung in einem ermeldter Stücke zugelassen werde, wenn er nicht vorher von seinem Pfarrer ein reines Zeugniß über seine Fähigkeit, gründlichen Unterricht im Christenthume, Verträglichkeit mit anderen, unzweifelhaft gute Aufführung werde beygebracht haben, um dadurch die Auswahl der fähigsten und gesittetsten Competenten zu erleichtern.

Diese Zeugnisse müssen auf folgende Punkte und Umstände, deren keiner übergangen werden darf, gestellt seyn:

1. Wie der Candidat heisse, wo er gebürtig, und wie alt er sey, wer dessen Eltern, ob sie noch leben; womit er sich nähre, und was er in Vermögen habe; ob und wieviel Schulen er studirt habe; Warum er vom Studiren abgegangen; ob er noch ledigen Standes, und gesund sey?
2. Wann der Candidat angefangen habe zu lernen und wie lang er lerne?
3. Wo, von wem und nach welcher Methode er gelehrt worden?
4. Ob er seine Kenntnisse schon praktisch in Gegenwart des Pfarrers gezeigt, und wie dieser denselben befunden habe?
5. Ob er Eifer zeige, mehr zu lernen, und ob er in der christlichen Lehre allzeit eifrig und aufmerksam sey?
6. Ob und in welchen Gattungen der Musik er unterrichtet sey?

7. Ob er sich darin schon öffentlich gezeigt habe und wie der Pfarrer mit ihm zufrieden gewesen?
8. Ob überhaupt Pfarrer ihn zum Lehramt tauglich und aufgelegt zu sein glaube?
9. Ob derselbe, seitdem er sich zum Schulamte entschlossen, Eingezogenheit gezeigt, und durch äusserlichen Anstand von der rohen Jugend sich unterschieden, auch keine unanständige Gemeinschaft mit andern gemacht habe?
10. Ob nicht diese Zeit hindurch Klagen wegen übeln Betragen bei Pfarrern gegen ihn angebracht worden, und ob Pfarrer dergleichen Betragen an demselben nicht selbst bemerkt habe?
11. Ob und wie oft Pfarrer denselben deswegen gemahnt und bestraft, auch was solches gefruchtet habe?
12. Ob er nicht in Wirthshäusern, bey Hochzeiten, Kirchweihen und besonders beym Tanzen mehrmals aufgespielt, und sich etwa noch über dieses unanständig dabei betragen habe?
13. Ob er nicht dem Trinken, Spielen, Zanken und Schlägereyen ergeben sey?
14. Ob er seinem Lehrer aufmerksam und folgsam gewesen sey?
15. Ob er die hl. Sakramente öfters empfangen und dem übrigen Gottesdienst ordentlich, fleissig und auferbäulich beywohne?
16. Ob auch die Ortsleute mit ihm zufrieden seyen?

Sämmtliche Landdechanten und Pfarrer werden daher auf ausdrücklichen höchsten Befehl Sr. Hochfürstlichen Gnaden die Weisung andurch gegeben,

- I. den in ihrem Bezirke wohnenden Schulseminariums-Competenten die Zeugnisse über ihre Fähigkeit, Wissenschaft und sittliches Betragen auf bittliches Ansuchen jedesmal gutwillig und unentgeltlich nach obiger genau einzuhaltender Vorschrift verschlossen, jedoch
- II. dergestalt zu ertheilen, dass sie bei Ausstellung derselben lediglich nach Pflichten und Gewissen mit aller nur möglichen Freimütigkeit, und ohne Rücksicht auf Empfehlungen und sonstige Verhältnisse zu Werke gehen; indem sie sich im Falle eines ausgestellten und unecht erprobten Attestats nicht nur die schwerste Verantwortung und höchste Ungnade zuziehen werden, sondern unfehlbar zu gewärtigen haben, dass sie zum Ersatz

der Kosten, die für ein auf ihr Zeugniß in das Seminarium aufgenommenes, in der Folge aber mit den bezeugten Eigenschaften nicht begabt befunden wordenes Subjekt aus der Stiftung verwendet wurden, angehalten werden.

- III. So oft ein Concurs ausgeschrieben wird, sollen Dechanten und Pfarrer den in ihrem Bezirke befindlichen Competenten hievon Nachricht ertheilen, und die zur Prüfung anberaumte Zeit bekannt machen, zugleich aber auch bedeuten, dass keiner zur Prüfung zugelassen, noch weniger in das Seminarium aufgenommen werde, wenn er erwähntes Attest nicht sogleich mitbringt, also zwar, dass er ausgeschlossen bleibe, wenn er auch sich anheischig macht, solches noch nachzutragen.
- IV. Alle Zeugnisse, die nur im allgemeinen ausgestellt und auf oben angeführte Art nicht verfasst sind, sollen nicht nur verboten und die Competenten, welche solche beybringen zur Prüfung nicht zugelassen werden, sondern es werden auch die Aussteller derselben noch überdies zur Verantwortung gezogen werden.

Je nachdem also ein Pfarrer gar leicht Anlass geben kann, dass ein fähiges Subjekt von der Prüfung und in der Folge von der Aufnahme in das Seminarium ausgeschlossen, somit an seinem Glücke und an künftiger Versorgung mit nicht geringer Verantwortung behindert werde; ermahnen Sr. Hochfürstlichen Gnaden alle und jede sich hiebey dermassen zu verhalten, dass die höchste Absicht erzielt, und niemanden einiger Nachteil durch Fahrlässigkeit zugefügt werde. Zu dem Ende verordnen Höchstdieselben, dass

- V. gegenwärtige Vorschrift zur künftigen Bemessung bey der Pfarrrepositur fleissig aufbewahrt werde. Gestalten auch höchstgedachte Sr. Hochfürstl. Gnaden aus bewegenden Ursachen gnädigst zu befehlen geruht haben, dass zu gleicher Zeit, wo die um die Aufnahme in mehrbesagtes Seminarium anhaltende Candidaten geprüft werden, alle übrigen in diesseitigen Fürstbischöflichen Landen angestellte Cantoren, sie haben gleich den Normalunterricht schon erhalten oder nicht, nocheinmal in strenge Prüfung genommen werden, und hiebei sich gleichfalls mit einem pfarramtlichen Zeugniß legitimiren sollen; so

haben Dechanten und Pfarrer sich bei Ausstellung derselben nach obengesetzter Vorschrift, mit Bemerkung der Jahre, seit denen ein Jeder Cantordienste verrichtet, genau zu bemessen.

Decretum Bamberg den 14. April 1791.

L. S.

Ex Consilio eccles.

Aus der Sammlung gedruckter Schulordnungen im
k. Kreis-Archiv Bamberg.

Beilage VIII.

I. Schluss-Prüfungsliste des Schullehrer-Seminars Bamberg 1791.

N a m e	Katechisiren	Religionslehre	Bibl. Geschichte	Schönschreibkunst	Rechtschreibkunst	Deutsche Sprache	Schulmethode	Rechenkunst	Orgel- spiel			Choral- schlagen		Singen			Bemerkungen über die Sitten, Fähigkeiten, Fleiss und Vor- schritte etc.
									Präludieren	Kirchenlieder	Partitur	unausgesetzt	ausgesetzt	Choral	Figural	Stimme	
Friedrich Störcher																	(s. u.)
Vor der Aufnahme = I	—	a	b	a	a	a	—	—	b	b	c	—	c	c	a	a	
Vor der Entlassung = II	a	a	a	a	a	a	a	a	b	a	b	c	b	a	a	a	
Johann Neubauer I	a	a	a	a	b	b	b	c	a	a	b	—	c	a	a	a	
II	a	a	a	a	a	a	a	b	a	a	a	b	a	a	a	a	
Moritz Eibel I	a	a	b	a	a	b	a	c	a	a	b	b	a	b	a	a	
II	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	b	a	a	a	a	
Paulus Punzelt I	b	a	b	a	b	b	a	c	a	a	a	a	a	c	b	a	
II	a	a	a	a	a	b	a	b	a	a	a	a	a	a	a	b	
Johann Rauh I	b	a	b	b	b	b	b	b	a	a	a	a	a	b	b	b	
II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

a = gut, b = mittelmässig gut oder ziemlich mittelmässig, c = erträglich oder mittelmässig, d = schlecht oder sehr wenig, — = nichts.

Bemerkungen der letzten Rubrik:

1. Friedrich Störcher: Er war wohlgesittet, höflich, gehorsam, — ziemlich fähig, doch war das Talent nicht genugsam vorbereitet; fleissig, eifrig im Gebethe und dem Lernen. —

a) In schriftl. Aufsätzen gut und ordentlich, b) in der Länderkunde mittelmässig, da er noch keine Kenntnisse zuvor hatte, c) in der Naturgeschichte erwarb er sich die ganze Übersicht des Mineralreichs und aus dem Pflanzenreiche eine ökonomisch-botanische Klassifikation nebst verschiedenen gemeinen Kräuterkenntnissen und von den Bestandtheilen der Pflanzen überhaupt, weiters die tabellarisch-theoretische Abhandlung von der Baumzucht, dem pelzen und oculliren. d) Aus der Naturlehre die Hauptbegriffe von den Weltsystemen, Planeten und zur Kalender-Verständniss.

2. Joh. Neubauer: Er war wohlgesittet, höflich, gehorsam, — mittelmässig empfänglich; fleissig, arbeitsam, still und ordentlich sowohl im Gebethe als im Lernen. —

a) In schriftlichen Aufsätzen erträglich mittelmässig, b) in der Länderkunde wenig, c) in der Naturgeschichte hat er, wie bereits bey dem vorhergehenden Kandidaten gemeldet worden, die nämlichen Kenntnisse sich ziemlich mittelmässig erworben. d) In der Naturlehre begriff er die aus dem Lesebuch gegebene Erklärungen von den Naturbegebenheiten des Feuers, der Wärme, Kälte, Nebel, Thau, Reif, den Winden und Gewitter hinlänglich. —

3. Moritz Eibel: Er war gut gesittet, höflich, gehorsam, — hart empfänglich, doch fleissig und arbeitsam.

a) In schriftlichen Aufsätzen halb unverständlich und nicht ganz aufgeklärt, b) in der Länderkunde ziemlich gut, c) in der Naturgeschichte nach dem obenberührten Plane hat er sich hinlängliche Vorbereitungskenntnisse erworben, d) in der Naturlehre wusste er die allgemeinen Eigenschaften der Körper, die Verschiedenheit der Kalender, der Jahre, Monate und Tage etc., auch die chronologische Zeitrechnung durch die Sonn- und Mondzirkel samt den dabey vorkommenden Epakten der Neumonde.

4. Paulus Punzelt: Er war von guten Sitten; obgleich nicht artig, doch höflich und willig, — sehr hart empfänglich, aber unermüdet fleissig.

a) In schriftlichen Aufsätzen einfach, doch zusammenhängend. b) Länderkunde wenig. c) Naturgeschichte, wie oben gemeldet, aus den beiden ersten Reihen mittelmässige Kenntniss, zur Vorbereitung doch hinreichend. d) In der Naturlehre sammelte er sich nur die ersten und nothwendigsten Hauptbegriffe aus dem Vorlessbuche.

5. Joh. Rauh: Hat sich der Endprüfung vor der Entlassung aus dem Seminarium nicht unterzogen, sondern ist nach hinterlassenem Entschuldigungsbillet einige Tage zuvor entwichen. — War während seinem Aufenthalte sehr ordentlich, doch merkte man zu viel jugendliche Eigenliebe, die von dem allzu abstechenden Vorzuge seiner guten Arbeit und einer überwiegenden Fähigkeit hergerührt haben mag. Denn in allen obigen Lehrgegenständen, besonders in schriftlichen Aufsätzen, war er in seiner Art vollkommen gut, obschon er den Normalunterricht, wie die übrigen Mitkandidaten zuvor noch nicht empfangen hatte.

(Aus den Schulkommissionsakten des k. Kreis-Archivs Bamberg.)

Beilage IX.

Die Kandidaten des Schullehrerseminars Bamberg von 1791 bis 1802/03.

- I. 1791 (von 25. Juli bis 20. Dez.)
1. Störcher, Friedrich, Schulkandidat von Schesslitz
 2. Neubauer, Joh., Kantor von Kupferberg
 3. Eibel, Moritz, Kantor von Rothenkirchen
 4. Punzelt, Paul, Kantor von Zeyern.
- II. 1792 (10. April bis 29. Sept.)
5. Hack, Joh. Chr., Kantor zu Höchstadt
 6. Tauer, Mich., von Kirchach, Kantor zu Burgebrach
 7. Wallner, Ernst, Kantor zu Adelsdorf
 8. Georg, Rudolph, Kantor zu Altenkunstadt
 9. Schilling, Joh., von Burggrub, Kantor zu Litzendorf
 10. Ender, Philipp, Kantor zu Marktzeuln.
- III. 1793 (31. Jan. bis 6. Sept.)
11. Gleussner, Joseph, Schullehrer zu Ampferbach
 12. Mertel, Sebast., von Marktlengast, Kantor zu Knetzgau
 13. Hellerich, Joh. Konrad, Kantor zu Marktschorgast
 14. Köstner, Joachim, Kantor von Wiesenthau
 15. Titus, Michael, Kantor von Neukenroth *Schullehrerssohn*
 16. Hermann, Gg., Kandidat von Herzogenaurach
 17. Wimmelbacher, J. Gg., Kandidat von Pottenstein.
- IV. 1793/94 (10. Nov. bis 7. Sept.)
18. Sesselmann, Konr., Kantor in St. Jakob zu Bamberg
 19. Eichhorn, Joh., Kandidat aus Rothenkirchen
 20. Fleischmann, Gg., Schulmeisterssohn aus Eggolsheim
 21. Martin, Adam, Kantorssohn aus Kronach
 22. Hofmann, Jos., Schulmeisterssohn von Issling
 23. Seuffert, Jos., Schulmeisterssohn von Burgellern.
- V. 1794/95 (10. Nov. bis 8. Sept.)
24. Oester, Matthias, Kantor zu Knetzgau
 25. Detsch, Mich., Schulmeisterssohn von Rothenkirchen
 26. Weiss, Jak. von Uetzing, Kantor zu Stübig
 27. Behr, Jakob, Kantor von Lohndorf

28. Trebes, Blasius, Schulmeisterssohn von Steinwiesen
29. Porzelt, Nikolaus, Schulmeisterssohn von Mkt. Graiz
30. Raab, Joh. Jak., „ „ Rattelsdorf
31. Räbel, Gg., „ „ Wallenfels
32. Hahn, J. G., „ „ Sambach
33. Hellerich, Joh. Ad., „ „ Marktschorgast
34. Ebert, Christ. Friedr. (Protestant), Schulmeisterssohn von Heiligenstadt.

VI. 1796/97 (Nov. bis 30. Aug.)

35. Spindler, Andreas, Schulmeisterssohn von Reckendorf
36. Wunder, Andr., „ „ Hannberg
37. Schreiner, Peter, von Stockheim
38. Möhrlein, Gg., von Tiefenpölz
39. Barnelis, Lorenz, von Modschiedel
40. Ritz, Gg., Schulmeisterssohn von Hausen
41. Ritz, Balthasar, „ „ Pinsberg
42. Schilling, Friedr., „ „ Litzendorf
43. Blumenröther, Gg., von Teuschnitz.

VII. 1797/98 (12. Nov. bis 9. Sept.)

44. Barnickel, Lorenz, von Rothenkirchen
45. Bauer, Gg., Kantor zu Burgebrach
46. Döring, Dietrich, von Marktleugast
47. Fortner, Andreas, von Marienweiher
48. Fleischmann, Franz, von Büchenbach
49. Hermann, Andreas, von Herzogenaaurach
50. Hild, Gallus, aus Teuschnitz
51. Hofmann, Gg., von Isling
52. Schreiner, Peter, aus Stockheim.
55. Weisenberger, Franz, Kantor im Armenkinderhause Bamberg
54. Ruppert, Joh., von Elbersberg
55. Sailer, Heinrich, aus Kronach
56. Müller, Joh., von Gerach
57. Müssinger, Raphael, von Lichtenfels
58. Thomas, Joh., von Röttenbach.

VIII. 1799/1800 (1. Nov. bis 24. Sept.)

59. Gleich, Joh., Kantor zu Wallenfels
60. Fleischmann, Joseph, von Eggolsheim

61. Zier, Pankraz, von Strullendorf
62. Bachmeyer, Joh., von Regensburg
63. Grasser, Gg., von Zegendorf
64. Schwend, Heinrich, Schulmeisterssohn von Nordhalben
65. Wendel, Mathes, Schullehrer zu Herzogenreuth
66. Hofmann, Konr., von Isling
67. Messbacher, Joh., von Kirchehrenbach
68. Punzelt, Joh., von Kirchschletten
69. Beez, Joh., von Steinberg
70. Friedrich, Joh., von Aurach
71. Lindner, Joh., von Kirchehrenbach
72. Kraft, Christoph, von Ludwigschorgast
73. Bayer, Joseph, von Pottenstein
74. Bayer, Joseph, Schulmeisterssohn von Reuth
75. Sailer, Nikolaus, von Kronach
76. Reinfelder, Gg., von Memmelsdorf
77. Stössel, Pankraz, von Elbing
78. Knoll, Gg., von Mobas

IX. 1802/03 (3. Nov. bis Sept.)

79. Wich, Joseph, aus Hallstadt
80. Kotschenreuther, Gg., aus Kleukheim
81. Späthling, Andreas, aus Pottenstein
82. Römer, Balthasar, aus Hirschaid
83. Och, Gg. Ad., von Marienweiher
84. Punzelt, Andreas, von Zeyern
85. Fleischmann, Friedr., von Eggolsheim
86. Schwarzmüller, Matthäus, aus Döringstadt
87. Barnickel, Wenzeslaus aus Frensdorf
88. Schwarz, Joh., aus Zeyern
89. Link, Sebastian, aus Wernsdorf
90. Rattler, Gg., von Wernsdorf
91. Eschbaumer, Joh., von Pretzfeld
92. Seuberth, Gg., aus Kirchehrenbach
93. Kotschenreuther, P., Kantor
94. Rauh, Chrisostomus, Kantor zu Neunkirchen.

Zusammengestellt nach den Prüfungsprotokollen
der Schulkommission.

Beilage X.

Prüfungsaufgaben einer Lehrer-Annahmeprüfung aus dem Jahre 1795.

Der Schullehrer J. Kreim von Höfen wird von Bürgermeister und Rat zu Bamberg auf den Kaulberger Schuldienst präsentiert; er unterzieht sich am 10. Aug. 1795 der vorschriftsmässigen Annahmeprüfung vor der Schulkommission, in welcher er jedoch nicht genügt; seine Präsentation wird daher auch nicht bestätigt. Die ihm vorgelegten Prüfungsaufgaben waren folgende:

Aus der Religionslehre (mündlich).

Eine Reihe von Fragen aus dem Diöcesankatechismus z. B.

1. Wie man die Begriffe erkläre:
 - a) Gott ist allmächtig,
 - b) Gott ist allweise,
 - c) Gott ist heilig,
 - d) Gott ist gerecht.
2. Was der christliche Glaube sey.
Was man unter Bibel verstehe.
3. Was zu einem katholischen Christen gehöre.
4. Was man man unter Gemeinschaft der Heiligen verstehe.
Aus welchem Texte sie bewiesen werde.
Was ein Kirchenablass sey.
5. Was die christliche Hoffnung sey.
Wie sie beschaffen sein müsse.
6. Was die Liebe zu Gott sey? Was die vollkommene Liebe sey.
Was die unvollkommene Liebe sey.
etc. etc.

Aus der biblischen Geschichte (mündlich).

1. Warum man den Kindern bibl. Geschichte lehren solle.
2. Er soll ein Beispiel von einer guten Kinderzucht angeben!
Was er von Jakob oder Tobias wisse.
3. Ein Beispiel einer schlechten Kinderzucht und deren Folgen.
4. Ein Beispiel eines rebellischen Unterthans und dessen Strafen.
5. Ein Beispiel eines guten Haushaltens.
6. Ein Beispiel eines demüthigen, eines hochmüthigen, eines sanftmüthigen Menschen. (Sämmtliche Beispiele seyn auch schon im Katechismus angezeigt.)

7. Welches das erste Wunder Christi wäre.
8. Was wohl Cana sey.
9. Was sich bey der Auferstehung Christi zugetragen habe.
10. Welches das erste Wunder der Apostel gewesen sey?

Aus der Buchstaben- Syllabir und Lese-Lehrart (mündlich).

1. Was ein Buchstabe sey.
2. Wie man den Kindern das Lernen der Buchstaben leicht und angenehm mache.
3. Was der Lehrer für Fehler bey der Buchstabenlehre zu vermeiden habe.
4. Was Syllabiren heisse.
5. Wie man die Kinder zum Syllabiren anführe.
6. Wie man den Kindern das Syllabiren leicht mache und ihnen dabei das Lesen lehre.
7. Welche Regeln beym Syllabiren zu beachten seyn.
8. Was ein Wort sey. Welche Fehler die Kinder gemeiniglich beym Lesen begehen und wie sie zu bessern seyn.

Aus der Rechenkunst (mündlich).

1. Was addieren heisse und wie man addiere.
2. Wie man subtrahiere? Wenn in der unteren Zahl ein 3 und oben 0 stehe, was zu thun sey.
3. Man liess ihn einige leichte Multiplikationsexempel auswendig machen, z. B. 6 fl. wie viel kr., 5 Schilling, wie viele Pf. sind es; 80 Batzen wie viele kr.
4. Das Einmaleins!

Aus der Lesekunst.

Man habe ihm ein Stück zu lesen vorgelegt.

Prüfungsexempel über Schön- und Rechtschreibkunst.

Ein tüchtiger Jugendlehrer muss seyn:

1. in Glaubens- und Sittenlehren nicht oberflächlich, sondern gründlich unterrichtet; er soll ja die Kinder nicht Religionswörter, sondern Begriffe lehren, wie kann er aber den Kleinen das fasslich machen, was er selbst nicht tauglich gefasset hat.

2. in biblischen Geschichten, in Schön- und Rechtschreiben, in Geschwindlesen und Rechnen wohl erfahren; diese Kenntnisse sind jedem Bürger und Professionisten im geringeren, dem Schullehrer aber im höheren Grad nothwendig.
3. mit einer guten Lehrart bekannt und endlich ein nüchterner, fleissiger und durchaus auferbaulicher Mensch.

Bamberg den 10. August 1795.

Über die Rechenkunst (schriftl.).

1. Von zwanzigtausend, einhundert und sieben Gulden Kapital sind neuntausend, sechshundert acht Gulden und 40 kr. abgetragen worden: wie viel steht noch? — (durch die Subtraktion.)
2. Wenn ein Schuldienst jährlich 87 Thlr. trägt, wie viel kömmt auf jeden Tag? — Durch die Division.

Aus den Schulkommissions-Akten des k. Kreis-
Archivs Bamberg.

Staatl. Bibliothek
Bamberg



Statistisches Jahrbuch

der humanistischen und technischen Mittelschulen Bayerns.

Stand vom 1. September 1890.

Von einem Fachmann.

ca. 12—15 Bog. Elegant gebunden Pr. Mk. 2.50.

Inhalt: I. Historisch-statistische und Personalnachrichten über die hum. und techn. Mittelschulen Bayerns mit Übersicht der Lehrkräfte, der Frequenz, des Etats, der Programmabhandlungen u. s. w.

II. Personallisten der Lehrer nach Fach und Konkursjahren.

III. Beilagen: Gehaltsregulate, Steuern, Vereinsnachrichten u. s. w.

Das „statistische Jahrbuch“ will alle auf die genannten Mittelschulen bezüglichen Nachrichten, die bisher immer nur nach einer längeren Reihe von Jahren in einem Personalstatus veröffentlicht wurden (nach Art des bekannten Stahel'schen Juristenkalenders) alljährlich zu Beginn des neuen Schuljahres bringen. Durch seinen reichen und vielseitigen Inhalt ist das Jahrbuch sicher geeignet, eine Lücke in unserer bayerischen Schullitteratur auszufüllen und in Fachkreisen mit Beifall aufgenommen zu werden.

Beide Hilfsbücher zusammen kosten statt Mk. 3.50 nur Mk. 3.—.

Zugleich erlauben wir uns, noch auf nachstehende gerade in der gegenwärtigen Zeit doppelt interessante Novität aufmerksam zu machen:

Der deutsche Aufsatz in Lehre und Beispiel

als Anhang zum deutschen Lesebuch

bearbeitet von

A. Edel.

Dieses in zwei Bändchen erscheinende Werk verfolgt den Zweck, in natürlicher systematischer Aufeinanderfolge dem stilistischen Unterricht zunächst an den Realschulen als Grundlage zu dienen, denselben dadurch, auch wenn er in der Hand mehrerer Lehrer liegt, einheitlich zu gestalten und vor Zersplitterung zu bewahren. Sein Stoff gliedert sich in Erklärungsbriefe, in denen das praktisch Verwertbare aus der Stillehre gegeben ist; diesen folgen ausgeführte Beispiele in reicher Auswahl, die dem Schüler den Weg zeigen, den er zu beschreiten hat; daran reihen sich Dispositionen, Stoffandeutungen und schliesslich nackte Aufgaben.

Für die unteren Stufen ist bei der Anlage des Werkes ein besonderes Gewicht darauf gelegt, dass der Schüler das, was er selbst gesehen und erlebt hat, auch sprachlich zum richtigen Ausdruck bringt.

Die Aufgaben der höheren Stufe aber gliedern sich in solche erklärender Art, in denen auf bekannte Thatsachen hingewiesen wird, und in Themen, die durch Vernunftgründe bewiesen werden müssen. Den letzteren ist die sprachhistorische Entwicklung zu Grunde gelegt, die allein den Schüler vor dem Abschweifen vom Thema beschützt. Hier wird man neue Bahnen vorgezeichnet sehen, die dem Wert des Buches sicherlich ebenso wenig Abbruch thun werden, wie der Umstand, dass man fast durchweg neue Themen in demselben finden wird. Besondere Berücksichtigung haben ferner die an den Mittelschulen gestellten Absolutoriaufgaben gefunden.

Von hervorragender fachmännischer Seite wurde das Werk als ein bedeutungsvoller und wesentlicher Fortschritt auf dem Gebiet der Stilistik bezeichnet, dem eine weite Verbreitung gesichert sei.

Die Verlagshandlung ist gern bereit, bei Neueinführungen den Bedarf für die Armenbibliotheken vollständig zu decken.

Bauer, W., Griechisches Übungsbuch. Erster Teil: **Formenlehre.**
I. Hälfte: Lehrstoff der IV. Lateinklasse mit Vocabular u. Wörterver-
zeichnissen. 9. Aufl. bearbeitet von **Dr. Augustin Stapfer**, Studienlehrer am
K. Luitpoldgymnasium in München. **1891.**

Die wesentlichste Änderung, welche das Bauer'sche Übungsbuch erfahren, ist die Einsetzung einer genügenden Zahl von griechisch-deutschen Lesestücken, die teils aus Einselsätzen, teils aus zusammenhängenden Erzählungen bestehen. Ferner wurden aus dem Bauerschen Buche alle jene Übungssätze ausgeschieden, zu deren Übersetzung eine grosse, in der Praxis schwer empfundene Zahl von Vokabelangaben nötig war. Auch in der Anlage einzelner Partien wurden einige, sicherlich vorteilhafte Änderungen getroffen. So wurde z. B. die Einübung von εἶναι zwischen die erste und zweite Deklination eingeschoben. Massgebend hierbei war der didaktische Grundsatz, dass der Schüler nie zwei Dinge auf einmal lernen soll. Die Verschiebungen in den Übungsstücken über das Verbum waren zum Teil durch die in der neuen Auflage der griechischen Grammatik von Englmann-Haas, an welche sich das Übungsbuch anschliesst, getroffenen Abänderungen bedingt, teils durch die Bestimmung der neuen Schulordnung für die humanistischen Gymnasien des Königreiches Bayern, wonach die Verba liquida nunmehr dem Lehrpensum der 5. Lateinklasse zugeteilt sind.

Dass auf präzise Fassung der gegebenen Regeln, auf korrekten deutschen Ausdruck sowie auf Gleichmässigkeit in den ohnehin nicht häufigen Angaben alle Mühe verwendet wurde, ist selbstverständlich. Druck und äussere Ausstattung lassen nichts zu wünschen übrig.

Kissel, F., kgl. Reallehrer für Mathematik und Physik an der sechskursigen Realschule zu Zweibrücken in der Rheinpfalz. **Lehrbuch mit Aufgabensammlung für den Arithmetikunterricht an Realschulen, humanistischen Gymnasien, Latein- und Präparandenschulen, sowie anderen Mittelschulen. I. Teil** mit Pensum der Kurse I. und II. **II. Teil** mit Pensum der Kurse III. und IV. von circa je 10 Bogen Umfang zu 1 Mk. 60 Pf. broch.

Über obiges Lehr- und Übungsbuch haben sich bereits mehrere Herren Fachlehrer, welche das Manuskript geprüft haben, in hervorragend aner kennenswerter Weise ausgesprochen.

Dieses Buch ist ganz aus der Schule herausgewachsen, stützt sich auf die heuristische Methode, beginnt bei den Anfangsgründen der Arithmetik und führt bis zu den höchsten Zweigen des elementaren Rechnens. Es hält genau den Gang ein, der von einem hohen kgl. bayer. Staatsministerium für den Rechen-Unterricht an Mittelschulen vorgeschrieben ist.

Es bietet als Lehrbuch einen präzisen, erfahrenen, klaren Führer und wendet die gewonnenen Sätze äusserst lehrreich in einer reichen Fülle der schönsten Beispiele, welche insbesondere aus dem bürgerlichen, gewerblichen und kaufmännischen Leben gewonnen sind, nutzbringend an.

Es giebt wenige ähnlich angelegte und durchgeführte Schulbücher, welche sowohl der Schule als auch dem Leben so Rechnung zu tragen bestrebt sind.

Die dem Buche beigegebenen Reduktionstabellen machen dasselbe ausserdem brauchbar für den Unterricht an höheren gewerblichen Fortbildungsschulen, an denen physikalische und chemische Elementarbegriffe zur Anwendung gebracht werden sollen.

C. C. Buchner'sche Verlagsbuchhandlung,

Gebr. Buchner, Kgl. Bayer. Hofbuchhändler.

Bamberg.

Reich illustriert mit circa 1500 Illustrationen.

Hervorragendes nationales Prachtwerk

Bayerische Bibliothek,

erscheint in 60 Einzelbändchen oder in 4 Serien à 15 Bändchen. Der Subskriptionspreis pro Bändchen ist Mark 1.25. Einzelpreis Mark 1.40. Zu je 5 Bändchen wird auf Verlangen ein hocheleganter Karton geliefert. Preis pro Karton Mk. 1.25.

Die einzelnen Bändchen der Bayer. Bibl. sollen dasjenige in populärer Form bringen, was bisher im Schosse der heimischen Archive in überreicher Fülle verborgen lag. Die Geschichte Bayerns, die Entstehungsgeschichte der reichen Kunstsammlungen und der gelehrten Anstalten soll anschaulich zur Darstellung gelangen, andererseits soll aber auch dem Volksleben, der Schilderung von Land und Leuten, einzelnen Arbeits- und Erwerbszweigen verschiedene Bändchen gewidmet sein.

Illustrativ werden die Bändchen besonders reich und schön ausgestattet sein, so dass die Bayer. Bibliothek nicht nur einen kostbaren litterarischen, sondern auch künstlerischen Schatz von hohem Werte bilden wird.

Ausführliche, mit Probe-Illustrationen versehene hochelegante Prospekte können durch jede Buchhandlung bezogen werden, wo auch die ersten Bändchen zur Ansicht aufliegen.

Inhalt der ersten 26 Bändchen:

1. **Martinus Balticus.** Ein Humanistenleben des 16. Jahrhunderts von **Dr. K. v. Reinhardstoettner**, k. Professor, Dozent an der k. t. Hochschule in München.
2. **Der bayerische Hausritterorden vom hl. Georg** von K. Rat **Ernst von Destouches**, Sekretär am geh. Staatsarchiv, Archivar und Chronist der Stadt München.
3. **Franz Graf Pocci**, ein Dichter- und Künstlerleben von **Dr. Hyacinth Holland**, k. Professor in München.
4. **Arbeitergestalten aus den bayerischen Alpen** von **Dr. Max Haushofer**, Professor an der k. t. Hochschule in München.
5. **Peter Candid** von **Dr. P. Joh. Rée**, Sekretär und Bibliothekar am bayer. Gewerbemuseum in Nürnberg.
6. **Geschichte des k. Münzkabinetts in München** von **Dr. Hans Riggauer**, Vorstand des k. Münzkabinetts in München.
7. **Elias Holl**, der Reichsstadt Augsburg Bau- und Werkmeister von **Dr. W. Vogt**, k. Professor in Augsburg.
8. **Schleissheim.** Eine geschichtliche Federzeichnung aus der bayerischen Hochebene von **Dr. Joh. Mayerhofer**, k. Kreisarchivar in Speier.
9. **Das germanische Nationalmuseum in Nürnberg** von **Dr. Franz Fried. Leitschuh**, Direktorialassistent am Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg.
10. **Aventin** von **Dr. Frz. X. v. Wegele**, Professor an der Universität Würzburg.
11. **Entstehung, Zweck und Einrichtung des bayer. Nationalmuseums in München** von **Dr. Jak. Heinr. v. Hefner-Alteneck**, Generalkonservator, Direktor a. D. des k. b. Nationalmuseums in München.
12. **Lorenz von Westenrieder** von **Dr. Aug. v. Kluckhohn**, Professor an der Universität in Göttingen.
13. **Martin Behaim** von **Dr. Sieg. Günther**, Professor an der k. t. Hochschule München.
14. **Friedrich Rückert** von **Dr. Franz Muncker**, Privatdozent an der Universität München.

15. **Oberammergau und sein Passionsspiel** von **Dr. Karl Trautmann**, k. Studienlehrer in München.
16. **Die St. Michaelskirche in München und ihr Kirchenschatz** von **Leop. Gmelin**, k. Professor an der Kunstgewerbeschule in München.
17. **Land und Leute im Bayerischen Walde** von **Dr. K. v. Reinhardstoettner**, k. Professor, Dozent an der k. t. Hochschule München.
18. **Schriftsprache und Mundarten in Bayern** von **Dr. Oskar Brenner**, Professor a. d. Universität München.
19. **Hans Sachs** von **Dr. Edm. Goetze**, k. Professor in Dresden.
20. **Der Schlachtenmaler Th. Horschelt** von **Dr. Hyazinth Holland**, k. Professor in München.
21. **Alpenlandschaft und Alpensage in Bayern** von **Dr. Max Haushofer**, Professor an der k. t. Hochschule in München.
22. **Altnürnberg.** Schilderung der Entwicklung der Reichsstadt Nürnberg bis 1350 von **Ernst Mummenhoff**, städt. Archivar in Nürnberg.
23. **Karl Stieler** von **Karl von Heigel**, Schriftsteller in Riva.
24. **Der Astronom Christoph Scheiner (1575—1650)** von **Dr. Anton von Braunnmühl**, Professor an der k. t. Hochschule in München.
25. **Schloss Nymphenburg** von **Dr. Karl Theodor Heigel**, Professor an der Universität München.
26. **Richard Wagner.** Eine Skizze seines Lebens und Wirkens von **Dr. Franz Muncker**, Professor an der Universität München.

 Die Bändchen sind auch einzeln zum Preise von Mk. 1.40 pro Bändchen käuflich.

Lateinische Schulgrammatik.

Bearbeitet von

Dr. Gustav Landgraf.

Circa 15 Bogen stark. Preis 3 Mk.

Mit vorliegender Schulgrammatik hofft die Verlagsbuchhandlung einem vielfach geäußerten Wunsche einer grossen Anzahl von bayerischen Gymnasien, dahin gehend, eine kürzere, alles überflüssigen Ballastes entbehrenden Schulgrammatik erscheinen zu lassen, entgegengekommen zu sein. Dieselbe sollte ursprünglich mit Rücksicht auf die in ihrem Verlage erschienenen und sich an die Englmannsche Grammatik anschliessenden lateinischen Übungsbücher nur eine Neubearbeitung ihrer kleinen lateinischen Grammatik von Englmann (erschienen 1880) sein, allein bei Inangriffnahme dieser Aufgabe zeigte es sich, dass zwar eine Anzahl grösserer und kleinerer Abschnitte in der alten Fassung brauchbar waren, weitaus der grössere Teil aber den jetzigen Anforderungen nach Form und Inhalt nicht mehr völlig genügte. Inwieweit der Herr Verfasser diese ihm von uns zur freien Verfügung gestellte kleine Grammatik benutzt hat, hat er in den gleichzeitig zur Ausgabe gelangenden „Litteraturnachweisen und Bemerkungen zur latein. Schulgrammatik von Dr. Gustav Landgraf“ im einzelnen gewissenhaft verzeichnet. Ebendasselbst hat er auch die Gesichtspunkte, die ihn bei der Ausarbeitung der Schulgrammatik hauptsächlich leiteten, ausführlich dargelegt.

Die grösste Abweichung von der Englmannschen Grammatik beruht darin, dass alles Stilistische losgelöst ist und in einem besonderen sich an die Syntax anschliessenden Teile systematisch und unter Abgrenzung der einzelnen Pensen vorgeführt wird. In sämtlichen Teilen war im Einklang mit den Forderungen der Reformbestrebungen unserer Tage das Hauptaugenmerk des Verfassers gerichtet auf **möglichste Vereinfachung und Verringerung** des Lehrstoffes in einer dem Auge wohlgefälligen und dem geistigen Fassungsvermögen des Schülers angepassten Form. Unsere neue Schulgrammatik will eine wirkliche Schulgrammatik d. h. eine für die Bedürfnisse **des Schülers** und **nur** für diesen geschriebene sein.

Die Grammatik ist hochelegant und zweckmässig ausgestattet, zeichnet sich durch klaren Druck aus und ist auf gelbes Papier gedruckt, welches im Zusammenwirken mit der Druckfarbe die Augen sehr schont.

Wie bekannt, hat die k. Staatsregierung, den Beratungen des Obersten Schulrates entsprechend, den Unterricht in der Physik in das Pensum des humanistischen Gymnasiums, den Unterricht in beschreibender Naturwissenschaft in das Pensum der Lateinschule aufgenommen. In weiten Kreisen wurde diese Anordnung als ein dankenswerter Fortschritt begrüßt, aber gleichzeitig verhehlte man sich auch nicht, dass für den Anfang der Betrieb der neuen Lehrfächer mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben werde. Lehrmittel der bezeichneten Art fehlen unseren Studienanstalten nahezu gänzlich; geeignete Lehrkräfte werden gleichfalls nicht durchweg aufzufinden sein, und auch solche Kompendien, wie sie gerade für die humanistischen Schulen Bayerns ein Bedürfnis sind, mögen zwar vorhanden sein, dürften sich aber aus der Flut der bezüglichen Litteratur nur mit Mühe auswählen lassen. Bei dieser Sachlage hofft die Verlagshandlung einen richtigen Griff gethan zu haben, als sie die Bearbeitung zweier genau dem erwähnten Zweck angepasster Leitfäden veranlasste.

Professor Dr. Recknagel in Augsburg, allen Fachgenossen durch zahlreiche Arbeiten auf wissenschaftlichem und didaktischem Gebiete wohlbekannt, hat die Ausarbeitung der

— P h y s i k, —

Dr. Kellermann, k. Reallehrer in Wunsiedel, hat diejenige der

— Naturgeschichte —

übernommen.

Die beiden Bücher, ersteres ungefähr 10, letzteres 7—8 Bogen umfassend, werden rechtzeitig genug im Drucke vorliegen, um schon mit Beginn der Ferien ausgegeben und im kommenden Wintersemester dem Unterrichte zu grunde gelegt werden zu können. Die Bestimmungen des neuen Schulplanes werden genau eingehalten sein, und schon dadurch ist den neuen Leitfäden, die auch in typographischer und artistischer Hinsicht auf der Höhe der Zeit stehen sollen, ein Vorsprung vor anderen, auf die eigenartigen Verhältnisse der bisher von der Naturwissenschaft unberührten bayer. Gymnasien selbstverständlich keinerlei Rücksicht nehmenden Lehrbüchern gesichert.

Der Preis wird ein ganz mässiger werden.

Das Lehrbuch der Geographie für bayerische Mittelschulen

von

Professor Dr. S. Günther und Professor Dr. W. Goetz

erscheint noch im Laufe dieses Sommers in zweiter Auflage, nachdem die erste Auflage vergriffen ist.

Es hat sich, nachdem das betr. Buch an einer Reihe von Unterrichtsanstalten eingeführt und praktisch verwendet worden ist, herausgestellt, dass die von den Verfassern gehegte Erwartung, einundderselbe Leitfaden werde den Bedürfnissen sowohl der Gymnasien als auch der Realschulen sich anpassen lassen, nicht zu verwirklichen ist. Die Anforderungen beider Schulgattungen weichen doch in zu vielen Punkten von einander ab.

Demzufolge haben die Verfasser, unter dankenswerter Zustimmung der Verlagshandlung, sich entschlossen, die neue Auflage auf eine durchaus verschiedene Grundlage zu stellen und je eine besondere Ausgabe

einerseits für die Klassen I—V der humanistischen Gymnasien,
andererseits für die realistischen Anstalten

zu liefern. Die erstere wird, ihrer Vorläuferin gegenüber, eine nicht unerhebliche Reduktion des Stoffes aufweisen und sich nach den in Einzelheiten abgeänderten Programmbestimmungen der Beratungen des obersten Schulrates richten.

Wünschen, die von seiten mehrerer Lehrer verschiedener Anstalten hinsichtlich veränderter Gestaltung einzelner Punkte an die Verfasser gelangten, ist von letzteren, soweit es immer möglich war, Rechnung getragen worden, wie dieselben auch fernerhin jede derartige Andeutung mit Dank aufnehmen werden.

Zum Gebrauch an den K. B. Lehranstalten ministeriell genehmigt.

Bauer, W., Griechisches Übungsbuch. Zweiter Teil: **Syntax.** Für die erste und zweite Gymnasialklasse (Sekunda). 6. Auflage von **A. Brunner.** 1889. 2 Mk. 60 Pf.

— — Dritter Teil: **Aufgaben zu griechischen Stilübungen** für die oberen Gymnasialklassen (Prima). 5. Auflage von **Fr. Zorn.** 1887. 2 Mk. 60 Pf.

Bauer, W. u. L. Englmann, Aufgaben zu lateinischen Stilübungen. I. Teil (Sekunda). 6. Auflage. 1888. 2 Mk. 60 Pf. II. Teil (Prima). 5. Auflage. 1888. Herausgegeben von **J. Gerstenecker,** Kgl. Studienlehrer in München. 2 Mk. 60 Pf.

Grammatik der griechischen Sprache. Von **L. Englmann** und **Emil Kurz.** I. Teil: **Formenlehre des attischen Dialekts** von **L. Englmann.** 7. Auflage. 1887. Mit 2 Bogen Tabellen. 2 Mk. II. Teil: **Syntax der griechischen Sprache** von **Emil Kurz,** Kgl. Rektor und Professor. 5. verb. Auflage. 1885. 2 Mk. 60 Pf.

Englmann, L., Grammatik der lateinischen Sprache. 13. Auflage, bearbeitet von **K. Welzhofer,** Kgl. Gymnasialprofessor am Ludwigsgymnasium in München. 1889. 3 Mk.

Englmann, L., Lateinische Grammatik für Latein- und Realschulen. 1880. 2 Mk.

Englmann, L., Grammatik der deutschen Sprache. 7. Auflage, bearbeitet von **Dr. Heinrich Welzhofer,** Kgl. Studienlehrer in München. 1887. 2 Mk.

 Vorstehende weit verbreitete „**Deutsche Grammatik**“ ist zum Schulgebrauche genehmigt in den **Königl. Bayerisch. Studienanstalten und Realschulen** (3. Oktober 1877, Kultus-Minist.-Blatt 1877, Nr. 34, S. 435), von der **Königl. Württemb. Kultus-Ministerial-Abteilung für Gelehrten- und Realschulen** (12. April 1873) und vom **Grossherzoglich Hessischen Oberschulrath** (29. April 1873).

 Als sehr brauchbares Hilfsmittel zu Englmanns Grammatik der deutschen Sprache ist erschienen:

Deutsches Übungsbuch. Im Anschluss an **Englmanns Deutsche Grammatik** für die erste, zweite und dritte Lateinklasse. Bearbeitet von **A. Winter,** Kgl. Studienlehrer. I. Teil: **Formenlehre.** 1 Mk. II. Teil: **Satzlehre.** 80 Pf.

Englmann, L., Lateinisches Elementarbuch für die I. Klasse der Lateinschule. 5. verbesserte und vermehrte Auflage, herausgegeben von **Karl Welzhofer,** Kgl. Gymnasialprofessor am Ludwigsgymnasium in München. 1886. 1 Mk. 50 Pf.

Englmann, L., Lateinisches Lesebuch. I. Teil. Für die II. und III. Klasse der Lateinschule (Quinta und Quarta). 9. Aufl., bearbeitet von **Karl Welzhofer,** Kgl. Gymnasialprofessor am Ludwigsgymnasium in München. 1886. 2 Mk.

Englmann, L., Übungsbuch zum Übersetzen ins Lateinische für die III. Klasse der Lateinschule (Quarta). 10. Auflage, bearbeitet von **Dr. Jakob Haas,** Kgl. Studienlehrer in München. 1886. 1 Mk. 80 Pfg.

Englmann, L., Übungsbuch zum Übersetzen ins Lateinische für die IV. und V. Klasse der Lateinschule (Tertia). 9. Auflage, bearbeitet von **Dr. Jakob Haas** in München. 1889. 2 Mk. 80 Pf.

Englmann, L., Syntax des attischen Dialekts. 4. verb. Auflage von **M. Rottmanner.** 1888. 1 Mk. 20 Pf.

Englmann, L., Anthologie aus Ovid, Tibull und Phädrus. 5. Auflage, bearbeitet von **Dr. Cl. Hellmuth.** 1885. 1 Mk. 60 Pf.

Englmann, L., Ovids Metamorphosen. 3. verb. Auflage von demselben. 1886. 2 Mk.

Englmann, L., Deutsche Orthographie und alphabet. Wörterverzeichnis für richtige Schreibung und Beugung. 4. verbesserte Auflage. (Nach der neuen bayerischen und preussischen Orthographie.) **Ermässiger Preis** 60 Pf.

Friedlein, Dr. G., Griechisches Lesebuch für Lateinschulen. 4. verb. Auflage, bearbeitet von **E. Kurz**, Kgl. Rektor. 1887. 2 Mk. 60 Pf.

Publius Ovidius Naso, Ausgewählte Dichtungen. Für den Schulgebrauch erklärt von **W. Gross**. Mit metrischen Vorbemerkungen. I. 1. **Tristia**. 1 Mk. 60 Pf. I. 2. **Fasti**. 1 Mk. 50 Pf. II. **Metamorphoses. Index nominum**. 2 Mk. 50 Pf. 2. Auflage bearbeitet von **Dr. A. Hellmuth**. 1890.

Emmerig, A., Geometrische Kopfrechenaufgaben und deren Auflösungen. 1887. 1 Mk. 60 Pf.

Helm, J., Grundzüge der empirischen Psychologie und der Logik. 4. verb. Auflage. 1887. 1 Mk. 60 Pf.

Hofmiller, O., Grundzüge der orthogonalen Projektion. Mit 16 Figurentafeln geometrischer Vorlagen. 1889. 3 Mk. 80 Pf.

Hübsch, Gg., Abriss der Geschichte der Erziehung und des Unterrichts unter vorzugsweiser Berücksichtigung des deutschen Volksschulwesens. 1887. 1 Mk. 80 Pf.

Kissel, Ferdinand, kgl. Reallehrer für Mathematik und Physik an der 6kursigen Realschule in Zweibrücken. **Rechenbuch**, Lehrbuch mit Aufgabensammlung für Mittel-Schulen. 1891. Zwei Teile à 1 Mk. 60 Pf. broch. (Siehe Besprechung auf der letzten Seite.)

Des Publius Ovidius Naso Briefe der Heroiden. Deutsch im Versmasse der Urschrift von **Alwin Koch**, k. Subrektor in Frankenthal. 1 Mk. 20 Pf.

Moroff, A., Regeln und Erläuterungen zum Rechnen nebst Skizze eines Lehrganges und Masstafel. Zum Gebrauche an Gymnasien und anderen Mittelschulen. 1888. 80 Pf.

Buchners Sammelbuch für die Schätze der deutschen Muttersprache. 1888. 5 Mk. 40 Pf.

Emmerig, A., Unser nächtlicher Sternenhimmel. Ein Taschenbuch für die studierende Jugend sowie für nächtliche Wanderer. 2. Auflage. Mit einer Sternkarte und 27 Figuren. 1888. Kartonnirt 2 Mk., eleg. geb. 3 Mk.

Ausser den oben verzeichneten und weit verbreiteten Lehrbüchern, welche sich des vollsten Beifalls der Herren Fachmänner erfreuen und seit vielen Jahren mit bestem Erfolg beim Unterricht benutzt werden, erschien vor kurzem:

Baldi und Brunner, Lese- und Hilfsbuch für den Unterricht im Deutschen an Gymnasien und höheren Bildungsanstalten. 520 Seiten stark, Preis gebunden 3 Mk. 90 Pf.

Durch die Herausgabe dieses Lehrbuches beabsichtigten die Herren Verfasser, zwei erprobte Schulmänner, einem schon längst gehegten Bedürfnisse abzuhelpen. In wie weit diese ihre Absicht richtig war, beweist der Umstand, dass es sofort an vielen Lehranstalten eingeführt wurde und ihm die günstigsten Beurteilungen zu teil wurden. (S. auch „Blätter für Bayer. Gymnasialschulwesen“ Band XXV, 5. und 6. Heft, Seite 283.)

Da von manchen Studienanstalten neue lateinische Übungsbücher öfters und dringend gewünscht wurden, so hat sich die Verlagsbuchhandlung veranlasst gesehen, weil einer totalen Umarbeitung ihrer Englmann'schen Übungsbücher verschiedene geradezu unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstanden, neue lateinische Übungsbücher zu verlegen, welche unter dem Titel

Buchners Sammlung lateinischer Übungsbücher

unter der Redaktion des Herrn Dr. Gustav Landgraf, kgl. Studienlehrers am Wilhelmsgymnasium in München, ediert werden. An der Verabfassung derselben sind folgende Herren beteiligt:

- I. Elementarbuch für die I. Lateinklasse von Hrn. Friedrich Lanzinger, kgl. Studienlehrer am Wilhelmsgymnasium zu München.
- II. Übungsbuch für die II. Lateinklasse von Hrn. Sebastian Röckl, kgl. Studienlehrer am Maxgymnasium zu München.
- III. Übungsbuch für die III. Lateinklasse von Hrn. Dr. Herm. Hellmuth, kgl. Gymnasialprofessor am neuen Gymnasium zu Regensburg, und Hrn. Dr. Friedr. Gebhard, kgl. Studienlehrer am Wilhelmsgymnasium zu München.
- IV. Übungsbuch für die IV. Lateinklasse von Hrn. Karl Dietsch, kgl. Gymnasialprofessor am Gymnasium zu Hof.
- V. Übungsbuch für die V. Lateinklasse von Hrn. Otto Lang, kgl. Studienlehrer am Maxgymnasium, und Hrn. Dr. H. Diel, kgl. Studienlehrer am Wilhelmsgymnasium zu München.

Mit besonderer Sorgfalt wurde auf ein gutes Deutsch gesehen, sowie darauf, dass die Einzelsätze sowohl wie die zusammenhängenden Stücke einen dem Fassungsvermögen und dem geistigen Gesichtskreise der entsprechenden Stufe angepassten Inhalt aufweisen. Jedem Bändchen ist ein Kanon der Synonyma und stilistischen Regeln beigegeben und zwar in der Weise, dass die Anhänge des vorausgehenden Bändchens in dem nachfolgenden in kleinerer Schrift wieder zum Abdrucke gelangen. Diese Anhänge sollen den Schülern einen von Klasse zu Klasse sich erweiternden und vervollständigenden Kreis der notwendigsten lateinischen Synonyma zuführen, sowie eine übersichtliche Zusammenstellung der wichtigsten Stilregeln in Form von Kanones bieten, die in systematischem Aufbau vom Leichten zum Schwereren fortschreitend sich nach Form und Inhalt der betreffenden Lehrstufe und dem einschlägigen Lehrpensum anpassen. Für die Abfassung des Kanons der Synonyma wurden die trefflichen Schulsynonymiken von Tegge, Meissner, Sepp und Wetzels benützt, während für die Anordnung, Verteilung und Fassung des Kanons der Stilregeln Heynacher's Lehrplan der lateinischen Stilistik (1. Aufl. Paderborn 1885, 2. Auflage bis zur Prima fortgeführt 1890) mit Genehmigung des Herrn Verfassers zu grunde gelegt wurde.

Durch diese Beigaben, besonders aber durch die enge Verbindung und Wechselbeziehung des lateinisch-deutschen und deutsch-lateinischen Übersetzungsstoffes in den Bändchen I, II und III dürften die neuen Übungsbücher einen nicht geringen Vorzug vor den anderen erhalten haben.

Ministeriell genehmigt.

Anfangs Oktober erscheint:

Neues Taschenbuch

für die

Lehrer an den Mittelschulen

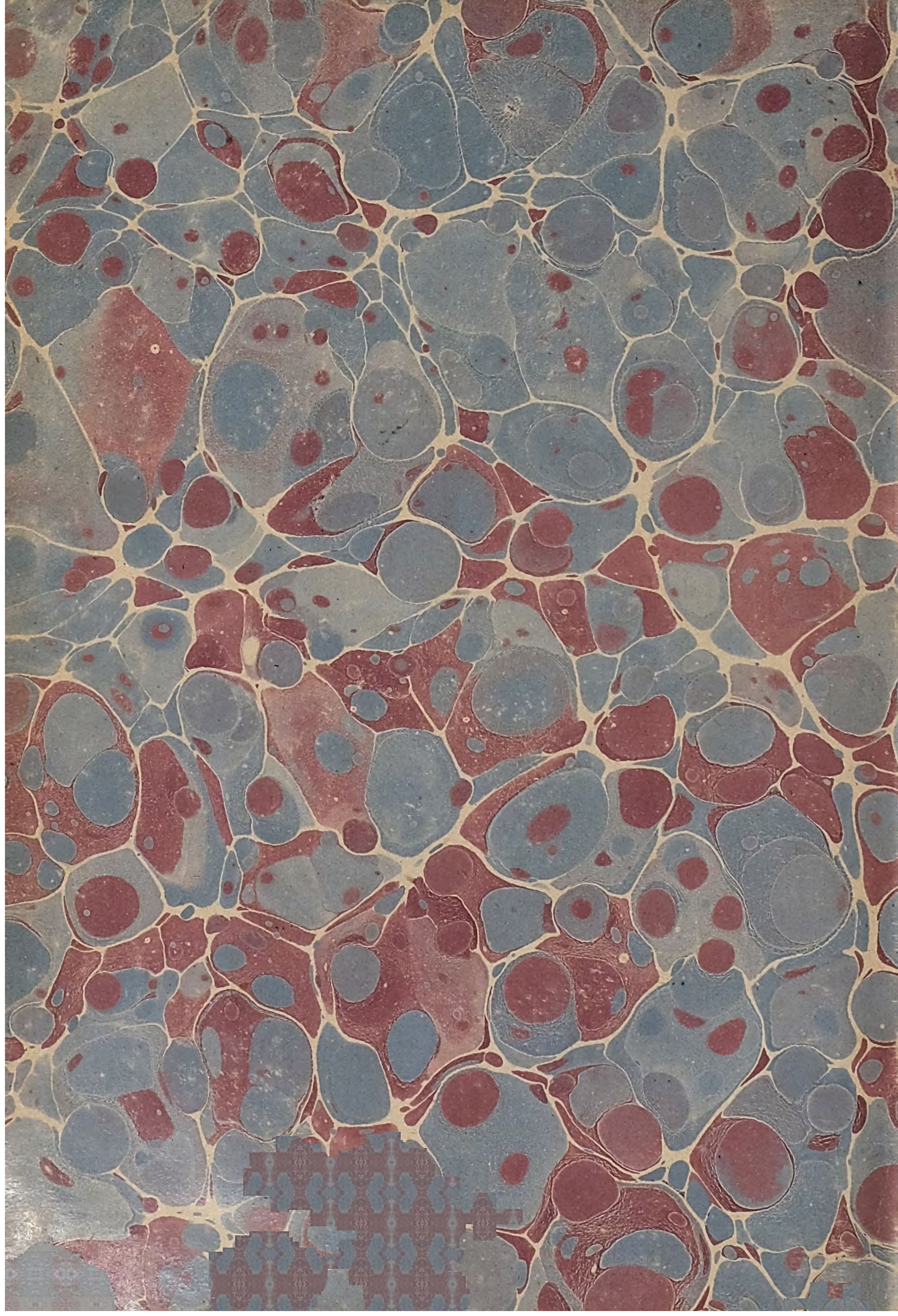
auf das Schuljahr 1890/91.

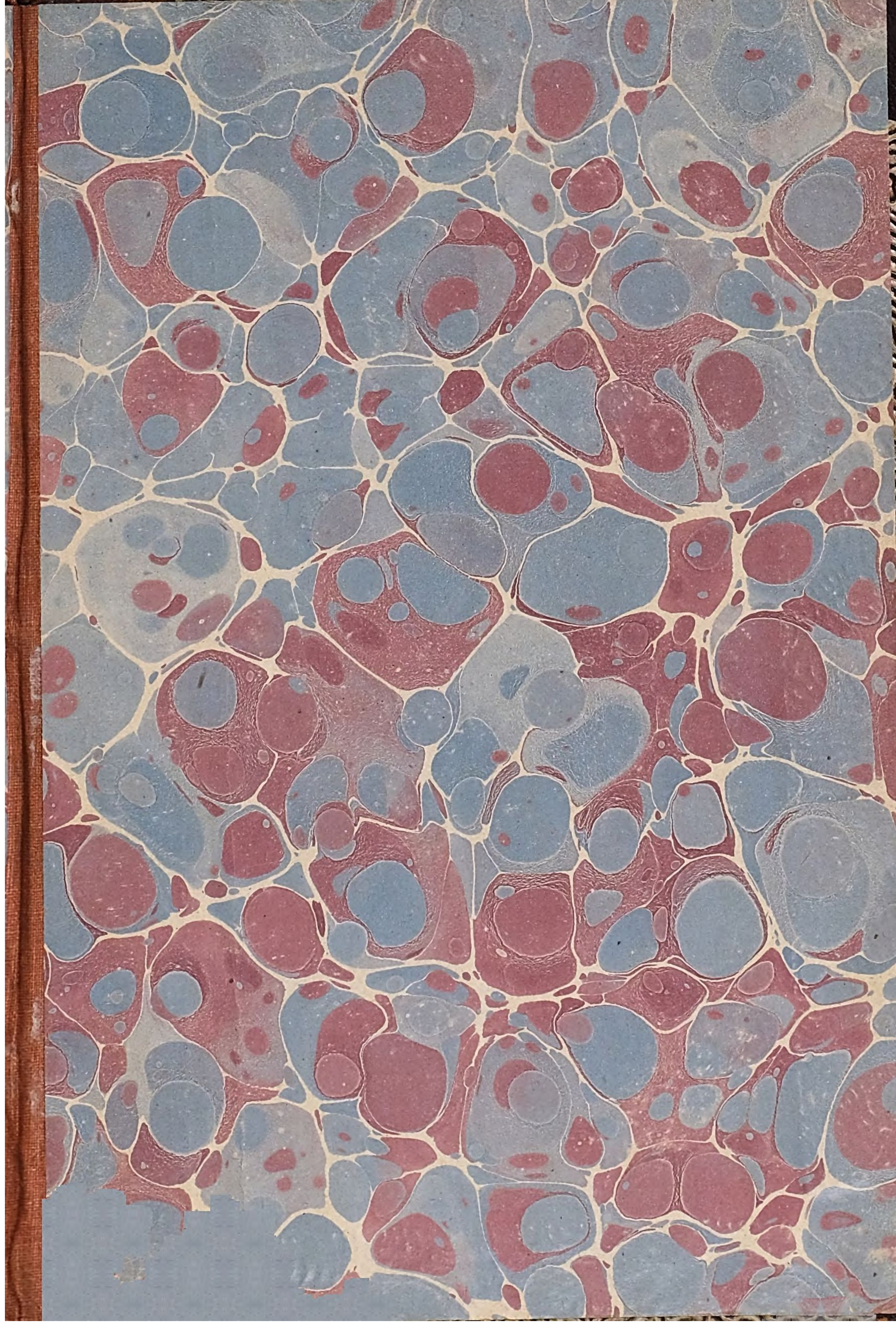
Von einem Fachmann.

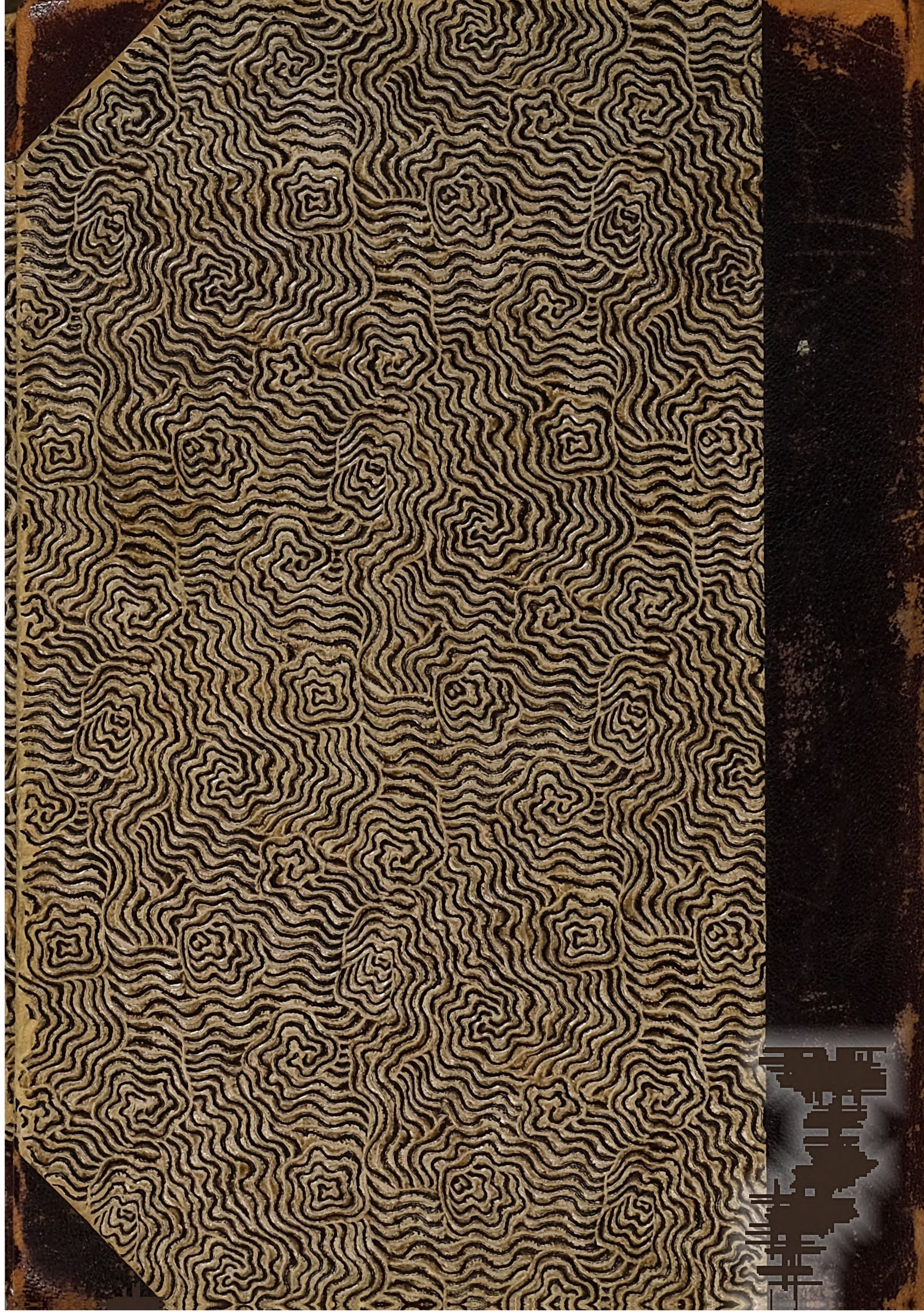
160 S. Kl. 8^o. Elegant gebunden Pr. 1 Mk.

Inhalt: Übersichtskalender, Notizkalender, Schemata für Stundenpläne, Schülerverzeichnisse, Notenlisten u. s. w.

Dieses in jeder Beziehung praktische und handliche, ebenso solid wie elegant ausgestattete Schultaschenbuch wird auch in seinem neuen Jahrgang in Lehrerkreisen willkommen sein.







Hübsch, Georg

Die Reformen und Reformbestrebungen auf dem Gebiete der Volksschule im ehemaligen Hochstift Bamberg unter den Fürstbischöfen Adam Friedrich von Seinsheim (1757-79) und Franz Ludwig von Erthal (1779-95)

Bamberg 1891

Bamberg, Staatsbibliothek -- RB.Paed.o.1-a
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11847557-6